

# DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft  
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Hofmann, Werner; Abendroth, Wolfgang

## Book

# Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts

## Provided in Cooperation with:

ZBW LIC

*Reference:* Hofmann, Werner/Abendroth, Wolfgang (2019). Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. 3., neubearb. und erg. Aufl. Reprint 2019. Berlin : Boston : De Gruyter.  
<https://doi.org/10.1515/9783111661025>.  
<https://www.degruyter.com/isbn/9783111661025>.  
doi:10.1515/9783111661025.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/695855>

## Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics  
Düsternbrooker Weg 120  
24105 Kiel (Germany)  
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)  
<https://www.zbw.eu/>

## Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte. Alle auf diesem Vorblatt angegebenen Informationen einschließlich der Rechteinformationen (z.B. Nennung einer Creative Commons Lizenz) wurden automatisch generiert und müssen durch Nutzer:innen vor einer Nachnutzung sorgfältig überprüft werden. Die Lizenzangaben stammen aus Publikationsmetadaten und können Fehler oder Ungenauigkeiten enthalten.

## Terms of use:

*This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence. All information provided on this publication cover sheet, including copyright details (e.g. indication of a Creative Commons license), was automatically generated and must be carefully reviewed by users prior to reuse. The license information is derived from publication metadata and may contain errors or inaccuracies.*



<https://savearchive.zbw.eu/termsofuse>

# **Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts**

von

**Prof. Dr. WERNER HOFMANN**

Direktor des Soziologischen Instituts an der Philips-Universität Marburg

3., neubearbeitete und ergänzte Auflage,

unter Mitwirkung von

**Prof. Dr. Wolfgang Abendroth**

Direktor des Instituts für Wissenschaftliche Politik  
an der Philips-Universität Marburg



Sammlung Göschen Band 1205/1205 a

Walter de Gruyter & Co. · Berlin 1970

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung · J. Guttentag,  
Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp

©

Copyright 1970 by Walter de Gruyter & Co., vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp., Berlin 30. — Alle Rechte, einschl. der Rechte der Herstellung von Photokopien und Mikrofilmen, vom Verlag vorbehalten. — Archiv-Nr. 75 80 697. — Satz und Druck: Saladruck Steinkopf & Sohn, Berlin 36. — Printed in Germany

## INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung: Der Widerspruch von Aufklärungsidee und sozialer Wirklichkeit als Ausgangstatsache .....	8
I. Die Verheißung der Aufklärungsepoche .....	8
II. Der gesellschaftliche Augenschein .....	9
III. Der Gegensatz von Hoffnung und Wirklichkeit als Triebkraft des sozialen Denkens .....	12
1. Teil: Die sozialen Ideen in der Entwicklungsepoche des modernen Industriekapitalismus .....	14
1. Abschnitt: Allgemeine Merkmale .....	14
I. Die Denkvoraussetzungen .....	14
II. Die Stellung zum Eigentum .....	15
III. Die drei Hauptrichtungen des frühen sozialen Denkens ..	17
2. Abschnitt: Ideengeschichte einzelner Länder .....	23
§ 1: England .....	23
A. Die Agrarbewegung .....	25
I. Beseitigung des Bodeneigentums als Ziel: der Agrarsozialismus .....	27
II. Umschichtung des Bodeneigentums als Ziel: die agrarische Bodenreform .....	28
III. Beseitigung des privaten Sondergewinns (Monopolrente) aus dem Bodeneigentum: agrarische Einkommensreform ..	28
B. Die Befreiung des Individuums durch die Gesellschaft: William Godwin .....	30
C. Reform der Gesellschaft durch Selbsthilfe: Robert Owen .....	34
§ 2: Frankreich .....	39
A. Der Sprung in die natürliche Ordnung der Gleichen: Babeuf und der „utopische Kommunismus“ .....	41
I. Gracchus Babeuf .....	41
II. Etienne Cabet .....	44
B. Vollendung der industriellen Gesellschaft als Aufgabe: Saint Simon und seine Schüler .....	45
C. Reform der Gesellschaft aus einem Punkt .....	54
I. Überwindung des Handelskapitals durch die Assoziation: Charles Fourier .....	55

II. Überwindung des Leihkapitals durch die Organisation des Kredits: Proudhon .....	59
III. Überwindung des industriellen Kapitals durch Organisation der Arbeit: Louis Blanc .....	65
D. Die neue Gesellschaft als Kampfprogramm: August Blanqui und der „politische“ Kommunismus .....	71
§ 3: Deutschland .....	74
A. Vereinigung von utopischem und politischem Kommunismus: Wilhelm Weitling .....	76
B. Die Brechung des „ehernen Lohngesetzes“ durch die soziale Selbsthilfe des „Arbeiterstandes“: Ferdinand Lassalle .....	80
C. Entwurf des dialektischen Materialismus: Jos. Dietzgen .....	85
3. Abschnitt: Das Verhältnis von Vorsozialismus und klassischem Sozialismus .....	86
<b>2. Teil: Der entfaltete Kapitalismus der freien Konkurrenz und der wissenschaftliche Sozialismus .....</b>	<b>91</b>
1. Abschnitt: Die Erkenntnistheorie des wissenschaftlichen Sozialismus: Der dialektische Materialismus .....	95
A. Wesen und Erscheinung .....	96
B. Die Lehre vom Widerspruch .....	97
C. Die Idee der Entwicklung .....	97
D. Sein und Bewußtsein; der „gesellschaftliche Überbau“ .....	99
2. Abschnitt: Die ökonomisch-sozialen Lehren .....	101
§ 1: Die Produktionsweisen .....	101
A. Die einfache Tauschwirtschaft: der Wert .....	103
I. Die Lehre vom Arbeitswert .....	104
II. Die Kritik der Arbeitswertlehre .....	112
B. Die kapitalistische Wirtschaft .....	118
I. Die Begriffe von Mehrwert und Kapital .....	119
II. Verteilung und Erscheinungsformen des Mehrwerts .....	126
III. Der Ausgleich der Profitraten und die Verwandlung des Wertes in Marktproduktionspreis .....	127
§ 2: Die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise .....	134
A. Die erweiterte Reproduktion (Akkumulation) des Kapitals ...	135
B. Der tendenzielle Fall der Profitrate .....	138
C. Die Wirtschaftskrisen .....	141
D. Die Polarisierung der Gesellschaft .....	143
I. Die Lehre von der Konzentration und Zentralisation des Kapitals .....	143
II. Die Verdrängungstheorie .....	144
E. Die Verelendungstheorie .....	145
I. Materielle Verelendung .....	145
II. Psychische Verelendung: Entfremdung .....	151
F. Der Auftrag ans Proletariat .....	153

§ 3: Die Zukunftsgesellschaft .....	155
A. Der Übergang zur klassenlosen Gesellschaft .....	155
I. Die proletarische Revolution .....	155
II. Die proletarische Diktatur .....	156
B. Die Ordnung der klassenlosen Gesellschaft .....	157
I. „Niedere“ Stufe: Sozialismus .....	158
II. „Höhere“ Stufe: Kommunismus .....	158
3. Teil: Die Ideen der Sozialbewegung in der Epoche des „organisierten Kapitalismus“ .....	168
1. Abschnitt: Die neuen Verhältnisse .....	168
I. Wandlungen in der Wirtschaftsgesellschaft .....	168
II. Wandlungen in der Arbeiterbewegung .....	171
2. Abschnitt: Die Ideen der sozialen Bewegung in einzelnen Industrieländern .....	173
§ 1: Der Reformismus .....	173
Der Revisionismus .....	174
I. Der deutsche Revisionismus .....	174
II. Der „Austromarxismus“ .....	182
III. Zur geistesgeschichtlichen Stellung des Revisionismus .....	187
B. Der nicht-marxistische Reformismus .....	189
I. Frankreich: Jean Jaurès .....	189
II. England: Der Fabianismus .....	191
§ 2: Spontane Gegenbewegungen .....	192
A. Der revolutionäre Syndikalismus .....	192
B. Der Gilde sozialismus .....	195
§ 3: Organisierte Gegenbewegung, unter Fortbildung des klassischen Sozialismus .....	196
A. Der Bolschewismus (bis 1917) .....	197
I. Das zaristische Rußland .....	197
II. Das revolutionäre Denken vor Lenin .....	200
III. Lenins ökonomisch-soziale Lehren .....	208
B. Der theoretische Weltkommunismus .....	222
I. Kriegskommunismus und „Neue Ökonomische Politik“ (NEP) in Sowjetrußland; Entstehung und Aufstieg der Kommunistischen Internationale .....	223
II. Die Kommunistische Internationale bis 1924 .....	229
III. Sowjet-Union und Kommunistische Internationale 1924 bis 1928 .....	237
IV. Stalinismus .....	242
V. Der Polyzentrismus und die Rückkehr zu öffentlich diskutiertem theoretischem Denken im Weltkommunismus ..	257
§ 4: Theoretische Einzelarbeit auf der Grundlage des Marxismus .....	264
Ausblick: Die Ideen der Sozialbewegung und die Industrialisierungsländer von heute .....	273
Literaturhinweise .....	276
Wichtigere Schriften in chronologischer Reihenfolge .....	287
Personenregister .....	290
Sachregister .....	294

## Vorwort

Eine geschlossene Darstellung des Ideenganges der neueren Sozialbewegung fehlt bei uns seit Jahrzehnten. So ist auch das Wissen um jene großen geistigen Triebkräfte, die das „abendländische Erbe“ mitbestimmt haben, im Zeitbewußtsein weithin getilgt. Das tiefere Verständnis einer Gesellschaft erschließt sich freilich erst, wenn die Vielfalt ihrer lebendigen Wirkkräfte, in ihrem wechselseitigen Widerspiel, in den Gesichtskreis rückt. In diesem Sinne will auch der vorliegende Versuch mehr sein als ein Akt wissenschaftlicher Wiedergutmachung an einem vernachlässigten Gegenstande: er möchte dem Denkenden helfen, unsere eigene Epoche des weltweiten Umbruchs, die uns allenthalben Alternativmodelle zum herrschenden kapitalistischen System aufbaut, mit Einsicht zu bestehen.

Die Anordnung des Gesamtstoffes, der sich bis in die unmittelbare Gegenwart erstreckt, konnte sich an keine älteren Einteilungsversuche anlehnen; Zusammenhang und Unterschied der lehrgeschichtlichen Richtungen bedurften einer neuen Deutung. Diese mußte sich gelegentlich über eingebürgerte Schulbezeichnungen hinwegsetzen. — Auf Häufung von Namen wurde bewußt verzichtet. Die Darstellung sucht die angeführten Denker nach Möglichkeit selbst kurz zu Worte kommen zu lassen, um dem Leser ein authentisches und farbiges Bild der Ideengeschichte zu vermitteln.

Die erste, 1962 erschienene Ausgabe der Schrift hat in der Kritik ein Wohlwollen gefunden, das bedenklich stimmen muß. Als unverzeihlich ist es allerdings vielen Rezensenten erschienen, daß die christlichen und anderen Richtungen einer sozialen Versöhnung nicht dargestellt worden sind. Gegenüber allen großzügigen Neigungen, den Gegenstand ins Unbestimmte zu dehnen, so daß unter die Sozialbewegung noch die „Bewegung“ des Nationalsozia-

lismus fallen würde, sei hier schon im Vorwort klargestellt: Soziale Bewegung ist *Emanzipationsbewegung*. Diese ist in ihren Anfängen noch keineswegs eine „sozialistische“ gewesen, und konnte es nicht sein. Damit ist sowohl der Titel der Schrift als auch der Umfang dessen, was darzustellen ist, gerechtfertigt — so peinlich die Erinnerung daran heute erscheinen mag, daß es eine soziale Emanzipationsbewegung auch in unserem Lande einmal gegeben hat.

Eine schmerzliche Beschränkung mußte sich der Autor allerdings gegenüber den Theorien der sozialen und nationalen Befreiungsbewegung in den Ländern der dritten Welt auferlegen. Jeder Versuch einer gründlicheren Darstellung hätte den Rahmen des Werkchens vollständig gesprengt.

Die Neubearbeitung enthält gegenüber der ersten Auflage zahlreiche Ergänzungen. Die Vorstellungen des Weltkommunismus von heute sowie die Gedanken von unabhängig arbeitenden Marxisten der Gegenwart haben durch Professor Dr. Wolfgang Abendroth eine höchst sachkundige erweiterte Darstellung erfahren. — Das Schema „Geistige Genealogie des Bolschewismus“ (S. 202) wurde unter freundlicher Beratung von Professor Dr. Peter Scheibert (Marburg) ergänzt. — Durch Rat und Mithilfe, nicht zuletzt bei der Ergänzung der Literatur und bei der Anfertigung der Register, haben sich die Herren Diplom-Sozialwirt Wolf Rosenbaum und besonders Dr. Hans-Dieter Boris sowie Herr cand. phil. Herbert Claas verdient gemacht.

Werner Hofmann

## EINLEITUNG

### Der Widerspruch von Aufklärungsidee und sozialer Wirklichkeit als Ausgangstatsache

#### *I. Die Verheißung der Aufklärungsepoche*

Alles Denken der sozialen Bewegung nimmt seinen Ausgang von den großen Ideen der Aufklärungsphilosophie. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte hat die Aufklärung das Bild einer befreiten Menschheit entworfen. Was der Aufklärung eine Hoffnung war, das ward der sozialen Bewegung zum noch unerfüllten und doch erfüllbaren Programm.

Der *Mensch* der Aufklärungslehre: das ist zum ersten der tätige Mensch. Arbeit ist für ihn zugleich Mittel der Vervollkommnung seiner Individualität und Betätigung seiner Gesellschaftlichkeit. Sich nützlich zu machen (man vgl. Goethes Altersroman „Wilhelm Meisters Wanderjahre“), ist die Tugend des Mitglieds einer Gesellschaft von Arbeitenden, wie sie im tätigen dritten Stand selbst vorgebildet erschien. — Der Mensch der Aufklärungsphilosophie ist zum zweiten der vernünftige Mensch, der seinem natürlichen Glücksverlangen zu folgen berechtigt ist, und der zugleich sein eigenes Glücksbedürfnis mit dem aller anderen klug in Übereinstimmung zu bringen sucht; etwa entsprechend der Forderung JEREMY BENTHAMS (1748 bis 1832), es gelte, „das größte Glück der größten Zahl“ von Menschen zu verwirklichen. Indem so der einzelne seinesgleichen mit Wohlwollen begegnet, erfährt er sich selbst als ein freier; er hat die Forderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zur Sache seiner eigenen Vernunft gemacht und damit den äußeren Zwang hinter sich gelassen.

Die *Gesellschaft der Zukunft*, zu der sich so der hoffnungsvolle Blick erhebt, erscheint gestiftet durch wechsel-

seitiges Wohlwollen und tätiges Zusammenwirken der einzelnen, durch den Ausgleich von individuell hingebener und empfangener Leistung. In der befriedeten Gesellschaft ist auch der *Staat* nicht mehr äußeres Zwangsinstitut. Die Gesellschaft findet vielmehr in ihrer politischen Gestalt ihre eigenen Züge wieder; ja der Staat erscheint einzelnen Denkern sogar als auflösbar in die sich selbst verwaltende Gesamtgesellschaft. — So verstellt auch die Nation nicht mehr den Weg zur Menschheit als ganzer: es eröffnet sich der Ausblick auf einen „ewigen Frieden“ und auf Durchzivilisierung des ganzen Erdballs; die Idee des Freihandels erhöht sich zur Ahnung einer verbrüdeten Weltgesellschaft.

In einer solcherart versöhnten Gesellschaft werden die gewaltigsten Kräfte des materiellen und sittlichen *Fortschritts* frei. Die technische „Revolution“ des 18. Jahrhunderts verheißt eine bisher unbekannte Vermehrung der Glücksgüter. Die Überzeugung von der grenzenlosen Erziehbarkeit des einzelnen findet in den Programmen einer nun allgemeinen Volkserziehung ihren reichen Niederschlag: Die ganze Menschheit soll der ihr möglichen grenzenlosen sittlichen Vervollkommnung zugeführt werden.

Es ist dies alles in allem die Idee der *Humanität*, die in der freien Gesellschaftlichkeit der Menschen sich vollendet. Und wenn wir heute auch wissen, daß die Aufklärung aus dem Verlangen der Träger des dritten Standes hervorgegangen ist, *ihre* sozialen Bedürfnisse als gesamtgesellschaftliche, *ihren* Anspruch als Menschenrecht, die ihnen gemäße Ordnung als die natürliche zu setzen, so hat die Aufklärung doch weit darüber hinaus ein Bild von möglicher gesellschaftlicher Gesittung entworfen, das alsbald gegen die Träger des dritten Standes selbst gewendet werden sollte.

## II. Der gesellschaftliche Augenschein

In lebhaftem Gegensatz zu dem leuchtenden Menschen- und Gesellschaftsbild der Aufklärungsphilosophie stand für die Zeitgenossen die große Not der (freilich zunächst

an Zahl noch geringen) arbeitenden Schichten. Nicht so sehr die altgewohnte Armut war es, die beunruhigte, als vielmehr die neu entstehende, nicht das Elend des flachen Landes, sondern das der wachsenden Industriezentren, nicht die begreifliche Not der herkömmlichen, unergiebigem Wirtschaftsweise, sondern die unbegreifliche einer Wirtschaft mit wachsender Produktionskraft. Ein ökonomisches System war auf den Plan getreten, das auf systematischer Verwertung der sachlichen wie der personellen Bedingungen der Produktion beruhte, und das die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft der Verwertung des Sachkapitals durchaus unterordnete: Der Zwang zur vollen Nutzung von Maschinen bewirkte *Ausdehnung der Arbeitszeit*, oft bis an die Grenze des Erträglichen, während der verhältnismäßig hohe Anteil der menschlichen Arbeit an den Gesamtkosten der Produktion zu äußerster *Niedrighaltung der Löhne* veranlaßte. Die Überzeugung war allgemein, daß niedriger Lohn willige Arbeiter schaffe. In der Tat bestand zwischen der Kärglichkeit des Lohns und der Länge der Arbeitszeit ein Wechselverhältnis. In England sprach man schlechtweg von „the labouring poor“, dem arbeitenden Armen. — Auch in den häufig in ländlichen Bezirken angesiedelten Manufakturen (sowie in den zahlreichen ländlichen Hausindustrien der Zeit) waren die Löhne niedrig gewesen. Dort aber hatten die Beschäftigten in der heimischen kleinen Landwirtschaft zumeist eine Ergänzung ihres Unterhalts gefunden. Die Dampfmaschine jedoch löste die Werkstätten von der Antriebskraft ländlicher Wasserläufe; in den neu entstehenden Industriezentren war auch für die Arbeiter vielfach die Verbindung zur ländlichen Eigenwirtschaft abgeschnitten: die Verstädterung machte sie mit dem Zwang zur Barzahlung um so angewiesener auf den Geldlohn. Zu dessen allgemeiner Niedrigkeit kam noch das verhaßte System der Geldstrafen für Übertretung von Fabrikvorschriften, der Truck (Entgeltung, statt in barem Geld, in Fabrikerzeugnissen, oft minderwertiger Qualität, so daß die solcherart Entlohnten die Ware auf ihr Risiko erst verkaufen mußten,

um zu ihrem Barlohn zu gelangen), sowie der Zwang, den ausbezahlten Geldlohn in werkseigenen Läden wieder umzusetzen.

Die *Folge* von extremer Arbeitszeit und Entbehrungslöhnen war zum ersten die fortschreitende zivilisatorische Verkümmern der Arbeitenden: Der Zwang zur Mitarbeit der Frauen schuf ein stets neues lohndrückendes Angebot an „Händen“; und die weitverbreitete Kinderarbeit ließ alle wohlgemeinten Schulprojekte scheitern. Die Unfallhäufigkeit unter den durchwegs ungelerten Arbeitkräften, das Wohnungselend der sich drängenden Arbeiterbevölkerung waren außerordentlich. — Eine zweite Folge war der biologische Verfall: Unterernährung, Erschöpfung, Krankheitshäufigkeit, sehr hohe Säuglings- und Müttersterblichkeit (nach zeitgenössischen Berichten waren die arbeitenden Schichten in weit stärkerem Maße von ihr betroffen als die gehobenen Klassen der Gesellschaft), Degenerierung schon der kindlichen Arbeitskraft, kurze Lebenserwartung. Dazu kam der moralische Verfall als Folge der Armut, des Wohnungselends, der weitverbreiteten Trunksucht.

Die zeitgenössische Volkswirtschaftslehre konnte den Leidenden keine Hoffnung machen: Der englische klassische Nationalökonom DAVID RICARDO (1772—1823) gab der damals allgemeinen Theorie vom Existenzlohn den schärfsten Ausdruck: Der Arbeitslohn könne sich auf die Dauer nicht vom unerläßlichen Existenzminimum, das er abdecken muß, entfernen. Und ROBERT MALTHUS (1766 bis 1834) wußte den Arbeitenden keinen anderen Rat zu geben, um sie vor dem ärgsten Lohndruck durch ihre eigene Nachkommenschaft zu bewahren, als den „moral restraint“, die Rationalisierung ihres Fortpflanzungstriebes. Beide Theoretiker sprachen sich im Interesse der Arbeitenden für die Abschaffung der Armengesetze in England aus, da jede öffentliche Fürsorge die Dezimierung der Arbeiterbevölkerung infolge von Säuglingssterblichkeit herabsetzen und damit das lohndrückende Angebot an konkurrierenden „Händen“ erhöhen müsse.

## 12 Widerspruch von Aufklärungsidee und soz. Wirklichkeit

So fand sich alles in allem gerade mit Konsolidierung des neuen Industriesystems die humanitäre Hoffnung der Aufklärungszeit enttäuscht.

### *III. Der Gegensatz von Hoffnung und Wirklichkeit als Triebkraft des sozialen Denkens*

Angesichts des Kontrasts zwischen Aufklärungsverheißung und gesellschaftlicher Wirklichkeit waren zwei Haltungen möglich: Die *Gegenbewegung der Romantik* verwarf mit den unglücklichen Verhältnissen auch die Ideen der Aufklärung, die sie für jene mitverantwortlich machte, sie wollte hinter die Aufklärung und hinter die beginnende industriekapitalistische Epoche zurück zu den alten Gemeinschaftsbindungen der traditionellen Wirtschaftsgesellschaft.

Die andere Richtung hingegen suchte die Hoffnungen der Aufklärung in den neuen Verhältnissen zu verwirklichen. Nur sie stellt im hier zu erörternden Sinne *soziale Bewegung* dar. Aber indem sie die Maßstäbe der Aufklärung an die Wirklichkeit anlegte, hat sie die Ideen der Aufklärung selbst weiterentwickelt und ihnen einen bestimmteren gesellschaftlichen Inhalt gegeben; die schwärmerische Erwartung wurde zu einer Lehre von den Bedingungen, Gesetzen und Trägern der Verwirklichung ausgebaut. — Den Gedanken, welche die soziale Bewegung hierbei entwickelt hat, kommt besondere Bedeutung deshalb zu, weil der „vierte Stand“, anders als der dritte, „seine“ Gesellschaft nicht schon im Schoße der bisherigen Ordnung geschichtlich vorbilden kann, weil seine Denker geistig vorwegnehmen müssen, was durch die Praxis erst verwirklicht werden soll. Wenn daher die Träger der etablierten Erwerbsgesellschaft dem Gesetz ihres *Handelns*, dem Zwang der Kapitalverwertung folgen, so ist das bewegende und organisierende Prinzip der modernen Sozialbewegung hingegen die Kraft des Bewußtseins, die gesellschaftliche *Theorie* und *Programmatik*, zu der sie findet.

Höhe- und Angelpunkt der Denkgeschichte der Sozialbewegung ist dabei nach allgemeiner Überzeugung die Theorie von MARX, so daß schlechthin von einer vor- und nach-MARXschen Theorie zu sprechen ist. Dem wird auch in der weiteren Darstellung Rechnung getragen werden; drei große Etappen der Ideengeschichte der sozialen Bewegung sollen unterschieden werden: die frühe, vorsozialistische Epoche, die Zeit der Ausbildung des wissenschaftlichen Sozialismus, und die Periode nach MARX.

## 1. TEIL

# Die sozialen Ideen in der Entwicklungsepoche des modernen Industriekapitalismus

### 1. Abschnitt

#### Allgemeine Merkmale

##### *1. Die Denkvoraussetzungen*

Besonders für die Frühzeit der sozialen Bewegung gilt, daß ihre Vorstellungen bestimmt sind 1. durch die Reife, welche die Frage selbst in der praktischen Welt erlangt hat, 2. durch den allgemeinen Stand des gesellschaftlichen Denkens, 3. durch die unmittelbar lehrgeschichtliche Vorarbeit, die geleistet worden ist. Das bedeutet für die frühe Denkgeschichte:

1. Die moderne Industriegesellschaft steht erst in ihrem Beginn. Die Zahl der Industriearbeiter ist noch gering; es überwiegen die gesellschaftlichen Zwischenschichten. Die Bauernschaft, sowie das Handwerk, das einer zunehmenden Verdrängungskonkurrenz der Fabriken sich ausgesetzt findet, sehen in den neuen Verhältnissen ihre eigene, besondere „soziale Frage“. Die Sichtweise dieser Schichten ist noch mannigfach verbunden mit derjenigen der schon proletarisierten Handarbeiterschaft.

2. Die geistige Einheit des dritten Standes zerfällt nur langsam. Es handelt sich zum Teil noch darum, die industrielle Gesellschaft überhaupt erst herzustellen. Die ideelle Verselbständigung der Elemente des dritten Standes schreitet, wie die praktische, nur allmählich voran. In Frankreich wird dieser Vorgang beschleunigt durch die revolutionären Ereignisse von 1789/94, 1830, 1848.

3. Den Stand der lehrgeschichtlichen Vorarbeit bezeichnet im sozialökonomischen Denken der frühen Bewegung vor allem die allgemein verbreitete *Arbeitswerttheorie* der klassischen Nationalökonomie: Was den Waren Wert ver-

leht, ist allein die auf sie verwandte menschliche Arbeit. Von diesem Umstand wird (zu Unrecht) ein „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ abgeleitet, — ein Recht, auf das sich nicht nur die Arbeiter, sondern mit mehr Fug noch die arbeitenden Kleineigentümer, die Kleingewerbetreibenden, die Bauern, berufen konnten. Es zeigt sich auch hierin, wie wenig die soziale Bewegung zunächst reine Arbeiterbewegung gewesen ist.

Allgemein gilt für das frühe soziale Denken: Es ist noch tastend, ohne eine kontinuierliche, geradlinige Entwicklung; die Kritik erfaßt vorläufig nur Teilaspekte der „sozialen Frage“, knüpft an einzelne, greifbare Tatbestände an. Auch sind die politischen und die sozialökonomischen Entwürfe zumeist nur lose miteinander verbunden. Erst der „wissenschaftliche Sozialismus“ wird die verzweigten Richtungen der frühen Ideengeschichte zugleich zusammenfassen und hinter sich lassen.

Ein Beispiel für die langsame Loslösung des Denkens der sozialen Bewegung von der gemeinsamen Ideenwelt des dritten Standes bietet die Entwicklung der Eigentumstheorie. Die Stellung zum Erwerbseigentum, zum Kapital, ist seitdem das Kriterium aller modernen Sozialbewegung.

## *II. Die Stellung zum Eigentum*

In der Lehre vom Eigentum zeigt sich ebenso die ursprüngliche Interesseneinheit des dritten Standes wie deren späterer Zerfall. In die frühbürgerliche Periode fällt die Begründung des Aneignungsrechts des tätigen Menschen („Okkupationstheorie“): Der einzelne hat das Recht, durch eigene Arbeit der Natur soviel Dinge zu entreißen, wie er zu seiner Lebensfristung braucht. (H. GROTIUS, TH. HOBES, besonders J. LOCKE) Was darüber ist, steht ihm nicht zu. Das Aneignungsrecht an den Produkten der Natur schließt das Eigentumsrecht auf den Boden ein. — Eine solche Ableitung des Eigentums aus der Arbeit richtete sich gegen das ruhende Feudalvermögen. Und zugleich entsprach sie den ursprünglichen Verhältnissen des tätigen

dritten Standes: Der Menschentypus, von dem sie ausging, war der arbeitende Kleineigentümer; nur bei ihm standen Lebensbedarf und eigene Leistungskraft ungefähr in Übereinstimmung.

Die Begründung des Eigentums aus dem Recht auf Lebensfristung aus der eigenen Arbeit mußte freilich unanwendbar werden auf das Großeigentum an Wirtschaftsgütern, das nicht der Existenzerhaltung seines Inhabers, sondern vielmehr der systematischen Verwertung als Kapital dient. Und so sonderte sich lehrgeschichtlich beizeiten von der Begründung des *Aneignungsrechts* die Rechtfertigung der *Eigentumswahrung*, zunächst gegenüber dem Staat, dann gegenüber dem Anspruch der auf Umverteilung pochenden Schichten, ab. Mit MONTESQUIEU (1689 bis 1755) „Geist der Gesetze“<sup>1)</sup> verselbständigte sich die „liberté civile“ des Eigentümers gegenüber der „liberté politique“ des Staatsbürgers. Von nun an sollten ökonomischer und politischer Liberalismus verschiedene Wege gehen. Der Gegensatz von Eigentumsherrschaft und Volksherrschaft dämmerte auf. — In der französischen Revolution ward der ideelle Gegensatz zum praktischen: der Gironde als der Partei des Eigentums trat, unterstützt von den Sansculotts, den arbeitenden Tagelöhnern und Kleingewerbetreibenden, die Partei der Montagne, geführt von den Jakobinern, gegenüber. Letztere suchten während der Zeit ihrer Herrschaft unter dem Zwang, die Versorgung der von außen bedrängten Revolutionsheere mit Nahrungsmitteln und Waffen zu sichern, und angesichts des Hungers und des Preiswuchers in der Hauptstadt, das Eigentum den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft zu unterwerfen; und sie beriefen sich dabei, zu Recht, auf ROUSSEAU. Die Begründung des Aneignungsrechts des *Volkes* war nun von der des dritten Standes als eines allgemeinen gelöst.

An die jakobinische Auffassung vom Eigentum hat, vor allem in Frankreich, die spätere Arbeiterbewegung sich an-

<sup>1)</sup> „De l'esprit des lois“, Genf 1748, besonders 26. Buch, 15. Kapitel.

geschlossen. Für sie geht es um das Eigentumsrecht der *Produzenten*. Und als „produzierende Klasse“ erscheint nun nicht mehr der dritte Stand als ganzer, sondern vielmehr die Arbeiterschaft, *gegenüber* den Trägern des dritten Standes. Sie aber kann ihr Aneignungsrecht nicht anders zur Geltung bringen als durch Änderung der schon bestehenden gesellschaftlichen Eigentumsverteilung. — Diese Umverteilung wird zunächst auf *individueller* Grundlage erstrebt: Der *einzelne* Arbeiter soll wieder Herr „seiner“ Wirtschaftsmittel werden, sei es als individueller Produzent, sei es durch Vermittlung einer größeren gesellschaftlichen Einheit, etwa einer Produktivgenossenschaft. (*Sozialreformerische Richtung*.) — Auch der *Anarchismus*, der später in der syndikalistischen Idee einer Leitung der enteigneten Industrie durch Arbeiterkomitees und Gewerkschaften sich wiederfindet, versucht ein möglichst unmittelbares Verhältnis der Arbeiter zu „ihren“ eigenen Produktionsmitteln herzustellen. — *Kollektive* Aneignung der Wirtschaftsmittel dagegen erstrebt der frühe *Gleichheitskommunismus*, der die Eigentumsnutzung einem strengen Ausgleich unterwerfen will. Freilich bleibt auch dieser, gerade in der radikalen Negation der persönlichen Aneignung, im zurechnenden Denken befangen: Niemand soll einen Vorteil gegenüber allen anderen haben. Erst der *wissenschaftliche Sozialismus* will später auf *gesamtgesellschaftlicher* Grundlage die Produzenten wieder in die Verfügung über die Produktionsmittel setzen.

Damit sind zugleich die Haupttypen, in denen das Denken der frühen sozialen Bewegung sich ausprägt, bezeichnet.

### III. Die drei Hauptrichtungen des frühen sozialen Denkens

Mit gewisser Vereinfachung darf man in erster Annäherung die folgenden Denktypen unterscheiden:

1. *Anarchismus*: In der frühen europäischen Sozialbewegung steht er der Aufklärungslehre besonders nahe: Was diese für möglich hielt, will der Anarchismus sofort

verwirklichen. Er kann dabei nicht warten, er kennt kein Reifwerden der Verhältnisse. Sobald die sozialen Einrichtungen gefallen sind, welche wie Kulissen die natürliche, vernünftige Ordnung der Gesellschaft nur verstellen, bricht der Tag der allgemeinen Brüderlichkeit an. Zu den verderblichen Einrichtungen gehören (für die meisten Anarchisten) das *Eigentum*, als ökonomisches Herrschaftsmittel, der *Staat*, als politisches Herrschaftsmittel verstanden; ferner das *Recht*, durch das ein jeder in der entzweiten Gesellschaft sein Interesse abgrenzt und allen anderen ein „Bis hierhin und nicht weiter“ zuruft. An die Stelle gesellschaftlicher Satzung soll die freie Übereinkunft der Individuen treten. Der Staat soll in einer losen Föderation von Gruppierungen (Gemeinde- und Produktionsverbänden) aufgehen, zu denen die freivereinigten Menschen sich zusammenschließen.

Der frühe Anarchismus tritt in zwei Spielarten auf:

a. *Radikaler Individualismus*: Hier erreicht der ökonomische und politische Liberalismus der Epoche sein Extrem. Ein fast unbegrenztes Recht des einzelnen auf gesellschaftliche Absonderung wird verkündet, und daher hat mancher Denker mit der sozialen Bewegung, mit welcher der radikale Individualismus immerhin die Verwurzelung in der Aufklärung teilt, kaum mehr zu tun. Der konsequente Individualismus kennzeichnet den wiederkehrenden Typus des auf eigene Faust revoltierenden Intellektuellen, der eine formierte soziale Bewegung entweder noch nicht vorfindet oder sich ihr nicht anzubequemen vermag. Eine charakteristische Gestalt ist in Deutschland besonders MAX STIRNER (Pseudonym für Joh. Kaspar Schmidt, 1806 bis 1856) gewesen, dessen Buch „Der Einzige und sein Eigentum“ (1845) von Einfluß auf den späteren *Nihilismus* geworden ist.

b. *Revolutionärer Anarchismus*: Auch er stellt eine frühe Form des sozialen Aufbegehrens dar. Und er ist das Element des Spontanen in der sozialen Bewegung geblieben. Als „linksradikale“ Unterströmung begegnet er in Ruß-

land noch in der frühen Periode der Sowjetmacht<sup>1)</sup>. Bedeutung hat der revolutionäre Anarchismus, außer in Rußland (s. u. S. 201 ff.), besonders in den romanischen Ländern (Syndikalismus, s. u., S. 192 ff.) sowie in Südamerika erlangt und teilweise bis heute behalten. Kampfmittel sind ihm der Massenstreik, gelegentlich der Putsch sowie das Attentat, in Frankreich auch der Steuerstreik, eine Waffe, die schon BABEUF gegen das Zensuswahlrecht von 1791 empfahl. Die Schwierigkeit der Anarchisten ist immer gewesen, wie sie sich selbst organisatorisch zusammenhalten, da sie allem Zwang widerstreben. So ist auch die 1907 in Amsterdam gegründete anarchistische „Internationale“ wenig in Erscheinung getreten. Was in der Welt von heute sich zum Anarchismus bekennt, ist von *programmatischer* Einheit weit entfernt.

2. Utopischer (primitiver) Kommunismus: Diese Spielart des ökonomischen Kommunismus soll als utopisch bezeichnet werden, weil auch hier sogleich, ohne Rücksicht auf die geschichtlichen Bedingungen, die Verwirklichung der Idealgesellschaft eingeleitet werden soll; in der Regel auf dem Wege der Bildung kleiner Mustersgemeinschaften, deren überzeugendem Beispiel sich niemand werde verschließen können. Primitiv ist er zu nennen, weil er Gemeineigentum nicht nur an den Erwerbsgütern (Produktionsmitteln), sondern auch an den Verbrauchsgütern herstellen will, bei strenger Zumessung des jedem einzelnen erlaubten Gütergenusses. Der Traum vom Gleichheitskommunismus gehört schon der vorindustriellen Zeit an. (Man vergleiche u. a. die „Utopia“ des englischen Kanzlers THOMAS MORUS [1516], den „Sonnenstaat“ [Civitas solis, verfaßt 1602] des italienischen Mönches CAMPANELLA sowie die zahlreichen utopischen Staatsromane des 17. und 18. Jahrhunderts.) Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben sich später scharf von dem „allgemeinen Asketismus“ und der „rohen Gleichmacherei“ jenes frühen Verbrauchercommunismus abgegrenzt.

<sup>1)</sup> Vgl. *Lenin*, Der Linksradikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus, 1920.

## Hauptrichtungen der

(A) <i>Gesellschaftl.-wirtschaftl. Zielsetzung</i>	I. <i>Vollendung d. industr. Gesellschaft</i>	Agrarbewegung	{ Agrarsozialismus Agrarreform
	Verwirklichung d. rationellen Produktion		
<hr/>			
(A) <i>Gesellschaftl.-wirtschaftl. Zielsetzung</i>	II. <i>Reform d. Gesellsch. aus einem Punkt</i>	Aufheb. d. bestehenden Verteilungssystems	{ Aufheb. d. Kreditsystems Aufheb. d. Produktionssystems
		Aufheb. d. Kreditsystems	
		Aufheb. d. Produktionssystems	
<hr/>			
III. <i>Gleichheitskommunismus („Utop. Kommunismus“)</i>			
<hr/>			
(B) <i>Polit. Zielsetzung</i>	IV. <i>Anarchismus</i>	Radikaler Individualismus	{ Revolutionärer Anarchismus
		Revolutionärer Anarchismus	
		Revolutionärer Kommunismus („Pol. Kommunismus“)	
<hr/>			
(B) <i>Polit. Zielsetzung</i>	I. <i>Pol. Änder. als 1. Schritt z. ges. Änd.</i>	Revolutionärer Kommunismus („Pol. Kommunismus“)	{ Republikanische Bewegung Wahlrechtsbewegung
		Republikanische Bewegung	
<hr/>			
(B) <i>Polit. Zielsetzung</i>	II. <i>Pol. Änder. allein</i>	Republikanische Bewegung	{ Wahlrechtsbewegung
		Wahlrechtsbewegung	

## frühen sozialen Bewegung

<i>England</i>	<i>Frankreich</i>	<i>Deutschland</i>	<i>Rußland</i>
Thomas Spence, James O'Brien  W. Ogilvie, A. R. Wallace, J. St. Mill, H. George (USA)	Claude-Henri de Saint-Simon (1760—1825)		
Rob. Owen (1771—1858)	Charles Fourier (1772—1837)  Pierre-Joseph Proudhon (1809—1865)  Louis Blanc (1811—1882)	Ferd. Lassalle (1825—1864)	
	Gracchus Babeuf (1760—1797)  Etienne Cabet (1788—1856)	Wilh. Weitling (1808—1871)	
Will. Godwin (1756—1836)	P.-J. Proudhon  Gr. Babeuf  Aug. Blanqui (1805—1881)	Max Stirner (Pseud.) (1806—1856)    W. Weitling	Mich. A. Bakunin (1814—1876) Petr A. Kropotkin (1842—1921)
Chartismus	Carbonari, Geheimges., Cabet L. Blanc	F. Lassalle	

Während der utopische Kommunismus in der Regel den Weg der friedlichen Reform einschlagen will, ist der *politische Kommunismus* der Frühzeit revolutionär (BA-BEUF, BLANQUI): Aus der Tatsache des „Klassenkampfes“ leitet er die Notwendigkeit einer revolutionären Diktatur ab. Als Marx und Engels sich mit dem von ihnen verfaßten „Manifest der Kommunistischen Partei“ als „Kommunisten“ bekannten, knüpften sie an die politisch-revolutionäre, nicht an die ökonomisch-utopische Tradition des Kommunismus an.

3. Radikale Sozialreform: Hierunter wird im allgemeinen der „Frühsozialismus“ verstanden. Vom „wissenschaftlichen“ Sozialismus trennt ihn u. a. die Vernachlässigung der politischen Bedingungen, unter denen seine Ideen verwirklicht werden sollen. Auch die frühen Sozialreformer wollen, wie der utopische Kommunismus, durch das Beispiel des Experiments, durch die Macht der Überzeugung wirken. Sie sind dabei nicht „reformistisch“ im späteren Sinne des Wortes (s. unten, S. 173 ff.). Vielmehr meinen sie, an *einem* Punkt den Hebel ansetzen zu können („Tauschbank“, Produktivassoziation“), um die Gesellschaft als *ganze* zu ändern; sie sind hierdurch auf ihre Weise „radikal“.

Die hier typisierend hervorgehobenen drei Hauptrichtungen sind miteinander eng verwandt; auch besteht keine strenge zeitliche Aufeinanderfolge der Ideen. Hinzu kommt, daß nicht alle Denker, die der sozialen Bewegung ihrer Zeit zuzurechnen sind, überhaupt nach einer gesellschaftlichen Ordnung jenseits der bestehenden Ausschau halten: Für SAINT-SIMON etwa (s. u., S. 45 ff.) ist die erhoffte „bessere“ Gesellschaft die voll entwickelte industrielle Gesellschaft selbst; und solange diese noch nicht fertig ist, kann man in der Tat schwerlich über sie hinaus wollen, es sei denn im „Luftreich des Traums“. Berücksichtigt man schließlich die ständige Berührung zwischen den sozialökonomischen und den (in dieser Schrift vernachlässigten) politischen Ideen der Sozialbewegung, so stellt

sich das Bild des Vorsozialismus als ein durchaus vielfältiges dar. (Vgl. Übersicht S. 20 f.)

Aber die Ideengeschichte der sozialen Bewegung kann auch bei dieser immer noch schematischen Typologie nicht stehen bleiben; sie muß den *einzelnen* Denkern gerecht werden. Diese freilich sind nicht losgelöst von dem geschichtlichen Schauplatz zu betrachten, dem sie zugehören. Es ist daher zunächst ländersweise vorzugehen; die *Internationalisierung* der sozialen Bewegung (die praktische wie die geistige) ist erst das Werk einer späteren Etappe der Entwicklung.

Drei Seiten kehren bei den Lehrern der frühen Sozialdenker regelmäßig wieder: 1) Die Kritik der bestehenden Ordnung; 2) die Idee von einer besseren Gesellschaft; 3) die Lehre vom Wege zu dieser. Dem wird die weitere Darstellung Rechnung tragen.

## 2. Abschnitt

### Ideengeschichte einzelner Länder

#### § 1: England

Die Entwicklung des Industriesystems hat sich am frühesten und in geradezu exemplarischer Weise in England vollzogen. Hier waren zwei Voraussetzungen des Übergangs zum Industriekapitalismus beizeiten gegeben: Die eine war die Ansammlung größerer Kapitalien, zunächst im Bereich des Handels. Unter den Tudors war England als Seehandelsnation aufgestiegen, zunächst im Kampf mit Spanien (Seesieg über die Armada 1588), später, unter Cromwell, im Kampf mit den Niederlanden, gegen die sich vornehmlich die Navigationsakte von 1651 richtete. Koloniale Eroberung und von der Krone zugunsten der Kaufleute planvoll betriebene Merkantilpolitik hatten die Bildung größerer Kapitalien begünstigt, die alsbald auch in der gewerblichen Produktion Anlage suchten. — Die zweite Voraussetzung für die Entwicklung der Industrie

war die Umgestaltung der Landwirtschaft. Die Industrie bedarf der Landwirtschaft in mannigfacher Weise: diese muß ihr (namentlich in der Frühzeit) Rohstoffe liefern, sie muß eine zunehmende nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen, und sie ist zugleich das große Reservoir von Arbeitskräften für die Industrie. In England waren die „Einhegungen“ (enclosures), die schon zur Zeit Heinrich VII., also zu Ende des 15. Jahrhunderts, begannen und bis weit ins 19. Jahrhundert fortgingen, ein Glied im Prozeß der Industrialisierung: Der Grundbesitz eines nunmehr für den Markt produzierenden Landadels (Gentry) wurde auf Kosten des bäuerlichen (sowie des gemeindlichen) Landes erweitert. Hierdurch wuchs die Durchschnittsgröße und damit die Marktleistungsfähigkeit der agrarischen Betriebe, und gleichzeitig sahen sich Scharen von einstigen Bauern zur Abwanderung ins Gewerbe und in die Städte gezwungen, soweit sie nicht als Landarbeiter die neue „Agrarfrage“ leidend erfuhren.

Zum Wandel der Produktionsbeziehungen trat der Wandel der Produktionsmethoden. Die *technische* „Revolution“ des 18. Jahrhunderts blieb nicht bei der Industrie stehen (Erfindung der Dampfmaschine, des mechanischen Webstuhls, der Spinnmaschine, usw., sie ergriff auch die Landwirtschaft: Nun erst wurde der eiserne Pflug allgemein; der Fruchtwechsel wurde verbessert, was auch der Viehwirtschaft zugute kam (Übergang zur Stallfütterung, erleichtertes Durchhalten des Viehs über den Winter; Vergrößerung der viehwirtschaftlichen Erträge). Die Verbesserung der Produktionsmethoden wirkte ihrerseits beschleunigend auf den sozialen Umbau zurück. Die gesellschaftliche Unrast war groß, und die Sozialkritik setzte ein.

Die erste große Etappe der sozialen Bewegung beginnt in England gegen Ende des 18. Jahrhunderts, sie läuft aus in der machtvollen Chartisten-Bewegung der dreißiger und vierziger Jahre des folgenden Jahrhunderts. Dann tritt eine gewisse Stagnation bis zur Jahrhundertwende ein. Das Auftreten des Fabianismus und die Organisierung der

Labour Party um 1900, wodurch die Sozialbewegung Englands in die allgemeine Entwicklung Westeuropas wieder einrückt, fallen zeitlich zusammen mit dem Verlust der bis dahin unbestrittenen Vorrangstellung der britischen Industrie in der Weltwirtschaft.

### A. Die Agrarbewegung

Die Agrarfrage ist die älteste geschichtliche Form von „sozialer Frage“ überhaupt. Aber während alle frühere Agrarfrage *Bauernfrage* war, ist sie im modernen Kapitalismus in Wahrheit *abgeleitete Arbeiterfrage*: Es geht nicht mehr um Verteilung ländlicher Einkommen (etwa zwischen Bauern und Grundherrschaft, Bauern und Pächtern), sondern in erster Linie um die Einkommensverteilung zwischen den *industriellen* Gruppen der Gesellschaft. Es geht um den *Arbeiterlohn*. — In einer frühen Epoche der Industrie, da der Arbeiterkonsum sich nur auf Lebensnotwendiges, also vor allem auf Nahrungsmittel richtete, bestand eine sehr enge Beziehung zwischen der Höhe des Getreide- und Brotpreises und der Höhe des Arbeitslohns. Da aber gleichzeitig die frühindustrielle Produktion auch arbeits- und daher lohnintensiv war, bestand auch eine enge Verbindung zwischen der Lohnhöhe und der Höhe des gewerblichen Gewinns. So stellte sich der Arbeitslohn als das Mittelglied im Verhältnis zwischen dem gewerblichen Gewinn und dem Gewinneinkommen in der Landwirtschaft, der Grundrente, dar. Stieg etwa der Getreide- und Brotpreis (und daher in der Regel die landwirtschaftliche Grundrente), so mußte der Arbeitslohn steigen, wenn der Reallohn nicht sinken sollte, und der Gewinn der lohnzahlenden Unternehmungen mußte dann entsprechend der höheren Lohnausgabe fallen; denn das Verhältnis lebhafter gewerblicher Konkurrenz verschloß in der Epoche des liberalen Wettbewerbs in der Regel noch den probaten Ausweg in die Abwälzung höherer Kosten auf die Preise. — Obendrein mußte mit zunehmender Nachfrage der rasch wachsenden Industrie und der Städte

nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen bei gleichzeitiger natürlicher Unvermehrbarkeit des Bodens die Grundrente immer mehr steigen; dies war für die Denker der Epoche eine ausgemachte Sache.

So erschien den Zeitgenossen das Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie weniger als ein solches der gegenseitigen Ergänzung als vielmehr des Kampfes. Mit den Worten RICARDOS: „Das Interesse des Grundherrn ist jederzeit dem aller anderen Klassen in der Gesellschaft entgegengesetzt.“ Und dem entspricht es, daß immer wieder gerade von „liberaler“ Seite (z. B. in Deutschland von dem Nationalökonom H. H. GOSSEN) die Beseitigung der Grundrente, etwa durch Nationalisierung des Bodens, im Namen der ungehinderten Entwicklung der privaten *gewerblichen* Wirtschaft gefordert worden ist.

Hieraus folgt, daß die neuere Agrarbewegung nicht notwendigerweises „sozialistischen“ Charakter hat. Eine solche Wendung kann sie freilich leicht da nehmen, wo die Landwirtschaft selbst mehr oder minder erwerbswirtschaftlich, kapitalistisch betrieben wird. Eben dies war im zeitgenössischen England der Fall: Das Vordringen der Großpacht mit Landarbeitern fügte zu der Erscheinung des Bauernlegens, das in den Jahrzehnten vor und nach 1800 seinen Höhepunkt erreichte, und zu dem Entstehen einer städtischen Arbeiterschaft als dritte Seite der sozialen Frage jener Zeit die Ausbildung eines ländlichen Proletariats. Da obendrein das Parlament durch eine gewaltige Zahl von Einhegungsdekreten offensichtlich die Gentry begünstigte, erlangte die frühe Agrarbewegung erhebliche politische Schärfe und eine allgemeingesellschaftliche Bedeutung.

Drei Richtungen lassen sich in der Bodenbewegung der Industrieepoche immer wieder unterscheiden<sup>1)</sup>; und alle drei sind in England besonders rein hervorgetreten.

---

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu auch *Karl Diehl*, *Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus*, 1. Aufl. Jena 1905.

*I. Beseitigung des Bodeneigentums als Ziel:  
der Agrarsozialismus*

Der Agrarsozialismus betrachtet die Bodenfrage als einen Bestandteil der allgemeinen sozialen Frage. Die Änderung der agrarischen Eigentumsordnung ist ihm daher der erste, besonders dringliche Schritt einer fälligen allgemeinen Verwandlung der Gesellschaft.

1. Für THOMAS SPENCE (1750—1814; *The Meridian Sun of Liberty*, 1796) ist das Recht auf den Boden ein natürliches, das sich aus dem Menschenrecht auf den Lebensunterhalt ergibt. SPENCE fordert die Übernahme des Bodens durch die Gemeinden und dessen Verpachtung an den Meistbietenden. Hierdurch würden die Gemeinden zu alleinigen Beziehern der Grundrente werden, und diese Einnahmequelle werde reichlich genug fließen, um alle übrigen Gemeindeabgaben entbehrlich zu machen. — Nach dem Tode von SPENCE und nach der Einführung der umstrittenen *Kornzölle* (1815), welche die Grundbesitzer begünstigen sollten, unternahm seine zu einem „Bund der Menschenfreunde“ zusammengeschlossenen Anhänger 1816 einen Putschversuch gegen die Regierung: ein Zeichen dafür, wie sehr die Agrarfrage als eine allgemein gesellschaftliche empfunden wurde.

2. Auch für den Chartistenführer JAMES O'BRIEN (1805 bis 1864) war die Bodenfrage ein Teil der sozialen Frage. O'BRIEN hat den Zusammenhang zwischen dem Landverlust der Bauern und der Proletarisierung der Abgewanderten in der Industrie gesehen und hieraus den Gedanken der Arbeiter-Siedlung abgeleitet: Die Regierung solle Land aufkaufen und auf diesem Arbeitslose wieder sesshaft machen. Rentenabgaben an den Staat seitens der neuen Landstelleninhaber sollten zu weiterem Bodenankauf dienen. — Der Gedanke einer Rückführung der Arbeiter aufs Land hat hinfort weitergewirkt, bis zu den Lehren von FRANZ OPPENHEIMER (1864—1943) und zu den praktischen Schritten etwa der Heimstättenbewegung in Deutschland; die Zielsetzung hat sich dabei freilich sehr verändert.

Die Idee der Siedlung weist schon hinüber zu einer zweiten Richtung der Agrarbewegung.

## II. Umschichtung des Bodeneigentums als Ziel: die agrarische Bodenreform

Will schon der frühe Agrarsozialismus die individuelle *Nutzung* des Bodens sichern (und die Nationalisierung des Bodens soll hierzu gerade dienen); so zielt die Bodenreform (i. e. S.) auf das individuelle *Eigentum*, das *Kleineigentum* am Boden hin. Zwei Konzeptionen des Eigentums treffen damit aufeinander: Dem Recht auf unbeschränktes *Erwerbseigentum* tritt das Recht auf die Nahrungsgrundlage, das Recht auf *Versorgungseigentum* in den Weg.

1. Schon 1782 hat WILLIAM OGILVIE (1736—1819), Schüler von ADAM SMITH, in seiner anonym erschienenen Schrift „An Essay on the Right of Property in Land“ (Eine Abhandlung über das Recht auf Bodeneigentum) das natürliche Recht eines jeden auf ausreichenden Grundbesitz geltend gemacht. Dieses zu verwirklichen sei Sache einer aufgeklärten Regierung, welche die Landeigentümer veranlasse, Landstellen von mindestens 40 acres (rund 16 ha) an siedlungswillige Familien zu einem festen Taxzins zu verpachten. Ähnliche Gedanken trug der englische Arzt CHARLES HALL (etwa 1745—1825) vor, der hierdurch Einfluß auf die Anhänger OWENS gewann.

2. Erheblich später hat der bedeutende englische Naturforscher ALFRED RUSSEL WALLACE (1823—1913) sich wiederum die frühe Forderung nach Bodenreform zu eigen gemacht; die 1881 von ihm gegründete „Land Nationalization Society“ sollte die Umverteilung des Bodens propagieren. Der Staat habe darüber zu wachen, daß die neuen Landstellen nicht einer abermaligen Konzentration des Bodeneigentums anheimfallen. (Verbot der Weiterverpachtung des Bodens, behördliche Genehmigung für Kreditaufnahme, usw.) Das Bodenreformprojekt von WALLACE strebte im Grunde zurück zu einer vor-kapitalistischen Eigentumsordnung.

## III. Beseitigung des privaten Sondergewinns (Monopolrente) aus dem Bodeneigentum: agrarische Einkommensreform

Es geht hier um die Grundrente als eine Gattung von arbeitslosem Einkommen, die den Zeitgenossen als besonders ärgerlich erschien; genauer: um die sogenannte absolute

Rente, die als ein Monopolgewinn auf Grund ständiger Übernachfrage nach agrarischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln erzielt werde und die obendrein steigende Tendenz habe. Ihre Beseitigung wurde von durchaus nicht sozialistisch orientierten Denkern gefordert.

1. Der englische spätklassische Nationalökonom JOHN STUART MILL (1806—1873) zog die Schlußfolgerung aus der klassischen Grundrententheorie, als er die Hinwegsteuerung der Grundrente mittels einer Wertzuwachsabgabe empfahl. (Grundsätze der politischen Ökonomie, 1848, 5. Buch, 2. Kap.) Die von ihm 1870 ins Leben gerufene „Land Tenure Reform Association“ zerfiel allerdings bald nach MILLS Tod. Doch hat sein Gedanke einer Bodenwertzuwachssteuer, sei es auf den landwirtschaftlichen, sei es auf den städtischen Grund, in unserem Jahrhundert in die Steuergesetzgebung einiger Länder (so in England 1910) Eingang gefunden.

2. Der lebhafteste Widerhall, den die Lehren des Amerikaners HENRY GEORGE (1839—1897) in England gefunden haben, rechtfertigt es, diesen Sozialreformer im vorliegenden Zusammenhang zu würdigen. Sein damals vielbeachtetes Buch „Progress and Poverty“ (Fortschritt und Armut, 1879) fand für die aller Vernunft widerstrebende „Fortdauer der Armut inmitten fortschreitenden Reichtums“ den Grund darin, „daß die Bodenrente noch mehr als die Produktivkraft zu steigen strebt und so eine beständige Tendenz zum Niederdrücken des Lohns hervorbringt“. Daher ist das Privateigentum am Boden „ein ganz ähnliches Unrecht wie der Sklavenbesitz“. Es ist jedoch „nicht nötig, das Land zu konfiszieren; es ist nur nötig, die Rente hinwegzunehmen“. Dies soll auf dem Weg der Besteuerung geschehen. Die Einkünfte des Staats aus einer einzigen Steuer [„single tax“<sup>1)</sup>] auf die Bodenrente würde alle anderen öffentlichen Abgaben unnötig machen. — Der Gedanke fiel besonders in England auf fruchtbaren Boden. GEORGE selbst hat dort 1884 die „Land Restoration League“ gegründet; und gerne griff auch die gegen Ende des Jahrhunderts wachsende Bewegung gegen die *städtische* Bodenrente auf seine Lehren zurück.

Eine Wegsteuerung der Grundrente ist schwerlich möglich: Zwischen „verdientem“ und „unverdientem“ Teil der

<sup>1)</sup> Es sei angemerkt, daß der Gedanke der „single tax“ nur terminologische Verwandtschaft aufweist zu dem ganz anders begründeten *impôt unique* der französischen Physiokraten des 18. Jahrhunderts.

Rente ist kaum zu trennen. Monopolrenten entstehen heute eher im Gewerbe als in der Landwirtschaft. Das Grundeigentum, das seinen erwerbswirtschaftlichen Zweck nicht erreichen darf, ist ökonomisch entprivatisiert, ohne es formell zu sein; dies müßte stets als Widerspruch zu einer im ganzen erwerbswirtschaftlichen Ordnung empfunden werden, innerhalb deren der Grundeigentümer keinen geringeren Anspruch auf volle Verwertung seines Vermögensobjektes geltend machen kann als jeder andere Kapitalbesitzer.

Es ist allgemein auch unrichtig, für die „soziale Frage“ das Grundeigentum verantwortlich zu machen. Zwar ist der modernen unselbständigen Arbeit historisch überall die Trennung des Produzenten vom Boden vorausgegangen. Aber hieraus zu folgern, daß einfache Rückgängigmachung dieses geschichtlichen Prozesses auch die Probleme der Industriegesellschaft wieder zum Verschwinden brächte, hieße mit der „Bodensperre“ (OPPENHEIMER) die Industrie selbst beseitigen wollen. Die Wiederherstellung von agrarischem Kleineigentum wäre gegen den Produktivitätsfortschritt gerichtet. Wider diesen aber ist auf die Dauer keine Wirtschafts- oder Sozialpolitik durchzuhalten.

Man wird sehen, wie später die Auffassung durchdringen wird, daß nicht die soziale Frage der Agrarfrage entspringe, sondern daß diese selbst ein Moment des gesellschaftlichen Grundverhältnisses geworden und nur mit diesem zu lösen sei.

## B. Die Befreiung des Individuums durch die Gesellschaft: William Godwin (1756—1836)

Mit GODWIN begegnet uns die theoretische Begründung des Anarchismus; genauer: seiner radikal-individualistischen Spielart, die aber bei GODWIN eines sozietären Ethos keineswegs ermangelt. Es ist bemerkenswert, daß GODWIN, überzeugter Nonkonformist, zeitweilig Dissenterprediger war, ebenso wie seine bedeutenden Zeitgenossen JOSEPH PRIESTLEY (1733—1804) und RICHARD PRICE (1723 bis

1791). Seine Gattin war die berühmte Verfechterin der Frauenrechte, MARY WOLLSTONECRAFT (1759—1797). — GODWIN'S Einfluß auf die Zeitgenossen ist stark, aber nicht nachhaltig gewesen. Seine individualistische Grundauffassung schloß die Bildung einer geistigen Schule aus. Am nächsten kommt ihm unter den späteren englischen Sozialdenkern THOMAS HODGSKIN (1787—1869). Bei GODWIN, dem Übersetzer französischer Enzyklopädisten, tritt die Wendung des philanthropischen Geistes der Aufklärung ins Sozialkritische beispielhaft hervor.

1. Einkommensausgleich als Forderung der Vernunft: Alles Sozialdenken der neueren Zeit ist auf sein Verhältnis zum Erwerbseigentum zu befragen. GODWIN bejaht das Eigentum; es ist ihm „der Schlußstein, der das Gebäude der politischen Gerechtigkeit krönt“. Demgemäß will er die bestehende Gesellschaft nicht umwälzen, sondern vielmehr aufklären, zur „universal benevolence“, zu einem Verhältnis allgemeinen Wohlwollens führen. Ausgangspunkt seines Hauptwerks „Enquiry Concerning Political Justice and its Influence on General Virtue and Happiness“ (Untersuchung über politische Gerechtigkeit und ihren Einfluß auf Gesittung und Wohlfahrt der Gesellschaft, 1793) ist, wie bei so vielen zeitgenössischen Denkern, BENTHAM'S Prinzip der „happiness maximation“ (vgl. oben, S. 8). Indem er den Maßstab des „größten Glücks der größten Zahl“ an die bestehende Einkommensverteilung anlegt, kommt GODWIN zu der Überzeugung, daß diese weder der Dringlichkeit der von den einzelnen empfundenen Bedürfnisse noch der persönlichen Leistung der Einkommensbezieher entspreche. Immer wieder wird man auch in der Folgezeit, bis hin zu einigen Grenznutzen-theoretikern des ausgehenden 19. Jahrhunderts und bis zur „Welfare Economics“ des 20. Jahrhunderts, aus dem BENTHAM'Schen Prinzip die ihm innewohnende Folgerung des Einkommensausgleichs ziehen: Da die gleiche Menge an Glücksgütern in der Hand des Armen schwerer wiegt als in der Hand des Reichen, ist der Forderung der gesellschaftlichen Wohlfahrtsmaximierung am besten entsprochen

durch ausgleichende Umverteilung der Einkommen, sowie des einkommenbegründenden Eigentums. Dieser Ausgleich soll nach GODWIN nicht auf dem Wege individueller, den Empfänger demütigender Wohltätigkeit geschehen, sondern vielmehr durch freiwillige Selbstbegebung der Eigentümer, deren Einsicht in das Unrecht ihres Mehrbesitzes GODWIN aufrütteln will. Hier mischt sich strikter Individualismus mit utopisch-egalitären Vorstellungen. Gedacht wird bei dem Vorschlag, von dessen Verwirklichung GODWIN sich schlechthin das Menschheitsglück versprach, offensichtlich nur an Konsumeigentum oder an das Eigentum kleiner Einzelproduzenten. Die Umverteilung von *Erwerbsvermögen* könnte nur zu Lasten jener Produktivität gehen, die der *verbundenen*, im Großen wirkenden Arbeit innewohnt. GODWIN freilich hat das Getriebe der ineinandergreifenden industriellen Detailarbeit als eine Form der Knechtung der zur Freiheit geborenen Einzelperson verabscheut.

2. Die Entbindung der Individualität: GODWIN spricht dem einzelnen ein fast unbegrenztes Recht auf gesellschaftliche Absonderung zu. Auch hierin ist er Schüler der Aufklärung und ihrer Überzeugung von der Intelligibilität des Sittengesetzes: Der einzelne ist sich „des rechten Weges wohl bewußt“; nur die gesellschaftlichen Zwangseinrichtungen stehen dem freien Gebrauch seiner Einsicht im Wege. Dies bedeutet freilich auch umgekehrt: nur die Gesellschaft kann der Individualität Raum schaffen und wahren; nur die Freiheit aller verbürgt die Freiheit jedes einzelnen. Und insofern das Individuum seine Freiheit als gesellschaftliche genießt, ist es selbst der Gesellschaft verpflichtet. Aber immer nur: dieser als *ganzer*, nicht einzelnen Teilgliedern der Gesellschaft. „Zweifellos ist der Mensch für den gesellschaftlichen Verkehr geschaffen. Aber ... seine Fähigkeiten ermöglichen es ihm, dem Ganzen, nicht nur einem Teil zu dienen.“ Alle Bindung an einzelne ist daher zu verwerfen, infolgedessen auch alles arbeitsteilige Zusammenwirken innerhalb und außerhalb der Produktion; ferner das Institut der Ehe, jener „abscheu-

lichen Alleinherrschaft“, sowie die Familie (GODWIN will auch die Kindererziehung ganz der menschenfreundlichen Gesinnung der Allgemeinheit überantworten); selbst Theateraufführungen werden als unschöpferische Wiederholung der Einfälle anderer abgelehnt. Überall soll die *ungebundene* Gesellschaftlichkeit des einzelnen sich auswirken. Der britische Individualismus erscheint hier radikal zu Ende geführt. Daß er wirklich für alle Menschen, auch für die bislang Befohlenen, geltend gemacht wird, stellt das sozialreformerische Element in GODWIN'S Gedanken dar.

3. Die Selbstordnung der Gesellschaft: Der einzelne kann des institutionellen Zwangs nur ledig sein, wenn die Gesellschaft im ganzen es ist. Dem entschiedenen Individualismus auf gesellschaftlichem Gebiet tritt der ebenso entschiedene politische Liberalismus zur Seite. GODWIN'S Staatstheorie führt die allgemeine Staatsauffassung seiner Zeit fort: Der Staat ist Herrschaftsinstrument; er lebt aus dem Gegensatz von Herrschenden und Beherrschten. Diese zunächst gegen die absolute Monarchie und ihren gesellschaftlichen Anhang gewandte Auffassung bedeutet positiv: Sobald der dritte Stand sich als politischer Gesamtkörper konstituiert, sich zur Nation gemacht hat, und *soweit* der dritte Stand in sich interesse-eins ist, erscheint auch der Staat verwandelt, den der dritte Stand in Besitz genommen hat: er hört auf, Herrschaftsmittel zu sein, und wird zum Organ des Gemeinwillens. ROUSSEAU hat die *Möglichkeit* der Versöhnung von Staat und Gesellschaft in seinem Werk über den „Contrat social“ (Gesellschaftsvertrag, 1762) begründet, und bei THOMAS PAINE erscheint (wie auch bei PRIESTLEY, PRICE und anderen) die Vision einer Gesellschaft, die den Staat in sich zurückgenommen hat. — Was der Aufklärung in solcher Weise eine Hoffnung war, das wird im politischen Anarchismus GODWIN'S zum ersten Mal Programm. Hier erscheint die später wiederkehrende Idee einer streng föderalistischen Assoziation der kleinsten politischen Einheiten eines Landes (für GODWIN sind das die Kirchspiele, die Gemeinden), im Sinne einer konsequenten Urdemokratie. Man wird dem

wieder in FOURIERS Bund unabhängiger „Phalangen“, als zugleich wirtschaftlicher und politischer Selbstverwaltungseinheiten der Gesellschaft, und bei KROPOTKIN begegnen.

4. Würdigung: GODWIN hat es unternommen, die Gesellschaft aus *einem* Punkte zu kurieren, nämlich durch den allgemeinen Eigentums- und hierdurch auch Einkommensausgleich. Die naheliegende Frage, ob sich nicht alsbald neue Vermögensunterschiede herausbilden würden, erledigte sich für GODWIN durch das Vertrauen auf die allgemeine Überzeugungskraft der Vermögensgleichheit, die niemanden eine Änderung des neuen Zustandes erstreben lassen werde. Natürlich war GODWINS Forderung auf Eigentumsausgleich unvereinbar mit der — freilich zu seiner Zeit sich erst ankündigenden — industriellen Großproduktion, die rein personelle Lösungen der Eigentumsfrage ausschließt. Sein Appell an den guten Willen und seine anarchistischen Hoffnungen muten uns Heutigen naiv an. Doch ist zweierlei bedeutungsvoll: 1. GODWIN ist nicht bei der Kritik der gesellschaftlichen Sitten stehengeblieben, sondern zur Kritik der Institutionen übergegangen. 2. Er hat gesehen, daß die Änderung *einer* wichtigen sozialen Einrichtung Wirkungen auf die Gesellschaft als *ganze* haben muß. In beidem hat GODWIN der weiteren Lehrgeschichte vorgearbeitet.

### C. Reform der Gesellschaft durch Selbsthilfe der Arbeitenden: Robert Owen (1771—1858)

War GODWIN Schwärmer, so OWEN Praktiker. Einer der erfolgreichsten Fabrikanten seiner Zeit, erwarb er 1799 die Spinnerei New Lanark in Schottland, die er, samt dem angeschlossenen Arbeiterdorf, unter schwierigen Bedingungen zu einer damals selbst von reisenden ausländischen Potentaten in Augenschein genommenen Musteranstalt machte. Trotz vieler Enttäuschungen hat sich OWEN sein Vertrauen auf die Macht des Beispiels zeit seines Lebens bewahrt. Zeitgenosse der Ludditen-Aufstände (1811—1814) und der schweren wirtschaftlichen Umstellungskrise nach Ende der

Kriege mit Frankreich 1815, ist er doch von der gesellschaftlichen Hoffnung der Aufklärung beseelt geblieben: „Wir gehen jetzt der Morgendämmerung der Vernunft und der Zeit entgegen, in welcher der menschliche Geist wiedergeboren wird.“

1. Der Ruf nach Sozialpolitik: Auch für OWEN stehen, im Sinne BENTHAMS, individuelles und allgemeines Glück in Übereinstimmung. Aber die vernunftgemäße Ordnung der Gesellschaft verwirklicht sich nicht von selbst. Ihr Hebel ist die *Erziehung*. OWEN teilt mit der Aufklärung die Überzeugung von der grenzenlosen Entwicklungsfähigkeit des Menschen; und dem Autodidakten ist der Gedanke einer *allgemeinen Nationalerziehung* eine Herzenssache. Sein Erziehungsbegriff ist dabei ein umfassender, ein wahrhaft „sozialpädagogischer“, seine Erziehungstheorie eigentlich Milieutheorie. Besonders in seinem Hauptwerk „A New View of Society“ (Eine neue Sicht der Gesellschaft, 1812/14) hat OWEN ausgeführt: Was aus den Menschen wird, hängt von den Umständen ab, unter denen sie leben. Daher gilt es, Verhältnisse zu schaffen, in denen die Menschen gut sein *können*, und in denen mit dem Vorteil des Übeltuns auch dessen Anlaß entfällt. Erziehungsreform in diesem Sinn wird ihm zur institutionellen Reform der Gesellschaft überhaupt. Der frühe OWEN setzt seine Hoffnung dabei vornehmlich auf die Einsicht seiner Fabrikanten-Kollegen sowie der Regierung: Allemal erweise sich das sittlich Verwerfliche auch als ökonomisch unvernünftig. So etwa, wenn Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft getrieben werde: OWEN ist ein eifriger Fürsprecher von Arbeitsschutz- und -pflagmaßnahmen der Fabrikanten, von Arbeitszeitgesetzen, von Vollbeschäftigungspolitik und Arbeitslosensiedlung (von „produktiver Arbeitslosenhilfe“, wie wir heute sagen würden) gewesen; er hat die Bedeutung der Volksbildung für die Steigerung der Produktivität betont. Sittliche Besserung der Menschen und Vermehrung ihrer Leistungskraft sind ihm eins.

2. Das Experiment der Selbsthilfe: Wenn sich auch OWEN immer wieder an die Regierung und an die

Fabrikanten gewandt hat, so haben doch mancherlei Enttäuschungen ihn bald auch auf den Weg des praktischen Beispiels und des Appells an die Arbeitenden selbst gedrängt. OWEN ging dabei, wie andere Sozialtheoretiker seiner Zeit (WILLIAM THOMPSON, 1785—1833, JOHN GRAY, 1790—1850), von einem Gedanken aus, der zu einem späteren Zeitpunkt als Lehre vom „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ formuliert worden ist<sup>1)</sup>: OWEN war Zeuge der ersten industriellen Krisen in der modernen Welt (1815, 1825, usw.), und als einer der ersten hat er diese als Ergebnis eines Widerspruchs zwischen wachsender Produktion und ungenügenden Märkten angesehen. Wie sein Zeitgenosse, der Genfer Nationalökonom SIMONDE DE SISMONDI (1773—1842), hat OWEN in der mangelnden Kaufkraft der arbeitenden Massen den Grund für die industriellen Krisen erblickt. So unzureichend diese rohe „Unterkonsumtionstheorie“ (oder besser: Unternachfrage-Theorie) der Krise war, so war doch damit ein wesentliches Problem der neuen Wirtschaftsweise nicht mehr auf systemfremde, sondern auf system-eigene Umstände zurückgeführt: Die Verteilungsfrage ward nun als eine solche zwischen den *industriellen* Gruppen der Gesellschaft, und nicht mehr vorwiegend zwischen den Repräsentanten der Industrie und denen der Feudalität, gesehen, und der Arbeitslohn nicht nur als Kosten- sondern auch als Kaufkraftgröße betrachtet.

Wie aber erklärt sich das Ungenügen der Massenkaufrkraft? Hier hat OWEN, wie alle Denker seiner Zeit, auf die klassische *Arbeitswerttheorie* zurückgegriffen, die nun kritisch gegen das bestehende System der gesellschaftlichen Einkommensverteilung gewandt wird: Obwohl die Arbeit allein „produktiv“ ist<sup>2)</sup>, fällt nicht das volle Arbeitsprodukt den Arbeitenden selbst zu; der Gewinn der Unternehmer stellt einen ungerechtfertigten Abzug vom vollen

<sup>1)</sup> Vgl. Anton Menger, *Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag*, 1. Aufl. 1886.

<sup>2)</sup> In diesem Punkt ist alle Lehre vom „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ ungenau, indem sie Güterproduktivität und Wertproduktivität verwechselt. Zur Kritik der Lehre s. u., S. 81 f.

Arbeitsertrag dar, er ist vorenthaltener Lohn. Hieraus entspringt von selbst die Forderung des „vollen Arbeitsertrags“ für die Beschäftigten. Sie soll verwirklicht werden durch Hingabe der Produkte nach ihrem Arbeitswert, wobei die Arbeitenden selbst in Austausch untereinander treten. Das Geld soll ersetzt werden durch Zertifikate über die von einem jeden geleisteten Arbeitsstunden; und dieses *Arbeitsgeld* berechtigt zum Bezug eines äquivalenten, d. h. gleichwertigen Produkts. So soll die Arbeit (und zwar die „gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeitszeit“, wie sie später bei MARX wieder erscheint) zum unmittelbaren Wertmaß werden und hierdurch aller Profit entfallen.

Dem Gedanken des Arbeitsgeldes war durch die Zeitumstände vorgearbeitet worden. Die kostspieligen Kriege der britischen Krone gegen die französische Revolution und gegen Napoleon hatten es notwendig gemacht, im Jahre 1797 die Goldeinlösungspflicht der Bank von England aufzuheben; stoffwertloses Papiergeld trat in Zirkulation, und die Frage, ob nicht auch eine Papierwährung möglich und wie sie zu regulieren sei, begann die Nationalökonomien (z. B. RICARDO) zu beschäftigen. OWENS Idee des Arbeitsgeldes ist einen Schritt weitergegangen: sie enthält den (später wieder auftauchenden) Gedanken eines unmittelbar durch Waren gedeckten Geldes — hier verbunden mit dem Projekt einer Reform der gesellschaftlichen Einkommensverteilung. Von der Einführung eines Arbeitsgeldes versprach sich OWEN Gewaltiges: „Die menschliche Arbeit würde auf diese Weise ihren natürlichen und inneren Wert erhalten, der dem Fortschritt der Wissenschaft entsprechend zunehmen würde... Die Nachfrage nach menschlicher Arbeit wäre nicht länger durch die Willkür bestimmt, noch der Lebensunterhalt wie jetzt ein sich dauernd ändernder Handelsartikel; noch wären die arbeitenden Klassen Sklaven eines künstlichen Lohnsystems, das in seinen Auswirkungen grausamer ist als jede Sklaverei einer barbarischen oder zivilisierten Gesellschaft. Diese Veränderung des Wertmaßes würde sofort die vorteilhaftesten heimischen Märkte öffnen, bis die Bedürfnisse aller in reichlichem Maße befriedigt wären, und bei seiner Beibehaltung könnte in Zukunft kein neues Unheil aus dem Fehlen eines Marktes erwachsen. Sie würde die Mittel für einen völlig unbegrenzten und nutzbringenden Verkehr und Aus-

tausch mit anderen Nationen sichern, ohne die nationalen Interessen zu gefährden, und würde alle Regierungen in Stand setzen, alle bestehenden schädlichen Handelsbeschränkungen zu beseitigen.“ (Bericht an die Grafschaft Lanark, 1820.) — Obwohl das verwirklichte „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ jeden Gewinn (und damit im übrigen jede Neuinvestition, sofern nicht die Arbeitenden nun selbst die Kapitalbildung übernehmen) ausschließen würde, meint OWEN doch: „Die Gutsbesitzer und Kapitalisten würden im selben Maße Nutzen aus dieser Maßnahme ziehen, weil die Arbeit die Grundlage aller Werte ist, und nur wenn die Arbeit angemessen vergütet wird, können landwirtschaftliche Produkte und Manufakturwaren großen Gewinn abwerfen.“ Diese Ungereimtheit weist auf eine Schwäche hin, die der Lehre vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ allgemein anhaftet (s. darüber unten, S. 81 f.).

Eine *Verwirklichung des „Rechts auf den vollen Arbeitsertrag“* hat Owen auf zwei Wegen versucht: einmal vermittelt der Gründung von *Produktionsgemeinschaften*. 1825 kaufte er die amerikanische Siedlung New Harmony, die er zu einer Pflanzstätte des neuen Geistes der Zusammenarbeit machen wollte. Allein nach wenigen Jahren gingen die Mitglieder, zwischen denen es zu zahlreichen Streitigkeiten gekommen war, auseinander; weitere Experimente OWENS waren nicht glücklicher.

Ein anderer Versuch, jedem Produzenten das Seine zu schaffen, war die *Tauschbank*: Im Jahre 1832 wurde in London die Labour Exchange Bank eröffnet, eine Art Warendepot, das Produkte zu taxierten Arbeitswerten entgegennahm und entsprechende Bescheinigungen ausstellte, auf welche die gewünschten Gegenwaren, gleichfalls zu ihrem Arbeitswert, also ohne Gewinnaufschlag, abgegeben wurden. Nach kurzem Anfangserfolg mußte die Bank schließen: Streit war entstanden bei der Bewertung der Waren nach „notwendiger Durchschnittsarbeitszeit“ (ein wiederkehrendes Problem aller unmittelbaren Bewertung der Waren nach dem vermuteten Arbeitswert). Auch suchten die Produzenten anderswo nicht absetzbare, mehr oder minder nutzlose Ware der Tauschbank aufzudrängen, so daß auch die Käufer vielfach nicht die Produkte ihrer Wahl vorfinden konnten. Ferner wurden der Tauschbank mit Vorliebe Erzeugnisse angeboten, die bei geringem Materialaufwand viel Arbeit erforderten, also eine hohe Gutschrift einbrachten, wodurch natürlich gleichfalls die Zusammensetzung des verfügbaren Warenangebots wenig wunschgerecht ausfiel. — So wenig

praktikabel also OWENS Gedanke der Tauschbank war, so wenig stand OWEN allerdings zu seiner Zeit mit diesem Projekt allein: Unter anderem haben auch JOHN GRAY und O'BRIEN ihre gesellschaftlichen Hoffnungen damals auf eine Tauschbank gesetzt.

3. Würdigung: Als ökonomischer Denker hat OWEN die theoretischen Irrtümer seiner Zeit geteilt. Aber er hat nach vielen Richtungen hin auf die *Praxis* sowohl der sozialen Bewegung als auch der Sozialpolitik gewirkt: Der Gedanke der Arbeiterselbsthilfe hat seinen Ausdruck gefunden in den von den „Pioneers of Rochdale“ (1844) ausgegangenen *Konsumgenossenschaften*, ebenso wie in der *Gewerkschaftsbewegung*; OWEN selbst hat dem ersten Zusammenschlußkongreß der britischen Trade Unions präsiidiert. Die Ideen der *Siedlung*, der *Erziehungsreform* als eines Teils der Gesellschaftsreform haben weitergewirkt. Auf die Agitation OWENS geht die *erste gesetzliche Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit* in England zurück: Wenn auch die ersten Bestimmungen von 1819 selbst noch kaum etwas ausgerichtet haben, so war doch damit für die Zukunft anerkannt, daß die Arbeitskraft ein schutzwürdiger Gegenstand der Gesetzgebung sei.

Mit OWEN hat sich in England erstmals die Hoffnung auf eine „bessere“ Gesellschaft eng mit der Arbeiterbewegung verbunden. An diesem Punkt verlassen wir den britischen Schauplatz und wenden uns den frühen Sozialideen des Kontinents zu.

## § 2: Frankreich

Ist um die Wende des Jahrhunderts England von der sozialen Krise geschüttelt worden, so Frankreich von der politischen. Der Kampf zwischen Bürgertum und Krone, im zeitgenössischen England seit langem ausgefochten, füllte in Frankreich noch eine Epoche. Die soziale Frage erschien hier in besonderem Maß als Frage der *politischen* Herrschaft.

Dafür hatte der absolute Staat gesorgt. Er hatte die Gesellschaft *polarisiert*, indem er einerseits Hochadel und

Hochklerus um den Thron versammelte und andererseits alles, was zum dritten Stand zählte, im Verhältnis reiner Untertanenschaft hielt; und er hatte den Staat *zentralisiert*, so daß an *einem* Punkt, in der Hauptstadt, auch die großen Entscheidungen fallen konnten. Aber gleichzeitig hatte der französische Spätabsolutismus die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt: Nach den großen Förderungsmaßnahmen der Zeit COLBERTS (1619—1683) bedrückten Kriege, chronische Zerrüttung des Staatshaushalts, die Gleichgültigkeit der Monarchen gegenüber Wirtschaftsbelangen die Unternehmungen. Und zu einer Zeit, da die englische klassische Nationalökonomie bereits den *industriellen* und *merkantilen* Liberalismus predigte, mußten sich die französischen Physiokraten noch mit der Forderung eines *agrarpolitischen* Liberalismus bescheiden.

So war Frankreich gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts in ökonomischer und gesellschaftlicher Beziehung hinter England zurück. Aber mehr als einmal hat ein in der weltgeschichtlichen Entwicklung zurückstehendes Land ein historisches Pensum gerafft nachgeholt und sich an die Spitze des weiteren Geschichtsganges gesetzt. Das gilt in politischer Hinsicht für das Frankreich der großen Revolution: Innerhalb weniger Jahre fächerte sich der dritte Stand, der sich 1789 als Gesamtnation konstituiert hatte, in seine gesellschaftlichen Elemente auf; die Revolution durchlief die kurze Phase einer Herrschaft des dritten Standes als ganzen, dann des Großbürgertums (Gironde), schließlich des Kleinbürgertums und rudimentären Proletariats (Montagne, Sansculottes). Freilich, ein so rasches Auseinandertreten der gesellschaftlichen Kräfte konnte nicht von einer gleichen ökonomischen Entwicklung begleitet sein, welche den neuen sozialen Gruppen eine Grundlage ihrer Konsolidierung geliefert hätte. Der politische Machtanspruch hing in der Luft, solange er noch nicht durch ökonomisch-soziale Kräfte verbürgt war. So lief nach ROBESPIERRES Ende (Juli 1794) die Entwicklung wieder rückwärts: von der Herrschaft des Großbürgertums (Direktorium) über die Verbindung desselben mit dem neuen

(und alten) Adel unter Napoleon zur Wiederherstellung der Aristokratie und des Königtums (Restauration). So konnte es in Frankreich unter den bestehenden Umständen bis zur Erhebung von 1830 nur darum gehen, gegenüber der Restauration die bürgerliche Ordnung selbst in ihre politischen Rechte einzusetzen. Daher erscheint die „soziale Frage“ zunächst als Gegenstand des *Verfassungskampfes*; und hierdurch ist die frühe Sozialbewegung mehr als reine Arbeiterbewegung. — Aber indem sich in Frankreich die soziale Frage zunächst als eine politische darstellte, ist hier auch zuerst und am vollständigsten die politische Frage als der *allgemeine* Ausdruck der sozialen Frage verstanden worden. Und so ist Frankreich das Land geworden, in dem die gesellschaftlichen Kämpfe, die praktischen wie die geistigen, am entschiedensten und gewissermaßen exemplarisch für das übrige Europa durchgeföhrt worden sind.

A. Der Sprung in die natürliche Ordnung  
der Gleichen:  
Babeuf und der „utopische“ Kommunismus

I. *Gracchus Babeuf*

1. Die Zeitumstände: BABEUF (1760—1797), das Haupt der „Verschwörung der Gleichen“, war der erste moderne Sozialrevolutionär. Die Sache des arbeitenden Volkes machte er zu der seinen. Das arbeitende Volk seiner Zeit aber war nicht die Arbeiterschaft allein, sondern die Vielzahl der Kleingewerbetreibenden, der Handwerker, der kleinen Händler, der Bauern. Und die vielfältigen Wünsche dieser durchaus nicht gleichartigen Gruppen trafen sich bei BABEUF in einem beherrschenden Gedanken: dem der allgemeinen Gleichheit. Die Ideen hat ihm die Aufklärungsphilosophie geliefert, seine Waffen die Revolution.

BABEUF, Kind armer Eltern, hatte als Grundbuchkommissar die feudale Bodenordnung des vorrevolutionären

Frankreich gründlich kennengelernt; seine Ideen einer anti-feudalen Agrarordnung, einer einzigen Steuer auf den Grundbesitz sowie der Beseitigung aller dinglichen Lasten entwickelten sich schon vor der Revolution. In der berühmten Nachtsitzung vom 4. August 1789 hob die Nationalversammlung die Reste der feudalen Agrarverfassung in der Tat auf. Aber weiter sollte die Agrarreform auch nicht gehen: Während BABEUF zur Forderung der Nationalisierung des Bodens weiterschritt, beschloß der Konvent am 18. März 1793 die Einführung der Todesstrafe für jeden, der die Aufteilung des Bodens oder andere Maßnahmen, die gegen das Wirtschaftseigentum zielten, verlangen sollte. Demgegenüber machte BABEUF für die Besitzlosen ein unabdingbares Menschenrecht auf Unterhalt, auf Nahrung geltend. Und dies mußte in der Folgezeit um so bedeutungsvoller werden, je mehr die Kriegsnot, besonders in der Hauptstadt, wuchs. Die Lehre vom Menschenrecht erhielt nun eine zwiefache Auslegung, die Parteien schieden sich. Dem Recht auf das freie *Erwerbseigentum* setzte BABEUF das elementare Recht auf ausreichendes *Versorgungseigentum*, das Recht auf die Subsistenz entgegen. Dieses aber könne nur die Staatsmacht sichern. So kam BABEUF den Jakobinern nahe, die wie er selbst die politische Gleichheit als Vorbedingung der sozialen ansahen. Und ganz im Sinne der Jakobiner unterschied BABEUF zwei Parteien: Die eine wolle die „*république bourgeoise et aristocratique*“, die andere die „*république toute populaire et démocratique*“. Die Jakobiner stützten sich auf die Volksclubs der Sansculottes; diese wollte MARAT sogar zu Organen des Staates machen. Hier taucht die erste Idee einer unmittelbaren Herrschaft des Volkes auf: Im jakobinischen „Wohlfahrtsausschuß“ hat K. MARX später die Züge der „revolutionären Regierung eines neuen Typs“ gesehen; und von da über die Pariser Kommune (1871) bis zu den Sowjets der ersten und zweiten russischen Revolution geht eine historische Linie.

Wie die Jakobiner hat sich auch BABEUF ans Volk gewandt, wobei ihm die Zeitung als Waffe diente. Als nach

dem Thermidor (Hinrichtung ROBESPIERRES am 27. Juli 1794) die Gegenrevolution blutig triumphierte, die Verfassung von 1793 aufgehoben und das Zensuswahlrecht wieder eingeführt wurde, sah sich BABEUF auf den Weg der Verschwörung gedrängt. Er wollte hierbei nicht als Putschist im eigenen Namen, sondern gewissermaßen stellvertretend für das gefesselte Volk handeln, auf dessen Zustimmung er baute. Der erste rohe Begriff der revolutionären Diktatur taucht auf. Diese soll sogleich zu einer planvollen Neuordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens schreiten und einen strikten Wirtschaftskommunismus einführen.

2. Die Idee der kommunistischen Wirtschaftsgemeinschaft: Die revolutionäre Regierung soll nach BABEUFs Vorstellung Landwirtschaft und Gewerbe zu Produktionsgemeinschaften zusammenfassen, mit kollektivem Eigentum, mit Verteilung des Lebensnotwendigen nach dem Bedürfnis aus staatlichen Magazinen, in welche die Produktionsgemeinschaften ihre Erzeugnisse einliefern. Das Wirtschaftsleben soll zentraler Verwaltung unterliegen.

Die neue Form des Zusammenwirkens erfordert auch eine neue gesellschaftliche Moral. Sie soll durch eine gleiche, öffentliche Erziehung gesichert werden, deren Tugendideal Arbeitsamkeit und Patriotismus sind.

Mit diesem den Aufklärungsphilosophen MORELLY<sup>1)</sup> und MABLY<sup>2)</sup> entlehnten Musterbild eines kommunistischen Wirtschaftsstaates ist BABEUF konsequent in der Richtung weitergegangen, die ROUSSEAU, MARAT, die Jakobiner gewiesen hatten: Aus ihrer Forderung der annähernden Gleichheit (der politischen wie der ökonomischen) hat er die der vollendeten Gleichheit gemacht. Sein Verteilungskommunismus läßt dabei die Frage offen, wie die Gesellschaft ihre Produktionsgrundlagen selbst durch Neuinvestitionen dauerhaft *erweitern* könne.

<sup>1)</sup> Code de la nature (Gesetzbuch der Natur), 1755.

<sup>2)</sup> Des droits et des devoirs du citoyen (Über die Pflichten und Rechte des Staatsbürgers); posthum veröffentlicht.

Nicht die sozialökonomischen Ideen BABEUFs haben weitergewirkt, sondern seine praktisch-politischen. Seine Verschwörung wurde verraten, er selbst hingerichtet; aber 1828 veröffentlichte ein überlebender Mitverschworener, PH. BUONAROTTI, den Bericht über die Verschwörung der Gleichen, der die republikanisch Gesinnten neu entflammte; und der „Babouvismus“ der dreißiger Jahre ist schließlich in den *politischen Kommunismus* eines BLANQUI übergegangen. Die Lehre von der Diktatur des arbeitenden Volkes in seiner Gesamtheit weist weiter zur Lehre von der Diktatur des Proletariats.

## II. Etienne Cabet

CABET (1788—1856)<sup>1)</sup> teilt mit BABEUF zwar nicht den politischen, wohl aber den utopischen Kommunismus. Radikaler Demokrat und Mitglied des italienisch-französischen Geheimbundes der Carbonari (aus dem später die italienische Einigungsbewegung hervorgegangen ist), wurde er 1831 Deputierter. Vergeblich agitierte er für eine Herabsetzung des Wahlzensus. Seine Tätigkeit in republikanischen Klubs und seine Arbeit an oppositionellen Zeitungen trugen ihm gerichtliche Verfolgung ein. Als Emigrant in England gelangte er, unter dem Einfluß der Lehren OWENS, von dem Gedanken der politischen zu dem der sozialen Gleichheit. In seinem nach dem Geschmack der Zeit als Reisebericht eingekleideten Buch „*Le voyage en Icarie*“ (Die Reise nach Ikarien; 1839) hat er sein Ideal einer nationalen Gütergemeinschaft von „gleichmäßig assoziierten, verpflichteten, berechtigten, freien Personen“ niedergelegt; einer Gemeinschaft, in welcher „das Einzelinteresse mit dem Allgemeininteresse zusammenwächst, verschmilzt und einen einzigen, gesunden, lebendigen Körper oder Gesellschaftsorganismus bildet“. Jeder arbeitet „die gleiche Stundenzahl am Tage nach seinen Fähigkeiten, und genießt den gleichen Anteil an den Erzeugnissen nach seinem

<sup>1)</sup> Er soll aus systematischen Gründen schon hier seinen Platz in der Darstellung finden, obwohl er einer späteren Zeit angehört.

Bedarf“. Durch unentwegte Werbung für den Gedanken der Gütergemeinschaft gilt es die Regierenden und die Reichen von dessen Heilsamkeit zu überzeugen. Alle Zwangsmittel lehnt CABET ab: „Man darf nicht die Gütergemeinschaft damit eröffnen, daß man einen Teil der Menschheit unterjocht“.

Der lebhafteste Widerhall, den CABETS Buch (wie auch Schriften anderer zeitgenössischer Autoren zur sozialen Frage) fand, weist auf die gesellschaftliche Erregung der Zeit hin. Doch fügt CABETS Darstellung der langen utopisch-kommunistischen Tradition (MORUS, CAMPANELLA, MORELLY, MABLY, BABEUF) wenig Neues hinzu. — Versuche mit kommunistischen Mustergemeinden, die CABET in den Vereinigten Staaten unternahm, sind ebenso gescheitert wie alle anderen Experimente dieser Art vor und nach CABET.

## B. Vollendung der industriellen Gesellschaft als Aufgabe: Saint-Simon und seine Schüler

CLAUDE HENRI DE ROUVROY COMTE DE SAINT-SIMON (1760—1825) ist für die Ideengeschichte der Sozialbewegung wie für die Entwicklung der Gesellschaftsphilosophie, die er von der Aufklärung zum Positivismus hinübergeleitet hat, gleichermaßen von Bedeutung geworden. Wiederum wird man, um die Lehre zu verstehen, sich die Zeitverhältnisse zu vergegenwärtigen haben.

Schwer lastete die französische Restauration nach 1815 auf der Nation. Sondergerichte verfolgten die Republikaner, ein rigoroses Zensuswahlsystem bewirkte, daß von einer Gesamtbevölkerung von rund 30 Millionen nur 90 000 das aktive Wahlrecht besaßen; auch die gewerblichen Mittelschichten waren ausgeschlossen. Die politischen Freiheiten waren unterdrückt, Adel und Klerus wieder in ihre herrschende Stellung eingerückt. Durch Gesetz wurde 1825 der Emigrantennadel für seine Güterverluste in der Revolution großzügig entschädigt. Der 1819 eingeführte gleitende Getreidezoll belastete vor allem die arbeitenden

Schichten; ein Abgeordneter meinte damals: „Der hohe Preis des Brotes ist eine Wohltat für die Arbeiter, weil er sie zwingt, mit größerem Eifer zu arbeiten, um leben zu können.“ — So mußte das Regime der Restauration alle Teile der gewerblichen Schichten gegen sich aufbringen. Und SAINT-SIMON, selbst einer hochangesehenen französischen Adelsfamilie entstammend und mit Stolz auf seine vermeintliche Abkunft von Karl dem Großen pochend, hat hier entschieden Position für den Gewerbefleiß gegen die nicht-arbeitenden Schichten bezogen; er schrieb, wie er selbst bekannte, „für die Bienen, gegen die Drohnen“ in der Gesellschaft.

SAINT-SIMON, ein Mann von unruhigem, bewegtem Leben, ein Feuerkopf, stets voller Entwürfe, ist nicht durch eine geschlossene Lehre hervorgetreten. Er ist der große Anreger für die Zukunft gewesen; und bei seinen Schriften ist der Anteil seiner Schüler erheblich. — SAINT-SIMONS Bedeutung für die Denkgeschichte der sozialen Bewegung liegt vor allem in zweierlei: Er hat den Ansatz zur dialektischen Betrachtung der Geschichte geliefert; und er hat die Idee einer arbeitenden Industriegesellschaft entwickelt. Mit beidem wandte er sich gegen die politisch-gesellschaftliche Ordnung seiner Zeit.

1. Der Ansatz zur dialektischen Geschichtsauffassung: Es sind namentlich vier Gedanken, durch welche SAINT-SIMON das Geschichtsbewußtsein des 19. Jahrhunderts mitgeprägt hat und zum Mittler zwischen Aufklärung und marxistischer Geschichtsdialektik geworden ist:

a. *Die Fortschrittsidee*: Es gibt eine Geschichte der ganzen Menschheit, und in dieser ist dasselbe große Gesetz der Selbstvervollkommnung am Werk, das auch die Naturgeschichte durchwaltet. Bisherige Stufen der Menschheitsgeschichte, die nun vor allem als eine Geschichte der Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens verstanden wird, sind der Kannibalismus, die Sklaverei, die Leibeigenschaft gewesen. Jede Epoche ist von ihren Bedingungen her zu verstehen; eine jede hat ihren eigenen Sittenbegriff, der

mit ihren Ordnungsgesetzen übereinstimmt, und eine jede bedeutet einen objektiven Fortschritt gegenüber der vorausgegangenen. Aber sie wird selbst zum Hindernis der Fortentwicklung, nachdem sie einmal die Kräfte hervorgebracht hat, die über sie hinausweisen. Diese Kräfte zu erkennen ist Sache einer auf die Erfahrung gestützten positiven Philosophie. Nicht länger gilt es, eine Zukunftsgesellschaft im Kopfe zu ersinnen; vielmehr sind die schon wirkenden Tendenzen zu erkennen und zu befördern. So tritt an die Stelle des einstigen Naturrechts bei SAINT-SIMON die positive Wissenschaft. — Zum Gesetz der Höherentwicklung gehört es, daß die großen gesellschaftlichen Fragen sich historisch in immer allgemeinerer Weise stellen. Schon ist die Zeit reif geworden, die *Weltgesellschaft*, geeint in einem Weltstaat, herzustellen.

So hat SAINT-SIMON die entwicklungsgeschichtliche Sicht der Aufklärungsphilosophie, wie sie sich etwa in CONDORCETS nachgelassenem Versuch „*Esquisse d'un tableau des progrès de l'esprit humain*“ (1794) zusammenfaßt, in die positive Wissenschaft überführt.

b. *Die dialektische Form der Entwicklung: Kampf der Gegensätze.* Die Gesellschaft schreitet nicht konfliktlos voran. Stets gibt es Nutznießer und Leidende einer Ordnung, und daher Beharrungs- und Veränderungswillen. Heute geht der Kampf zwischen produktiven und unproduktiven Klassen. Dem später im Kommunistischen Manifest niedergelegten Gedanken, daß alle Geschichte sich in Klassenkämpfen bewege, sind schon SAINT-SIMON und später seine Schüler (sowie auch etwa der französische Sozialreformer CONSTANTIN PECQUEUR, 1801—1887) nahegekommen.

c. *Das dialektische Verhältnis von Gesellschaft und Staat.* Die Staatsmacht muß mit dem gesellschaftlichen Körper übereinstimmen; die Träger der Wirtschaftsgesellschaft sollen auch die Träger der öffentlichen Gewalt sein. Im strikten Gegensatz zur gleichzeitigen Staatsphilosophie der deutschen Romantik, und zugleich in lebhaftem Widerspruch gegenüber den bestehenden französischen Verhältnissen postuliert SAINT-SIMON, daß nicht die Gesellschaft

dem Staat, sondern der Staat der Gesellschaft sich anzugleichen habe; er setzt damit die große Tradition der rationalen, soziologisch orientierten englisch-französischen Staatstheorie fort. Auch trägt er die große Hoffnung des achtzehnten Jahrhunderts von einer schließlichen Versöhnung von Staat und Gesellschaft ins neunzehnte hinüber.

d. *Die Vision der staatslosen Gesellschaft.* Haben sich einmal die Exponenten der Wirtschaftsgesellschaft, d. h. die Tüchtigsten der produktiven Klasse der „industriels“, in den Besitz der Staatsmacht gesetzt, so ist die politische Gewalt nicht einfach neu verteilt, sondern vielmehr in ihrem Wesen verändert: Sie hört auf, ein Herrschaftsmittel zu sein, sie verliert ihren Charakter als Zwangsinstitut. Die Regierung wird aus einer Herrschaft über Personen zur bloßen Administration von Sachen. Die Gesellschaft ordnet ihr Zusammenleben nun ebenso rational, wie sie ihre Produktionstätigkeit betreibt. Die Epoche universeller Geltung *wissenschaftlicher* Prinzipien bricht an.

2. Die Industriegesellschaft als Gemeinschaft der Produzenten. Der Möglichkeit einer vollen Übereinstimmung von Staat und Gesellschaft ist SAINT-SIMON gewiß, weil die große Klasse der „industriels“ für ihn selbst eine Einheit ist, zusammengehalten durch das gemeinsame Ziel, die Industriegesellschaft zur allgemeinen zu machen. „Alles durch die Industrie, alles für die Industrie!“ ist vorläufig eine Kampflösung, um die es alle Teile der produktiven Gesellschaft im Streit gegen die gleichzeitig unnützen und regierenden Schichten der Gesellschaft zu scharen gilt.

In seiner berühmten „Parabel“ (die rund zwei Menschenalter später JULES GUESDE gegen die Aktionäre der industriellen Großunternehmungen wenden wird) führt SAINT-SIMON aus: Verlöre Frankreich unversehens seine dreitausend ersten Gelehrten, Künstler und gewerblich Tätigen, so würde hierdurch die Nation zu einem „Körper ohne Seele“ werden. Würde das Land jedoch mit einem Male die dreißigtausend ersten Personen des bestehenden Staates, die Großwürdenträger, Marschälle, Kardinäle und die reichsten Grundbesitzer einbüßen, so würde

dieses Ereignis die Franzosen sicherlich betrüben, weil sie gute Menschen sind; aber es entstünde hieraus kein Harm für die Nation: denn diese Personen sind leicht zu ersetzen. Unter den bestehenden Umständen aber herrscht eine geradezu verkehrte Welt: Die Unfähigen regieren über die Fähigen; die Armen müssen freigebig gegen die Reichen sein; die großen Übeltäter richten über die Vergehen der kleinen Sünder; die moralisch Unwürdigsten maßen sich die Erziehung der Staatsbürger an.

a. *Der Begriff der „classe industrielle“*: Den parasitären Schichten der Gesellschaft stellt SAINT-SIMON die produktive Klasse und ihren historischen Anspruch entgegen. Zu ihr zählen (wie SAINT-SIMON namentlich im „Catéchisme des industriels“ von 1823/24 dargelegt hat) alle an der materiellen Produktion direkt oder indirekt, ausführend, anleitend oder entwerfend Beteiligten: die Bebauer des Bodens, die Fabrikanten, die Händler, die Arbeiter, die Gelehrten, die Künstler (wobei SAINT-SIMON den letzteren durchaus praktische Aufgaben zuweist).

Ganz im Sinne SAINT-SIMONS hat etwa gleichzeitig auch der französische Nationalökonom JEAN BAPTISTE SAY (1767—1832) die „classe industrielle“ bestimmt; mit seiner seither in der Nationalökonomie für rund ein Jahrhundert nahezu unangefochten weitergegebenen (von MARX im dritten Band seines „Kapital“ glossierten) Lehre von den drei „Produktionselementen“ (Arbeit, Boden, Kapital), die allesamt ihren jeweiligen Trägern „Arbeits“-Einkommen vermitteln, hat SAY versucht, der vermeinten Einheit der Gruppen des einstigen dritten Standes durch die Einheit des Einkommensprinzips eine ökonomische Grundlage zu geben: In seinem „Traité d'économie politique“ (1803) erscheint die Arbeit des Menschen gleichbütig neben der „Arbeit der Natur“ und der „Arbeit der Maschine“.

b. *Die Arbeitskooperation*: Was alle Gruppen der industriellen Klasse zusammenhält, sind die Bedingungen der verbundenen Arbeit. Daß im vielgliedrigen Leben der arbeitsteiligen Industriegesellschaft die Zusammenwirkenden einander bedürfen, ist für SAINT-SIMON ein Unterpfeiler der Übereinstimmung auch ihrer Interessen. Das Hohelied

der Arbeit, welches sein Werk durchhallt, ist zugleich das Hohelied der Zusammenarbeit.

Auch hier gilt es, das *wissenschaftliche* Zeitalter zu verwirklichen. SAINT-SIMON selbst hat sich eifrig physikalisch-technischen Studien gewidmet; immer wieder hat er kühne Projekte zur Abkürzung von Seewegen durch Bau von landdurchstoßenden Kanälen vorgelegt; und es fällt auf, daß auch viele seiner Schüler Techniker von Profession gewesen sind. Der Geist der positiven Wissenschaft, wie ihn SAINT-SIMONS jüngerer Mitarbeiter AUGUSTE COMTE (1798 bis 1857) weitergetragen hat, weht uns an. In seiner Schrift „De la réorganisation de la société européenne“ (1814) hat SAINT-SIMON der Wissenschaft ihre künftige Richtung gewiesen: „Die Philosophie des letzten Jahrhunderts ist revolutionär gewesen; die des neunzehnten wird organisierend sein müssen“ (doit être organisatrice). Das Zusammenwirken der erfindenden und der durchführenden Köpfe ist dabei ebenso unerläßlich wie die Kooperation von leitender und ausführender Arbeit im Betrieb; die Herrschaft der Wissenschaft im öffentlichen Leben der kommenden industriellen Gesellschaft soll auch institutionell gesichert sein. — Von hier sind, über die Ecole polytechnique, starke Wirkungen auf das in Frankreich besonders ausgeprägte „technokratische“ Denken der Folgezeit ausgegangen.

c. *Die gesellschaftliche Leistungsordnung*: Macht also SAINT-SIMON gegenüber den unnützen Gliedern der Gesellschaft überall das *Prinzip der Leistung* geltend, so ist ihm dieses zugleich auch Gliederungsprinzip der produktiven Klasse selbst. SAINT-SIMON denkt durchaus hierarchisch; gerade das Leistungsprinzip schließt Gleichheit aus. Die Tüchtigsten sollen den Produktionsprozeß leiten und im Staat regieren. SAINT-SIMON ist hier der Sprecher eines tätigen Unternehmertums in einer noch in gewissem Maße „offenen“ Gesellschaft. Die bewegten Jahre der französischen Revolution (in denen SAINT-SIMON selbst durch Assignatenspekulation ein freilich ebenso schnell wieder zerronnenes Vermögen erwarb) zeigten ihm den häufigen

Aufstieg vormals Besitzloser. Voraussetzung dafür, daß „dem Verdienste seine Kronen“ werden, ist freilich der *allgemeine Unterricht*; schon 1816 fordert SAINT-SIMON die Einrichtung von Gewerbeschulen und eine allgemeine gleiche Berufsausbildung. — Aber auch der nach Weisung Arbeitende soll „sociétaire“ sein („Partner“, wie man heute sagen würde), der die bestehende Leistungs- und Leitungsordnung als eine gerechtfertigte und sachlich notwendige anerkennt. — Dem Leistungsgedanken entspricht die Ungleichheit der *Einkommen*. Auch das private Wirtschaftseigentum lehnt SAINT-SIMON nicht ab, soweit es Ausweis persönlicher Tüchtigkeit ist. Das Eigentum muß aber dem Leistungsprinzip untergeordnet bleiben. Eingriffe in das Eigentum sind nach Maßgabe des gemeinen Nutzens notwendig; so besonders in der Landwirtschaft zugunsten der wirklich den Boden bearbeitenden Pächter. Es waltet der Gedanke einer gewissermaßen treuhänderischen persönlichen Inhaberschaft des Eigentümers an den Wirtschaftsmitteln der Nation.

Einer so geordneten Gesellschaft stellt sich als Aufgabe der Zukunft: die Arbeitskooperation im Weltmaßstab herzustellen, den Erdball so bewohnbar zu machen, wie es Europa ist, die *Weltgemeinschaft* auf Grundlage der Industrie zu verwirklichen.

3. Der Weg zur neuen Gesellschaft: Keine gedachte Idealgesellschaft, sondern vielmehr die in der Tendenz schon angelegte gilt es zu verwirklichen. Ist von der Gesellschaft einmal die überlebte feudale Superstruktur hinweggenommen, so wird sie machtvoll ihre Glieder recken. Das Neue wird so unwiderstehlich sein, daß die Gewalt der Waffen, den Übergang der gesellschaftlichen Macht an die produktiven Schichten ermöglichen wird. Die Aristokratie der Geburt wird ersetzt werden durch die Aristokratie des Talents. Bei alledem soll jedoch die Erbmonarchie unangetastet bleiben. Für das Repräsentativsystem soll die Zensuswahl gelten; später verzichtet SAINT-SIMON auf eine parlamentarische Vertretung überhaupt.

Sein industrielles System bedarf der Republik oder gar der Demokratie nicht. Auch ist jegliche Aufrührung der Volksmassen zu vermeiden.

4. Würdigung: SAINT-SIMON ist kein Sozialist gewesen; so wenig, wie die frühe französische Sozialbewegung eine sozialistische war. Wer aber zögern wollte, SAINT-SIMON überhaupt der sozialen Bewegung zuzurechnen, würde verkennen, daß die gesellschaftlichen Ideen einer Zeit immer nur auf der Höhe *ihrer Zeit* sein können. Unter den Bedingungen der industriellen Unreife und der politischen Restauration mußte die französische Sozialbewegung ihre erste Aufgabe darin sehen, die Herrschaft vorindustrieller Mächte zu beseitigen. Um dieses Ziel wollte SAINT-SIMON noch einmal den einstigen dritten Stand als ganzen scharen. Freilich war es um dessen Einheit, auch in der Übereinstimmung der ökonomischen Interessen, schon geschehen. SAINT-SIMONS Gleichsetzung von industrieller mit „klassenloser“ (wenn auch differenzierter) Gesellschaft erwies sich bald als Utopie. Aber Utopie unterscheidet sich gründlich von Ideologie. So, wie sich der gutgläubige Irrtum einer Gesellschaft, die ihre Wirklichkeit noch vor sich weiß, unterscheidet vom *interessierten* Irrtum einer anderen, die alles, was sie vermochte, schon hinter sich hat.

5. Die Saint-Simonisten: Die Schüler SAINT-SIMONS (vor allem: SAINT-AMAND BAZARD, 1791—1832, BARTHÉLÉMY PROSPER ENFANTIN, 1796—1864, PIERRE LEROUX, 1797—1871, PHILIPPE JOSEPH BENJAMIN BUCHEZ, 1776—1860) haben sich um Systematisierung der Lehre des Meisters bemüht. Die Frucht dieses Bestrebens war die aus öffentlichen Vorträgen hervorgegangene Schrift „Exposition de la doctrine de SAINT-SIMON“ (1829/30). Die Vermittlung des geistigen Erbes konnte allerdings nicht ohne dessen Anpassung an die rasch sich wandelnden Verhältnisse geschehen. Die Vorstellung von der Harmonie der industriellen Gesellschaft wich der anderen von der „exploitation de l'homme par l'homme“; ein Gedanke, der später bei MARX zum beherrschenden geworden ist. Wie

ihr Lehrmeister haben aber auch die Saint-Simonisten eine Gesellschaft erstrebt, die gleichzeitig „assoziativ“ und leistungsgeschichtet ist, und für die das (später wiederum von MARX übernommene) Entgeltprinzip gilt: „A chacun selon sa capacité, à chaque capacité selon ses oeuvres“ (einem jeden Arbeit nach seiner Fähigkeit und Entgelt nach seiner Leistung; Motto der von den Saint-Simonisten herausgegebenen Zeitschrift „Le Globe“).

Der Verwirklichung des Leistungsprinzips steht das *Erbrecht* im Wege; das „Geburtseigentum“ widerspricht dem „Fähigkeitseigentum“: „Die Vorrechte der Geburt . . . müssen gänzlich verschwinden. Das einzige Recht auf Eigentum, d. h. auf die Produktionsinstrumente, wird die Fähigkeit sein, sie zu benutzen.“ Damit die Leistung allein Eigentum begründe, soll das Erbrecht von der Familie auf den Staat übergehen. Dies ist die Konsequenz der Forderung, daß jedermann produktive Arbeit leisten solle. — Es liegt auf der Hand, daß die Beseitigung des Erbrechts mit der modernen industriellen Privatwirtschaft unvereinbar ist: Ein jeder würde alles, was der Staat erben könnte, bei seinen Lebzeiten aufzehren, und hierdurch wäre die Kapitalbildung, die in einer Privatwirtschaft, wie sie auch die Saint-Simonisten erstrebten, unvermeidlich selbst ein privater Akt ist, ausgeschlossen. — Immerhin ist die Verurteilung des unverdienten Vermögenszuwachses von gewissem Einfluß auf die spätere Erbschaftssteuergesetzgebung geworden.

Die Revolution von 1830 verschaffte den Saint-Simonisten für kurze Zeit lebhaften Zulauf. Bald zeigte sich freilich die Schwäche ihres Programms. Ihre Abneigung, sich mit dem Lyoner Arbeiteraufstand von 1831 zu solidarisieren, mußte ihnen die Arbeitenden entfremden. Dazu kamen mystische Neigungen ENFANTINS (die freilich einer Stimmung der Zeit entsprachen): Die neue Gesellschaft sollte eine theokratische sein, wobei SAINT-SIMON als Religionsstifter an die Seite von Moses und Jesus Christus gerückt wurde. Der Begriff der „Diesseits-Religion“, oft auf den Marxismus angewandt, ist, wie THILO RAMM zu Recht bemerkt hat, eigentlich bei den Saint-Simonisten am Platz. — Über die Frage der Frauenemanzipation und der freien

Liebe kam es schließlich zur Spaltung der Sekte, die den Verfall beschleunigte. ENFANTIN selbst hat später leitende Positionen in einer Eisenbahngesellschaft und im Crédit Mobilier der Gebrüder Péreire eingenommen.

### C. Reform der Gesellschaft aus *einem* Punkt

#### *Einleitung: Frankreich nach 1830*

Das Jahr 1830 bedeutet einen Einschnitt in der französischen Sozialgeschichte. Die Juli-Revolution, provoziert durch mehrere Ordonnanzen KARLS X. (Aufhebung der Pressefreiheit, Änderung des Wahlrechts zugunsten des Grundbesitzes), beseitigte, wenn nicht die Monarchie, so doch die Adelherrschaft und ersetzte sie durch die Herrschaft der „Finanzaristokratie“ (MARX). Unter dem „Bürgerkönig“ LOUIS PHILIPPE fanden sich die politischen Ansprüche des Großbürgertums saturiert, die Sozialparteien gruppieren sich um: Was nun zur Opposition gehört, will die Republik und wendet sich an die Massen. Zahlreiche Gesellschaften entstehen (Gesellschaft der Volksfreunde, Gesellschaft der Menschenrechte, Gesellschaft der Jahreszeiten), die, in die Illegalität gedrängt, sich nach dem Vorbild des „geheimen Direktoriums“ BABEUFs organisieren. Es ist die Zeit, da im „Babouvismus“ die revolutionäre und konspirative Taktik wieder auflebt. Aus einer solchen Geheimgesellschaft, nämlich aus dem „Bund der Gerechten“, ist später der „Bund der Kommunisten“ hervorgegangen. Die politisch-republikanische Bewegung rückt in die Nähe der proletarischen, die sich nun zu formieren beginnt. Während der dreißiger und vierziger Jahre reißen die Streiks und Erhebungen nicht mehr ab. Um 1830 beginnt auch eine selbständige Arbeiterpresse (wie gleichzeitig in England) sich zu regen.

Obwohl die Industrie in dieser Epoche erhebliche Fortschritte macht, sind allerdings auch 1848 noch rund drei Viertel der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft tätig und gibt es noch breite gewerbliche Zwischenschichten, deren Bedrängung durch die wachsende Großindustrie neben

der „Arbeiterfrage“ als eine soziale Frage für sich erscheint.

Dies gibt den sozialen Ideen der Epoche ihre Prägung. Gemeinsam ist ihnen, daß sie besonders an solche Umstände anschließen, denen nicht nur die Arbeiter, sondern vor allem auch die Angehörigen der gesellschaftlichen Zwischenschichten ausgesetzt sind (Übervorteilung im Handel, hoher Kreditzins, schließlich allgemein: der Konkurrenzkampf); und so muß auch die vorgeschlagene Abhilfe nicht zuletzt den kleineren selbständigen Existenzen zugute kommen. — Die Reformideen der Zeit zwischen Juli- und Februarrevolution (1830 bis 1848) haben noch einige weitere Züge miteinander gemein: 1. Die Kritik heftet sich an bestimmte gesellschaftliche Teilerscheinungen, und von einem Punkte aus soll auch die soziale Frage als ganze aufgerollt werden. 2. Die Verwirklichung der Gesellschaftsreform soll „organisch“ geschehen; an der Gesellschaft im ganzen und insbesondere an der gegebenen Staatsmacht soll nicht gerüttelt werden. 3. Die Umwandlung der Gesellschaft ist sogleich einzuleiten, wobei alle Hoffnung auf die überzeugende Kraft des Beispiels gesetzt wird.

*I. Überwindung des Handelskapitals  
durch die Assoziation: Charles Fourier*

So wenig wie SAINT-SIMON hat auch FRANÇOIS MARIE CHARLES FOURIER (1772—1837) eine nachhaltige Wirkung auf die *praktische* Sozialbewegung auszuüben vermocht, trotz der eifrigen Verbreitung seiner Lehre durch VICTOR CONSIDÉRANT (1808—1893). Das lag an den recht eigenwilligen spekulativen Konstruktionen FOURIERS. Sein philosophisches System wirkt bisweilen geradezu skurril. Aber wer um des spekulativen Teils seiner Lehre willen FOURIERS Gedankenwerk als das eines kauzigen Sonderlings abtun wollte, würde dem Gesellschaftskritiker nicht gerecht. Was dieser über die ökonomischen und sozialen Verhältnisse seiner Zeit zu sagen hat, ist zugleich von analytischer und satirischer Schärfe; und von ihm, dem Jung-

gesellen, stammen die feinsten Bemerkungen über die Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft. (Vgl. unten, Seite 161 f.) Bei allem Utopischen, das seinen Reformvorschlägen anhaftet, bleibt FOURIER einer der großen kritischen Geister unter den Vorsozialisten.

Nach seinem eigenen Zeugnis haben auf FOURIER einige frühe Lebenseindrücke tiefe Wirkung ausgeübt: Sohn eines Kaufmanns, hat er sich beizeiten von den Geschäftspraktiken seiner Zeit ein herbes Urteil gebildet. Die Eroberung Lyons durch die Truppen der Revolutionsregierung 1793 kostete ihn fast den Kopf und jedenfalls das ererbte väterliche Vermögen und hat ihm für den Rest seines Lebens, das er in gedrückten Verhältnissen als kaufmännischer Angestellter zubrachte, Abscheu vor Revolution und Demokratie beigebracht. FOURIER war Zeuge jener ersten großen Wirtschaftskrise von 1826 in Frankreich, die auch der Genfer Nationalökonom SIMONDE DE SISMONDI verarbeitet hat. (Vgl. oben, Seite 36.) Das Studium des Elends der Lyoner Textilarbeiter (Ergebnis des lastenden Konkurrenzdrucks der englischen Industrie) führte FOURIER zur Kritik der „industriellen Anarchie“.

Auch für FOURIER gilt es die Herstellung einer Ordnung des allgemeinen Gewerbefleißes und den Kampf gegen den unproduktiven Teil der Gesellschaft, den FOURIER jedoch nicht, wie SAINT-SIMON, außerhalb der sich ausbildenden Erwerbsgesellschaft sucht, sondern in ihr selbst. Zwei Hauptübel hemmen die Entfaltung der ökonomischen Kräfte: Das eine ist die Zersplitterung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, das „morcellement“ der Betriebe; und das andere, gegen das sich FOURIERS besonderer Zorn richtet, ist der Parasitismus des Handels; dieser steht ihm wiederum für das System der Konkurrenz schlechthin ein. Sowohl die beschränkte Einzelwirtschaft als auch das Kommerzsystem sollen überwunden werden durch das große Mittel der Produktivassoziation.

1. Fouriers Kritik der Verteilungsordnung: Es ist eine wiederkehrende Erfahrungstatsache, daß in der frühen erwerbswirtschaftlichen Ordnung sich die Gesellschaftskritik zunächst an die Vorgänge der Verteilungs-

sphäre heftet; erst später ergreift sie die weniger durchschaubaren Verhältnisse der Produktion. OWENS Projekt einer Marktreform mittels der Tauschbank ist ein frühes Zeugnis hierfür. (Vgl. S. 38 f.) Und auch BABEUF hat schon die Beseitigung des „mörderischen und raubgierigen Handels“ gefordert. Am schneidendsten aber ist die Kritik FOURIERS: Der Handel ist ihm „nichts anderes als eine unter der Maske der Gesetzlichkeit organisierte und legitimierte Räuberwirtschaft“, wobei durch künstliche Erzeugung von Mangel und Teuerung sowohl die Produzenten als auch die Konsumenten ausgeplündert werden. Aber hinter der Unmoral der Händler steht für FOURIER die Unnatur der Verteilungsordnung als solcher; und diese wird in der Wirtschaftskrise offenbar: Eine Krise nicht aus Mangel, sondern aus Überfluß an Produkten — das ist wahrlich eine „auf den Kopf gestellte Welt“. Hatte JEAN BAPTISTE SAY mit seinem „Gesetz der Absatzwege“ (loi des débouchés) die Unmöglichkeit einer *allgemeinen* Überproduktionskrise postuliert, da die Produktion stets mit den Erzeugnissen auch die kaufkräftige Nachfrage hervorbringe, so daß es zu Mißverhältnissen immer nur auf *einzelnen* Märkten kommen könne, so sieht FOURIER, wie dies auch SISMONDI und andere gelehrt haben, in der unzureichenden Massenkaufkraft einen Grund zur *allgemeinen* Krise aus Überangebot an Waren und Unternachfrage von zahlungsfähigen Käufern.

Aber wie aus *einer* Ursache das Übel der bestehenden Verteilungsordnung entspricht, so ist es auch durch *ein* großes Mittel zu überwinden: durch Wiedervereinigung von Erzeugung und Verbrauch in der Produktivassoziation, wodurch die Vermittlung des nutznießenden Handels entfällt.

2. Die vereinigte Arbeit: die Phalange. Wie die mazedonische Phalanx im Altertum, so wird auch die Produktionsgemeinschaft der „Phalange“ unwiderstehlich sein, ist der Gedanke erst einmal irgendwo Wirklichkeit geworden. Die Produktivassoziation soll gewerbliche und landwirtschaftliche Tätigkeit verbinden; ihre Wirtschaftsweise ist als eine recht

arbeitsintensive gedacht. In manchem kommen FOURIERS Phantasiegebilde heutigen sowjetischen Kollektivwirtschaften (Arrels) in Landwirtschaft und Handwerk nahe: gemeinsame Arbeit, Ertragsverteilung nach Leistungs- und Stimulanzprinzip, bei Sicherung eines Existenzminimums für die Mitglieder; gestufte Weisungsbefugnis der Leitungspersonen; Leistungswettbewerb zwischen den Produktionseinheiten. Andererseits soll auch bloßes Kapital eingebracht werden können, ohne daß Mitarbeit geleistet wird. Und dem trägt auch die Aufteilung des Gesamtertrags Rechnung; sie soll nach dem Schlüssel geschehen: fünf Zwölftel der Arbeit, vier Zwölftel dem Kapital, drei Zwölftel dem Talent. Zwischen den Arbeitenden wiederum soll die auf sie fallende Ertragsquote nach der Art der Arbeit verteilt werden, wobei zwischen höher entgelteter „notwendiger“, niedriger entgelteter „nützlicher“ und schließlich (FOURIERS utilitaristischer Anschauung entsprechend) das geringste Entgelt erfordernder „angenehmer“ Arbeit unterschieden wird. In der neuen Ordnung sollen also gesellschaftliche Unterschiede, Ungleichheit des Arbeitsentgelts sowie Privateigentum und private (allerdings einer gewissen Lenkung unterliegende) Kapitalanlage bleiben. — FOURIERS Phantasie schweigt in der minutiösen Ausgestaltung seiner favorisierten Idee. Bis in die Arbeitsorganisation, den Tagesablauf, ja den Bauplan des Phalansterium, des Gebäudekomplexes, in dem die Phalange-Mitglieder leben und arbeiten, ist alles vorbedacht. — Den Produktaustausch zwischen den Phalangen vermittelt die wirtschaftlich-politische Obergewalt, so daß es auch hier nicht zu privatem Handel kommt. Die Phalangen schließen sich, ganz wie in der Vorstellung der Anarchisten, zu Föderationen und schließlich zu einem Weltbund zusammen.

So eigenartig FOURIERS Idealgemälde in seinen Einzelzügen heute anmuten mag, so steht doch ein großer sozialphilosophischer Gedanke dahinter: die Wiederversöhnung der Arbeit mit der menschlichen Natur, die Betätigung der menschlichen Neigungen im Schaffensprozeß, die Wiedervereinigung von Arbeit und Spiel. Es ist ein vom alten Sensualismus überkommener sinnenfroher Humanismus, von dessen Erfüllung zugleich die Eröffnung ungeahnter neuer Produktivkräfte der Natur erwartet wird. Der Gedanke der menschlichen Selbstverwirklichung wird später bei MARX wiederkehren.

3. Der Weg: „Gesellschaftliche Reform ohne Revolution — Verwirklichung der Ordnung, der Gerechtigkeit und der Freiheit — Organisation der Industrie — Vergesellschaftung des Kapitals, der Arbeit und des Talents.“ Diese Losungen, welche der Kopf der von 1836 bis 1840 erschienenen Zeitschrift „Phalange“ enthielt, bezeichnen mit dem Hauptprogramm zugleich die Mittel, deren die Fourieristen, im Sinne ihres 1837 verstorbenen Meisters, sich bei der Werbung für die neue Gesellschaft bedienen wollten: Friedliche Überzeugung durch die Kraft des Exempels wird die Veränderung der Welt einleiten. Auch erhoffte man Hilfe von der Staatsgewalt. FOURIER selbst hat sich mit der Bitte um Finanzierung einer ersten Muster-Phalange der Reihe nach an die Minister Napoleons, der Bourbonen, der Juli-Monarchie gewandt. Und während der letzten zehn Jahre seines Lebens hat FOURIER sich täglich um die Mittagszeit zu Hause gehalten; für diese Zeit hatte er in seinen Schriften den großen unbekanntenen Gönner bestellt, der das Geld für die erste Phalange bereitstellen werde. Sein naives Vertrauen auf die Überzeugungskraft der Produktivassoziation ist freilich verständlich; hat doch FOURIER seine hochgespannten Erwartungen mit fast allen Sozialreformern der Zeit geteilt, von OWEN, THOMPSON, BUCHEZ bis hin zu L. BLANC, J. ST. MILL, LASSALLE und schließlich TSCHERNYSCHESKIJ in Rußland.

## *II. Überwindung des Leihkapitals durch die Organisation des Kredits: Proudhon*

Zum Verständnis der Lehre von PIERRE JOSEPH PROUDHON (1809—1865) trägt es bei, zu wissen, daß er Sohn eines ruinierten Kleinbauern war, der die Hypotheken, mit denen sein Grund belastet war, nicht mehr erwirtschaften konnte. PROUDHON selbst hat später geäußert: „Wer weiß, wenn es eine gute Bodenkrediteinrichtung gegeben hätte, wäre ich vielleicht mein ganzes Leben hindurch Bauer und Konservativer geblieben.“ Bis zum zwanzigsten Lebensjahr Schriftsetzer und, wie auch später, in

Dürftigkeit lebend, hat PROUDHON sich seine Kenntnisse autodidaktisch erworben. Dies, und eine gewisse gestikulierende Pose der Radikalität, wie sie Menschen des deklasierten Mittelstandes gelegentlich eignet, haftet allen seinen Werken an.

1. Gesellschaftskritik: a. *Kritik des Eigentums*: 1840 beantwortet PROUDHON eine von der Akademie in Besançon gestellte Preisfrage mit der Schrift: „Qu'est-ce que la propriété?“ Das Buch erregt Aufsehen und Skandal; es wird selbst vom jungen MARX als „wissenschaftliches Manifest des französischen Proletariats“ gefeiert. Doch zeigt sich schon hier PROUDHONS charakteristische Denkweise: Die im Titel gestellte Frage wird sogleich beantwortet: „... c'est le vol“<sup>1)</sup>. „Eigentum ist Diebstahl! Das ist die Sturmglöcke von 1793, das ist der Aufbruch der Revolution.“ — Nun entsteht natürlich der Begriff des Diebstahls erst auf Grundlage des hergestellten Eigentums. Gemeint ist in Wahrheit auch etwas anderes: Das Eigentum ist ein Raub — am *Besitztum*, und zwar des arbeitenden Kleinproduzenten. Das Eigentum gilt es zu bekämpfen — im Namen des auf eigene Arbeit gegründeten Besitzes. „Der Besitz ist rechtlich; das Eigentum ist widerrechtlich. Unterdrückt das Eigentum und erhält so den Besitz; und durch diese eine Veränderung im Prinzip werdet ihr alles in den Gesetzen, der Regierung, der Ökonomie, den Institutionen verwandeln: ihr vertreibt das Übel von der Erde.“ — Zwei Gedanken sind hier von Bedeutung: 1. Das gewerbliche Großeigentum ist für PROUDHON Widersacher nicht nur der Lohnarbeit, sondern auch der Kleinproduzenten. Übrigens ist es nicht nur deren ökonomisch-sozialer, sondern auch ihr politischer Feind: das Eigentum ist schlechthin die „Mutter der Gewaltherrschaft“ (*mère de tyrannie*). Die Ursache der ökonomischen Herrschaft überwinden heißt daher zugleich die Grundlage der politischen Herrschaft beseitigen. Mit PROUDHONS Ideen der Sozialreform verbindet sich sein *Anarchismus*. — 2. Die soziale

<sup>1)</sup> Ebenso schon *Brissot* 1780.

Frage kann in Wahrheit nicht mehr auf Grundlage des Privateigentums gelöst werden. Die kooperative Arbeit ist über das private Wirtschaftseigentum, und daher auch über individuelle Lösungen der sozialen Frage, schon hinweggeschritten. Wie alle Arbeit ihre Kraft aus der Vereinigung zieht, so muß auch das Eigentum gesellschaftlich werden; „le travail détruit la propriété“. Der später bei MARX wiederkehrende Gedanke, daß dem Stand der „Produktivkräfte“ die „Produktionsverhältnisse“ entsprechen müssen, wird hier erkennbar.

Aber nun will PROUDHON *zurück* zu jener Wirtschaftsweise von Kleinproduzenten, die mit der *industriell* verbundenen Arbeit unvereinbar geworden und von dieser nach PROUDHONS eigenem Zeugnis zerstört worden ist, und die mit dem gewerblichen Großeigentum doch die Voraussetzung der persönlichen Inhaberschaft verwertbaren Wirtschaftsvermögens teilt; aus ihr müßte also immer wieder das von PROUDHON verworfene Kapital neu aufsteigen, und die Welt des arbeitenden Kleinbesitzers würde sich so erneut zersetzen. Es würde eines allmächtigen Staates bedürfen, um dies zu verhindern. Der Anarchist PROUDHON will freilich gerade das Gegenteil eines solchen Staates. Schon in der Schrift von 1840 fordert er die „association libre“, die freie Vereinigung, die sich darauf beschränkt, die „Gleichheit der Produktionsmittel“ und die „Äquivalenz im Tausch“ zu wahren.

Mangel an Konsequenz kennzeichnet auch, bei aller rhetorischen Schärfe, PROUDHONS Werk von 1846: „Système des contradictions économiques, ou philosophie de la misère“ (System der ökonomischen Widersprüche, oder die Philosophie des Elends) und hat es zu einer leichten Beute MARXScher satirischer Abfertigung werden lassen („Misère de la philosophie“, 1847). Hier läßt PROUDHON der Reihe nach die gesellschaftlichen Kategorien Revue passieren: Wert, Konkurrenz, Monopol, Eigentum, Staat, usw.; und wie ein Krämer macht er Bilanz auf über die einer jeden Erscheinung eigenen Vorteile und Nachteile. Wo er kritisiert, verwirft er die Erscheinung und bejaht er die Grund-

lagen. Seine Kritik ist rhetorisch, oft spitzfindig und richtet sich mehr auf den Begriff der Sache als auf die Sache selbst. Er will den *Widerspruch* in den *Dingen* fassen und kommt doch nur zur *Paradoxie* der *Aussage*. Was er im Grunde sucht, ist der Kompromiß. Hilfsmittel zu diesem Ziel wird ihm die (mißverstandene) HEGELSche Dialektik mit ihrem Schema von Thesis und Antithesis, die sich zur Synthesis gatten. Für PROUDHON wird die Synthesis zur Folie des Kompromisses. Er ist der eigentliche Theoretiker des von ihm kritisierten Justemilieu; er will die „Reform zu niemand's Schaden“ und „im Interesse von jedermann“. — In der Synthesis aber sind mit dem Gegensatz die Verhältnisse, aus denen die vermittelnde Position selbst entsprang, untergegangen; im vermittelnden Begriff lösen sich Position wie Gegenposition auf. Der Kompromiß wird zur Formel der Positionslosigkeit, ja schließlich der Begriffslosigkeit. LORENZ VON STEIN hat hingewiesen auf die „unentschiedene Halbheit, die weder das Eigentum noch den Kommunismus will, und von beiden nichts anerkennen mag als das, wodurch sie nachteilig werden können“<sup>1)</sup>. Und er hat zu Recht hierin ein Element des *Anarchismus* gesehen. Dieser entspringt jenem *Nihilismus* PROUDHONS, zu dem das Denken im Kompromiß, durch Aufhebung der gegensätzlichen klaren Positionen, aus denen er entsprang, mit innerer Folgerichtigkeit hinführt.

b. *Kritik des Staates*: Den Kampf gegen die ökonomische Herrschaft stellt PROUDHON den Kampf gegen jegliche Form politischer Gewalt zur Seite. „Keine Regierung des Menschen durch den Menschen mehr, vermittels der Anhäufung der Gewalten! Keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr, vermittels der Anhäufung der Kapitalien!“ (Bekenntnisse eines Revolutionärs, 1850.) Setzte zu gleicher Zeit MARX seine Hoffnung auf den vom Proletariat *eroberten* Staat, so will PROUDHON die neue Ordnung *jenseits* des Staates errichten. Indem die Produzenten sofort an die Schaffung des ökonomischen

<sup>1)</sup> Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage, 3. Bd. München 1921, S. 363.

Systems der Gegenseitigkeit (vermittels der Tauschbank) schreiten, besorgen sie die wirkliche Änderung der Gesellschaft, während jeder Kampf um die politische Macht bestenfalls ein Umweg hierzu wäre.

„Alle Parteien ohne Ausnahme sind, sobald sie nach der Gewalt streben, nur besondere Formen des Absolutismus, und es wird keine Freiheit für den Bürger, keine Ordnung in der Gesellschaft, keine Einigkeit unter den Arbeitern geben, bevor nicht in unserem politischen Katechismus der Verzicht auf die Autorität an die Stelle des Autoritätsglaubens getreten ist. Keine Parteien mehr, keine Autorität mehr, unbedingte Freiheit des Menschen und Bürgers: diese drei Worte enthalten mein politisches und soziales Glaubensbekenntnis!“ (Bekenntnisse eines Revolutionärs.)

Daher erscheint auch die Revolution von 1848, „durch Advokaten hervorgerufen, durch Künstler vollbracht, von Poeten geleitet“, PROUDHON sehr bald als ein „Fieberanfall.“ Sein Argwohn gegen das politische Literatentum hat ihm nachhaltigen Einfluß auf die spätere französische Arbeiterbewegung, bis hin zum revolutionären Syndikalismus (vgl. S. 192 ff.), verschafft. — Seine Verwerfung der Staatsmacht hat PROUDHON allerdings nicht abgehalten, sich 1848 in die Nationalversammlung wählen zu lassen und dort sein Projekt einer Tauschbank vorzutragen, sowie später seine Hoffnung auf Napoleon III. zu setzen.

## 2. Die Tauschbank als Hebel des Mutualismus:

„Ich gehe an ein Unternehmen, das seinesgleichen nie hatte und nie haben wird. Ich will die Grundlage der Gesellschaft ändern, will die Achse der Zivilisation an andere Stellen rücken! Dazu ist nur nötig, daß die Beziehungen der Arbeit und des Kapitals so umgekehrt werden, daß die erste, die immer gehorcht hat, von nun an befiehlt, und daß das zweite, das immer befohlen hat, nun gehorcht. Ich habe mir zum Stützpunkt das Nichts und zum Hebel die Idee genommen! Damit hat der göttliche Arbeitsmann die Welt der Natur geschaffen: damit geschah die erste Schöpfung Himmels und der Erde. Damit muß der Mensch, der ewige Nebenbuhler Gottes, die Welt der Industrie und der Kunst schaffen, die zweite Schöpfung des Universums!“

Mit solch schellenlauten Worten hat PROUDHON sein Projekt der Tauschbank der Öffentlichkeit vorgelegt. — Dem Gedanken der Tauschbank sind wir schon bei OWEN begegnet. PROUDHONS banque d'échange ist eine große Handelsgesellschaft, wo Waren aller Art zu den von der Bank taxierten Preisen abgeliefert werden, gegen eine Art von Waren-Depositenscheinen, die zum Ankauf gleichwertiger Waren berechtigen. Es entfällt der Handelsprofit. Dies ist die Grundlage des „Mutualismus“, des Prinzips der ökonomischen Gegenseitigkeit. Das gesellschaftliche Bild, das PROUDHON dabei vorschwebt, ist das einer Vielzahl kleiner Warenproduzenten. Dies zeigt sich schon in der Vernachlässigung der Frage, wie sich die notwendigen Neuinvestitionen in einer gewinnlosen Wirtschaft vollziehen sollen. Damit aber auch die Arbeiter zu selbständigen Kleingewerbetreibenden aufrücken können, sollen zinslose Darlehen aus den Mitteln der Bank gewährt werden. Die Welt des kleinen Eigenproduzenten soll wieder erstehen, und zwar für alle.

Zunächst fragt man sich, woher die Bank die Kreditmittel nehmen sollte, da sie, ohne selbst Zins zu zahlen, schwerlich im Wettbewerb mit den Geschäftsbanken Einleger hätte finden können. Sodann aber: auch die Warenzertifikate der Tauschbank sind natürlich Geld, wenn sie allgemein an Zahlungen statt genommen werden. Und dieses Geld könnte selbstredend auch erspart werden, womit dann wieder privates Geldkapital entstünde, dessen Ausleihung (gegen Zins) nichts im Wege stehen würde.

Nachdem die Nationalversammlung, nach der blutigen Niederwerfung des Arbeiteraufstands vom Juni 1848 jedem sozialen Reformgedanken abhold, das Tauschbankprojekt von sich gewiesen hatte, gründete PROUDHON auf eigene Faust 1849 eine Volksbank. Das Interesse an ihr war groß. Aber PROUDHON wurde verhaftet und mußte die Bank, deren alleiniger Inhaber er war, wieder auflösen. Ein späterer Mißerfolg derselben wäre freilich unvermeidlich gewesen. — Die Idee des zinslosen Kredits taucht aber auch später wieder auf: etwa in der „Freigeld“-Lehre

SILVIO GESELLS (1862—1930) und der auf ihn eingeschwo-  
renen ökonomischen Sekte, und schließlich in der (nie ver-  
wirklichten) Losung von der „Beredung der Zinsknecht-  
schaft“, die GOTTFRIED FEDER ins Parteiprogramm der  
NSDAP eingebracht hat.

3. Urteile über Proudhon: Die schillernde Per-  
sönlichkeit PROUDHON hat eine unterschiedliche Wertung  
erfahren. Am nächsten dürften PROUDHON die folgenden  
Äußerungen kommen:

GOTTFRIED SALOMON: „PROUDHON ist ein Versöhner und  
Vermittler... In den Übergang vom Agrar- zum Industri-  
staat stellt er das Ideal des Anfangs, in der Spätzeit der städ-  
tisch-industriellen Zivilisation. Er verlangt die Rückkehr zu  
dem einfachen und stetigen Leben, zur gerechten Wirtschaft,  
die durch die Vereinfachung der Bedürfnisse und die Geltung  
moralischer Gebote möglich ist. So ist er... der Typus des  
Bauern, der in Freiheit und Armut das Leben des Proletariats  
lebt, ein Bauer-Prolet, der gegen MARX und seine Lehre der  
Großstadt, der Großindustrie und des Großstaats als Verteidi-  
ger der Landarbeit und des Handwerks, des Kleinbesitzes und  
der Kleinindustrie erscheint.“ (Einleitung zu „Bekenntnisse  
eines Revolutionärs“, 1923, S. 43).

KARL DIEHL: PROUDHON wollte nur gewisse Einrichtungen  
beseitigen, „die nach seiner Ansicht das Eigentum zu einer  
schädlichen Institution machen — das Geld und den Zins —,  
im übrigen wollte er das privatwirtschaftliche System beibe-  
halten. Er übersah dabei, daß er an die Wurzeln der von ihm  
beklagten Erscheinungen gar nicht herankam, sondern nur an  
einzelne, mit dem Privateigentum auf gewisser Kulturstufe  
unvermeidlich verbundene Institutionen.“ (Artikel „Proudhon“  
im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl.)

Für MARX schließlich ist PROUDHON schlichtweg „ein zu-  
sammengesetzter Irrtum“. (Elend der Philosophie.)

### *III. Überwindung des industriellen Kapitals durch die Organisation der Arbeit: Louis Blanc*

LOUIS BLANC (etwa 1811—1882) ist der Repräsentant  
dessen, was LORENZ VON STEIN „gouvernementalen Sozial-  
ismus“ genannt hat. Er steht hierdurch in strengem Gegen-

satz zu PROUDHONS anarchistischem Solidarismus. Seine Bedeutung für die Ideengeschichte der sozialen Bewegung darf in folgendem gesehen werden: 1. Der Realist BLANC entwickelt den Gedanken von der *Übergangsordnung*: Die neue Gesellschaft wird nicht über Nacht erstehen; auch die Arbeitenden, die Herren ihrer Produktion geworden sind, müssen in ihre Verhältnisse noch hineinwachsen. 2. Für BLANC verbindet sich die soziale mit der für ihn vorrangigen politischen Frage des allgemeinen Wahlrechts. In den Dienst dieser großen Sache tritt ihm die *Zeitung*. Mit seinem publizistischen Wirken für die Wahlrechtsreform wird BLANC zum Typus des kämpfenden Journalisten der dreißiger Jahre, wider das Bürgerkönigtum, dessen erstes Herrschaftsdezennium er in seiner „Geschichte der zehn Jahre“ (*Histoire de dix ans, 1841/44*) festgehalten hat. 1839 erscheint, in einer Zeit großer sozialer Erregung, sein Hauptwerk „*Organisation du travail*“; es erfährt bis 1850 nicht weniger als neun Auflagen.

1. Kritik des Konkurrenzsystems: Auch LOUIS BLANCs Kritik schließt zunächst an das an, was ihm als unmittelbare Beobachtungstatsache in der Welt des *Marktverkehrs* begegnet. Dabei ist das Verhältnis der Konkurrenz, gegen das er sich wendet, auch ihm, wie FOURIER, nicht bloß ein Mißstand, sondern vielmehr Kennzeichen der Wirtschaftsordnung als solcher und ihrer Widersprüche: der Entfremdung des Erwerbsszwecks vom menschlichen Zweck des Wirtschaftens, des anarchischen Krieges aller gegen alle — eines Kampfverhältnisses, das auf die Entfaltung der gesellschaftlichen Wirkkräfte selbst zurückschlägt:

„Nichts ist geeigneter, die Zunahme des Reichtums zu hemmen... als die Konkurrenz. Was ist die Konkurrenz anderes als eine unabsehbare Reihe von Unglücksfällen und Bankerotten, als eine tägliche Häufung von Zusammenbrüchen“, wodurch „sich unaufhörlich in einer allgemeinen blinden Verschleuderung der Güter alle lebendigen Kräfte der Industrie aufreiben und abnützen?“ — „Die Konkurrenz ist die Ursache allgemeiner Verarmung, weil sie eine gewaltige, ständige Ent-

wertung menschlicher Arbeit nach sich zieht, weil sie täglich, stündlich an allen Punkten der Erde ihre Herrschaft durch Vernichtung irgendeiner besiegten Industrie verkündet, d. h. durch die Vernichtung von Kapital, von Rohstoffen, von Arbeit und Zeit, die von dieser Industrie verwendet wurden ... Die Konkurrenz zwingt die Produktion, sich im Dunkeln zu entwickeln, aufs Geratewohl hin, in der Hoffnung, Verbraucher und unbekannte Märkte zu finden. Daher rührt eine unbeschreibliche Unordnung und ein Verbrauch von Kräften, um das Gleichgewicht herzustellen, aus dem Reichtum entsteht. Die Konkurrenz ist die Ursache allgemeiner Verarmung, weil sie, statt dahin zu wirken, die Entdeckungen des Genies allgemein zu verwerten, diese vielmehr in den Kreis des Monopols zwingt ... Wenn unter der Herrschaft der Konkurrenz eine Maschine erfunden wird, nützt sie dann allen ohne Ausnahme? Nein, wie Sie alle wohl wissen. Diese Maschine ist nichts als eine Keule, mit welcher der mit einem Patent versehene Erfinder seine Mitbewerber zu Boden schlägt und Legionen von Arbeitern die Arme zerschmettert<sup>1)</sup>."

Die Konkurrenz bedeutet also auch den ständigen Kampf zwischen den Arbeitenden um den Arbeitsplatz, sowie den Vernichtungskrieg gegenüber dem Kleingewerbe. — Die Überwindung der Konkurrenz aber kann nur mit den Mitteln der Konkurrenz selbst geschehen.

2. Die Organisation der Arbeit: a. *Die staatsgeschützten Genossenschaftswerkstätten (ateliers sociaux)*: In der Brandung des allgemeinen Vernichtungskampfes gibt es nur einen unerschütterlichen Pfeiler: die Staatsmacht. Sie soll die Bildung von Produktivgemeinschaften fördern, welche ihrerseits den Kampf mit dem Privatgewerbe aufnehmen. Dieser soll sich nicht in den Formen einer Vernichtungskonkurrenz, sondern in einer Art von Überzeugungswettbewerb vollziehen.

„So würde der Staat, anstatt wie es jetzt jeder große Unternehmer ist, der Herr und der Tyrann des Marktes zu sein, zum Ordner desselben werden. Er würde sich der Konkurrenz als Waffe bedienen, nicht um in schonungsloser Weise die Privat-

<sup>1)</sup> Rede im Luxembourg, zitiert nach *Ramm*, Der Frühsozialismus, Stuttgart 1956.

industrie zu vernichten, was zu vermeiden er selbst das Interesse hätte, sondern um sie unmerklich in die neue Form überzuleiten. Tatsächlich würde man in jeder Industrie, in welcher eine Genossenschaftswerkstätte sich auf tun würde, Arbeiter und Kapitalisten sich zu derselben wegen der Vorteile, welche sie ihren Genossen bieten kann, drängen sehen. Nach Verlauf einer gewissen Zeit würde man sehen, wie ohne widerrechtliche Aneignung, ohne Ungerechtigkeit, ohne unersetzliche Verluste, zum Vorteil der Gemeinsamkeit die Produktion sich vollzieht, während dieselbe jetzt so elend, nur kraft der Tyrannei und zum Vorteile des individuellen Egoismus wirkt. Heutzutage kann ein reicher Unternehmer einen großen Schlag gegen seine Nebenbuhler ausführen, sie leblos auf dem Platze lassen und einen ganzen Industriezweig in seiner Hand vereinigen. In unserem System würde sich der Staat nach und nach zum Herrn der Industrie machen und wir würden anstatt eines Monopols die Vernichtung der Konkurrenz, die Genossenschaft haben.“ (Organisation der Arbeit.)

Voraussetzung hierfür ist, daß die Arbeitenden selbst sich des Staates versichern. Dies soll nicht auf gewaltsamem Wege geschehen, sondern mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts. Der Staat selbst wird von BLANC auf sein Verhältnis zu den sozialen Klassen untersucht. Mit den Worten LORENZ VON STEINS: „Die Staatsgewalt, die bisher außerhalb der sozialen Gegensätze des Kapitals und der Arbeit gestanden, ward dadurch in der Auffassung des Proletariats in dieselben hineingezogen: sie ward *Partei*.“ Und: BLANC hat „zuerst das Proletariat über die *Staatsverwaltung* nachsinnen gelehrt, während dasselbe bis dahin stets nur an die *Staatsverfassung* gedacht hatte“<sup>1)</sup>.

b. *Die Idee der Übergangsgesellschaft*: Nach der Revolution vom Februar 1848 war LOUIS BLANC Mitglied der provisorischen Regierung. In deren Auftrag leitete er die im Palais Luxembourg zusammentretende Kommission, die über die Möglichkeiten sozialer Verbesserungen beratschlagte. Vor dieser Kommission hat BLANC, in den Wochen, da die arbeitenden Massen ungestüm auf entschiedene

<sup>1)</sup> Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage; zitiert nach der Ausgabe von 1921, Bd. 3, S. 265, 266.

Lösungen drängten und eine Umwälzung der Gesellschaft vor der Tür zu stehen schien, praktikable Grundsätze gemeinwirtschaftlicher Ordnung dargelegt; er entfernte sich damit weit von den Spekulationen eines FOURIER. Und zum erstenmal äußert sich die Vorstellung eines schrittweisen Aufbaus auch der Zukunftsgesellschaft.

„... Geschichte macht man nicht an einem Tag. Jedes Jahrhundert hat seine ihm eigentümliche Aufgabe, und das unsere hat vielleicht noch nicht das höchste Prinzip der Ordnung und Gerechtigkeit zu verwirklichen. Auf dem langen Weg der Menschheit zum Guten und Edlen haben wir noch einige Zwischenstationen einzuschieben. Allein, wenn es uns auch noch nicht vergönnt ist, das höchste Ziel zu erreichen, so haben wir doch immerhin das Verdienst, es klar gesehen zu haben, und den Ruhm, geradewegs darauf zuzugehen.“ (Rede im Luxembourg.) — Zunächst sollen staatsgeförderte und private Unternehmungen nebeneinander bestehen. Dabei „ist nicht die Rede davon, jemandem Gewalt anzutun. Der Staat würde sein Modell geben, daneben könnten die Privatbetriebe nach dem gegenwärtigen ökonomischen System weiterbestehen. Wir glauben indessen, daß unser System so elastisch und kräftig ist, daß es sich ... binnen kurzem in der ganzen Gesellschaft verbreiten und durch seine unwiderstehliche Anziehungskraft die rivalisierenden Systeme aufsaugen wird.“ Innerhalb des gemeinwirtschaftlichen Bereichs muß eine gewisse zentrale Oberleitung der Industrie bestehen, die verhütet, daß die Produktivassoziationen untereinander wiederum in Vernichtungskonkurrenz treten. Daher sollen auch überbetriebliche Ausgleichsfonds geschaffen und die Preise durch die staatliche Oberbehörde festgesetzt werden. „Nicht mehr der Wettbewerb bestimmt den Preis, sondern die Voraussicht des Staates. An die Stelle der Regierung des Zufalls setzen wir die Regierung des Wissens.“ Der Kaufmann wird zu einem „mit der Industrie verbundenen Agenten, der das gleiche Interesse wie die Produzenten hat“. Die Unternehmensleiter sollen durch die Arbeitenden gewählt werden. In der Gemeinwirtschaft wird die Arbeit zur öffentlichen Angelegenheit, der Arbeitende zum Träger eines gesellschaftlichen Auftrags. Der Lohn muß vorerst ein ungleicher sein, damit nicht die Faulheit prämiert wird. Erst in einem höheren Reifezustand der Gesellschaft wird der moralische Antrieb zum Dienst an der Gesamtheit den materiellen Anreiz

entbehrlich machen; dann wird ein jeder nach seinen Fähigkeiten arbeiten und nach seinen Bedürfnissen verbrauchen.

3. Die Nationalwerkstätten von 1848. Um den Schrei der Arbeiter nach Gewährleistung des „Rechts auf Arbeit“ zu beschwichtigen, rief die provisorische Regierung schon am 26. Februar 1848 für Paris die ateliers nationaux ins Leben. Dieses erste System „produktiver Arbeitslosenhilfe“, wie wir heute sagen würden, geriet freilich sogleich in die politischen Machtkämpfe; es entfernte sich sehr bald von den Vorstellungen BLANCS.

Einerseits erfuhr die öffentliche Arbeitsorganisation einen immer größeren Zulauf, da viele Privatbetriebe infolge der Revolutionswirren ihre Arbeit einstellten und selbst aus der Provinz die Arbeitslosen herbeieilten. Andererseits bot die Staatsverwaltung der Arbeitsorganisation keine ausreichende Beschäftigung. Nur allergewöhnlichste Erdarbeiten wurden vergeben; alle Konkurrenz mit der Privatwirtschaft sollte vermieden werden. Gleichzeitig erhielten die Indienstgenommenen, die mangels Arbeitsgelegenheit zu feiern gezwungen waren, einen Tagelohn, der fast ebenso hoch war wie der für die Beschäftigten, was auf den Arbeitswillen demoralisierend wirken mußte. Die Leitung der ateliers nationaux ging schließlich in die Hände derer über, die, mit Wiedererstarben der Gegenrevolution, auf den Ruin der Einrichtung hinarbeiteten. Nach dem Urteil einiger Zeitgenossen (LORENZ VON STEIN, LASSALLE) war das System der Nationalwerkstätten geradezu darauf angelegt, die Vorstellungen BLANCS zu diskreditieren.

Wie die Nationalwerkstätten, so scheiterten übrigens auch innerhalb kurzer Frist fast alle, teilweise mit öffentlichen Subsidien, 1848 gegründeten Produktivgenossenschaften der Arbeiter. Von den 56 Assoziationen, die 1848 Staatskredit erhalten hatten, konnten sich bis zum Jahre 1853 nur neun erhalten.

Aber auch abgesehen von dem äußeren Mißgeschick, das BLANCS Idee widerfuhr, enthielt sein System selbst einen elementaren Widerspruch: Wie sollten die staatsgeförderten Produktivassoziationen der Privatindustrie wirksame Konkurrenz bieten, wenn nicht auf dem Wege des Lohndrucks? Gleichzeitig aber sollten nach BLANCS Vorstellung die ateliers sociaux die Löhne *erhöhen*, was ihre wirt-

schaftliche Kapital- und Konkurrenzkraft jedenfalls schwächen mußte. So konnte in der Tat nur das naive Vertrauen auf die *überzeugende* Wirkung des guten Beispiels bleiben.

LOUIS BLANC hat, wie auch das Schicksal der alsbald durch die Ereignisse überspielten Luxembourg-Kommission zeigte, die *politische Machtfrage* unterschätzt. Hierin unterscheidet sich von ihm nun durchaus AUGUSTE BLANQUI.

#### D. Die neue Gesellschaft als Kampfprogramm: Blanqui und der „politische“ Kommunismus

Hat BLANC die ökonomische Selbsthilfe der Arbeiter aufgerufen, so LOUIS AUGUSTE BLANQUI die politische. Mit ihm soll der Überblick über die Lehren der frühen französischen Sozialbewegung abgeschlossen werden; und in gewisser Weise verbindet sich dabei das Schlußglied der Kette mit dem Ausgangsglied: BABEUF und BLANQUI gleichen einander darin, daß beide mehr Männer der politischen Praxis als des theoretischen Konzepts gewesen sind. Beide haben ihrem radikalen Gegensatz zur herrschenden Gesellschaft ihre Person zum Opfer gebracht: BLANQUI ist im Laufe seines Lebens nicht weniger als viermal zum Tode verurteilt worden (mit nachfolgender Begnadigung) und hat insgesamt 35 Jahre im Kerker zugebracht. — BABEUF allerdings hat eine Diktatur jakobinisch-plebejischen Typs erstrebt, BLANQUI dagegen eine proletarische Diktatur.

BLANQUI'S Lebensetappen verfolgen heißt zugleich jene revolutionäre Unterströmung in der französischen Sozialbewegung begleiten, die mit ihm wieder an die Oberfläche der Geschichte tritt.

1805 als Sohn eines ehemaligen Konventmitglieds geboren, erlebte BLANQUI mit neun Jahren die Besetzung seiner Heimatstadt Nizza durch die Österreicher; als Siebzehnjähriger war er Zeuge der Hinrichtung von vier Carbonari unter der bourbonischen Reaktion. BLANQUI selbst wurde Carbonaro. Schon in den zwanziger Jahren war er an Studentenerhebungen beteiligt, und das Revolutionsjahr 1830 war seine große Zeit. BLANQUI wurde Mitglied der Société des amis du peuple (Gesellschaft

der Volksfreunde), in der BUONAROTTI die babouvistische Tradition aufleben ließ. Von 1838 an leitete er die „Gesellschaft der Jahreszeiten“, die, nachdem das Juli-Königtum zur Unterdrückung auch der republikanischen Opposition übergegangen war, streng konspirativ arbeitete. BLANQUI ward zum Prediger der Unversöhnlichkeit der Klassen, deren Partnerschaft nur „das Bündnis des Löwen mit dem Schaf“ sein könne, und deren natürliches Verhältnis der Kampf sei. BLANQUI ergriff die erste beste Gelegenheit, diesen Kampf praktisch zu führen: Die Wirtschaftskrise von 1837 führte zu anhaltender Arbeitslosigkeit; als es 1839 zu Spannungen zwischen Parlament und Krone kam, hielt BLANQUI die Zeit für eine Erhebung gekommen. Er sammelte eine Handvoll Verschwörer und schlug mit ihnen los. Der Putsch wurde niedergeworfen, BLANQUI eingekerkert. — Die Revolution von 1848 fand ihn wieder auf dem Plan. Diesmal ging es ihm um die Bildung einer reinen Arbeiterpartei. BLANQUI blieb wiederum Opfer der Gegenrevolution. Auch die Pariser Kommune erlebte er in der Haft. Erst die allgemeine Amnestie von 1879 gab ihm die Freiheit wieder. Er starb 1881, von der Arbeiterbewegung wie ein Heros verehrt.

BLANQUIS sozialökonomische Vorstellungen sind primitiv; sein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialen Bewegung liegt in der Betonung des Klassenkampfes und der Notwendigkeit einer proletarischen Diktatur. Seine Auffassung von der letzteren gibt etwa die Schrift „Instruction pour la prise d'armes“ (Instruktion für die Ergreifung der Waffen, 1867) wieder. Die Etappen des Umsturzes sind hier: Selbstbewaffnung des Proletariats — Machteroberung — Entwaffnung der herrschenden Klasse — Errichtung einer proletarischen Diktatur. Deren erste Maßnahmen sollen sein: Enteignung des Großgrundbesitzes (bei gleichzeitigem Bemühen, die arbeitenden Bauern zu gewinnen), Staatskontrolle über die Fabriken, Annullierung der öffentlichen Schuld, progressive Einkommensbesteuerung.

In seinem Pochen auf die Notwendigkeit des Klassenkampfes trifft sich BLANQUI mit seinem Zeitgenossen MARX. Allerdings hat sich BLANQUI in der Einschätzung jeweiliger gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zumeist geirrt, und das hat seinen Aktionen den Charakter von Putschversuchen gegeben. — An BLANQUIS revolutionärem

Elan hat sich später der französische *Syndikalismus* wieder entzündet, der seine Hoffnung vor allem in den Generalstreik gesetzt hat, als das wirksamste Mittel, die Gesellschaft aus den Angeln zu heben<sup>1)</sup>.

Das Jahr 1848 markiert in Frankreich deutlich das Ende einer Epoche: Die soziale Bewegung ist zur Arbeiterbewegung geworden, der „vierte Stand“ ist als geschichtsmächtige Kraft in Erscheinung getreten. — Hat sich im Frankreich von 1848 die praktische Bewegung in ihrer Energie gezeigt, so gleichzeitig die ideelle in ihrer Schwäche. Das Jahr 1848 hat eine Reihe von Reformideen praktisch erprobt und verworfen: Die mit öffentlichen Mitteln geförderten Produktivgenossenschaften waren von kurzem Bestand; und das mußte den Gedanken nahelegen, ob die Idee einer ökonomischen Selbsthilfe der Arbeitenden, zugeschnitten im Grunde auf eine halb handwerkliche Kleinindustrie mit überwiegender Handarbeit und verhältnismäßig bescheidenem Aufwand an Sachkapital, anwendbar sei auf eine ausgreifende Großindustrie, durch welche die wirtschaftlichen Ordnungsfragen sich offenbar nun im Großen stellten<sup>2)</sup>. Der Umstand, daß auch die über FOURIER hinausgehenden Vorstellungen LOUIS BLANCS von staatlicher Initiative und Kontrolle bei der Bildung von Produktivassoziationen sich an den politischen Machtverhältnissen brachen, mußte weiter drängen zum Nachdenken über die Stellung der bürgerlichen Staatsgewalt im modernen Sozialkonflikt. — Gescheitert war auch PROUDHONS Tauschbankversuch. CABET wandte Frankreich, und damit der französischen Arbeiterbewegung, den Rücken, um im gelobten Land aller sozialen Experimentatoren des 19. Jahrhunderts, in den Vereinigten Staaten, sein Mikro-

<sup>1)</sup> Der Meinung, auch der russische Bolschewismus sei von der Art des „Blanquismus“, kann nicht beigepllichtet werden: Der Bolschewismus hat auch in der Illegalität und bei konspirativer Organisationsform stets den Durchbruch zu den Massen gesucht und sich nicht auf die Tatkraft von Verschwörerkreisen verlassen. (Vgl. auch unten, S. 210 f.)

<sup>2)</sup> An dem Ideenwandel etwa des französischen Vorsozialisten Constantin Pecqueur (1801—1887), der zunächst Saint-Simonist, dann Fourierist, schließlich Befürworter einer Nationalisierung der Industrie gewesen ist, wird der allmähliche Wechsel der Fragestellung sinnfällig.

Ikarien aufzubauen; die kommunistische Sekte, die er stiftete, brach bald auseinander. — So wurde das Jahr 1848 zum Jahr der großen Utopisten-Dämmerung.

Den Abschluß einer Denkepoche bedeutet es auch, wenn PROUDHON (schon in seiner Schrift von 1840) nachwies, daß auch die Arbeit kein Recht auf *persönliche* Aneignung der Arbeitsmittel begründe, da die Arbeit selbst nur in der *Vereinigung* wirksam werde. Damit war jener langen Denkkette ein Ende gesetzt, wodurch seit JOHN LOCKE dem *einzelnen* Arbeitenden ein Eigentumsrecht zugesprochen worden war. (Vgl. oben, S. 16.) Die Hoffnung, die Produzenten auf *individueller* Grundlage wieder in den Besitz der Arbeitsmittel zu bringen, war dahin; und der Folgegeneration schien allein zu bleiben: die Wiedervereinigung der Produzenten mit den Sachmitteln ihrer Produktion auf der Ebene der Gesamtgesellschaft zu verwirklichen.

Am Ende eines Abschnitts der Sozialgeschichte zu stehen, ist auch, wie es scheint, die Empfindung der Zeitgenossen gewesen. In seinen „Bekanntnissen eines Revolutionärs“ schrieb PROUDHON:

„Es gibt in der französischen Gesellschaft keine lebenskräftigen Parteien mehr, und es werden unter uns auch keine Parteien mehr existieren können, solange nicht neue Prinzipien aus der unerschöpflichen Tiefe der menschlichen Praxis, solange nicht andere Interessen, andere Sitten und eine neue Philosophie die alte Welt... umformen und erneuern und der von anderen Prinzipien ausgehenden öffentlichen Meinung neue Bahnen eröffnet und neue Ideen enthüllt haben.“

Es ist das Gefühl der Erwartung, das sich hier bekundet; einer Erwartung, die sich alsbald erfüllen sollte.

### § 3: Deutschland

#### Einleitung: Die Zeitverhältnisse

Über das Deutschland der Epoche, die hier betrachtet wird, ist zu sagen: es hat das Unglück seiner westlichen Nachbarn geteilt, ohne an deren Fortschritten teilzuhaben.

Das Land in zahlreiche Fürstentümer zerteilt, durch Österreich, die Schutzmacht der Restauration im Deutschen Bund, und seinen Kanzler METTERNICH (1773—1859) gegen die Anfechtungen des liberalen und nationalen Geistes abgesichert, die „Demagogen“ durch die Karlsbader Beschlüsse (1819) unter Ausnahmerecht gestellt, die Intelligenz durch Universitätsgesetz, Preßgesetz usw. gegängelt — so erscheint das zeitgenössische Deutschland einem HEINRICH HEINE schlechthin als ein „Wintermärchen“. Und der junge MARX schrieb 1844: „Wir haben . . . die Restauration der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen . . . Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tage ihrer Beerdigung.“ Die wirtschaftliche Zurückgebliebenheit Deutschlands gegenüber England und auch gegenüber Frankreich, verbunden mit außerordentlichem Elend der arbeitenden Schichten — auch die Pauperismus-Literatur ist gerade im zeitgenössischen Deutschland sehr groß gewesen —, spiegelt sich am Stand seiner Nationalökonomie. An dem Geschick, das einem FRIEDRICH LIST (geboren 1789, geendet durch Freitod 1846), dem liberalen Politiker und Verfechter der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands, widerfahren ist, läßt sich ein Stück deutschen Unglücks ablesen. Nur langsam machte sich die Nationalökonomie los von der kameralistischen „Polizewissenschaft“ des 18. Jahrhunderts. Aber auch die ältere historische Schule hat es zu keiner wirklichen ökonomischen Theorie gebracht. Und einem JOH. HEINR. v. THÜNEN (1783—1850) muß noch als Modell einer allgemeinen Volkswirtschaftslehre das eigene Gut Tellow und die Landwirtschaft dienen. — Wie die Industrie, so ist auch die Arbeiterbewegung vor 1848 noch embryonal, und dementsprechend hat Deutschland, nach dem Zeugnis LORENZ v. STEINS, „bis jetzt gerade auf dem sozialen Gebiete auch nicht das geringste wahrhaft Selbständige zu Tage gefördert. Mit peinlichem Gefühl gesteht sich der Kundige, daß unsere ganze gesellschaftlich-geistige Bewegung bis jetzt nur ein nur zu oft sehr schwacher Reflex der französischen

Bewegung auf diesem Gebiete gewesen ist“<sup>1)</sup>). In dem gleichen Jahre 1848, in welchem die Kommission des Luxembourg sich in Frankreich mit der *Arbeiterfrage* beschäftigte, ging es in der Versammlung der Frankfurter Paulskirche noch um das unerfüllte Verlangen des *Bürgertums* nach Verfassungsrechten und nationaler Einheit und forderte das gleichzeitig tagende Frankfurter „Handwerkerparlament“ die Wiederherstellung der Zünfte.

In *einer* Hinsicht allerdings war in Deutschland dem Denken der sozialen Bewegung vorgearbeitet: Auf dem Gebiet der Philosophie hatte einerseits GEORG FRIEDRICH WILHELM HEGEL (1770—1831; *Die Phänomenologie des Geistes*, 1807) seine („idealistische“) Dialektik zu einem letzten großen philosophischen System ausgebaut, und andererseits hatte LUDWIG FEUERBACH (1804—1872; *Das Wesen des Christentums*, 1841) einem humanistisch geprägten sozialen „Materialismus“ den Weg bereitet. Der wissenschaftliche Sozialismus unternahm es, Dialektik und Materialismus kritisch zu verbinden. Von HEGEL und dem „Linkshegelianismus“ ist in der Tat der größte Einfluß auf die Denker der Sozialbewegung (und zwar nicht nur der deutschen, sondern etwa auch der russischen des 19. Jahrhunderts) ausgegangen.

Die folgende Darstellung läßt einige schwärmerische Freunde der Sozialreform (MOSES HESS, 1812—1875; KARL GRÜN, 1817—1887, beide Verkünder des „wahren“ oder „philosophischen“ Sozialismus; den Sozial-Ethiker KARL MARLO, 1810—1865) beiseite; sie beschränkt sich auf drei Hauptgestalten: WEITLING, LASSALLE und DIETZGEN.

#### A. Vereinigung von utopischem und politischem Kommunismus: Wilhelm Weitling

WEITLING hat das französische Ideengut der anhebenden deutschen Sozialbewegung vermittelt. Bei ihm verbinden

<sup>1)</sup> Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage, 1. Bd., S. 140.

sich die seit BABEUF getrennt verlaufenen Ideenstränge des ökonomischen und des politischen Kommunismus wieder.

1. Leben: 1808 zu Magdeburg als Sohn eines unter Napoleon gefallenen französischen Offiziers und einer Köchin geboren, erlernte WEITLING das Schneiderhandwerk und kam als wandernder Geselle 1835 nach Paris. Dort wurde er Mitglied des „Bundes der Geächteten“, und nach Sezession der radikaleren Kräfte Mitglied des von ihnen gegründeten „Bundes der Gerechten“. Hauptpunkt des Programms des Bundes war die kommunistische Gütergemeinschaft. WEITLINGS erste Schrift „Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte“ (1838) suchte die Möglichkeit einer solchen nachzuweisen. Mit ihr ward WEITLING zum ersten deutschen Theoretiker des Kommunismus, in seiner utopischen Gestalt. Zu WEITLINGS Gleichheitskommunismus gehört: Abschaffung des Geldes, Gütergemeinschaft, „gleiche Lebenslage aller“, Aufhebung der nationalen Grenzen und allgemeine Verbrüderung zu einem „Familienbund der Menschheit“.

Nachdem 1839 die Erhebung der von BLANQUI geleiteten „Gesellschaft der Jahreszeiten“ niedergeschlagen worden war, mußte der am Aufstand beteiligte „Bund der Gerechten“ seine Zentrale nach London verlegen. WEITLING wurde 1841 in die Schweiz geschickt, wo er eifrig für die Sammlung der Handwerksgesellen und Arbeiter wirkte. Sein 1842 in der Schweiz erschienenes Hauptwerk „Garantien der Harmonie und Freiheit“, in einer kraftvollen, volkstümlichen Sprache geschrieben, fand weite Verbreitung; es war nach dem Zeugnis HEINES „lange Zeit der Katechismus der deutschen Kommunisten“. FEUERBACH, auch MARX haben diesem Werk eines Mannes mit höchst dürftiger Schulbildung, eines strebsamen Autodiktaten, hohes Lob gezollt.

1843 wurde WEITLING im Kanton Zürich verurteilt und an die preußische Regierung ausgeliefert. Diese wies ihn nach Amerika aus. WEITLING aber verließ in England das Schiff und blieb in London. Zu dem „Bund der Gerechten“, der nun unter den Bedingungen der großen Massenbewe-

gung der Chartisten arbeitete, fand er freilich kein rechtes Verhältnis mehr. Auch der Versuch einer Zusammenarbeit mit MARX und ENGELS in Brüssel scheiterte: WEITLING wollte, auch für Deutschland, die sofortige kommunistische Revolution, während MARX und ENGELS sich von der Notwendigkeit leiten ließen, zunächst die bürgerliche Republik im Kampf gegen die Monarchie zu erringen. Nach wechselvoller, doch wenig erfolgreicher Tätigkeit in den USA, in Deutschland (1848/49) und wieder in den USA zog sich WEITLING schließlich von der Tätigkeit für die Arbeiterbewegung ganz zurück, nachdem sein Drängen auf die sofortige Aktion ihn vom Tageskampf isoliert hatte. Er starb 1871 in New York in großer Armut, ein enttäuschter Revoluzzer.

2. Werk: WEITLING hat sich die Idee des historischen Fortschritts zu eigen gemacht. Die Weltgeschichte teilt er in drei große Stufen ein: Urkommunismus — Eigentum — Zukunftskommunismus. Das Ärgernis der zweiten Epoche, an deren Ende die Menschheit nun stehe, ist ihm vor allem das Eigentum, in dem er „die Ursache allen Übels“ erblickt, sowie das Geld:

„Warum lügt der Zeitungsschreiber, warum stiehlt der Dieb, warum betrügt der Kaufmann und warum verteidigt der Advokat eine schlechte Sache? Alles des Geldes wegen... Warum verfälscht der Wirt das Getränk, der Bauer die Milch und Butter, warum bäckt der Bäcker das Brot zu klein? Alles des Geldes wegen... Warum gibt es Leute, die gegen ihre Pflicht, ihr Gewissen und ihre Überzeugung lehren, schreiben und handeln? Des Geldes wegen.“ (Garantien der Harmonie und Freiheit.)

Dem hält WEITLING das verklärte Bild der wirtschaftlichen Gleichheit und der politischen Demokratie entgegen. Zwar will er, da alles soziale Geschehen der Entwicklung unterliegt, die Zukunftsgesellschaft nicht in unabänderlichen Zügen malen; dennoch geht er sehr ins einzelne, wobei sich freilich seine Vorstellungen wiederholt geändert haben.

Im *ökonomischen Zusammenleben* der Menschen wird vor allem das Geld entfallen. Die neue Gesellschaft verlangt von allen ihren Mitgliedern Arbeit und sichert gleichzeitig ihrer aller Existenz. Über die Pflichtarbeit hinaus ist zusätzliche Leistung freigestellt, die in sogenannten Kommerzbüchern angeschrieben wird; auf die Gutschriften können über den Existenzbedarf hinaus „Güter des Angenehmen“ bezogen, Reisen unternommen, Urlaubstage bestritten werden, usw. Nur bei den „Gütern des Angenehmen“ kommt es zur Festsetzung von Preisen, sie wird durch „Akademien“ nach Maßgabe der aufgewandten Arbeitszeit vorgenommen. Die Arbeitswahl ist, mit unvermeidlichen Einschränkungen, frei.

Für das *politische Zusammenleben* gilt: „Eine vollkommene Gesellschaft hat keine Regierung, sondern eine Verwaltung“. Die Leitungsfunktionen sind aller Attribute persönlicher Machtausübung entkleidet; nur die sachliche Befähigung soll über den Zutritt zu einem öffentlichen Amt entscheiden. Die Leitungspersonen werden gewählt, sie genießen keinerlei gesellschaftlichen Vorzug. Gewisse Vergünstigungen werden einzig den Erfindern eingeräumt: sie erhalten ein qualifiziertes Stimmrecht und sind zeitweilig von der Arbeitspflicht befreit. Die Selbstordnung der neuen Gesellschaft ist solchermaßen streng versachlicht. Ihrer selbst bewußt geworden, wird die Gesellschaft allen Tätigkeiten den Stempel von *Wissenschaft* aufprägen.

Für das *Zusammenleben der Völker* erhofft Weitling das Fallen der nationalen Grenzen, die Menschheitsverbrüderung, der eine allgemeine Weltsprache zu Hilfe kommen soll. Das Vaterland ist ihm die „heilig gewordene Lüge“, der Krieg ein Mittel der Herrschenden, vom wahren, dem inneren Feind abzulenken: „Da braucht's keines auswärtigen Feindes, um uns in den Harnisch zu bringen, der innere hat sich frech und fest genug eingenistet. Auf den äußeren Feind macht man uns aber jedesmal aufmerksam, wenn wir den inneren wittern. Taschenspielerfaxen! Als wenn wir nicht wüßten, daß der ebenso von seinen Herren in den April geschickt wird als wir, während in unserem wie in seinem Rücken die wahren Feinde, die Zeitungen in der Hand, sich über den Erfolg der angestifteten blutigen Hetze freuen.“

Den *Weg zur neuen Gesellschaft* sieht Weitling in der Revolution: „Der Umsturz des alten Bestehenden ist Revolution; folglich ist der Fortschritt nur durch Revolutionen denkbar. Es

lebe die Revolution!“ Der gewaltsame Umsturz führt zunächst zur Diktatur, und zwar zur Einzeldiktatur, ausgeübt durch eine Person, der WEITLING, seiner Neigung zu religiösen Vorstellungen entsprechend, messianische („charismatische“) Züge verleiht.

Wie in seinem Werk, so hat WEITLING auch in der politischen Praxis stets auf ein sofortiges Losschlagen gedrängt. Dies, und sein primitiver Gleichheitskommunismus, haben ihn auch der Bewegung seiner Zeit schließlich entfremdet.

#### B. Die Brechung des „ehernen Lohngesetzes“ durch die soziale Selbsthilfe des „Arbeiterstandes“: Ferdinand Lassalle

FERDINAND LASSALLE (geboren 1825, gefallen im Duell 1864), Sohn eines Breslauer Kaufmanns, begabt, wendig, ein mitreißender Redner, dabei ehrgeizig und geltungsbedürftig, ist mehr als politischer Agitator denn als konsequenter Denker bedeutungsvoll geworden. Viele seiner Ideen bleiben widersprüchlich, nicht fertig durchdacht, taktisch verbogen. Eine gewisse Abfolge der Gedanken in sein hinterlassenes Werk zu bringen, heißt daher schon an LASSALLE deutend herangehen.

1. Als Ausgangspunkt der sozialökonomischen Auffassungen LASSALLES darf das „eherne Lohngesetz“ gewählt werden. Eigentlich hat LASSALLE mit diesem nur eine drastische Formulierung für die altbekannte klassische Theorie des Existenzlohns gefunden:

„Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiert, ohne sich jemals lange wieder über denselben erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können... Es ist daher eine

Folge dieses ehernen und grausamen Gesetzes, daß Sie [die angesprochenen Arbeiter] sogar von der durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität, d. h. von dem gesteigerten Arbeitsertrage, von der gesteigerten Ertragsfähigkeit Ihrer eigenen Arbeit notwendig ausgeschlossen sind! Für Sie immer die Lebensnotdurft, für den Unternehmeranteil immer alles, was über dieselbe hinaus von der Arbeit produziert wird.“ (Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, 1863.)

2. Dem ehernen Lohngesetz stellt LASSALLE das Recht auf den vollen Arbeitsertrag gegenüber. Dieses ist ein in der Natur der Dinge selbst gründendes Sittengebot, und als solches tritt es in Gegensatz zum positiven Recht der besitzenden Klassen. LASSALLES Buch „Das System der erworbenen Rechte. Eine Versöhnung des positiven Rechts und der Rechtsphilosophie“ (1861) darf in Beziehung hierzu gesetzt werden: Dem historisch sich weiterbildenden gesellschaftlichen Rechtsbegriff müssen entgegenstehende individuelle Rechte weichen. Die geschichtliche Entwicklung aber führt über das überkommene eng individualrechtlich orientierte Denken hinaus.

Das von LASSALLE proklamierte Recht auf den unverkürzten Arbeitsertrag ist auch von programmatischer Bedeutung geworden. Im Jahre 1863 hat LASSALLE den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ ins Leben gerufen. Nachdem 1869 AUGUST BEBEL und WILHELM LIEBKNECHT in Eisenach die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ begründet hatten, kam es 1875 auf dem Kongreß in Gotha zur Vereinigung beider Parteien zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. In Artikel 1 des Programms kehrt LASSALLES Forderung wieder: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsmitgliedern.“ Hiergegen hat sich MARX gewandt („Kritik des Gothaer Programms“): Die Arbeit ist zwar die Quelle allen Wertes, nicht aber die Quelle allen Reichtums. Ein Recht auf den ungeschmälernten Arbeitsertrag kann es nicht geben, ohne daß alle Wirt-

schaftserweiterung zum Erliegen kommt; ganz abgesehen von der Notwendigkeit, auch die Arbeitsunfähigen aus der Wertschöpfung der Arbeitenden mitzuerhalten. Über die Verteilung läßt sich nicht moralisieren. Und schließlich ist die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel . . . nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst<sup>41)</sup>.

3. Das große Mittel, die Arbeitenden in den vollen Genuß ihres Produktes zu setzen, ist für LASSALLE die Produktivassoziation.

„Den Arbeiterstand zu einem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — . . . jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt! Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, fällt jede Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergeinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag! Die Aufhebung des Unternehmergewins in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung des Gesetzes . . ., das ist die einzige wahrhaftige, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht-illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.“

Die Produktivassoziationen sind als ein Mittel der „sozialen Selbsthilfe“ für LASSALLE etwas ganz anderes als die auf „individuelle Selbsthilfe“ abzielenden marktorientierten Absatz-, Einkaufs- und Darlehensgenossenschaften, wie sie seit den fünfziger Jahren *Schulze-Delitzsch* (1808—1883) für das gerade damals einer harten Verdrängungskonkurrenz unterliegende Kleingewerbe anregte. — Wie bei LOUIS BLANC sind auch bei LASSALLE die Produktivassoziationen ein Mittel der friedlichen, allmählichen Sozialreform. Und wie jener hat auch LASSALLE gesehen: Wenn die Produktivgenossenschaften isoliert wirtschaften, so muß die Konkurrenz zwischen ihnen wieder erstehen, und um den vollen Arbeitsertrag für die Produzenten wäre es getan. Daher ist auch nach LASSALLES Auffassung die

<sup>41)</sup> Es ist daher unverstündlich, daß immer wieder *Marx* mit dem von ihm gerade zurückgewiesenen „Recht auf den unverkürzten Arbeitsertrag“ in Verbindung gebracht wird.

Mitwirkung des Staates notwendig. Freilich hat LASSALLE, wohl mit Rücksicht auf die im Preußen der sechziger Jahre vorherrschende liberalistische Nationalökonomie und die von ihr bestimmte öffentliche Meinung, nicht bis zu LOUIS BLANCS Forderung staatlicher Ordnung des Verhältnisses zwischen den Produktivassoziationen gehen wollen und es beim bloßen Verlangen nach Staats*credit* bewenden lassen. Die Frage aber, unter welchen Umständen die Arbeitenden von der Staatsgewalt Mittel erlangen würden, führt weiter zu LASSALLES *politischem* Konzept.

4. Die Verwandlung des Staates durch das allgemeine Wahlrecht: Von der herrschenden Staatsmacht sind Mittel zum Aufbau von Produktivassoziationen nur zu erhoffen, wenn der „Arbeiterstand“ selbst über den notwendigen politischen Nachdruck verfügt. Diesen soll ihm das allgemeine Wahlrecht verschaffen. Es zu erringen, bedarf es der Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei. Das allgemeine Wahlrecht wird zum beherrschenden Punkt in LASSALLES politischer Programmatik. So sehr, daß die soziale Frage ihm schlechthin zu einer politischen wird. So unterscheidet er zwischen dem unschuldigen „Großbürger“, dem niemand den Genuß seines Reichtums verkümmern wolle, und dem gefährlichen „Bourgeois“, der aus seinem Reichtum den Titel auf politische Macht ableite.

Wie die Idee der Produktivassoziation, so ist auch die des allgemeinen Wahlrechts auf Reform abgestellt. „Wer allgemeines Wahlrecht sagt, stößt einen Ruf der Versöhnung aus.“ Zu Recht hat LASSALLE sich, unter der Anklage, „die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben“, vor Gericht gestellt, gegen den „ungeheuerlichen“ Verdacht verwahrt, einer proletarischen Klassenherrschaft das Wort geredet zu haben. Zwar spricht LASSALLE gelegentlich davon, der Staat selbst solle zur großen „Assoziation“ des Arbeiterstandes gemacht werden; aber das „Prinzip“ des Arbeiterstandes selbst ist ihm das der Versöhnung. — Als politischer Taktiker hat LASSALLE die Arbeiterbewegung mit den Konservativen gegen die Liberalen zu verbünden gesucht. Auch an der monarchischen Staatsform Preu-

ßens wollte LASSALLE nicht gerüttelt sehen. Niemand anders als *Bismarck* hat ihm (in einer Rede vom 17. September 1878) bescheinigt: „LASSALLE war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch.“ So rückt LASSALLE, der „königlich-preußische Sozialist“ (MARX), in die Nähe von RODBERTUS-JAGETZOW (1805—1875), GUSTAV SCHMOLLER (1838—1917), ADOLPH WAGNER (1835—1917) und anderen staatsstreuen Sozialreformern seiner Zeit. Der Staat ist ihm, dem von HEGELS und vor allem FICHTES Staatsidee Durchdrungenen, Träger der gesellschaftlichen Sittlichkeit.

5. Würdigung: Die geschichtliche Bedeutung LASSALLEs liegt auf praktischem Gebiet: Er hat die deutsche Arbeiterbewegung vom progressiv gesinnten Bürgertum, d. h. von Nationalverein und Fortschrittspartei gelöst und zu einer selbständig handelnden politischen Potenz gemacht. — Gerade auf seinem eigentlichen Gebiet aber, auf dem der praktischen Politik, hat LASSALLE auch seine Schranke gefunden: Mit der Losung von allgemeinem Wahlrecht plus Produktivassoziationen allein war nicht einmal eine konsequente und umfassende Tagespolitik zu führen. Die Schwäche der praktisch-politischen Position entsprang aus der Schwäche der Theorie. Zu einem gesellschaftlichen Gesamtkonzept ist LASSALLE nicht gelangt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich unter dem Einfluß der MARXschen Gedanken in der Folgezeit von LASSALLEs Ideengut gelöst. Auch der Reformismus ist andere Wege gegangen. Denn LASSALLE war zwar Reformier, doch nicht Reformist. In gewisser Weise bezeichnet allerdings der frühe Gegensatz zwischen „Eisenachern“ und Lassalleanern eine wiederkehrende Alternativsituation, vor der auch die spätere deutsche Arbeiterbewegung gestanden hat: Soll Tagespolitik von einer Gesamtauffassung der Gesellschaft oder soll sie von den Tagesrücksichten allein geleitet sein; soll sie unter Endziel-Vorstellungen oder unter dem Gesichtspunkt der wechselnden Zweckmäßigkeit stehen?

### C. Entwurf des dialektischen Materialismus: Josef Dietzgen

Zehn Jahre jünger als MARX und mit dessen Schriften früh bekannt, wie MARX von FEUERBACH kommend, hat der Autodidakt JOSEF DIETZGEN (1828—1888, von Beruf Gerber) doch in origineller Weise eine Philosophie entwickelt, welche Grundgedanken eines als „dialektisch“ zu bezeichnenden Materialismus enthält. DIETZGENS Hauptwerk „Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit, dargestellt von einem Handarbeiter. Eine abermalige Kritik der reinen und praktischen Vernunft“ (1869) ist, wie der Untertitel anzeigt, gegen KANT gerichtet und steht auf dem Boden FEUERBACHS. Der „reine Geist“ ist ihm, wie der Götterhimmel für FEUERBACH, ein Zeugnis der Selbstentfremdung des (bei DIETZGEN) gewissermaßen klassengeübten Bewußtseins:

„Ich entwickle in dieser Schrift das Denkvermögen als Organ des Allgemeinen. Der leidende, der vierte, der Arbeiterstand ist insoweit erst der wahre Träger dieses Organs, als die herrschenden Stände durch ihre besonderen Klasseninteressen verhindert sind, das Allgemeine anzuerkennen. Wohl bezieht sich diese Beschränkung zunächst auf die Welt der menschlichen Verhältnisse. Aber solange diese Verhältnisse nicht allgemein menschlich, sondern Klassenverhältnisse sind, muß auch die Anschauung der Dinge von diesem beschränkten Standpunkt bedingt sein. Objektive Erkenntnis setzt subjektiv theoretische Freiheit voraus. Bevor Kopernikus die Erde sich bewegen und die Sonne stehen sah, mußte er von seinem irdischen Standpunkt abstrahieren . . . Erst eine historische Entwicklung, welche so weit fortgeschritten, um die Auflösung der letzten Herr- und Knechtschaft zu erstreben, kann soweit der Vorurteile entbehren, um das Urteil im allgemeinen, das Erkenntnisvermögen, die Kopfarbeit wahr oder nackt zu erfassen. Erst eine historische Entwicklung, welche die direkte allgemeine Freiheit der Masse im Auge haben kann, . . . erst die neue Ära des vierten Standes findet den Gespensterglauben soweit entbehrllich, um den letzten Urheber allen Spuks, um den reinen Geist entlarven zu dürfen. Der Mensch des vierten Standes ist endlich *reiner* Mensch. Sein Interesse ist nicht mehr Klassen- sondern

Masseninteresse, Interesse der Menschheit... Die Klassenverhältnisse der Vergangenheit waren *notwendig* für die allgemeine Entwicklung. Jetzt ist diese Entwicklung an einem Standpunkt angekommen, wo die Masse selbstbewußt wird. Die bisherige Menschheit hat sich mittels Klassengegensatzes entwickelt. Sie ist damit so weit gekommen, daß sie nunmehr sich unmittelbar selbst entwickeln will. Die Klassengegensätze waren Erscheinungen der Menschheit. Der Arbeiterstand will die Klassengegensätze aufheben, damit die Menschheit eine *Wahrheit* sei." (Aus der Vorrede.)

Hält man Übersicht über den deutschen Vorsozialismus, so zeigt sich: Die sozialökonomischen Ideen sind unausgebildet; auch fehlt es sowohl an Traditionsbeziehung als auch an schulbildender Fortwirkung, die von den einzelnen Denkern ausgegangen wäre. Wenn der „wissenschaftliche Sozialismus“ von zwei Deutschen konzipiert worden ist, so allerdings unter Zusammenfassung von allem, was das europäische Denken beizusteuern gehabt hat: England hat die Ökonomie beigesteuert, Frankreich die politisch-sozialen Ideen, Deutschland die Philosophie.

### 3. Abschnitt

#### Das Verhältnis von Vorsozialismus und klassischem Sozialismus

1. Der Unterschied der zeitgeschichtlichen Verhältnisse: Damit ein Problem als solches auch nur bezeichnet werden kann, müssen seine Umrisse geschichtlich hervorgetreten sein. Um zur Frage zu *werden*, muß etwas schon praktische Frage *sein*. Auch das Konzept des klassischen Sozialismus hat nicht ohne Beziehung zu den Zeitumständen entworfen werden können, und in mancher Hinsicht bleibt es seiner Epoche auch verhaftet.

a. Als in den fünfziger Jahren MARX in England an das systematische Studium der Wirtschaftsverhältnisse seiner Zeit schritt, stand das *kapitalistische System voll entfaltet*, mit eigener Physiognomie da. Die Industrie wuchs rasch; die Produktionseinheiten vergrößerten sich; die vorkapitalistischen Formen der gewerblichen Produktion unterlagen

offenkundiger Verdrängung; industrielle Krisen kehrten mit gewisser Regelmäßigkeit wieder und verlangten Erklärung; die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der englischen Arbeiter scheinen damals ihren Tiefpunkt erreicht zu haben. Dampfschiff und Eisenbahn sowie die Entwicklung der modernen Nachrichtenmittel waren dabei, das Zeitalter des Weltverkehrs heraufzuführen; Freihandel und Goldwährung versprachen die industriekapitalistische Ordnung über den Erdball zu verbreiten; und so mußte nach Auffassung der Begründer des klassischen Sozialismus auch die Arbeiterschaft sich über die Landesgrenzen hinweg verbinden.

b. Mit der Entfaltung der industriellen Ordnung *traten die systemfremden Elemente der Gesellschaft zurück*: Die beginnende Mechanisierung der Landwirtschaft und deren zunehmende Einordnung in das Geflecht der nationalen und schließlich der internationalen Märkte — man vergleiche die Bedeutung der nordamerikanischen Baumwolle für die britische Textilindustrie, sowie die Rolle des russischen und nordamerikanischen Getreides für die Weltmärkte seit den sechziger Jahren — bezogen den Grundbesitz, jenes Residuum einer vorindustriellen Welt, immer vollständiger in die erwerbswirtschaftliche Ordnung ein. So konnte MARX die Grundrente zu einem Bestandteil des gesellschaftlichen „Mehrwerts“ erklären, und hierdurch einem reinen Zwei-Klassen-Schema die theoretische Grundlage liefern. Im Unterschied zum frühen englischen Agrarsozialismus (vgl. oben, S. 27 ff.) hat der theoretische Sozialismus seit MARX die Agrarfrage als einen Teilaspekt der großen gesellschaftlichen Grundfrage der Lohnarbeit betrachtet. — Auch die gewerblichen Zwischenschichten, die immer mehr zwischen die Mühlsteine der großgewerblichen Konkurrenz gerieten, hörten auf, Träger einer besonderen gesellschaftlichen Zukunftshoffnung zu sein. Die Sozialbewegung war zur Arbeiterbewegung geworden.

c. Diese selbst aber war, durch das Massenbegehren der Chartisten in England und durch die Kämpfe um die Republik in Frankreich, zu einer gleichzeitig *sozialen und*

*politischen Bewegung* herangewachsen. Sie trat in die Phase ihrer auch organisatorischen Verselbständigung ein und wurde durch MARX und ENGELS auf den Weg des überstaatlichen Zusammenschlusses gewiesen. (Gründung der I. Arbeiter-Internationale 1864.)

2. Der Unterschied der Ideen: a. Dem Wandel der Verhältnisse entspricht der Wandel der Sichtweise. Es ändert sich der Inhalt der gesellschaftlichen *Kritik*: Die bisher *partiale* wird zur *umfassenden*, die Kritik der gesellschaftlichen *Erscheinungen* zur Kritik der *Gesellschaft* selbst. Der Vorsozialismus hat sich auf die unmittelbar vorgefundene, allen greifbare Erfahrung berufen; der theoretische Sozialismus analysiert das Grundverhältnis der Gesellschaft. Erst für ihn gibt es daher auch eine „falsche“ Sicht der Wirklichkeit selbst, deren objektive Verursachung es bloßzulegen gilt. Mit seiner Auffassung vom befangenen Bewußtsein ist der klassische theoretische Sozialismus bedeutungsvoll geworden für alle spätere Ideologienlehre, bis hin zur neueren „Wissenssoziologie“.

b. Es ändert sich auch die Vorstellung von einer *künftigen Ordnung der Gesellschaft*: Die Zukunftswelt der Utopisten war im Kopfe schon fertig. Es gilt, bloß die Kulissen einer „schlechten Wirklichkeit“ hinwegzuräumen, damit die durch sie nur verstellte naturgemäße Ordnung der menschlichen Beziehungen rein hervortritt. — Nun weicht die spekulative der entwicklungsgeschichtlichen Auffassung auch der Zukunftsgesellschaft: Nur die allgemeinen Züge einer „menschlich“ gewordenen Welt lassen sich vorweg bezeichnen; und auch die Zukunftsordnung unterliegt einer schrittweisen Vervollkommnung.

c. Schließlich die Frage des *Übergangs zur Zukunftsgesellschaft*: Hat der Vorsozialismus an die Einsicht aller appelliert, so wendet sich der theoretische Sozialismus (entsprechend seiner Lehre vom befangenen Denken der Nutznießer einer Herrschaftsordnung) an die Einsicht „der Leidenden und der Denkenden“ — an eine *Klasseneinsicht* letztlich. Will der Utopismus mit einem Leitprojekt, ge-

wissermaßen durch Ausbau von Stützpunkten innerhalb der bestehenden Ordnung, die alte Gesellschaft Schritt für Schritt aufrollen, so ist für den wissenschaftlichen Sozialismus jede Teilfrage der Gesellschaft ein Moment ihrer Gesamtordnung, eine Frage, die im umfassenden Aufeinanderprall der gesellschaftlichen Klassen entschieden wird. Hat der Vorsozialismus sofort zur Tat schreiten wollen, so wird nun der „Klassenkampf“ zu einem epochefüllenden Verhältnis; hier kann es Wendungen und Rückschläge geben, und eine quasi-militärische Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Kampfbedingungen ist erfordert.

Das Manifest der Kommunistischen Partei (1848) ist mit der folgenden Kennzeichnung von den Utopisten abgerückt: „An die Stelle der gesellschaftlichen Tätigkeit muß ihre persönlich erfinderische Tätigkeit treten, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiung phantastische, an die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft. Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne . . . Sie wollen die Lebenslage aller Gesellschaftsmitglieder, auch der bestgestellten, verbessern. Sie appellieren daher fortwährend an die ganze Gesellschaft ohne Unterschied, ja vorzugsweise an die herrschende Klasse. Man braucht ihr System ja nur zu verstehen, um es als den bestmöglichen Plan der bestmöglichen Gesellschaft anzuerkennen.“

Und JOSEF DIETZGEN hat den Unterschied zwischen Vorsozialismus und wissenschaftlichem Sozialismus so bezeichnet: „Der Unterschied zwischen den heutigen und vormaligen sozialistischen und kommunistischen Lehren ist der: vormalig war das *Gefühl* über die ungerechte Verteilung der Güter das Fundament des Sozialismus, während ihm heute die *Erkenntnis* der geschichtlichen Bewegung als Unterlage dient. Sozialismus und Kommunismus der Vergangenheit wußten *nur* die vorhandenen Mängel und Schäden aufzudecken. Ihre Projekte künftiger Gestaltung waren phantastisch. Sie entwickelten ihre Begriffe nicht aus der Welt der Wirklichkeit, nicht aus der vorhandenen Gesellschaft, sondern rein aus dem Kopfe, sie waren also kapriziös. Der moderne Sozialismus ist *wissenschaftlich*. Wie die Naturwissenschaft ihre Thesen nicht aus dem Kopfe

zieht, sondern aus der sinnlichen Beobachtung der materiellen Wirklichkeit, so sind auch die sozialistischen und kommunistischen Lehren der Gegenwart keine Projekte, sondern Erkenntnisse leiblich vorhandener Tatsachen.“ (Der wissenschaftliche Sozialismus, in „Volksstaat“, 1873.)

Bei alledem will der klassische Sozialismus die Vorgeschichte der sozialen Bewegung — der ideellen wie der praktischen — nicht nur überwinden, sondern gleichzeitig vollenden. Sein Verhältnis zu ihr ist das des „*Aufhebens*“ — in jenem dreifachen Wortsinn HEGELS, der „ein Negieren und ein Aufbewahren zugleich“ und schließlich ein geschichtliches *Emporheben* bezeichnet. Der theoretische Sozialismus bringt die vorausgegangene Ideengeschichte kritisch hinter sich und läßt sie zugleich als „notwendige“ Durchgangsstufe im geschichtlichen Fortgang des Denkens stehen. In diesem Sinne schreibt der junge MARX: „Ihr könnt die Philosophie nicht aufheben, ohne sie zu verwirklichen.“ (Zur Kritik der HEGELschen Rechtsphilosophie, Einleitung, 1844.)

Mit feiner Witterung hat L. v. STEIN um die Jahrhundertmitte jenes große „Aufheben“ vorausempfunden, vor dem ihm gleichzeitig bangte:

Es ist kein Zweifel mehr, daß für den wichtigsten Teil Europas die politische Reform und Revolution zu Ende ist; die soziale ist an ihre Stelle getreten, und überragt alle Bewegungen der Völker mit ihrer furchtbaren Gewalt und ihren ersten Zweifeln. Vor wenig Jahren noch schien das, was jetzt gegenwärtig ist, ein leerer Schatten; jetzt steht es feindlich vor jedem Rechte, und vergeblich sind die Bemühungen, es in sein früheres Nichts herabzudrücken. Wer die Augen verschließen will, den wird die Bewegung erfassen und vernichten; das einzige Mittel, ihrer Herr zu bleiben, ist die klare, ruhige Erkenntnis der wirkenden Kräfte und des Weges, auf den die höhere Natur der Dinge die Bewegung lenkt!).“

---

1) Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich, 1921, Bd. I, S. 112.

## 2. TEIL

### **Der entfaltete Kapitalismus der freien Konkurrenz und der wissenschaftliche Sozialismus**

Die neue Gesellschaftsordnung mußte sich hinlänglich entwickelt haben, um Gegenstand einer geschlossenen Theorie zu werden. Und doch ist, wie dies in der Geschichte manches Mal begegnet, die Kritik des Bestehenden am schärfsten nicht dort ausgesprochen worden, wo die Verhältnisse am weitesten, sondern wo sie noch unfertig waren und die Probleme einer sich anmeldenden neuen Ordnung mit denen einer noch unüberwundenen alten sich kreuzten. In Deutschland, wo im Gegensatz zum zeitgenössischen England und Frankreich die Verfassungskämpfe des Liberalismus um die Abgrenzung von bürgerlichem Recht und fürstlicher Gewalt so wenig abgeschlossen waren wie die nationale Vereinheitlichung der Gesetzgebung, der Wirtschaftspolitik, des Währungsgebietes — in einem Land, wo obendrein alte und neue Wirtschaftsinteressen so hart aufeinanderstießen, wie etwa innerhalb des preußischen Staatsverbandes diejenigen des ostelbischen agrarischen Großgrundbesitzes und der aufspringenden rheinischen Industrie, mußte vielerlei zugleich als „soziale Frage“ erscheinen. Überfällige bürgerlich-liberale Reformen standen noch aus, während schon die neuen Konflikte der Industriegesellschaft sich ankündigten. Der Knoten der Geschichte erschien geschürzt. An einer solchen Wende der Zeiten konnte dem jungen MARX „die Emanzipation des Deutschen“ zur „Emanzipation des Menschen“ schlechthin werden. „Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat.“ (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung 1844)

War aber einmal die soziale Frage solcherart in die Dimension der Geschichtsphilosophie versetzt, so mußte auch über die Erkenntnisweise Rechenschaft gegeben werden, die einem Gegenstand von so neuer Ausdehnung angemessen sei. In kritischer Auseinandersetzung mit der dialektischen Methode G. W. F. HEGELS (1770—1831) und in Fortführung jenes ideologiekritischen Realismus, wie ihn LUDWIG FEUERBACH (1804—1872) am Gegenstand der christlichen Religion erprobt hatte (Das Wesen des Christentums, 1841), hat MARX die Erkenntnisweise des „dialektischen Materialismus“ — der in der marxistischen Gesellschaftslehre als „historischer Materialismus“ auftritt — schrittweise ausgebildet<sup>1)</sup>. Und seine Lehre ist, auch in ihren Teilstücken, nur zu verstehen und zu prüfen, wenn gleichzeitig die Erkenntnisprinzipien einbezogen werden, nach denen sie gefaßt ist. Die dialektische Theorie will ja die Dialektik der Verhältnisse selbst nachbilden.

Auch die MARXsche Lehre muß — ein selbstverständliches Gebot *wissenschaftlicher* Kritik! — von ihren *eigenen* Voraussetzungen her gewürdigt werden. Das Werk

<sup>1)</sup> Materialismus und Dialektik erscheinen zum ersten Mal als Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus ausdrücklich bezeichnet in einem Aufsatz von F. Engels in dem Londoner Emigrantenblatt „Das Volk“ vom 6. und 20. August 1859, worin das Erscheinen von Karl Marx' Werk „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ angezeigt wird. Es war die Zeit, da in der deutschen Philosophie der sog. Materialismusstreit ausgefochten wurde. K. Moleschott (Kreislauf des Lebens, 1852). C. Vogt (Köhlerglaube und Wissenschaft, 1854) und L. Büchner (Kraft und Stoff, 1855) hatten sich zu einem allerdings nicht dialektischen sondern monistischen und in seiner Einseitigkeit nicht haltbaren Materialismus bekannt. Alle drei verloren ihr akademisches Lehramt, aber der Widerhall bei den Zeitgenossen war beträchtlich. So schien die Zeit gekommen, einen „Materialismus“ ganz anderer Art auf die Tagesordnung zu setzen. — Aus der Sicht von heute freilich mutet vieles an der Lehre von Marx und Engels (etwa die Auffassung von „Unterbau“ und „Oberbau“, von den „materiellen“ Verhältnissen, die Entfremdungstheorie) gar nicht mehr so „materialistisch“ im philosophischen Sinne an. Es ist zu berücksichtigen, daß mittlerweile das, was seinerzeit noch als „Physiologie“ der Gesellschaft sich präsentierte, zur etablierten soziologischen Wissenschaft fortgebildet worden ist; und diese ist, bis hin zur „wissens-soziologischen“ Begründung der „Seinverbundenheit des Denkens“ (K. Mannheim), immer „materialistisch“, sofern sie gesellschaftliche Erscheinungen auf ihre Bedingungen zurückführt. Unter der Devise des „Materialismus“ hat vor allem Engels einer Sichtweise der Gesellschaft polemisch gegen den herrschenden Transzendental-Idealismus Bahn gebrochen, die heute eher als die Haltung eines un-spekulativen Realismus anzusehen wäre.

von MARX kann weder aus der Biographie von MARX noch aus einem vermeintlichen Bedürfnis (etwa: nach einer „Ersatzreligion“), dem es entsprechen soll, abgeleitet werden. Glied für Glied sind vielmehr die Theoreme selbst abzutasten. In einer Zeit, da am Werke von MARX die Geister in aller Welt sich geschieden haben, ist das Verhältnis zu diesem Denker zu einer Probe theoretischer Höhe und Unbefangtheit von Wissenschaft schlechthin geworden. Und als eine erste Aufgabe kritischer Prüfung eines so sehr der Mißdeutung durch die Parteien ausgesetzten Werkes erscheint heute das Zurückgehen auf den Text, die Wiederherstellung des *Gegenstandes* der Kritik überhaupt.

KARL MARX, geboren 1818 als Sohn eines Justizrats zu Trier, nahe dem Lande aller großen sozialen Gärungen der Zeit, nahm während seiner (in Bonn 1835 begonnenen, in Berlin 1836 fortgesetzten und 1841 mit der Promotion abgeschlossenen) Universitätsstudien das Hegelsche Denken in sich auf, dem er alsbald eine kritisch-realistische Wendung gab. Als dem Junghegelianer BRUNO BAUER die Lehrbefugnis für Theologie an der Universität Bonn entzogen wurde, gab MARX seine Hoffnung auf eine akademische Lehrtätigkeit auf; er wurde 1842 Redakteur der von rheinischen Liberalen gegründeten „Rheinischen Zeitung“, bis zu deren Verbot im Jahre 1843. In die anschließende Pariser Zeit (1843/44) fällt das freilich nicht lange währende Zusammenwirken mit dem Linkshegelianer ARNOLD RUGE an den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“, das Studium der französischen Vorsozialisten, der Beginn der Zusammenarbeit mit dem Lebensfreund FRIEDRICH ENGELS, unter dessen Anteilnahme in den Folgejahren die literarische Abfertigung einiger Linkshegelianer sowie des „wahren Sozialismus“ (K. GRÜN, M. HESS u. a.) erfolgte („Die heilige Familie“, „Die deutsche Ideologie“). Anfang 1845 auf Betreiben der preußischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen, siedelte MARX nach Brüssel über, wohin ihm ENGELS von Deutschland aus folgte. Hier entstand die gegen PROUDHON gerichtete Schrift „Das Elend der Philosophie“ (in französischer Sprache, 1847) und, gemeinsam mit ENGELS für den aus dem „Bund der Gerechten“ (s. oben S. 54, 77) hervorgegangenen internationalen „Bund der Kommunisten“ das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848. Während der deutschen Revolution leitete

MARX in Köln die „Neue Rheinische Zeitung“. Nach dem Zusammenbruch der Revolution nacheinander von der Polizei Preußens und Frankreichs gejagt, mußte MARX schließlich mit der Familie nach England fliehen, wo er unter entbehrungsvollen äußeren Verhältnissen, in Abhängigkeit von finanziellen Zuwendungen des Freundes ENGELS, bis zum Tode (1883) gelebt und, als führender Kopf der 1864 in London gegründeten I. Internationalen Arbeiterassoziation, gearbeitet hat. — In die Jahre unmittelbar nach der europäischen Revolution von 1848/49 fallen eine Reihe zeitpolitischer Schriften, Kabinettsstücke der Pamphletkunst wie „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“. In England hat sich MARX dem eindringenden Studium der ökonomischen Verhältnisse und Theorien seiner Zeit zugewandt; und die dritte, letzte Etappe seines literarischen Schaffens bezeichnen die ökonomischen Hauptschriften „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ (1859) sowie der I. Band des „Kapital“ (1867; die folgenden Bände erschienen, ebenso wie die zu den „Theorien über den Mehrwert“ zusammengestellten Studienhefte, posthum; siehe Anhang).

FRIEDRICH ENGELS (1820—1895), einer Barmer Industriellen-Familie entstammend, fühlte sich zunächst (während der Bremer Lehrzeit 1838/41) zur Literatur des „jungen Deutschland“ hingezogen; während seines Berliner Militärsjahres (1841/42) kam er in Verbindung mit linken Hegelianern, mit denen er sich an FEUERBACHS eben erschienenem Werk „Das Wesen des Christentums“ begeisterte. 1842—1844 arbeitete ENGELS im Auftrag des Vaters in einem mit der Familie liierten Unternehmen in Manchester; hier kam er in Berührung mit Führern der Chartisten-Bewegung sowie des „Bundes der Gerechten“. Eine Frucht der englischen Beobachtungen und Studien war das Buch „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ (1845), das mit der Aussicht auf die soziale Revolution abschließt. Von 1845 an blieb ENGELS dem Freunde MARX, zunächst in Brüssel, räumlich stets nah. An den Kämpfen von 1849 in Deutschland nahm er persönlich teil. Er folgte dem exilierten Freund nach England und arbeitete im „hündischen Commerz“ weiter, um MARX finanziell zur Seite stehen zu können. Die schriftstellerischen Arbeiten des genialen Dilletanten, der MARX stets als den überlegenen Kopf angesehen hat, umfassen neben politischen, ökonomischen, philosophischen und Gegenständen der schönen Literatur vor allem die Geschichte („Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des

Staates“, 1884), mit der er in bisweilen recht großzügiger Weise verfuhr, und die Naturwissenschaften („Dialektik der Natur“, posthum 1925). Seine bekannteste Veröffentlichung, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaften“ (Anti-Dühring, 1876/78), ist später nachgerade zum populären Lehrbuch des dialektischen Materialismus geworden.

### 1. Abschnitt

#### **Die Erkenntnistheorie des wissenschaftlichen Sozialismus: die materialistische Dialektik**

Der wissenschaftliche Sozialismus nimmt für sich in Anspruch, nicht ein fertiges Lehrsystem, sondern vielmehr eine bestimmte Weise des Herangehens an Gegenstände von vielfältiger und wechselnder Art zu bieten. Man wird daher zwischen dem dialektischen „Materialismus“ als *Erkenntnistheorie* und den mit seiner Hilfe entwickelten *Einzellehren* zu unterscheiden haben. Der Begriff des dialektischen Materialismus bezeichnet nicht eine inhaltlich fixierte Lehre, eine Sammlung von „Dogmen“, sondern vielmehr eine solche heuristische Verfahrensprinzipien (neben denen der Logik, d. h. der Lehre von den Formen und Beziehungen der Urteile). Schon darin unterscheidet sich die MARXsche Dialektik von der HEGELS, daß dem Prozeß der Verhältnisse der Prozeß des Denkens erst auf die Spur kommen soll; und da das „Bewußtsein“ dem „Sein“ gegenüber sich im Irrtum befinden kann, gelangt MARX zu einer besonderen Lehre vom getrüben Bewußtsein, vom ideologischen Denken. Zwar hat namentlich ENGELS immer wieder betont, in der Wirklichkeit von Natur und Gesellschaft selbst gehe es „dialektisch zu“. Aber die Entfaltung dieser Wirklichkeit erscheint nun nicht mehr, wie bei HEGEL, als die Entwicklung der *Begriffe*, die das Denken sich von der Welt gebildet hat. Mit einem fertigen kategorialen System will der historische Materialismus der sich wandelnden Wirklichkeit nicht beikommen.

Versucht man, zu einigen Grundvorstellungen von der dialektisch-materialistischen Erkenntnistheorie zu gelangen, so sind vier Hauptgedanken hervorzuheben.

### A. Wesen und Erscheinung

Der theoretische Sozialismus will als empirische Wissenschaft von dem Erfahrbaren ausgehen. Er nimmt die Dinge zunächst so, wie sie auch der nicht reflektierenden Wahrnehmung sich bieten; doch will er bei diesem Erscheinungsbild nicht stehen bleiben, sondern in ihm einen wesentlichen Bedeutungsgehalt, Ursachen, Gesetze erschließen und von da aus auch die Einzelercheinungen an ihren Ort rücken. Zu solchen Grundeinsichten wird der Weg sowohl des analytischen als auch des historischen Zurückgehens auf elementare Sachverhalte beschritten. So wird etwa in der MARXschen Ökonomie die Ware als Gegenstand des Marktverkehrs auf ihre wesentliche Qualität als Arbeitsprodukt zurückgeführt, wird vom Marktpreis der Waren als dem Geldausdruck ihres Tauscherts zurückgegangen auf den Wert als solchen, vom Profit, wie ihn die Unternehmungen berechnen, auf den „Mehrwert“, vom Arbeitslohn auf das Grundverhältnis der Lohnarbeit. *Empirisch* bleibt dabei das theoretische Vorgehen, indem es auch das „Wesen“ eines Sachverhalts der Wirklichkeit zurechnet, also der Prüfung aussetzt, und erst im Wechselverhältnis von Erscheinung und Wesen die Realität als solche vollendet sieht. Die Absage an jegliche Metaphysik ist offenkundig.

Wesen und Erscheinung der Sachverhalte werden dabei nicht als gleichwertig betrachtet: Das Wesen erklärt die Erscheinungen und ihren Zusammenhang, nicht die Erscheinung das Wesen. Dieses ist daher offenbar von anderer Natur als das (etwa zum „Typus“ oder zum „Modell“) *verallgemeinerte* Erscheinungsbild, es ist nicht einfach die sich wiederholende *Form*. (Daher die marxistische Verwerfung des „Formalismus“ im Denken). Da vor allem in der kommerziellen Gesellschaft die Erscheinung der Dinge auch ihr *Schein* ist, bedarf namentlich die Erklärung der modernen Wirtschaft der besonderen Anstrengung einer hinter die Dinge greifenden *Theorie*. „Alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen.“ (MARX)

## B. Die Lehre vom Widerspruch

Die materialistische Dialektik unterscheidet zwischen Wesen und Erscheinung des Wirklichen. Aber auch im „Wesen“ eines Sachverhalts findet sie schon eine doppelte Bestimmung angelegt, deren Momente miteinander in *Verhältnis* stehen. Dieses Verhältnis wird als ein solches von wechselseitiger Ergänzung und Widerstreit zugleich betrachtet, so daß schon begrifflich ein Moment nicht ohne das andere bestimmt werden kann. („*Einheit der Gegensätze*“.) In der Gesellschaft herrscht, ebenso wie in der Natur — worauf besonders F. ENGELS Gewicht gelegt hat —, dialektischer Widerspruch zwischen Kräften, die einander gleichzeitig ergänzen und einander widerstreiten. Ihre schärfste Fassung erhält die Lehre vom Widerspruch in der MARXschen Theorie des sozialen *Klassenverhältnisses*: In allen bisherigen Geschichtsepochen seit dem „Urkommunismus“ sind die Menschen einander auf der Grundlage von Klassenverhältnissen begegnet; wobei innerhalb einer jeweiligen „Produktionsweise“ die widerstreitenden Klassen einander zugleich ergänzen und befehlen. Indem sie so durch den „Klassenkampf“ aufeinander einwirken, wird für MARX der gesellschaftliche Widerspruch zum bewegenden Prinzip der bisherigen Weltgeschichte.

## C. Die Idee der Entwicklung

Der Widerspruch ist der materialistischen Dialektik zufolge der Sporn des gesellschaftlichen Handelns der Menschen. Als Tätige verändern sie die Welt. Alle Gesellschaft steht daher (wie auch die Natur, in welcher der Prozeß der Entwicklung langsamer vonstatten geht) unter den Bedingungen der Geschichte. In der Geschichte aber ändert sich auch der jeweilige Inhalt des gesellschaftlichen Widerspruchs, wandeln sich die „Gesetze“ des menschlichen Zusammenlebens selbst. Und eine jede Gesellschaftsordnung muß daher auf ihren besonderen Inhalt untersucht werden. Die empirische Haltung der MARXschen Wissenschaft tritt hier wieder hervor.

Der Gedanke, daß die Menschheit als ganze eine Entwicklung habe, und zwar zu „höheren“ Weisen ihres Daseins, geht auf die Epoche der Aufklärung zurück, wo freilich die Entwicklungsidee noch spekulativ geblieben ist. Erst SAINT-SIMON (vgl. oben, S. 45 ff.), HERDER und HEGEL haben den Geschichtsprozeß in den einander folgenden Formationen der Gesellschaft nachzuweisen gesucht und so einer Vereinigung von Geschichtsphilosophie und Gesellschaftsanalyse vorgearbeitet.

Die Dialektik der Geschichte verläuft allerdings bei MARX anders als bei HEGEL: 1) In HEGELS bekannter „Triade“ (Thesis, Antithesis, Synthesis) sind Thesis und Antithesis einander gleichwertig; bei MARX ist ein Moment das bestimmende, das andere das von ihm abhängige, wenngleich es auf das erste zurückwirkt. So bestimmt der soziale „Unterbau“ den „Überbau“, innerhalb des Unterbaus wieder der Stand der „Produktivkräfte“ die „Produktionsverhältnisse“, d. h. die Art des ökonomischen Zusammenwirkens der Menschen. Zwar wirkt auch das Bewußtsein auf das Sein, der Überbau auf die Entwicklung des Unterbaus, das Produktionsverhältnis auf die Produktivkräfte befördernd oder auch hemmend zurück; im Konfliktfall aber muß das Folglied der Dialektik dem Leitglied sich schließlich anpassen. — 2) Bei HEGEL zeugen Thesis und Antithesis gemeinsam die Synthesis; und diese wird zur Thesis einer neuen Stufe der Entwicklung. Bei MARX wird die dem progressiven Element („Position“) nicht mehr entsprechende Seite der Entwicklung (seine „Negation“) an das fortgeschrittene Moment mehr oder weniger „revolutionär“ herangeführt („*Negation der Negation*“), für eine Weile mit ihm in Übereinstimmung gebracht; wenn die Zeit „reif“ geworden ist, erfolgt also ein jäher Umschlag der Verhältnisse in eine neue „Qualität“, und die „Position“ des Prozesses kehrt auf höherer Stufe wieder. So hat das kapitalistische Eigentum das individuelle Eigentum der Produzenten an ihren Wirtschaftsmitteln zerstört, die selbständigen Produzenten „expropriert“ (Negation). Die sozialistische Umwälzung wird nach MARX zur „Expropriation der Expropriateure“ schreiten („*Negation der Negation*“) und das Eigentum der Produzenten an den Sachmitteln ihrer Arbeit wiederherstellen; aber nun nicht mehr als individuelles, sondern als gesellschaftliches Eigentum, entsprechend den mittlerweile fortgeschrittenen Bedingungen einer hochtechnisierten Produktion. Bildlich gedacht nimmt die Dialektik der Entwicklung bei MARX, wie erklärt wird, spiralförmigen Verlauf. Wie bei HEGEL ist allerdings auch in der

„Negation der Negation“ die vorausgegangene Entwicklung nicht untergegangen, sondern durch Wiederherstellung der veränderten Position „aufgehoben“, d. h. als eine überwundene zugleich auch aufbewahrt. Hierdurch unterscheidet sich die Natur der gesellschaftlichen Revolutionen, wie sie MARX in der Sozialgeschichte am Werke findet, von dem Revolutionsbegriff der Anarchisten: diese kennen nur *eine* Negation, die destruktive. — 3) Sowohl bei HEGEL als auch bei MARX ist alle Entwicklung, in die Perspektive des Gesamtprozesses versetzt, *Höherentwicklung*. Aber bei Hegel findet diese einmal ein Ende, kommt es zu einer Synthesis, die nimmer Thesis ist. Bei MARX endet die dialektische Entwicklung nicht. Und zwar, entgegen der verbreiteten Meinung, auch nicht in der von MARX gesichteten „klassenlosen“ Zukunftsgesellschaft; sie hört vielmehr dort auf, Widerspruch zwischen einander entgegengesetzten gesellschaftlichen Klassen zu sein. Die Dialektik verliert hier ihren besonderen „materialistischen“ Gehalt; sie wird zur Form des Zusammenlebens „bewußt handelnder Menschen“, welche die Gesetze begreifen, nach denen sie ihr Zusammenwirken ordnen.

#### D. Sein und Bewußtsein; der „gesellschaftliche Überbau“

Den Komponenten der gesellschaftlichen Entwicklung spricht MARX nicht gleiche Wirksamkeit zu. Das Bewußtsein muß dem sozialen Sein folgen, zu dem es sich als seinem Gegenstand verhält; den nicht-ökonomischen Einrichtungen und Vorstellungen der Gesellschaft (dem sozialen „Überbau“) ist durch den Unterbau der „Produktionsweise“ eine empirische Grundlage geliefert.

„Ganz im Gegensatz zur deutschen Philosophie, welche vom Himmel auf die Erde herabsteigt, wird hier von der Erde zum Himmel gestiegen. D. h. es wird nicht ausgegangen von dem, was die Menschen sagen, sich einbilden, sich vorstellen, auch nicht von den gesagten, gedachten, eingebildeten, vorgestellten Menschen, um davon aus bei den leibhaftigen Menschen anzukommen; es wird von den wirklich tätigen Menschen ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt. Auch die Nebelbildungen im Gehirn der

Menschen sind notwendige Sublimate ihres materiellen, empirisch konstatierbaren und an materielle Voraussetzungen geknüpften Lebensprozesses... Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen. Die Phrasen vom Bewußtsein hören auf, wirkliches Wissen muß an ihre Stelle treten.“ (MARX/ENGELS, Die deutsche Ideologie)

Gibt es also in der MARXschen Dialektik der Gesellschaft Bestimmendes und Bestimmtes, so kann doch das bedingte auf das bedingende Moment seinerseits aktiv zurückwirken. Das Bewußtsein und die von ihm konstruierten Gebilde des „gesellschaftlichen Überbaus“ sind Kräfte des aktiven Handelns; und der schöpferische Gedanke selbst wird zu einer Produktionskraft. Das Denken wird dabei zwar immer, bewußt oder unbewußt, von den vorgefundenen Verhältnissen ausgehen — und hier kommt der MARXsche Realismus wieder zum Vorschein —; aber es kann diese Verhältnisse offenbar in *unterschiedlicher* Weise begreifen, und daher dem „Sein“ und den Elementen seiner Fortbildung sich entgegenstemmen, ihm gedanklich vorgehen (Utopie), auf das Sein fördernd einwirken, eine für notwendig und wünschenswert gehaltene Entwicklung abkürzen, usw. Aus der Auffassung von der Wirksamkeit der Bewußtseins- und Willenskräfte auf den Geschichtsprozeß entspringt die Lehre vom planvollen proletarischen Handeln, von der „Strategie“ und „Taktik“ des Klassenkampfes, von der Notwendigkeit einer revolutionären Partei, von der Rolle der Gewerkschaften. Dies zeigt an, daß die Gesellschaftstheorie von MARX offenbar nicht als eine mechanistische mißverstanden werden darf.

## 2. Abschnitt

## Die ökonomisch-sozialen Lehren

## § 1: Die Produktionsweisen

Das gesamte Begriffssystem von MARX ist dialektisch aufgebaut. So ist eine jeweilige historische „Produktionsweise“ bezeichnet durch das Spannungsverhältnis zwischen dem Stand der „materiellen Produktivkräfte“ und dem jeweiligen gesellschaftlichen „Produktionsverhältnis“, das mit jenem in Widerspiel steht. Zu den *Produktivkräften* werden nicht nur die geographischen, klimatischen, technologischen Bedingungen gerechnet, unter denen die materielle Daseinserhaltung der Gesellschaft sich jeweils vollzieht: vor allem gehören hierzu die körperlichen sowie die geistigen und willensmäßigen Wirkkräfte der arbeitenden und ihre Technik ersinnenden Menschen. So zählt schon zu diesem Teil des „materiellen Unterbaus“ der Gesellschaft auch ein geistiges Moment, wodurch der Begriff des „Materiellen“ sich sehr erweitert.

Die „Produktion des Lebens“ aber ist für MARX zugleich Produktion und Reproduktion gesellschaftlicher *Verhältnisse*, innerhalb deren gearbeitet und das Erzeugte verteilt wird. So entspricht einem bestimmten Stand der Produktivkräfte ein bestimmter Grad gesellschaftlicher Arbeitsteilung, und auf der Grundlage solcher Arbeitsteilung bildet sich nach MARX eine bestimmte *Klassenteilung* der Gesellschaft heraus. Denn überall da, wo die unmittelbaren Produzenten mehr als ihre Lebensnotdurft zu erwirtschaften in der Lage waren, ist bisher ihr „Mehrprodukt“ allemal von Nicht-Arbeitenden, und zwar auf Grund von ökonomischer und politischer Macht, angeeignet worden. In diesem Sinne erklärt MARX alle Geschichte seit Auflösung der primitiven Urgesellschaft, in der es einen solchen Überschuß über das Lebensnotwendige noch nicht gegeben habe, zu einer Geschichte von „Ausbeutungs“- und daher „Klassen“-Verhältnissen — mit ent-

sprechenden Aneignungs- und Klassenkämpfen, die hieraus entspringen.

Die Rückbeziehung des erst für unsere Epoche entwickelten Klassenbegriffs auf alle bisherigen Gesellschaftsformationen schließt allerdings die Gefahr ein, daß die Besonderheiten einer jeden Geschichtsepoche vernachlässigt werden. Ebenso ist auch die durchaus moderne Kategorie des „Privateigentums“ von manchen marxistischen Historikern auf andere geschichtliche Weisen der Inhaberschaft von Wirtschaftsobjekten rückübertragen worden; und Ähnliches ist dem Begriff des „Staates“ widerfahren.

Die geschichtlich zu erschließenden Produktionsweisen in feste Ordnung und Aufeinanderfolge zu bringen, lag MARX fern. Die neuere *sowjetische* Geschichtsschreibung hingegen läßt sechs Grundtypen von Produktionsverhältnissen einander historisch folgen: Urkommunismus — Sklaverei — Feudalismus — Kapitalismus — Sozialismus — Kommunismus der Zukunft. Die bei MARX auftauchende „asiatische“ Produktionsweise fällt hierbei offenbar unter den Gattungsbegriff der Feudalität. — Allerdings hat es etwa Sklaverei als herrschendes gesellschaftliches Grundverhältnis, d. h. als *Produktionssklaverei* (nicht etwa als Haus- und Luxusklaverei) selbst in der Antike keineswegs überall gegeben. Auch sind Verhältnisse feudaler Herrschaft der Epoche der Sklaverei auch da, wo diese sich im großen Stil hat entwickeln können (in den merkantilen Stadtstaaten Athen und Korinth, Karthago und Rom) eher vorausgegangen als nachgefolgt. Der Übergang zwischen feudaler Knechtschaft und Sklaverei ist oft ein fließender gewesen. Auch sonst wäre manches zur Theorie der Produktionsweisen zu bemerken. Das Vorhandensein gesellschaftlicher Verhältnisse von ökonomisch-sozialer Übermächtigung als solcher, also dessen, was MAX WEBER als herrschaftliche „Appropriation der Arbeitsverwertung“ bezeichnet hat, ist indessen nicht zu bestreiten.

Allerdings hat MARX, einer strengen, etwa für Lehrzwecke entworfenen Systematik der Geschichte durchaus abhold, je nach dem Untersuchungszweck geschichtliche Perioden nicht nur nach dem Merkmal der Klassenformation eingeteilt, sondern etwa auch nach den Stufen der Entwicklung der Arbeitsteilung (vgl. „Die deutsche Ideo-

logie“), sowie nach der Entwicklung des Austauschs (vgl. die historischen „Wertformen“ im I. Band des „Kapital“). Vollends wechselt der Ordnungsgesichtspunkt, wenn MARX auf jene Form des Wirtschaftsverkehrs zu sprechen kommt, welche in einem bestimmten Reifestadium der Produktivkräfte zur Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise geworden ist: Die *einfache Tauschwirtschaft*, die immerhin schon regelmäßige Produktion von Waren für Märkte, entwickelte Arbeitsteilung bis hin zum gelegentlichen Großbetrieb, sowie Geldverkehr kennt und in der auch ein gewisser Sinn der Beteiligten für den Handels- und Leihgewinn vorzufinden ist, wird keiner bestimmten „Produktionsweise“ zugewiesen. Innerhalb des Typus der „einfachen Warenproduktion“ bleibt Raum für das römische von Sklaven betriebene Latifundium wie für die Werkstatt des mittelalterlichen Zunfthandwerkers, der das Produkt eigener Arbeit verkauft. Nicht im Schoße der Feudalität, sondern vielmehr außerhalb derselben, im Bereich der kommerziellen Sphäre, über die Ausbildung des Handels- und Leihkapitals, hat sich daher auch, wie MARX feststellt, der moderne Kapitalismus zunächst entwickelt. Und zwar nur in der atlantischen Welt der *Neuzeit*, als *industrieller Kapitalismus*, welcher die geschichtlich völlig einmalige Tatsache der *freien Lohnarbeit* zur Voraussetzung hat.

Um also der kapitalistischen Produktionsweise analytisch beizukommen, beginnt MARX bei den Grundkategorien der ihr vorausgehenden „einfachen Warenproduktion“. Der analytische Rekurs verbindet sich mit dem historischen.

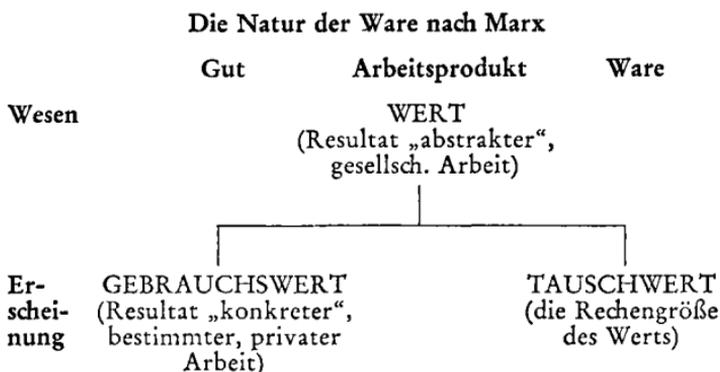
#### A. Die einfache Tauschwirtschaft: der Wert

Die Theorie des Wertes hat MARX selbst als den Angelpunkt seines ökonomischen Systems betrachtet; hat er doch hier die Grundlage seiner Theorie des „Mehr-Werts“, als des Inbegriffs einer „objektiven“, in den Verhältnissen selbst angelegten Ausbeutung gesehen, welche des Appells

der Privatmoral spotte und nur durch die gesellschaftliche Tat gewendet werden könne. Und so ist es auch beim Streit um die Wertlehre letztlich immer um die Lehre vom Mehrwert gegangen. — Im folgenden wird zunächst dem Gedankengang von MARX nachzutasten sein; eine kritische Würdigung soll sich anschließen.

### I. Die Lehre vom Arbeitswert

1. Die „Doppelnatur“ der Ware: Anders als die geläufige Nationalökonomie betrachtet MARX das Wirtschaftsgeschehen nicht als „Verhältnis des Menschen zur Güterwelt“, sondern als ein gesellschaftliches Verhältnis der Menschen untereinander. Dem entspricht es, wenn MARX in seinem ökonomischen Hauptwerk<sup>1)</sup> von der Kategorie der *Ware* ausgeht und damit begrifflich das Vorhandensein zweier gesellschaftlicher Partner (Käufer und Verkäufer) schon einschließt, die sich mittels der Ware ins Verhältnis zueinander setzen.



Die Ware wird nun zunächst auf ihre *Erscheinung* untersucht. Sie zeigt dabei eine doppelte Eigenschaft: brauchbar zu sein, und tauschbar zu sein. Das eine ist sie für den

<sup>1)</sup> Die folgenden Klammerbemerkungen beziehen sich, wenn nichts anderes angegeben ist, stets auf das „Kapital“, und zwar auf Buch/Kapitel/Nummer.

Erwerber, das andere für den Veräußerer. „Gebrauchswert“ hat eine Sache nicht als Ware, sondern als nutzbares Ding. Als selbstverständliche Voraussetzung ihrer Tauschbarkeit beschäftigt der Gebrauchswert MARX nicht weiter. „Tauschwert“ hat ein Ding dagegen nur, sofern andere Waren vorhanden sind, gegen die es sich auswechselt. Der Begriff der Ware weist also von vornherein auf einen die Einzelheit eines bestimmten Tauschgegenstands überschreitenden Zusammenhang hin, in welchem jede Ware steht.

MARX fragt weiter, was Gebrauchswerte von ganz verschiedener Art als Tauschwerte miteinander vergleichbar mache, und kommt (wie vor ihm schon die klassische Nationalökonomie) zu der Antwort: Den Waren ist gemeinsam, Produkt menschlicher *Arbeit* zu sein. Und wie die Ware selbst von doppelter Natur ist als *Gebrauchswert* und als *Wert* (der sich als Tauschwert ausdrückt), so verhält es sich MARX zufolge auch mit der Arbeit selbst, welche die Waren erzeugt: Als Gebrauchswert hervorbringende ist sie „konkrete“, bestimmte, daher auch individuelle Arbeit des Schusters, des Schneiders, des Bauern; als Wert schaffende dagegen ist sie „abstrakte“, unbestimmte Arbeit, Partikel unterschiedsloser allgemeiner Arbeit schlechthin, und hierdurch Teil einer *gesellschaftlichen* Größe. Wert haben die Waren also als Erzeugnisse menschlicher Arbeit in ihrer „abstrakten“ Allgemeinheit; und dieser Wert stellt sich im Tauschwert als seiner Rechengröße dar.

Als Gebrauchswert ist die Einzelware „Gut“ im Sinne der geläufigen Nationalökonomie, und alle Güter zusammen bilden den „Volksreichtum“ in seiner mannigfachen stofflichen Gestalt, das „Realprodukt“. Als Wertträger dagegen zählt die Ware einheitlich als „Produkt“ menschlicher Arbeit, und von der Gesamtheit der Waren muß auf die volkswirtschaftliche „Wertschöpfung“ (Sozialprodukt, Volkseinkommen) zu kommen sein. — Als Gebrauchswerte sind Arbeitsprodukte, wie MARX sagt, zu aller Zeit hergestellt worden, als Waren und daher als Wertträger dagegen erst in höheren, kommerziellen Ordnungen des gesellschaftlichen Zusammenwirkens. Daher darf man auch das *Kapital* nicht als einen Gebrauchswert bestimmen (etwa als

„Produktionsmittel“, worunter der Faustkeil der Altsteinzeit so gut fallen würde wie die Maschine in der neuzeitlichen Fabrik); vielmehr ist unter Kapital ein „sich selbst verwertender Wert“ zu verstehen (I/4/1), dessen Auftreten an geschichtliche Voraussetzungen gebunden ist. Daher ist auch der „Mehrwert“ nicht einfach als ein physisches „Mehrprodukt“ zu bestimmen, sondern vielmehr als die Rechenform, welche dieses Mehrprodukt unter den besonderen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise erhält.

Als Güter (Gebrauchswerte) sind die Waren MARX zufolge Ergebnis des Zusammenwirkens von Produktivkräften *aller* Art, nicht nur von menschlichen, sondern auch von naturhaften; Wert dagegen bildet die menschliche Arbeit allein. Diese Unterscheidung hat eine Rolle bei der Kritik gespielt, die MARX an LASSALLES Forderung geübt hat, die Arbeitenden müßten in den Genuß des „unverkürzten Arbeitsertrages“ gesetzt werden, da die Arbeit „Quelle allen Reichtums“ sei. (Vgl. oben, S. 81.) — Im vollendeten „Kommunismus“ (s. unten S. 158 ff.) haben demnach, wie man folgern darf, die Wirtschaftsobjekte als Güter noch Gebrauchswert; auch behalten sie offenbar als menschliche Arbeitsprodukte noch Wert. Mit Hilfe solcher Werte würde die immer noch notwendige Entscheidung zwischen Produktionsalternativen getroffen werden. Doch hören sie der Erwartung nach auf, als Waren Träger von Tauschwert zu sein.

2. Das Wertmaß: Wie soll der Aufwand allgemeiner menschlicher Arbeit, der in ein Produkt eingegangen ist, gemessen werden? Zunächst würde sich gemäß dem MARXschen Grundpostulat als unmittelbarer Maßstab der Verzehr menschlicher Energien im Arbeitsprozeß anbieten. Da hierbei freilich nicht nur motorische Kräfte, sondern mit fortschreitender Technik in zunehmendem Maße auch psychische Energien aufgewandt werden, ist es auch etwa der modernen Arbeitsphysiologie nicht gelungen, mit einem einheitlichen Maßstab des Arbeitsaufwands (Kalorienverbrauch, Sauerstoffumsatz u. dgl.) dem komplexen Phänomen des Energieverbrauchs, d. h. der psycho-physischen Ermüdung, beizukommen.

Schon vor MARX hatte freilich die klassische englische Nationalökonomie die Frage entschieden, mit welcher Elle

die Verausgabung von Arbeitskraft zu messen sei und die *Arbeitszeit* zum Maßstab erkoren. Dem hat MARX sich angeschlossen.

Nach verschiedenen Seiten war dabei, wie dies gleichfalls schon den englischen Klassikern bewußt gewesen ist, eine nähere Bestimmung zu treffen:

1) Nicht jedermanns Arbeitsaufwand kann zählen, sondern nur „die im Durchschnitt notwendige oder *gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit*“, die erheischt ist, „um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen“. (MARX, I/1/1) Was jeweils gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeitszeit ist, bestimmt der Stand der Technik.

2) Da je nach Art der Produktionsverrichtung die Anforderungen an die körperlichen, geistigen und Willenskräfte des Arbeitenden ganz verschieden sind, so kann die Arbeitsstunde des einen der Arbeitsstunde eines anderen nicht gleichgesetzt werden. Wie seine Vorgänger löst MARX die Schwierigkeit, indem er von der „einfachen Durchschnittsarbeit“ ausgeht, die jeder gewöhnliche Mensch ohne besondere Schulung zu verrichten imstande ist, und *kompliziertere Arbeit als ein Mehrfaches der einfachen Arbeit* betrachtet. Wie hierbei die Reduktionsskala objektiv bestimmt werde, überließ MARX am Anfang seiner Gesamtdarstellung noch einen „gesellschaftlichen Prozeß hinter dem Rücken der Produzenten“ (I/1/2), also offenbar der „konstituierenden Bewegung“ (Das Elend der Philosophie) jener Kräfte der Konkurrenz, welche auch die gesellschaftliche Gesamtarbeit zwischen den Orten und Bereichen menschlicher Produktionstätigkeit proportioniert. (Siehe unten, S. 131 ff.)

3) MARX hat sich auch darin den englischen Arbeitswerttheoretikern angeschlossen, daß er die in der Produktion verwandten „Produktionsmittel“ als Träger von Wert betrachtet, den frühere Arbeit ihnen verliehen hat. Nur die Wirksamkeit der gegenwärtigen Arbeit schafft allerdings neuen Wert; der Wert der bereits vergegenständlichten Arbeit wird dagegen auf das Produkt (teilweise oder gänzlich) *übertragen*. — So bleibt die Einheit des Erklärungsprinzips und die Vorstellung einer Meßbarkeit des Arbeitswerts gewahrt.

3. Die geschichtliche Entwicklung der Wertform: Es kennzeichnet die Eigenart der MARXschen

Dialektik, daß sie zugleich analytisch und historisch vorgeht. Der geschichtlichen Darstellung der Tauschweisen fällt eine wichtige Beweisfunktion für das MARXsche Arbeitswerttheorem zu: Unter den frühen naturalwirtschaftlichen Verhältnissen des „unmittelbaren Produktaus-tauschs“ konnten die Tauschgegenstände nicht anders als nach der individuell an sie gewandten Arbeit miteinander verglichen werden. Tauschwert und Wert waren hier noch identisch, der einfache Sachverhalt war noch nicht in Erscheinung und Wesen auseinandergefallen, der Tauschgegenstand noch nicht „Ware“ mit einem von seinem Wert unterschiedenen Preis. Erst als man vom „gelegentlichen“ über den „gewohnheitsmäßigen“ zum „entwickelten“ Tausch und damit zur absichtsvollen Produktion von „Gebrauchswerten für andere“, d. h. von Waren, fortgeschritten war, erhielt der Wert eine besondere Darstellungsform im Tauschwert. Nun erst wurden die Verhältnisse schwer durchschaubar. Und dies vollends, nachdem aus der Masse der Tauschgegenstände, die einander zunächst wechselseitig als Vergleichsmaßstab dienten, sich eine Ware herausgehoben hatte, deren besonderer Gebrauchswert darin besteht, allgemeiner Tauschwert zu sein: das *Geld*. In der entwickelten Marktwirtschaft mit allgemeinem Geldverkehr wird der Tauschwert zum *Preis*, d. h. zum „Geldausdruck des Wertes“.

Zur Geldtheorie von MARX: Die von MARX beschriebene Herkunft des Geldes aus der Sphäre der nutzbaren Güter ist zweifelsfrei; sie wird durch die Ergebnisse der Geschichtsforschung wie der Völkerkunde bestätigt. — Daß MARX unter den Bedingungen der Goldumlaufwährung auch den Wert des Geldmaterials (des Goldes) mit den Mitteln seiner Arbeitswerttheorie zu erklären unternahm, ist währungsgeschichtlich begründlich; stritt man doch noch um die Wende zum zwanzigsten Jahrhundert über die „Geldqualität der Banknote“. Das mittlerweile entwickelte nicht mehr in Gold einzulösende Papiergeld und vollends das Giralgeld auf einen „Arbeitswert“ zurückzuführen geht freilich nicht an; hier kann nur noch der *Funktionswert* des Geldes zählen. Dieser hängt vom allgemeinen Preisstand der Waren ab. Und es muß auf die Lehre vom

Geldwert ausgedehnt werden, was Marx zutreffend für die Geldmenge (im Zusammenhang mit der „Quantitätsformel“) festgestellt hat: nämlich daß sie, weit entfernt, von sich aus das Preisniveau zu bestimmen, vielmehr selbst durch das Preisniveau bestimmt sei.

4. Vom Wert zum Preis: Die MARXsche Wertlehre unterscheidet sich von der RICARDOS dadurch, daß sie nicht, wie diese, Lehre von den Tauschproportionen, also Lehre von den Gesetzen der Preisbildung, sondern vielmehr Lehre von der Wertschöpfung sein will. Darf man bei RICARDO von einer Theorie des „relativen“ Werts sprechen, der zufolge die Waren sich „im Verhältnis“ zu der auf sie verwandten Arbeit austauschen, so bei MARX von einer Theorie des „absoluten“ Werts, wonach jede Ware für sich allein schon Träger eines bestimmten Quantum gesellschaftlicher Arbeit und Träger von Wert ist — unabhängig auch davon, ob und in welchem Umfang sie ihren spezifischen Wert am Markte überhaupt durch Verkauf „realisiert“. Hierdurch erscheint die Beziehung zwischen Einzelwert und Einzelpreis der Ware gänzlich gelöst. Für die Bildung der einzelnen Marktpreise konzidiert MARX alles, was auf der Seite von Angebot und Nachfrage wirksam werden kann. Seine Theorie der Wertschöpfung besagt im Grunde nur, es müsse erstens Wert schon produziert worden sein, bevor er auf Märkten in Erscheinung treten kann; und es müsse daher zweitens auch jene Kaufkraft in Gestalt entsprechender Einkommen entstanden sein, aus der das Angebot zu bestimmten Preisen sich bezahlt machen kann. Innerhalb des MARXschen ökonomischen Systems ist die Arbeitswertlehre als Theorie der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung Ausgangspunkt der Lehre vom Volkseinkommen und den Gesetzen seiner Aufteilung unter die großen Einkommensklassen derer, die „Mehrwert“ bzw. Arbeitslohn beziehen, sowie Ausgangspunkt der Lehre vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt, von seinen Elementen und ihrer Proportionierung, durch welche wiederum die „Reproduktion“ des materiellen Lebens der Gesellschaft gesichert wird. Als nur vermittelnd-

des Glied jener Proportionierung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit wird die Preisbildung betrachtet. Wie es zu einem bestimmten Marktpreis für einzelne Waren kommt, hat MARX nicht als lohnenden Gegenstand volkswirtschaftlicher Theorie angesehen. Für die Preisbildung gilt ihm:

„Es ist . . . immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise, als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen, daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt.“ (III/9)

Der Ausgleich der Preise zum ideellen Wert wird, vollends in der kapitalistischen Produktionsweise, überhaupt nicht für die einzelne Ware, sondern nur noch für die Gesamtheit der Waren, und hier wieder nicht für jeden beliebigen Tag, sondern nur für die Gesamtdauer eines ganzen konjunkturellen Zyklus, als dessen gedachter Durchschnitt, aufgesucht. Und die Einzelbeziehung erscheint vollends gelöst, wenn die Nationalwirtschaft in ihrem offenen Verhältnis zur Weltwirtschaft betrachtet wird. — Was allerdings dem Einzelwirtschaftler das Rechenwerk seiner Ziffern liefert, ist stets die Marktwelt: und daß die Realität der Preise sich als kompakte Wand vor jene andere Welt des gesellschaftlichen Wesenszusammenhangs stelle, wird für MARX zum Anlaß besonderer Kritik des im Schein der Verhältnisse befangenen Denkens der Marktbeteiligten.

5. Das verdinglichte Bewußtsein: der „Warenfetischismus“: Wie primitive Völker einem Fetisch jene übernatürlichen Kräfte zugeschrieben haben, für die sie keine vernünftige Erklärung besaßen, so hat nach MARX der „verdinglichte“ Verstand der Kommerzwelt den Tauschwert vergötzt, indem er die Marktsphäre mit jener wertbildenden Kraft belehnt hat, welche in Wahrheit der Produktion zukommt. Die Waren scheinen ihren Wert nun da zu erhalten, wo sie ihn in Wahrheit nur „realisieren“, nämlich im Austausch. Als Arbeitsprodukte wie als jeweils besondere Gebrauchswerte gleichgültig, interessieren die Dinge nur, soweit sie als Waren zu taugen versprechen.

Der Markt triumphiert im Bewußtsein der Beteiligten über die Produktion. Die zur alleinigen Wirklichkeit erklärte unbegriffene Erscheinung wird zum *Schein* der Verhältnisse. — Da das „Wesen“ des Tauscherts, der Wert, aber für MARX zugleich dessen gesellschaftliches Wesen ist, so ist mit dem Verhältnis von Wesen und Erscheinung auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten in der Marktwelt verdunkelt. Ein „Verhältnis wechselseitiger Fremdheit“ (I/2) tritt ein: Den Beteiligten

„erscheinen die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten . . . nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen“. (I/1/4) So kommt es, „daß die ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger sie sich gegenüber treten“. (I/2)

Was häufig als „Versachlichung“ der zwischenmenschlichen Beziehungen, als „Herrschaft des Marktes“, oder der „Zwecke“, oder der „Interessen“, als Triumph der „Gesellschaft“ als einer reinen Zweckbildung über die urtümliche „Gemeinschaft“ (F. TOENNIES) beklagt worden ist, wird bei MARX zum Gegenstand einer allgemeinen Lehre vom „entfremdeten“ Menschen. (Vgl. auch unten).

Bleibt schon unter den Bedingungen einfacher Warenproduktion der wahre Ort der Wertbildung verborgen, so vollends in der kapitalistischen Ordnung die Herkunft des „Mehrerts“ und damit das ökonomische Grundverhältnis der gesellschaftlichen Klassen; weshalb denn auch die Gesetze, denen die kapitalistische Produktionsweise unterliegt (Tendenz zur „höheren organischen Zusammensetzung“ des Kapitals, Profittatenfall, Konzentration und Zentralisation des Kapitals, usw.), von den Beteiligten als blind waltende empfunden werden und Wirtschaftskrisen immer wieder als Überraschung hereinbrechen müssen. — Mit alledem entspricht das verdinglichte Bewußtsein für MARX einer „Gesellschaftsformation, worin der Produk-

tionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert“. (I/1/4)

Die Lehre vom verkehrten Bewußtsein ist besonders in zweierlei Hinsicht von Bedeutung: Erstens wirft sie ein Licht auf den „Materialismus“ von MARX: Was er im „Warenfetischismus“ kritisiert, ist gerade, daß gesellschaftliche Beziehungen an Dinge fixiert und insofern „materialisiert“, „verdinglicht“ werden. „Materialismus“ wird hier für MARX zum Stigma jener Gesellschaft, gegen die er sich wendet. — Zweitens aber kennzeichnet die Lehre vom entstellten Bewußtsein die Eigenart Marxscher *Ideologie-Kritik*: Diese ist einerseits Kritik des „falschen“ Bewußtseins. Andererseits will sie zugleich einen verborgenen „Wahrheits“-Gehalt des falschen Denkens erschließen, indem sie diesem eine objektive Grundlage in den Verhältnissen selbst zuweist; sie will den Irrtum erklären. Das ideologische ist offenbar für MARX nicht das schlechterdings absurde, sondern vielmehr — etwa im Sinne jenes Wortes von Hegel, wonach erst „das Ganze“ das Wahre sei — das *unvollständige* Bewußtsein, das eben dadurch irrt, daß es mit einem Teil der Wirklichkeit, mit der bloßen Erscheinung der Dinge, sich genügen läßt. Daß solcherweise der Versuch unternommen wurde, die Ideologie auf einen realen gesellschaftlichen Grund zurückzuführen, ist von größter Bedeutung für alle weitere Entwicklung der Soziologie des Denkens geworden.

## II. Die Kritik der Arbeitswertlehre

Eine Prüfung der MARXschen Theorie von der allein wertbildenden Kraft der menschlichen Arbeit wird folgendes zu beachten haben:

1) Sie muß die Lehre in ihrem *vollen* Umfang erfassen — und das heißt: als Theorie der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, als Produktionstheorie, und nicht als bloße Preisbildungslehre; eine solche will die MARXsche Arbeitswertlehre unmittelbar gar nicht sein.

2) Sie muß daher in der Arbeitswertlehre von MARX die Arbeitswertlehre von MARX untersuchen, und nicht etwa die Theorie des relativen Wertes von RICARDO oder gar die in der Tat nichts erklärende Produktionskostentheorie von J. ST. MILL.

3) Sie muß so angelegt sein, daß sie nicht unter das Verdikt eigener Befangenheit in der Sicht des „Warenfetischismus“ fallen kann — ein Verdikt, mit dem MARX der Kritik in gewisser Weise zuvorgekommen ist.

Unter diesem dreifachen Aspekt wird zunächst die herkömmliche Kritik selbst zu sichten sein.

1. Unbegründete Kritik: Nicht alles, was bisher gegen die Arbeitswertlehre von MARX vorgebracht worden ist, vermag zu überzeugen. Die hauptsächlichlichen Einwendungen dieser Art sind die folgenden:

1) MARX vernachlässigt über dem Arbeitsaufwand andere allen „Gütern“ eigene Merkmale, wie Nützlichkeit oder Seltenheit. — Dazu ist zu bemerken: a) Nützlichkeit („Gebrauchswert“) und Seltenheit (mit Bezug auf Märkte: Verhältnis von Angebot und Nachfrage) erscheinen bei MARX als Umstände, welche die Preisbildung, nicht die Wertbildung, berühren. Sie für schlechthin bestimmend erklären heißt das Wert-Theorem nicht widerlegen, sondern vielmehr von ihm absehen. — b) Nützlichkeit könnte nur dann Wertbildung erklären (und hierdurch der Theorie des Arbeitswerts als vergleichbar gegenüber treten), wenn an die Stelle der MARXschen „abstrakten Arbeit“ eine „abstrakte Nützlichkeit“ als Maßeinheit gesetzt werden könnte. Eine „Nützlichkeit schlechthin“ aber gibt es nicht; Nützlichkeit ist immer die eines bestimmten Objekts, und sie ist obendrein für jedermann verschieden. — Vollends liefert die „Seltenheit“ keinen Maßstab, da sie selbst Ergebnis des Verhältnisses zweier anderer Größen (vorhandene Guts-mengen und darauf gerichteter Begehr) ist; als bloße Verhältnisgröße kann sie nicht konstitutiv sein für eine absolute Größe. Sowohl der Begriff der „Nützlichkeit“ als auch derjenige der „Seltenheit“ ist also schlechthin inkommensurabel mit dem des Arbeitsaufwands und kann ihn nicht vertreten. — c) Es ist nicht nur zu erklären, wie es zu bestimmten Preisen kommt, sondern auch, woher die volkswirtschaftliche *Kaufkraft* stammt, aus der die Preise bezahlt werden. Hierzu bedarf es einer Theorie, die als Lehre von der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung auch die Bildung der kaufkräftigen Einkommen erklärt; und unter diesem Gesichtspunkt wird jede Alternativlehre auf ihren Erkenntniswert zu prüfen sein. — d) Den Vorwurf, den „Gebrauchswert“ zu vernachlässigen, scheint MARX selbst zurückgegeben zu haben: Seine Auffassung ist ja gerade,

die kommerzielle Gesellschaft vernachlässige den Nutzen, welchen die Waren stiften sollen, indem sie die Produktion an den Markt- und Gewinnerwartungen orientiert; dagegen werde erst eine künftige, von den Arbeitenden selbst getragene Ordnung die gesellschaftliche Güterproduktion ganz nach dem Gebrauchswert zu bestimmen haben.

2) Der Gütervorrat einer Volkswirtschaft geht nicht nur auf Arbeitsleistung zurück; Boden und Kapitalgüter sind mit im Spiel. — Es ist allerdings auch die Auffassung von MARX gewesen (vgl. „Kritik des Gothaer Programms der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“), daß die Arbeit nicht als einzige Gebrauchswert hervorbringe; sie allein bilde vielmehr Wert. MARX unterscheidet also strikt zwischen den Gütern in ihrer physischen Gestalt und in ihrer Verkehrsform als Waren.

3) Der Arbeitswert ist nicht meßbar. Sobald man ihn beziffern will, muß man auf die Rechengrößen der Marktwelt zurückgreifen. — Dies ist zutreffend; es stellt eine besondere Schwierigkeit der sozialistischen Wirtschaft dar, die das „Wertgesetz“ erklärtermaßen „bewußt anwenden“ will. Freilich ist auch die Größe irgendeines „subjektiven“ Wertes (des „Grenznutzens“, der „Befriedigung“, oder negativ: des „Arbeitsleids“, usw.) nicht meßbar, und dennoch kommt die neuere Nationalökonomie immer wieder hierauf zurück und trachten die „Welfare Economics“ nach einer Aussage darüber, unter welchen Umständen das Volkseinkommen im Sinne „maximaler“ Nutzenstiftung über die Gesellschaft verteilt sei. — Im übrigen trifft die mangelnde Meßbarkeit des Arbeitswerts nicht den hypothetischen Gedanken als solchen. Auf einen solchen haben auch andere Nationalökonomien gelegentlich zurückgegriffen: So etwa J. M. KEYNES, der es für zweckmäßig hielt, mit „Arbeitseinheiten“ (labour units) zu rechnen (Allg. Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, engl. 1936, 4. Kap.); auch E. CARELL (Grundlagen der Preisbildung, 1952) geht vom Arbeitstag als Tauschwertbasis gedanklich aus. Ferner haben J. B. CLARK, I. FISHER, HAWTREY und andere sich solcher Arbeitswerteinheiten gelegentlich hypothetisch bedient.

4) Die Rückführung von „komplizierter“ auf „einfache“ Arbeit, wie sie MARX sich vorstellt, ist exakt nicht durchführbar. — Die Verfahren der „analytischen Arbeitsplatzbewertung“, die immer weitere Verbreitung in der Industrie gefunden haben und mit deren Hilfe um der Objektivierung der Lohngrundlagen willen die Unterschiede in den Arbeitsanfor-

derungen sorgfältig bestimmt werden, dürften heute das Problem der Reduktionsskala bedeutend vereinfacht haben.

5) Zwischen der Wert- und der Preistheorie von MARX (zwischen Band I und Band III des „Kapital“) klappt ein unüberbrückbarer Gegensatz: In Band I wird fingiert, daß die Waren sich zu ihren Werten verkaufen; in Band III dagegen wird zugestanden, daß die Waren zu Marktpreisen getauscht werden. — Die „Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße“ wird allerdings schon im I. Band (3/1) selbst zum Ausdruck gebracht. Diese Möglichkeit ist in der „Preisform“ der Ware schon angelegt; sie entspricht „einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann“. Was MARX offenbar als dialektischen Widerspruch der Verhältnisse selbst angesehen hat, versteht die Kritik als unversöhnlichen Gegensatz widerstreitender Aussagen.

6) Es gibt Waren, die einen Preis erzielen, ohne Arbeitsprodukte und daher Träger von Wert im Sinne von MARX zu sein. — Das trifft die Werttheorie von RICARDO, nicht aber die von MARX. Für diesen hat es keine Schwierigkeit gemacht, bei der allgemeinen Nichtübereinstimmung von Einzelwerten und Einzelpreisen, die er postuliert, auch den Fall vorzusehen: „Ein Ding kann formell einen Preis haben, ohne einen Wert zu haben.“ (I/3/1) Das Einkommen aber, aus dem ein solcher Preis gezahlt wird, muß im Zusammenhang mit der Produktion anderer Waren entstanden sein. Das gilt auch für den Preis von unkultiviertem Boden, in dem sich für MARX (ebenso wie für die Verkehrsauffassung von heute) vorweggenommener kapitalisierter Ertrag darstellt.

Die bisher erörterte Kritik der MARXschen Arbeitswertlehre hat sich von einem doppelten Mißverständnis nicht freihalten können: 1) Sie argumentiert gegen das Werttheorem auf der Grundlage der *Marktpreisbildung*, sie steht daher von vornherein auf anderer Ebene. — Allerdings ist dieses Mißverständnis dadurch begünstigt worden, daß ältere Arbeitswerttheoretiker (SMITH, RICARDO, J. ST. MILL) ihrerseits zwischen Wert- und Preisbildung oft nicht deutlich geschieden haben; und auch die Ausdrucksweise des posthum aus dem Manuskript veröffentlichten III.

Bandes des „Kapital“ ist in dieser Hinsicht oft eine höchst nachlässige. — 2) Es wird die Erzeugung von *Gütern* („Gebrauchswerten“) mit der Bildung von *Wert*, also die „natürliche“ mit der „gesellschaftlichen“ Bedingung der Ware verwechselt, wie schon HILFERDING dem Grenznutzentheoretiker und MARX-Kritiker E. v. BÖHM-BAWERK entgegeng gehalten hat.

2. Begründete Kritik: Die Bedeutung der Arbeitswertlehre von MARX darf darin gesehen werden, daß sie als Theorie der *volkswirtschaftlichen Wertschöpfung* von den vordergründigen Vorgängen der Marktwelt auf die *Produktion* als die Grundlage der physischen und sozialen Erhaltung der Wirtschaftsgesellschaft zurückgewiesen hat. Soweit allerdings der Arbeitswert als „letzter“ Bestimmungsgrund auch der Preisbewegung angesehen wird, muß die Lehre einen theoretischen und einen empirischen Einwand gegen sich gelten lassen:

1) In der entwickelten Marktwirtschaft bestimmt sich nach MARX der Wert der Waren nicht durch die auf eine jede von ihnen verwandte, sondern durch die „durchschnittlich“ erforderte „gesellschaftlich notwendige“ Arbeitszeit; nicht ihr „individueller“, sondern ihr vereinheitlichter „Marktwert“ zählt. Hierbei kann aber von den Einwirkungen des Marktgeschehens nicht abgesehen werden: a) Die Entscheidung darüber, wer unter den Anbietern mit seiner Ware überhaupt in die Durchschnittsberechnung eingeht, und wer von vornherein nicht mitzählt, ist vom Markt und der wechselnden Marktlage nicht unabhängig. So hat sich gezeigt, daß in Zeiten krisenhaften Überangebots allemal die ermittelte Arbeitsproduktivität sich sehr vergrößert, u. a. weil die weniger rationelle Produktion aus dem Markt geworfen wird. b) Hiermit steht ein zweiter Umstand in Zusammenhang: Das Niveau der gesellschaftlich notwendigen Durchschnittsarbeitszeit ist, wie oben festgestellt wurde, durch den Stand der Technik bezeichnet. Aber die Höhe der Produktionsverfahren, über welche die Gesamtwirtschaft und ihre Teilbereiche verfügen, hängt unter den Bedingungen privater Erwerbswirtschaft ihrerseits ab von dem Interesse, das die Industriellen der technischen Fortentwicklung überhaupt sowie der Entfaltung der einzelnen Produktionszweige jeweils

zuwenden, und daher von dem Maße an Forschungstätigkeit, Verbesserungsinvestitionen usw., das aufgebracht wird. In die Entwicklung der Technik gehen also die gegebenen Verhältnisse der Marktpreise und der Gewinnchancen mit ein, welche die Kapitalverteilung über die Volkswirtschaft (siehe unter „Ausgleich der Profitraten“) sowie die Art der Kapitalverwendung (Rationalisierungs- oder einfache Erweiterungsinvestitionen; vgl. unten) bestimmen.

2) In unserer Epoche der „säkularen Inflation“ kann von einer parallelen Bewegung der Marktpreise und der zu denkenden Werte keine Rede sein: Während sich die Produktivität der Arbeit auch in unserem Jahrhundert gewaltig erhöht hat, der „Arbeitswert“ der durchschnittlichen Einzelware also durchweg als erheblich *gesunken* zu betrachten wäre, ist das *Preisniveau* der Waren in allen führenden Industrieländern außerordentlich *gestiegen*, und gelegentliche krisenhafte Preiseinbrüche oder auch der dauernde Rückgang einzelner Preise hat diese anhaltende Aufwärtsbewegung des allgemeinen Preisspiegels keineswegs aufgehoben. Die Tendenz der Preise hat sich von der Tendenz zu denkender Werte offenbar so vollständig gelöst, daß es auch zu einem zyklischen Ausgleich der Preise auf einem sinkenden Niveau nicht kommt. Von einer Bestimmung der Preise durch die Entwicklung des Arbeitswerts kann unter diesen Umständen keine Rede sein. — Eine solche dauernde Verschiebung des Preisniveaus wirkt nun aber auf den wirtschaftlichen Gesamtprozeß keineswegs neutral ein. Sie hat vielmehr nachhaltige Wirkungen auf die weitere Wertschöpfung, auf die Erweiterung der Produktionsgrundlagen, auf Umfang, Proportionen und Struktur der Erzeugung. Es ist nicht zu sehen, daß es der marxistischen Wirtschaftstheorie der neueren Zeit gelungen wäre, die Erscheinung der „säkularen Inflation“ mit der Arbeitswerttheorie in Übereinstimmung zu bringen, ja daß sie diesen Versuch überhaupt unternommen hätte.

Es sollte nach alledem unterschieden werden zwischen der *Wertschöpfungstheorie* von MARX und dem Wert-„Gesetz“ als Preiserklärungsgrund. Jede Wertschöpfungstheorie wird auf die Produktion zurückgehen müssen; anders kann sie nicht erklären, wie gleichzeitig mit den Waren auch die Einkommen hervorgebracht werden, welche die Waren bezahlen. Hingegen ist die Auffassung, daß der Wert die Preisbildung regiere, zumindest heute

nicht mehr zu halten. (Abschließendes zur Werttheorie S. 131 ff.)

### B. Die kapitalistische Wirtschaft: der Mehrwert

Mit den Kategorien „Ware“, „Markt“, „Wert“, „Geld“ und „Preis“ sind für MARX die allgemeinen Voraussetzungen der modernen kapitalistischen Produktionsweise entwickelt.

Den Unterschied zwischen vorkapitalistischer und kapitalistischer Wirtschaftsweise bezeichnet MARX so: In früheren Zeiten gaben die Menschen Dinge zum Tausche hin, um dafür Gebrauchswerte zu erlangen. Im direkten Produktaustausch war der Gebrauchswert des zu erlangenden Gegenstandes Tauschzweck. Auch als durch die Zwischenkunft eines allgemeinen Tauschmittlers, des Geldes, der Austausch die Gestalt Ware gegen Geld, Geld gegen Ware ( $W - G - W$ ) annahm, blieb es zunächst bei dem, was WERNER SOMBART als „Prinzip der Nahrung“ dem späteren „Prinzip des Erwerbs“ gegenübergestellt hat. Ganz anders in der Epoche des modernen Kapitalismus. Hier ist das Geld, das „letzte Produkt der Warenzirkulation“, die „erste Erscheinungsform des Kapitals“. (I/4/1) Es ist Ausgangspunkt und Endpunkt eines Prozesses, in welchem die Ware (auch als Träger von Gebrauchswert) nun ihrerseits nur die vermittelnde Rolle spielt. Die Formel heißt hier: Geld — Ware — mehr Geld ( $G - W - G'$ ); der aus dem Kreislauf zurückgewonnene Geldbetrag soll größer sein als der vorher eingeschossene. „Der Wert wird also prozessierender Wert, prozessierendes Geld und als solches Kapital“. Er ist „geldheckendes Geld“.

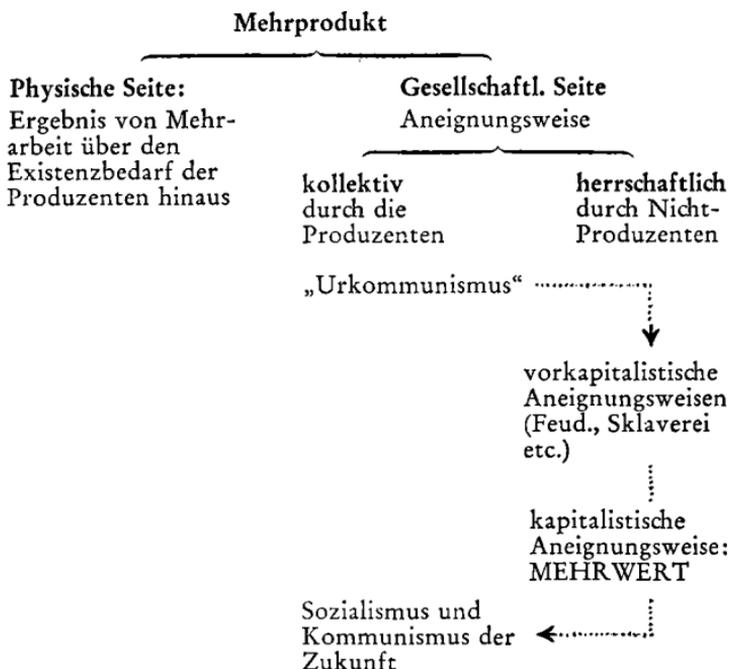
„Die einfache Warenzirkulation — der Verkauf für den Kauf — dient zum Mittel für einen außerhalb der Zirkulation liegenden Endzweck, die Aneignung von Gebrauchswerten, die Befriedigung von Bedürfnissen. Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die *Verwertung des Werts* existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“ (I/4/1)

Die Schwierigkeit ist nun, zu erklären, wie es zu dem Wertzuwachs, der im Symbol  $G'$  bezeichnet ist, kommt, und zwar für *alle* Kapitaleigner mehr oder minder zugleich. In der Lehre von der einfachen Tauschwirtschaft war es MARX um den Nachweis gegangen, daß die Waren nach dem Prinzip der Gleichwertigkeit, der „Äquivalenz“ getauscht werden. Wenn aber Marktwirtschaft die allgemeine Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft ist, so muß auch für diese das Prinzip des Äquivalententauschs gelten. Wie ist unter diesen Umständen der Kapitalgewinn zu erklären?

### *I. Die Begriffe von Mehrwert und Kapital*

1. „Mehrprodukt“ und „Mehrwert“: Grundtatsache allen Wirtschaftens ist, wie es MARX ausdrückt, die „Aneignung der Natur“ durch die menschliche Arbeit. Indem nun die Menschen die Naturkräfte (und dazu gehört ihre eigene naturwüchsige Arbeitskraft) immer besser zu nutzen lernten, erhöhten sie den Ertrag ihrer Arbeit immer mehr über das hinaus, was unter gegebenen Umständen zu ihrer unmittelbaren Daseinsfristung notwendig war. Es entstand ein „Mehrprodukt“ der Produzenten, und dieses konnte nun auch von Nicht-Produzenten angeeignet werden. So kam es nach MARX zur Ausbildung geschichtlicher Ausbeutungsverhältnisse. — Das Mehrprodukt wird also nach seiner physischen Seite als Überschuß über den Existenzbedarf seiner Erzeuger, nach der gesellschaftlichen Seite als ein Güterbestand bestimmt, der in unterschiedlicher Weise angeeignet werden kann; und zwar herrschaftlich, kraft der Verfügung von Nicht-Produzenten über die entscheidenden Produktionsmittel; dann liegt im Sinne von MARX Ausbeutung vor; oder durch die Produzenten selbst, wie das im „Urkommunismus“ der Fall gewesen sein mag (soweit in der primitiven Wirtschaft von einem „Mehr“-Produkt überhaupt die Rede sein konnte), und erneut in der klassenlosen Produzenten-Gesellschaft der Zukunft eintreten soll. (Schaubild)

## Aspekte des „Mehrprodukts“



Der „Mehrwert“ ist nun eine besondere Form, die das im Sinne von MARX herrschaftlich angeeignete Mehrprodukt annimmt. Er ist die Rechenform des Mehrprodukts, eine Wertgröße, die daher Wertbildung und Wertrechnung zur allgemeinen geschichtlichen Bedingung hat.

Der Mehrwert hat also MARX zufolge drei Voraussetzungen: 1) die technisch-güterwirtschaftliche Tatsache einer Mehrproduktivität der Arbeit; 2) die Aneignung durch Nicht-Produzenten; 3) die freie Lohnarbeit, wodurch die Arbeitskraft selbst Marktwert erhält und ihr Mehrprodukt zu rechenbarem Mehrwert, der Produkten-

überschuß über den Bedarf der Produzenten zum Wertüberschuß über den Wert der Arbeitskraft wird.

Von großer Bedeutung ist für MARX nun, daß der Mehrwert nicht in Verletzung, sondern in Erfüllung des allgemeinen Prinzips des Äquivalententauschs entsteht: Als einzige Ware hat die Arbeitskraft den Vorzug, mehr Wert hervorzubringen, als sie selbst besitzt und daher am Arbeitsmarkt als Entgelt fordern kann. So wird die Arbeitskraft zu ihrem vollen Wert bezahlt, und dennoch verschafft sie dem Kapitaleigner, der sie in Anspruch nimmt, einen Wertzusatz. In diesem Sinne bestimmt MARX den Mehrwert als Unterschied zwischen dem Wert der Arbeit (= Wert der Arbeitsprodukte) und dem Wert der Arbeitskraft (= Wert der von den Arbeitern selbst zur Lebenserhaltung benötigten Erzeugnisse und Leistungen); oder auch: als Unterschied zwischen dem „Gebrauchswert“ und dem „Tauschwert“ der Arbeitskraft — womit denn die vorweg getroffene Unterscheidung von Gebrauchswert und Tauschwert der Ware erst in ihrer vollen Bedeutung für das MARXsche System hervortritt.

Nach verschiedenen Seiten hin ist diese Ableitung des Mehrwerts für das MARXsche System von Wichtigkeit.

1) Der Mehrwert ist für MARX nicht ein Mehr *über* dem Wert, sondern ein Teil desselben. Er entsteht, wie aller Wert, in der Produktion, nicht in der „Zirkulation“, auf den Märkten, nicht durch einen unredlichen Preisaufschlag oder durch Übervorteilung der Käufer.

Daß die Bildung des Mehrwerts in die Produktion und nicht in die Zirkulation fällt, drückt MARX in der erweiterten Formel aus, die er für den kapitalistischen Prozeß (in seiner Grundform) entwickelt. Ließ die Formel  $G - W - G'$  noch offen, wo der Mehrwert sich bildet, so lautet die vollständige Formel nun:

$$G - W \left\{ \begin{array}{l} A_k \\ P_m \end{array} \right\} \dots P \dots W' - G'$$

Geld dient zum Ankauf von Waren für Produktionszwecke: das ist einerseits die „Ware“ Arbeitskraft ( $A_k$ ), die durch Lohnzahlung zu entgelten ist, und das sind fer-

ner alle Sachmittel der Produktion (Pm). Der Marktvorgang wird nun durch den Produktionsprozeß (... P...) unterbrochen, in welchem unter der Leitung des Kapitalisten „lebendige“ und „vergegenständlichte“ Arbeit zusammengeführt werden und die Arbeitskraft ihren besonderen Gebrauchswert betätigt: neuen Wert und zugleich Mehrwert zu erzeugen. Dieser ist im Wert des verkaufbaren Produkts (W') schon enthalten und soll auf dem Markt nur noch zu Erlös (G') werden. Ob und in welchem Maße das freilich gelingt, berührt nach MARX nicht die Tatsache, daß Mehrwert produziert, Mehrarbeit geleistet, der Arbeiter also ausgebeutet worden ist.

2) Ist der Mehrwert in der Produktion entstanden, so findet er als ein Teil der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung im Prinzip auch die Einkommen vor, die den Gesamtwert der Waren einschließlich ihres Mehrwerts bezahlen können. Hierdurch trennt sich MARX von jenen Theoretikern der „Unterkonsumtion“, die den Gewinn als einen Aufschlag auf den Wert der Waren betrachtet haben und daher ein ständiges Zurückbleiben der kaufkräftigen Nachfrage hinter dem Angebot zu gegebenen Preisen annehmen mußten. (Vgl. S. 36 f.) Auch die MARXsche Krisentheorie (siehe unten, S. 141 ff.) hat sich nicht auf eine Unterkonsumtion der arbeitenden Massen festgelegt.

3) So wenig wie der Mehrwert nach MARX am Verkaufsmarkt der Produkte entsteht, bildet er sich am Arbeitsmarkt. Der Mehrwert ist ebensowenig den Arbeitern wie den Käufern (oder jenen als Käufern entzogen; er ist für MARX nicht vorenthaltener Lohn, wie für alle Denker vor ihm, einschließlich des englischen Ökonomen und OWEN-Anhängers WILLIAM THOMPSON (ca. 1785—1833), bei dem schon der Begriff des „Mehrwerts“ (surplus value) erscheint, und einschließlich des Zeitgenossen von MARX, CARL RODBERTUS (1805—1875), mit dessen Lehre die von MARX zeitweilig in Zusammenhang gebracht worden ist. Alle vorangegangene Lohn- und Gewinntheorie hatte den Gewinn als eine Schmälerung des Arbeitslohns, als „gesetzlich erlaubte Räuberei“ (BRAY) betrachtet, und hiergegen

ein Recht der Arbeitenden auf ihren „unverkürzten Arbeitsertrag“ statuiert. Dem hat MARX entschieden widersprochen: der Arbeiter erhält das Seine; der Arbeitsmarkt vergütet ihm den vollen Wert seiner Arbeitskraft, und auf mehr hat er keinen Anspruch. So wenig wie um einen „gerechten Preis“ ist also um den „gerechten Lohn“ zu hadern. Der Arbeiter erhält den unter bestehenden Umständen einzig gerechten, nämlich den *marktgerechten* Lohn.

„Der Verkäufer der Arbeitskraft, wie der Verkäufer jeder anderen Ware, realisiert ihren Tauschwert und veräußert ihren Gebrauchswert... Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken, arbeiten kann, daß daher der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer.“ (I/5/2)

Aber indem MARX solcherart seinen Begriff der Ausbeutung von den Märkten in die Produktion verlegte, vertiefte sich ihm der Anlaß der Kritik: Nicht daß die Arbeitskraft einen niederen Preis, sondern daß sie einen *Preis* habe, nicht daß sie am Markte Nachteile, sondern daß sie den *Markt* erfahre, wird nun zum Anstoß, nicht die Höhe des *Arbeitslohns*, sondern die Tatsache der *Lohnarbeit*, nicht die *Bedingung*, sondern das *Verhältnis* der verwerteten Arbeit.

4) Wird der Mehrwert, wie MARX ihn sieht, auf der Grundlage und nach den Gesetzen der Warenproduktion hervorgebracht, so unterliegt er, wie alle Wertbildung, der beirrenden Wirkung des „Warenfetischismus“: In früheren Klassenordnungen ist unmittelbar Hand auf das Mehrprodukt (wie im Falle der Feudalabgaben) oder auf die Arbeitskraft selbst (Sklaverei; Fronarbeit) gelegt worden. Im Arbeitstag der kapitalistischen Fabrik dagegen ist der Unterschied zwischen „notwendiger“ Arbeitszeit, während deren der Beschäftigte seinen eigenen Lohn erarbeitet, und

„Mehrarbeitszeit“ für den Kapitalisten verschwunden; die Einheitlichkeit der Wertform des Arbeitsprodukts verdunkelt, ebenso wie die gleichmäßige Verteilung des Arbeitslohns auf die Gesamtarbeitszeit, den Sachverhalt der Mehrarbeit. So bedarf es einer besonderen ökonomischen Theorie und daher des *wissenschaftlichen* Sozialismus, um der arbeitenden Klasse selbst zur Einsicht in ihr Verhältnis zu verhelfen. — Von hier zu der Lehre LENINS, daß die Arbeiterbewegung einer führenden revolutionären Intelligenz bedarf (vgl. unten, S. 210 f.), ergibt sich eine unmittelbare Verbindung.

2. Mehrwert und Kapital: Von der Bestimmung des Mehrwerts gelangt MARX zur Definition des Kapitals. Dieses ist ihm nicht in einer bestimmten Sachgestalt (Produktionsmittel, Geld, Ware) ein für allemal und daher für alle Produktionsweisen gleichermaßen gegeben, sondern vielmehr durch den Grundvorgang der Erzeugung von Mehrwert. Kapital ist für MARX daher ein „Mehrwert heckender Wert“. Und da die Bedingungen solcher Mehrwerterzeugung durchaus sozialer Natur sind, wird Kapital gleichzeitig als ein „gesellschaftliches Verhältnis“ bestimmt; und zwar als ein geschichtlich durchaus eigenartiges, das die freie Lohnarbeit zur Voraussetzung hat, also (mit den Worten MAX WEBERS) das Vorhandensein von Personen, „die nicht nur rechtlich in der Lage, sondern auch wirtschaftlich genötigt sind, ihre Arbeitskraft frei auf dem Markt zu verkaufen“. (Wirtschaftsgeschichte, 1924, S. 240) — Als eine geschichtliche sucht MARX die kapitalistische Produktionsweise nicht nur analytisch, sondern auch historisch zu erschließen. Er betrachtet die allmähliche Verwandlung von vorkapitalistischem, konsumierbarem *Reichtum* in gewinnbringend angelegtes *Kapital* mit Übergang zur neueren Zeit und die Herstellung der im doppelten Sinn „freien“ Lohnarbeit vermittelt der massenhaften „Expropriation“ bisheriger Eigenproduzenten, wodurch diese erst der beginnenden Industrie in die Arme getrieben wurden, als zwei Seiten des gleichen Prozesses der „*ursprünglichen Akkumulation*“ des Kapitals.

3. „Wert“ und „Preis“ der Arbeitskraft: der Lohn: MARX unterscheidet ihrer Herkunft nach zwei Arten gesellschaftlicher Einkommen: Kapitaleinkommen, die aus dem Mehrwert stammen, und Lohn Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Hat nach MARX jede Ware einen Produktionswert, der durch den Arbeitsaufwand bestimmt ist, so hat die „Ware“ Arbeitskraft einen „Reproduktions“-Wert, bestimmt durch jene „gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeitszeit“, die zur Wiederherstellung der während ihrer Wirksamkeit verbrauchten Arbeitspotenz dient. Dabei geht es nicht so sehr um die Erhaltung des Einzelarbeiters, der dem Kapital gleichgültig ist, als vielmehr um die Erhaltung des Arbeiterpotentials als einer notwendigen Bedingung der Kapitalverwertung; der Aufwand zur Aufzucht des Arbeiter-Nachwuchses geht also in die gesellschaftliche Wertbestimmung der Arbeitskraft mit ein. Im Lohn erhält der Wert der Arbeitskraft seinen Preis Ausdruck, und der Geldlohn muß den gleichfalls in Geld bemessenen *Kosten* der Erhaltung der Arbeiter entsprechen, er paßt sich diesen an.

Wie für alle Nationalökonomien seiner Zeit war es auch für MARX ausgemacht, daß der Arbeitslohn im Durchschnitt und auf die Dauer nicht über das Existenzminimum hinausgehen könne; dafür Sorge schon der Druck einer „industriellen Reservearmee“. (Hierauf wird zurückzukommen sein; S. 145 ff.). Es sei angemerkt, daß der MARXschen, wie aller anderen zeitgenössischen Lehre vom Existenzlohn, Verhältnisse geringer Differenzierung der Löhne und Arbeitsqualifikation zur Anschauung dienten. Andernfalls hätte man für die verschiedenen Arbeitsarten sehr verschiedene Existenzminima annehmen oder die Lehre vom Existenzlohn ganz fallen lassen müssen. — Daß gleichzeitig zwischen den verschiedenen Tätigkeiten die *Arbeitsstunden* höchst ungleich-„wertig“ sind, berührt im Sinne von MARX nicht den „Reproduktionswert“ der *Arbeitskraft*, sondern vielmehr den Wert des *Arbeitsprodukts*.

Die Theorie des Existenzlohns führt zu der Auffassung, daß „Arbeiterkoalitionen“, also *Gewerkschaften*, nur geringe Wirkungsmöglichkeiten haben, soweit sie die Löhne (sowie die sonstigen Arbeitsbedingungen) innerhalb der bestehenden Ordnung zu korrigieren suchen. Sie sollen zwar den Kampf um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse führen, aber als ein Mittel, die Arbeiterschaft für den eigentlichen Kampf gegen das Lohnsystem als solches zu stählen. — Zu der Auffassung LENINS vom Vorrang der *Arbeiterpartei*, welche den Kampf der Arbeiterklasse im Großen zu leiten habe, gegenüber den auf den wirtschaftlichen Kampf beschränkten *Gewerkschaften* (vgl. unten, S. 209 f.), führt hier ein gerader Weg.

## II. Verteilung und Erscheinungsformen des Mehrwerts

MARX entwickelt, wie dies seinem allgemeinen methodischen Vorgehen entspricht, zunächst den Mehrwert als wesentliche Grundkategorie der kapitalistischen Wirtschaft in seiner Einheit, um dann erst zu den mannigfachen Formen überzugehen, in denen er sich darstellt. Auf eine einzige allgemeine Grundtatsache wird die *Entstehung* jenes Mehrwerts zurückgeführt, der in der *Verteilung* unter den verschiedenen Gewinneinkommensbeziehern vielfältige Namen erhält.

1. Die Grundrente: Zunächst teilt sich der Mehrwert in Grundrente und Kapitalprofit.

Die Lehre von der Grundrente war schon den englischen Klassikern zu einem Hebel der Kritik am Grundeigentum geworden (vgl. oben, S. 25 ff.).

Über seine Vorgänger ist MARX vor allem in zweifacher Hinsicht hinausgegangen: 1) Die „absolute Rente“, die MARX, wie alle Zeitgenossen, dem Grundeigentum (als einem „Monopol“-Eigentum auf ein nicht oder nur geringfügig vermehrbares Produktionsobjekt) zufallen sieht, wird geschichtlich zurückverfolgt und mit der Feudalrente in Beziehung gesetzt. Als Monopolrente geht die Grundrente in den „Ausgleich der Profitraten“, zu dem das gewerblich angelegte Kapital tendiert

(s. unten), nicht ein. — 2) Stellten die englischen Klassiker die Grundrente dem gewerblichen Gewinn entgegen, so versteht MARX die Rente als einen Teil des allgemeinen gesellschaftlichen Mehrwerts. Damit erscheint nun auch die Landarbeit und die agrarische Einkommensverteilung gänzlich den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise eingeordnet. (Auch in den Schemata der „erweiterten Reproduktion“ wird unterstellt, daß die Landwirtschaft, wie jede andere Produktion, kapitalistisch betrieben wird; vgl. unten, S. 135 ff.) Die Agrarfrage wird damit nicht mehr als eine soziale Frage für sich, sondern als ein Teil jener großen sozialen Frage, welche das Kapitalverhältnis als ganzes aufwirft, gedeutet — mit allen Folgerungen, die hieraus für die Agrarprogrammatische der sozialistischen Bewegung entspringen mußten. (Vgl. hierzu S. 177 f.)

2. Der Kapitalprofit: Der Kapitalgewinn ist für MARX der Anteil des *Gewerbes* am gesellschaftlichen Mehrwert. Obwohl aller Mehrwert in der Produktion erarbeitet worden ist, können doch auch andere Sphären der Kapitalanlage an ihm teilhaben: der Mehrwert unterliegt der Umverteilung zwischen den Kapitaleignern. So zerlegt sich der gewerbliche Kapitalgewinn in industriellen Profit, Handelsprofit und Zins auf Leihkapital (wobei der Leihkapitalzins nach MARX wiederum nicht in den noch zu erörternden „Ausgleich der Profitraten“ eingeht). — Auch hier verbindet sich die analytische Sicht von MARX mit der historisch-genetischen: Kaufmanns- und Leihkapital haben sich geschichtlich am frühesten und schon in vorkapitalistischer Zeit herausgebildet; erst als sie in die Produktion einstrangen und diese immer mehr umgestalteten, trat mit dem „industriellen Kapital“ die eigentliche kapitalistische *Produktionsweise* auf den Plan.

### III. Der Ausgleich der Profitraten und die Verwandlung des Wertes in „Marktproduktionspreis“

1. Die Profitrate: Den Wert der unter kapitalistischen Bedingungen produzierten Waren zerlegt MARX in drei Hauptbestandteile: 1) Wert der im Produktionsprozeß mitwirkenden und verbrauchten Sachmittel; da

diese dem allgemeinen Postulat der Arbeitswerttheorie zufolge selbst keinen Neuwert hervorbringen, sondern vielmehr ihren eigenen Produktionswert auf das Produkt jeweils gänzlich oder teilweise nur übertragen, bezeichnet MARX diesen Kapitalteil als den „konstanten“ (Symbol : c). 2) Wert der verbrauchten Arbeitskraft; da sie dem Produkt einen größeren oder kleineren, also „variablen“ Mehrwert zusetzt, wird der Wert der Arbeitskraft als „variables“ Kapital (v) benannt. 3) Der „Mehrwert“ erhält das Symbol m; so daß der Gesamtwert sei es der Einzelware, sei es einer Warengesamtheit sich ausdrückt als Summe von

$$c + v + m.$$

Gesamtwirtschaftlich wird hierbei v mit m zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung (bei MARX: „Wertprodukt“) aufaddiert, das Volkseinkommen also als Summe der Lohn- und Kapitaleinkommen verstanden. Einzelwirtschaftlich hingegen sind die bezahlten Löhne Kosten der Unternehmungen, ebenso wie der Aufwand für Produktionsmittel. Der Mehrwert wird daher vom Einzelkapitalisten nicht auf den Wert der eingesetzten Arbeitskraft v (also:  $\frac{m}{v}$ , gleich „Mehrwerttrate“), sondern vielmehr auf

das gesamte produktionswirksame Kapital bezogen:  $\frac{m}{c + v}$ ; so ergibt sich die „Profitrate“.

„Profit ist uns zunächst nur ein anderer Name oder andre Kategorie für Mehrwert. Da durch die Form des Arbeitslohns die ganze Arbeit als bezahlt erscheint, scheint der unbezahlte Teil derselben notwendig als nicht aus der Arbeit, sondern aus dem Kapital, und nicht aus dem variablen Teil desselben, sondern dem Gesamtkapital entspringend. Dadurch erhält der Mehrwert die Form des Profits, ohne quantitativen Unterschied zwischen dem einen und dem andern. Es ist nur die illusorische Erscheinungsform desselben.“ (MARX an ENGELS, 30. 4. 1868)

Kritisch ist hier anzumerken: 1) Die Begriffe „konstantes“ und „variables“ Kapital sind wenig glücklich gewählt: „Variable“ ist dem Gedanken nach nicht das Lohnkapital, sondern der Mehrwert. Andererseits schwankt mit dem Umfang der Produktion nicht nur das Lohnkapital, sondern auch das in Objekten des „Umlaufvermögens“ (bei MARX: im „zirkulierenden“ Teil des konstanten Kapitals zum Unterschied vom „fixen“ Teil, den Anlagen) gebundene Kapital — und *langfristig* freilich auch das „fixe“ Investitionskapital selbst.

2) MARX betrachtet den Profit als den nur anders, nämlich auf den Wert des Gesamtkapitals  $c + v$ , statt auf  $v$  allein, bezogenen Mehrwert. Der Profit, so wie ihn die Unternehmungen berechnen, ist allerdings Ergebnis der *Marktpreise*, nicht einer gedachten Wertrechnung. Dies hat MARX selbst dargelegt. Dann dürfen aber auch die Bestandteile des Kapitals, auf welche der Profit rechnerisch bezogen wird, nicht länger als Wert-, sie müssen als Preisgrößen betrachtet werden. Hier ist nun die Ausdrucksweise von MARX höchst unbefriedigend geblieben: Definiert MARX an einer Stelle des III. Bandes seines „Kapital“ (Kap. 1) den „Kostpreis“ als den in der Produktion „verausgabten Kapitalwert“, so daß „Warenwert = Kostpreis + Mehrwert“ ist, so heißt es vom „Kostpreis der Ware“ an anderer Stelle (im gleichen Kapitel), er sei der „*Kaufpreis*, den der Kapitalist selbst für ihre Produktion *gezahlt* hat“; und wieder an anderer Stelle wird gar die „Mehrwertrate“ dadurch gebildet, daß der Mehrwert auf den *Arbeitslohn*, also auf den *Preis* der „Ware Arbeitskraft“, bezogen wird. In diesen Ungenauigkeiten drückt sich freilich eine prinzipielle Schwierigkeit des MARXschen Gedankengangs aus, die uns noch beschäftigen wird (S. 133 f.).

2. Der „Ausgleich der Profitraten“: Alle Kapitalverwerter streben nach dem maximalen Profit. In dieser Absicht tasten sie auch die Märkte ab und werfen sie ihr Kapital auf die Produktionsgelegenheiten, die ihnen den höheren Gewinn verheißen. Hierdurch kommt es dem Gedanken nach zu ständigem „Wandern“ von Kapitalien aus einem Produktionszweig mit niedriger Profitrate in einen anderen mit vermuteter höherer Profitrate, und gerade das gleichgerichtete Streben aller Kapitalisten nach Maximalgewinn bringt die Tendenz zum Ausgleich aller

Profitraten auf mittlerem Niveau innerhalb des Gewerbes zuwege. Es gilt also das „Gesetz, daß . . . gleich große Kapitalien in gleichen Zeiträumen gleich große Profite abwerfen“. (III/8) Die Kapitalanleger orientierten sich dabei an den Bewegungen der Marktpreise: Steigen die Preise bestimmter Waren nachhaltig, oder fallen sie in Teilbereichen der Wirtschaft, so wird dies zu entsprechender Umgruppierung von Kapitalien führen. Dies kann auch ungewollt dadurch geschehen, daß auf einzelnen Märkten der erarbeitete Mehrwert infolge von verstärkter Konkurrenz und sinkenden Preisen nicht voll „realisiert“ wird, weniger leistungsfähige Unternehmungen auf der Strecke bleiben und hierdurch die Akkumulation von Kapital in einem Produktionszweige von selbst abnimmt. An den (langfristigen) Veränderungen der Marktpreise in ihrem Verhältnis zu den „Kostpreisen“ orientiert sich also die Verteilung des Gesamtkapitals über die Anlagesphären, und der Ausgleich der Profitraten ist das Ergebnis einer doppelten Bewegung: der Konkurrenz der Marktpreise und der Konkurrenz der Kapitalanlagen.

Der Gedanke, daß die Gewinnsätze einer gewissen Vereinheitlichung unterliegen, findet sich theoriegeschichtlich schon bei einigen französischen Physiokraten angedeutet: er entspricht der Überzeugung der Zeit, daß auch im Wirtschaftsleben die sich selbst überlassenen Kräfte sich ausbalancieren. Die Lehre vom Profitratenausgleich erscheint ausgebaut bei den englischen Klassikern der Nationalökonomie (SMITH, RICARDO, J. ST. MILL); von hier ist sie ins MARXsche System hinübergewandert. In veränderter Gestalt kehrt die Hypothese auch später wieder: so etwa in dem Gesetz des „horizontalen“ sowie des „vertikalen“ (H. v. STACKELBERG) „Ausgleichs der Grenzerträge“; oder etwa in J. ROBINSONS Begriff des Normalgewinns, der dann gegeben sei, wenn innerhalb eines größeren Wirtschaftsganzen kein Anlaß zur Umgruppierung investierter Kapitalien bestehe. Selbst in dem Gedanken, daß im „stationären Gleichgewicht“ alle Gewinne gleich Null seien, ist immer noch die Vorstellung von einer Ausgleichstendenz verborgen (wobei die vermeintliche Gewinnlosigkeit dadurch zustande kommt, daß der „Normal“-Gewinn einfach zu den Kosten gerechnet wird,

als „Eigenkapitalzins“, „Risikoprämie“, „Unternehmerlohn“ usw. erscheint.)

So brauchbar der Begriff des Durchschnittsgewinns als Denkhypothese ist, so konnte doch selbst in den Zeiten der unregelmäßigen Konkurrenz nur von einer Annäherungstendenz der Renditen gesprochen werden; schon deshalb, weil die Beteiligten kaum von der Rentabilität ihres eigenen Kapitals und noch weniger von derjenigen anderer Unternehmungen genauere Vorstellungen hatten. Vollends kann unter den Bedingungen der organisierten Konkurrenz, wie sie seit Ende des vorigen Jahrhunderts sich entwickelt haben, von einer tatsächlichen Vereinheitlichung der Renditen zwischen den Wirtschaftszweigen keine Rede mehr sein.

Aus der Lehre vom Ausgleich der Profitraten zu einer gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate entspringt eine bedeutungsvolle Folgerung für die MARXsche Gesellschaftslehre: Da jeder einzelne Unternehmer nur ganz zufälligerweise den von seinem eigenen Kapital gewonnenen Mehrwert am Markte erzielt, vielmehr alle Kapitaleigner wie Aktionäre einer großen Gesellschaft am *Gesamtmehrwert* nach Maßgabe ihrer Kapitalgröße teilhaben, so haben sie ein gemeinsames wirtschaftliches Interesse an der Erhaltung der gegebenen Sozialordnung, vermöge deren allein sie auch ihren individuellen Anteil am gesellschaftlichen Mehrwert erhalten. So wird von der Seite des gemeinsamen Interesse-Gegenstandes her die von MARX getroffene Einteilung der Gesellschaft in Klassen tiefer begründet.

3. Vom Wert zum Marktproduktionspreis: Die doppelte Bewegung von Marktpreisen und Anlagekapital besorgt nun MARX zufolge wiederum das Geschäft des Wertes. Im „Marktproduktionspreis“ eines jeden Teilmarktes ist der Wert, der alle Warenproduktion beherrscht, zu der entwickelten Gestalt gelangt, die er in der kapitalistischen Wirtschaft annimmt, wo die Waren „nicht einfach als Waren ausgetauscht werden, sondern als Produkte von Kapitalen, die im Verhältnis zu ihrer Größe . . . Teilnahme an der Gesamtmasse des Mehrwerts beanspruchen“. (III/10) — Unter den Verhältnissen des nur gelegentlichen

Austauschs sind, so meint MARX, Produkte unmittelbar zu ihrem Arbeitswert, zum „individuellen Wert“ ausgetauscht worden. In der entwickelten Warenproduktion hingegen mit regelmäßigem Marktverkehr zählt nicht mehr der fallweise, sondern der unter bestehenden Umständen jeweils „gesellschaftlich notwendige“ Arbeitsaufwand; die individuellen Werte vereinheitlichen sich zu „Marktwerten“. Erst in der kapitalistischen Produktionsweise geschieht nach MARX schließlich ein dritter Schritt der Wertvereinheitlichung: Wieviel von der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf eine bestimmte Produktion verwandt wird, bestimmt nun die Bewegung des anlagebereiten Kapitals, und diese Bewegung folgt der Gewinnüberlegung der Kapitalverwerter. Durch den Profitratenausgleich zwischen den Produktions- und Marktsphären verwandelt sich der Marktwert in „Marktproduktionspreis“; und dieser bildet nun das ideelle Schwankungszentrum der *Marktpreise*. (Schaubild)

„Der so ausgeglichene Preis, der den gesellschaftlichen Mehrwert gleich verteilt unter die Kapitalmassen im Verhältnis zu ihrer Größe, ist der *Produktionspreis* der Waren, das Zentrum, um das sich die Oszillation der Marktpreise bewegt.“ (MARX, Brief an ENGELS v. 30. 4. 1868)

Jeder Schritt der Wertverwandlung bezeichnet nach MARX eine Stufe wirklicher geschichtlicher Entwicklung der Warenproduktion. Und dementsprechend hat sich auch der Bereich, innerhalb dessen der Ausgleich der Profitraten stattfindet, historisch immer mehr geweitet: Zunächst hat solche Angleichung, wie F. ENGELS zum III. Band des „Kapital“ bemerkt hat, nur auf begrenzten lokalen Märkten, und hier wieder zunächst bei dem beweglicheren Handelskapital, geschehen können; erst später hat sich mit dem Zusammenwachsen der Märkte und dem Übergreifen des Kapitals in die industrielle Produktion auch der Schauplatz des Profitratenausgleichs auf dem Wege über die territoriale Wirtschaft immer mehr in die Volkswirtschaft ausgedehnt. — Auch in der entwickelten kapitalistischen Welt bleibt allerdings das im Boden angelegte Kapital, sowie das Leihkapital, außerhalb des Profitratenausgleichs.

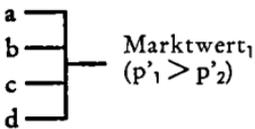
**Ausgleich der „individuellen Werte“ zu  
„Marktproduktionspreisen“**

$p'$  = Profitrate

PRODUKTIONS-  
PERIODE I

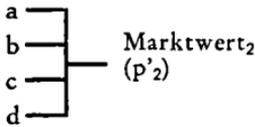
PRODUKTIONS-  
PERIODE II

Indiv. Werte<sub>1</sub>  
(Schuhe)



Marktprod.preis<sub>1</sub>  
( $p'_1 = p'_2 = p'_3$ )

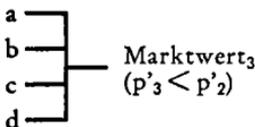
Indiv. Werte<sub>2</sub>  
(Hüte)



*Kapitalübertragung*

Marktprod.preis<sub>2</sub>  
( $p'_1 = p'_2 = p'_3$ )

Indiv. Werte<sub>3</sub>  
(Stühle)



Marktprod.preis<sub>3</sub>  
( $p'_1 = p'_2 = p'_3$ )

*Kritisch* ist hier festzustellen: Der Profit als „Erscheinungsform“ des Mehrwerts stellt sich unvermeidlich in *Marktziffern* dar. Auch einen Ausgleich der Profitraten kann es daher nur auf der Ebene tatsächlicher Marktpreise und Marktkosten geben, denn andere Größen stehen den Unternehmensleitungen bei ihrer Entscheidung über den Kapitaleinsatz nicht zur Ver-

fügung. Damit wird aber auch das *Ergebnis* des Profitratenausgleichs, der „Marktproduktionspreis“, aus den Marktpreisen konstituiert. Der Marktproduktionspreis kann nicht länger als bloß verwandelter Wert gedacht werden. Er bleibt vom Marktpreisgeschehen nicht unberührt.

Erst mit der Lehre vom Renditenausgleich und vom Marktproduktionspreis ist die Werttheorie für MARX abgeschlossen. Sie ist ihrer ganzen Konstruktion nach nicht auf Erklärung der Einzelpreisbildung gerichtet, sondern auf Erklärung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Sie ist Lehre vom Sozialprodukt (Volkseinkommen), seiner Entstehung, seiner Verteilung über die Einkommensgruppen und über die Wirtschaftsbereiche, seiner Verwendung, wodurch sich die „erweiterte Reproduktion“ des Kapitals vollzieht. Der Marktpreis erscheint hierbei nur als ein vermittelndes Medium des Gesamtprozesses.

### § 2: Die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise

Den allgemeinen Gedanken des historischen Materialismus, wonach der Widerspruch zwischen den fortschreitenden Produktivkräften und den zurückbleibenden Produktionsverhältnissen die treibende Kraft der Geschichte ist, sieht MARX besonders in der kapitalistischen Produktionsweise angelegt. Die Entwicklung der Technik, die zunehmende Mechanisierung der Produktion bewirkt, daß die Weise der Gütererzeugung sich, wie im Großbetrieb sinnfällig wird, immer mehr vergesellschaftet; aber die *Aneignung* des Ertrags, und daher die Bestimmung des Produktionszwecks, bleibt eine private. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, der damit bezeichnet ist, erweist sich nach MARX am Proletariat, das gerade verkümmert, je reicher die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums fließen. Dieser Widerspruch steigert sich bis zur Unerträglichkeit, je mehr die kapitalistische Produktionsweise ihrem eigenen Gesetze folgt, dem der unentwegten Kapitalakkumulation, d. h.

der (durch die Konkurrenz aller Kapitalverwerter erzwungenen) ständigen Wiederanlage des Kapitals sowie des größeren Teils des Gewinns zum Zwecke einer vermehrten Gewinnerzielung in der Zukunft.

### A. Die erweiterte Reproduktion (Akkumulation) des Kapitals

Den Wert aller Waren läßt MARX, wie gezeigt, in die drei Elemente zerfallen:  $c + v + m$ . Diese drei Größen stellen als Ergebnis produktiver Arbeit einerseits Produktwert und andererseits Geldeinnahmen der Wirtschaftsbeteiligten dar; wobei die Geldeinnahmen den Waren auf den Märkten wieder nachfragend gegenüber treten. Zwischen den einzelnen Produktionssphären müssen nun die Märkte das Angebot und die Nachfrage sachlich und zeitlich so verbinden, daß der Prozeß der Kapitalverwertung überall ohne ernstere Störung fortgehen kann. Das Bedürfnis nach solcher Koordinierung hat MARX schon in der Formel angedeutet, mit der er den Umschlag der Einzelkapitalien bezeichnete:

$$G - W \left\{ \begin{array}{l} Ak \\ Pm \end{array} \right\} \dots P \dots W' - G'$$

Zweimal bedarf hier das Einzelunternehmen anderer Märkte: das eine Mal, um die Mittel seiner Produktion zu erwerben; das andere Mal, um seine eigenen Erzeugnisse zu verkaufen. Jedes einzelne Unternehmen muß daher unmittelbar die anstoßenden und mittelbar weitere Märkte für seinen Zweck bereit finden.

MARX unternimmt es nun, die Vielzahl denkbarer Kreisläufe der Einzelkapitalien zu einer Tafel des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses zu ordnen. Hierzu werden zunächst die Elemente des Gesamtprodukts weiter untergliedert:

1) Die Warenmasse einer Volkswirtschaft wird nach dem Gebrauchswert der Objekte in zwei große Gattungen eingeteilt: Produktionsmittel (Pm) und Konsumtionsmittel (Km); und dementsprechend werden zwei „Abteilungen“

der Produktion unterschieden. 2) Der Mehrwert wird nach der Art seiner Verwendung in einen Teil, aus dem die Kapitaleigner ihren persönlichen Verbrauch bestreiten (private „Revenue“;  $m_r$ ), und in einen anderen Teil zerlegt, den sie erneut als Kapital einsetzen, also „akkumulieren“ ( $m_a$ )<sup>1</sup>). Da dieser Gewinnanteil als zusätzliches Kapital einerseits neue Produktionsmittel und andererseits neue Arbeitskräfte nachfragt, zerfällt er seinerseits wieder in eine zusätzliche Größe  $c$  ( $m_{ac}$ ) und in eine zusätzliche Größe  $v$  ( $m_{av}$ ). — Das Ausgangsschema der „erweiterten Reproduktion“ lautet dann:

$$\text{Abt. I: } c_1 + v_1 + m_{ac_1} + m_{av_1} + m_{r_1} = Pm$$

$$\text{Abt. II: } c_2 + v_2 + m_{ac_2} + m_{av_2} + m_{r_2} = Km$$

Einerseits ist also das periodische Gesamtprodukt (Bruttoprodukt) einer Volkswirtschaft und andererseits sind die Gegenwerte auf der Seite der Geldeinnahmen teilweise zum persönlichen Verbrauch und teilweise zur Erneuerung und Erweiterung des Produktionsvermögens bestimmt. Hierbei produziert jede Abteilung für den Bedarf der anderen mit. Daher müssen beide Abteilungen in Austausch miteinander treten. Und dementsprechend ordnen sich auch die Geldbezüge derer, die am Wirtschaftsprozeß beteiligt sind, je nach der Art des Produkts, auf das sich ihre Nachfrage richtet: Nachfrage nach Produktionsmitteln stellen dar die Größen  $c_1 + c_2 + m_{ac_1} + m_{ac_2}$ ; Nachfrage nach Waren des persönlichen Verbrauchs geht aus von den Größen  $v_1 + v_2 + m_{av_1} + m_{av_2} + m_{r_1} + m_{r_2}$ . Jede Abteilung deckt auch einen Teil des Bedarfs, der von ihr ausgeht, selbst: So erzeugt Abt. I den Gegenwert der Nachfragegröße  $c_1 + m_{ac_1}$  und Abt. II den der Nachfrage  $v_2 + m_{av_2} + m_{r_2}$ . Streicht man diese Glieder im Schema ab, so ergibt sich für den Austausch zwischen den beiden

<sup>1</sup>) Die Symbolik für die Untergliederung von  $m$  geht über *Marx* hinaus. Doch wird hierdurch dem Inhalt der *Marx*schen Reproduktionstheorie nichts hinzugefügt.

Bereichen die Notwendigkeit einer Entsprechung von  $v_1 + m_{av_1} + m_{r_1}$  gegen  $c_2 + m_{ac_2}$ . Beide Seiten dieses Austauschverhältnisses müssen größengleich sein oder durch entsprechende Änderung der Preise, der Lagerbestände oder schließlich der Produktion größengleich werden. Die Gleichung

$$v_1 + m_{av_1} + m_{r_1} = c_2 + m_{ac_2}$$

stellt die Klammer dar, durch welche die periodische Produktion beider Abteilungen zusammengehalten wird. Das heißt: die Produktionssphäre Km muß den Gegenwert des konsumtiven Bedarfs aller Beteiligten von Abteilung Pm bereitstellen; und sie muß gleichzeitig soviel Nachfrage nach verbrauchten und zusätzlichen Gegenständen ihres eigenen konstanten Kapitals gegenüber der Abteilung Pm geltend machen, als notwendig ist, um den Fortgang der Kapitalakkumulation in Abteilung I selbst zu sichern. Auf der anderen Seite muß Abteilung I auch die Produktionsmittel, deren Abteilung II bedarf, hervorbringen, und gleichzeitig so viel Nachfrage nach Konsumtionsmitteln ausüben, wie Abteilung II Konsumgüter für den Bedarf der Angehörigen von Abteilung I anzubieten hat. Jeder Teilbereich der Volkswirtschaft ist also darauf angewiesen, daß der andere ihm die materiellen Bedingungen seiner eigenen Kapitalverwertung (d. h. entsprechendes Angebot und entsprechende Nachfrage) fortgesetzt bietet.

Die Bedeutung dieses gedanklichen Schemas des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses, das eine der großartigsten Leistungen der ökonomischen Theorie darstellt, darf vor allem in folgendem gesehen werden:

1) MARX weist nach, daß die Austauschgleichungen innerhalb und zwischen den Abteilungen aufgehen können, und zwar ohne Verletzung anderer Gesetze, die MARX der kapitalistischen Produktionsweise zuspricht (Äquivalententausch, Profitratenausgleich). Es gibt also keinen prinzipiell „unabsetzbaren Rest“ auf einer der beiden Austauschseiten. MARX rückt hierdurch auch von jenen Unterkonsumtions-

theorien ab, für welche die kapitalistische Produktion an einer dauernd unzureichenden Massenkaufkraft scheitert.

2) Zugleich aber sind nach MARX die Proportionen des feingliedrigen Marktsystems bei der allgemeinen „Anarchie“ der Privatwirtschaft, in der niemand recht vom anderen weiß und jeder Kapitalist mit der gleichen blinden Besessenheit nach seinem Höchstgewinn hascht, notwendigerweise gefährdet. So viele Märkte, so viele Ansatzstellen für Disproportionen, so viele Entstehungs- und Ansteckungspunkte wirtschaftlicher Krisen. Nicht in den Größenbeziehungen einer expandierenden Volkswirtschaft schlechthin, wohl aber in den besonderen gesellschaftlichen Umständen der kapitalistischen Produktion hat MARX die Wirtschaftskrisen lauern gesehen; und diese sind ihm daher Ausdruck der tiefer liegenden gesellschaftlichen Widersprüchlichkeit der Produktionsweise als solcher.

### B. Der tendenzielle Fall der Profitrate

Die ökonomische Lehre von MARX hebt an bei dem dialektischen Gegensatz, der schon unter den Bedingungen der einfachen Warenproduktion zwischen Gebrauchswert und Wert der Ware besteht. Dieser fundamentale Gegensatz steigert sich nun nach MARX in der kapitalistischen Wirtschaft aufs äußerste: Je mehr das Kapital die Produktivkraft der Arbeit erschließt, desto mehr wächst der Güterreichtum und desto mehr sinkt nicht nur der Wert des Einzelprodukts, sondern auch die Größe des Mehrwerts, auf das eingesetzte Gesamtkapital berechnet. Das privatwirtschaftliche Ziel der Gewinnsteigerung vereitelt sich hierdurch gerade mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Produktionsweise selbst.

Die Produktivkraft der menschlichen Arbeit wird vor allem dadurch vergrößert, daß den Produzenten verbesserte Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden. In der Kapitalrechnung zeigt sich dieser Zug zur „anlage-intensiven“ Produktion — wie wir heute sagen — in dem, was MARX als Tendenz zur „höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals“ bezeichnet hat, d. h. in einem Stei-

gen des Anteils des „konstanten“ gegenüber dem Anteil des „variablen“ Elements am Wert des eingesetzten Gesamtkapitals. Setzt man nun mit MARX zunächst voraus, daß der Mehrwert, bezogen auf den „variablen“ Kapitalteil, auch bei Produktivitätssteigerung der Arbeit unverändert, die „Mehrwerttrate“ also konstant bleibt, so leuchtet ein, daß bei gleichzeitig wachsendem Gesamtkapital die Profitrate sich entsprechend verringern muß. Indem also die Kapitalisten im Wettlauf um den Maximalprofit einander zu überflügeln trachten und die Produktion auf immer verbesserte Grundlage stellen, arbeiten sie, so meint MARX, allesamt wider Wissen und Willen ihrem eigenen beschränkten Zweck zuwider; die Profitrate fällt; und die Grenze, auf welche solcherart das Profitstreben stößt, „bezeugt die Beschränktheit und den nur historischen, vorübergehenden Charakter der kapitalistischen Produktionsweise; bezeugt, daß sie keine für die Produktion des Reichtums absolute Produktionsweise ist, vielmehr mit seiner Fortentwicklung auf gewisser Stufe in Konflikt tritt“. (III/15/I.)

Ein tendenzielles Sinken der Profitrate haben mit MARX die meisten Ökonomen des 19. Jahrhunderts angenommen; einen Beweis hierfür sahen sie im offenkundigen Sinken des landesüblichen Zinses. Und noch ein J. M. KEYNES (1883—1946) hat in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936) eine langfristig sinkende „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ postuliert. Auch die Vorstellung, daß jedenfalls der Einzelbetrieb unter der Drohung einer „abnehmenden Produktivität der Investition“ stehe, kommt dem Gedanken nahe. — Ob allerdings im 19. Jahrhundert die Gewinnraten tatsächlich gefallen sind, erscheint zweifelhaft. Vollends für das 20. Jahrhundert kann eine sinkende Rendite, bei den gravierenden Veränderungen, die hier der Wirtschaftsprozess erfahren hat, schwerlich als Gesamtten-  
denz angenommen werden.

MARX selbst ist bei der zunächst getroffenen Voraussetzung einer unveränderten Mehrwerttrate nicht stehengeblieben. Vielmehr hat er angenommen, daß mit wachsender Steigerung der Arbeitsproduktivität auch die Mehrwerttrate zunehme. Ferner hat MARX gesehen, daß die von ihm bezeichnete Tendenz zur

„höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals“ (d. h. zu steigender Anlageintensität der Produktion) bestimmten verzögernden Faktoren begegnet. Dann aber muß unter den Voraussetzungen von MARX selbst die Vermutung eines tendenziellen Sinkens der Profitrate zweifelhaft werden:

1. Wenn einerseits die „höhere organische Zusammensetzung des Kapitals“ Hemmnissen begegnet und andererseits die Mehrwertrate tendenziell steigt, „dann wird die Richtung, in der die Profitrate sich verändern wird, unbestimmt“. (P. M. SWEEZY, Theorie der kapitalistischen Entwicklung, a. d. Am., Köln 1959, S. 78.) Das Größenwachstum des konstanten Kapitals und das des Mehrwerts können einander in der Wirkung auf die Profitrate ausgleichen, so daß diese unverändert bleibt.

2. Eine sinkende Profitrate müßte eine entsprechend abnehmende Rate der weiteren Kapitalakkumulation zur Folge haben. (Der persönliche Konsum aus  $m_r$  darf hier vernachlässigt werden.) Profit- und Akkumulationsrate müßten sich schließlich immer mehr dem Nullpunkt nähern; und an diesem Gefrierpunkt würde die kapitalistische Produktionsweise in einen stationären Zustand zurückfallen — womit sie freilich aufhören würde, „kapitalistische“ Produktionsweise zu sein. Solche Gedanken, wie sie die Lehre von der „säkularen Stagnation“ namentlich in den USA während der kritischen dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts kultiviert hat, sind aber dem MARXschen System fremd. — Tatsächlich kann, wiederum unter den Voraussetzungen von MARX selbst, „die Profitrate nur dann stetig sinken, wenn das Kapital pro Arbeiter stetig wächst. Damit das Kapital stetig wachsen kann, muß auch der neu akkumulierte Betrag stetig wachsen. Da der neu akkumulierte Betrag der akkumulierte Mehrwert ist, so muß der Mehrwert im selben Tempo wachsen wie das Kapital. Wächst nun der Mehrwert im gleichen Tempo wie das Kapital, so sinkt die Profitrate *nicht*.“ (Natalie Moszkowska, Zur Dynamik des Spätkapitalismus, Zürich—New York, 1943, S. 20.)

Weder die Wirksamkeit des Gesetzes als solchen noch die Weise, wie MARX es abgeleitet hat, kann somit als einwandfrei anerkannt werden. Es ist möglich, daß die Renditen zeitweilig sinken, aber zwingend ist dies nicht. Ebenso wenig kann freilich andererseits ein Gesetz *steigender* Profitraten angenommen werden, wie dies gelegentlich ge-

schehen ist. Das Verhältnis bleibt vielmehr ein offenes; es ist für unsere Epoche überhaupt nur erklärbar, wenn eine Reihe weiterer Umstände berücksichtigt wird. — Die Lehre vom tendenziellen Sinken der Durchschnittsprofitrate dürfte allerdings innerhalb des ökonomischen Gesamtsystems von MARX entbehrlich sein; sie berührt auch nicht die Erklärung, die MARX für das Phänomen der Wirtschaftskrisen gegeben hat.

### C. Die Wirtschaftskrisen

Der Grundvorgang der ökonomischen Krise besteht für MARX im periodischen Zusammenbruch der Profitrate. (Und offenbar kann ein solcher Zusammenbruch gedacht werden ganz unabhängig davon, ob die Profitrate *langfristig* als sinkend angenommen wird oder nicht.) — Zweierlei bleibt hierbei zu fragen: Wie kommt es zu solchem Zusammenbruch der Profitrate? Und ferner: Wie kommt es zur regelmäßigen, zyklischen Wiederholung dieses Vorgangs?

Auf eine einzige, bestimmte Krisenursache hat sich MARX nicht festgelegt. Nur „letzter“ Grund ist ihm „die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde“. (III/30.) MARX sieht die *Möglichkeit* von Krisen schon in der allgemeinen „Anarchie“ von Produktion und Markt angelegt: Kein Unternehmer weiß ausreichend von allen anderen; jeder will *seine* Profitrate und *seine* Kapitalakkumulation aufs äußerste steigern, und indem alle das von ihrem engen Gesichtspunkt aus Richtige tun, verderben sie sich alle miteinander die Gewinn- und Akkumulationsmöglichkeiten. Aus einer Aufwärtsbewegung der Konjunktur will ein jeder für sich das letzte herausholen; und jeder wehrt sich, solange er kann, gegen die Einsicht, daß die Märkte überfordert worden sind. Haben sich aber einmal die Preise als zu hoch erwiesen, gerät der Absatz, d. h. die Realisierung des Mehrwerts ( $W' - G'$ ) in einem größeren Be-

reich der Volkswirtschaft ernstlich ins Stocken, so sucht wiederum ein jeder dem anderen durch Unterbietung zu-vorzukommen. Infolge sinkender Produktpreise fällt die Profitrate, da gleichzeitig die Kosten der Waren (vor allem die der längerfristig im Produktionsprozeß wirkenden Ma-schinerie) noch zu den alten, höheren Rechengrößen der Prosperität anzusetzen sind. — Aber der jähe Fall der Profitrate bereinigt auch, zusammen mit dem Ausscheiden marktschwacher Unternehmungen, die Verhältnisse. In-folge der allgemeinen Preispanik sinkt die Profitrate unter ihren zyklischen Durchschnitt, sie kann wieder steigen: Der Preisfall hat auch die Elemente des konstanten Kapitals ergriffen, die „organische Zusammensetzung“ des Kapitals wird vorübergehend herabgesetzt, wodurch, bei wieder an-steigenden Preisen der Produkte, die Profitrate sich erhöht. Der Preisfall hat ferner die kaufkräftige Nachfrage aufge-wertet; dies, zusammen mit der Stockung der Produktion und damit des Warenangebots, macht die Märkte wieder aufnahmefähig. Produktion und Preise wachsen in diese langsam hinein, um schließlich die weitere Ausdehnung der Märkte abermals zu überflügeln. — Daß solche Bewegun-gen mit gewisser Regelmäßigkeit sich wiederholten, hat MARX (in Übereinstimmung mit anderen, späteren Auto-ren) auf die stoßweise Erneuerung des fixen Anlagekapitals und auf den Zeitraum zurückgeführt, der zwischen dem Beginn und der Auswirkung gehäufte Neuinvestitionen verstreicht.

In der Krise bekundet sich nun der fundamentale Wider-spruch zwischen der unbeschränkten Entwicklung der Produktivkräfte und dem unter kapitalistischen Verhält-nissen eng beschränkten Zweck der Gewinnmaximierung, dem diese dient. Hierdurch ist für MARX jede Wirtschaftskrise, wie schwer oder leicht immer, nicht Krise *im* System, sondern Krise *des* Systems; sie ist ein Hinweis auf dessen Endlichkeit:

„Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und

Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind... Das Mittel — unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte — gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen.“ (III/15/II.)

MARX glaubte eine gewisse Tendenz zur *Verschärfung* der Krisen annehmen zu können. Doch gibt es für ihn keine Krise, die zum „Zusammenbruch“ der kapitalistischen Produktionsweise führen müßte. MARX kennt keine Theorie eines mechanischen ökonomischen Zusammenbruchs. Eine solche ist vielmehr erst durch einige dem „Revisionismus“ (vgl. unten, S. 174 ff.) zuzurechnende Interpreten (ED. BERNSTEIN, H. CUNOW, C. SCHMIDT, M. TUGAN-BARANOWSKY) in das MARXsche System hineingedeutet und sodann „widerlegt“ worden. MARX war hier weniger „Determinist“ als seine Deuter. Der bestehenden Ordnung den Garaus zu machen war für ihn eine Sache handelnder Menschen.

Was diese allerdings zur Tat treibt, ist für MARX nicht allein die vorübergehende akute Krise, sondern diese im Verein mit den langfristig wirkenden Tendenzen, welche die Wirtschaftsordnung zur Entfaltung bringt.

## D. Die Polarisierung der Gesellschaft

### 1. Die Lehre von der Konzentration und Zentralisation des Kapitals

Die Akkumulation wirkt nach MARX nicht nur auf die tendenzielle sowie die zyklische Bewegung der Profitrate ein, sondern auch auf die gesellschaftliche Verteilung des Kapitals. Es wachsen mit zunehmender Bedeutung des

fixen Anlagekapitals die Produktionseinheiten („*Konzentration* des Kapitals“). Darüber hinaus unterliegt auch das *Kapitaleigentum* einer besonderen „Zentralisation“ in wenigen Händen. — Daß der modernen Wirtschaft der Zug zur Konzentration der Betriebe, der Unternehmungen und des Eigentums innewohnt, ist heute unverkennbar und hat den Ruf nach Korrektur durch die öffentliche Wirtschaftspolitik (Anti-Monopol-Gesetze aller Art, „Volksaktien“-Wesen, usw.) laut werden lassen. Die Ballung des Kapitals ist mittlerweile soweit vorgeschritten, daß sie der Wirtschaftsordnung als solcher ein neues Gepräge gegeben hat. (Vgl. unten, S. 168 ff.) Das läßt auch einige Theoreme des MARXschen Systems heute in neuem Licht erscheinen.

## II. Die Verdrängungstheorie

Die Kehrseite der Konzentration und Zentralisation des Kapitals ist für MARX die Vernichtung der ökonomischen Zwischenschichten. Der Großbetrieb wird, in Stadt und Land, die noch verbliebenen Eigenproduzenten niederkonkurrieren. Diese stürzen ins Proletariat hinab; und hierdurch sorgt die kapitalistische Produktionsweise selbst dafür, daß die Arbeiterfrage zur Frage für *alle* wird.

Dies ist freilich zu einfach gesehen: 1. Zwar hat überall da, wo direkte Konkurrenz zwischen Groß- und Kleinproduktion, etwa zwischen Industrie und produzierendem Handwerk, bestanden hat, das Kleingewerbe den Kürzeren gezogen; zahllose handwerkliche Produktionsberufe sind verschwunden. Und auch bei den selbständigen Kleinproduzenten (einschließlich der Landwirtschaft) hat sich eine gewisse Konzentration vollzogen. Andererseits sind auch manche *neue* Zweige des Kleingeschäfts entstanden, namentlich im Bereich der Dienstleistungsgewerbe. Die Hauptwirkung der Konzentration wird heute weniger in absoluter Verdrängung als vielmehr in den mannigfachen *Bindungen* zu erblicken sein, durch welche formell Selbständige immer vollständiger in die *Abhängigkeit* überlegener Partner geraten sind.

2. Auch wo Verdrängung am Werke ist, wird der unselbständig Gewordene in der Regel nicht zum Arbeiter; er bleibt irgendwo im weitläufigen Zwischenbereich des industriellen

„middle management“ hängen. Die Unselbständigen, die zur Zeit von MARX noch als wenig differenziert betrachtet werden durften, bieten infolge der Entwicklung der Angestelltenberufe heute ein recht vielfältiges Bild. Die Angestellten (und Beamten) verfügen vielfach über besondere Gewerkschaften; sie denken anders als die Arbeiter, sie machen sich gewisse „Aufstiegs“-Hoffnungen und wollen sich nach „unten“ abgrenzen; sie sind daher auch planvoller „integrierender“ Einwirkung auf ihr Verhalten und Denken zugänglicher. Diesem Bewußtseinsmoment kann eine Sicht des Verdrängungsprozesses nicht gerecht werden, die heute auf dem Stande der Einsicht von einst verharren wollte. Das Verdrängungsphänomen ist komplizierter geworden. — Im übrigen pflegen die Verdrängungsbedrohten sich eher nach „rechts“ als nach „links“ zu radikalisieren, wie besonders die deutsche Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und seinem breiten kleingewerblich-bäuerlichen Massenanhang gezeigt hat. (Vgl. auch unten: „Bündnis-Theorie“.)

## E. Die Verelendungstheorie

Alle Widersprüche der kapitalistischen Produktion sammeln sich nach dem Zeugnis von MARX beim Proletariat als der eigentlich leidenden Klasse. Die vielerörterte Auffassung von der zunehmenden Verelendung der arbeitenden Klasse leitet hinüber zur Lehre von der revolutionären Tat. Der Verelendungsbegriff selbst ist bei MARX ein sehr umfassender; er schließt *alle* Lebensbedingungen der Arbeitenden ein.

### I. Materielle Verelendung

1. Unterbeschäftigung: Auch hier greift MARX auf die erwähnte allgemeine Tendenz der kapitalistischen Akkumulation zurück: Das konstante Kapital wächst rascher als das variable, aus dem der Lohn gezahlt wird („höhere organische Zusammensetzung“ des Kapitals); arbeitssparende Maschinen machen in wachsendem Umfang Arbeitskräfte entbehrlich. So entsteht eine „industrielle Reservearmee“; und deren tendenzielle Zunahme zeigt an, daß „die Arbeitsbevölkerung stets rascher wächst als das

Verwertungsbedürfnis des Kapitals“. (I/23/4.) Wird also der Arbeiter nach MARX *im* kapitalistischen Arbeitsprozeß verelendet, so ist sein Unglück voll, wenn er in diesen *nicht* eingegliedert wird.

*Bemerkungen:* 1. Der englische Geistliche und Nationalökonom ROBERT MALTHUS (1766—1834) hatte die Not der arbeitenden Klassen darauf zurückgeführt, daß die Menschen sich rascher als ihre Nahrungsmittel vermehren. Nach MARX dagegen vergrößert sich das *Lohnkapital* nicht so rasch wie die Arbeiterbevölkerung. Der Lehre von einer unvermeidlichen, da biologisch begründeten „absoluten“ Überbevölkerung hat er seine Auffassung von der *gesellschaftlich* begründeten „relativen“ Überbevölkerung entgegengestellt.

2. Das Schicksal der Arbeitslosigkeit trifft *Teile* der Gesamtarbeiterschaft; und Marx scheint soweit nicht Verelendung *der* Arbeiterschaft, sondern vielmehr Verelendung *in* der Arbeiterschaft im Sinne gehabt zu haben. Überhaupt ist der Gedanke offenbar nicht, daß der „Pauperismus“ immer intensiver, sondern daß er immer allgemeiner werde. Die absolute Verelendung jedes *einzelnen* dagegen müßte alsbald auf eine „absolute“ Grenze stoßen.

3. Mit den Mitteln der üblichen „Kompensationstheorie“ kann die „Freisetzungstheorie“ von MARX nicht entkräftet werden: Die Meinung, wenn Arbeitskräfte infolge der Anwendung arbeitsparender Maschinen irgendwo entlassen werden, so werden sie in der Herstellung dieser Maschinen doch wieder Arbeit finden, unterliegt — um von allem anderen abzusehen — einem Trugschluß: denn die Herstellung der arbeitsparenden Maschinen geht der freisetzenden Wirkung *voraus*. Auch der anregende Effekt, der von einer etwaigen Mehr-Nachfrage nach Maschinen auf die Beschäftigung weiterer Wirtschaftsbereiche ausgehen mag („Akzelerator“), kann den Beschäftigungsausfall (aus hier nicht näher zu erläuternden Gründen) nicht wettmachen.

4. Es wird aber zunächst aus der Erfahrung der letzten hundert Jahre festzustellen sein: Zwar hat es, vor allem in unserem Jahrhundert, immer wieder in einzelnen Ländern Perioden „struktureller“ Massenarbeitslosigkeit gegeben; und es ist auch heute durchaus nicht ausgeschlossen, daß das Zusammenwirken von Automatisierung in den Werkhallen und Elektronisierung im Büro unter bestimmten Umständen eine

solche wiederbringt. Aber um dies zu erklären, reichen die von Marx für eine Wirtschaft des *freien* Wettbewerbs gelieferten Gründe allein nicht mehr aus. Auch erscheint die (noch zu erörternde) Beziehung zwischen Beschäftigungslosigkeit und *Lohnhöhe* heute als sehr gelockert: Arbeitslosigkeit muß nicht zu entsprechend sinkenden Lohntarifen führen.

5. Gedanklich ergibt sich die tendenziell zunehmende Unterbeschäftigung für MARX aus einem ganz bestimmten Zusammenspiel der drei Größen: Zuwachs der Arbeitsbevölkerung, Zuwachs des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, Veränderung des Lohnanteils am Gesamtkapital. (Von einer vierten Größe, der durchschnittlichen Höhe des Einzellohnes, soll abgesehen werden, da diese relativ unelastisch geworden ist.) — Daß der *Anteil* der Lohnkosten an den Gesamtkosten langfristig und im groben Durchschnitt der gewerblichen Produktion sinkt, wird anzuerkennen sein. Aber wächst gleichzeitig die *Summe* des Lohnkapitals langsamer als die Zahl derer, die in Brot gesetzt werden sollen? Die Antwort hängt offenbar davon ab, wie groß (bei einem bestimmten Zuwachs der Erwerbsbevölkerung) die Neubildung von Kapital überhaupt ist, und wie sie sich zusammensetzt. Nur wenn man aus dem oben erörterten Gesetz der sinkenden Profitrate folgern wollte, daß auch die Rate der Neubildung von Kapital fallen muß, würde auf ein ständiges Zunehmen der „industriellen Reservearmee“ zu schließen sein. Die Annahme einer sinkenden Akkumulationsrate hat allerdings MARX nicht gemacht, obwohl sie aus seinem Gesetz der fallenden Profitrate folgt. Sie würde freilich so wenig zutreffen wie das Gesetz selbst. — Was die Zusammensetzung des Neukapitals anlangt, so wird man (übrigens in Übereinstimmung mit MARX) zwei Arten der Wiederanlage von Gewinnen im „konstanten (fixen)“ Kapital selbst zu unterscheiden haben: einmal die in der Tat arbeitsparende *Rationalisierungsinvestition*, und zweitens die *neue* Arbeitskräfte erfordernde *Erweiterungsinvestition*. Im einen Fall werden *bessere* Maschinen, im anderen Fall *mehr* Maschinen (der bisherigen Art) eingesetzt. Vom Umfang der Gesamtinvestition und vom Größenverhältnis, in welchem dabei Verbesserungs- und Erweiterungsinvestition zueinander stehen, hängt es ab, wieviele Arbeitskräfte etwa unbeschäftigt bleiben oder neu eingestellt werden. *Wann* strukturelle (und nicht nur vorübergehende konjunkturelle) Beschäftigungslosigkeit vorliegt, kann daher nur nach den Umständen entschieden werden.

MARX hat angenommen, daß schon die Tatsache wachsender Ballung von Kapital in wenigen Händen der Anwendung stets verbesserter Produktionsmethoden günstig ist, wodurch die Rationalisierungsinvestition über die bloße Erweiterungsinvestition obsiegen müsse. (I/23/3.) Diese Tendenz hat sich allerdings erst in unserem Jahrhundert durchgesetzt; und die Auffassung ist seit SCHUMPETER (Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, engl. 1942) zur allgemeinen geworden, daß der Zug zur Kapitalkonzentration den technischen Fortschritt und dessen Anwendung nicht hemme, sondern beflügelt. In der Tat geben um der Sicherung von Extragewinnen willen die Beteiligten der kostensenkenden Rationalisierungsinvestition gegenüber der reinen Erweiterungsinvestition, die den Angebotsdruck auf den Absatzmärkten erhöhen muß, den Vorzug. Unter solchen Umständen mußte sich die Ansicht aufdringen, daß die Erhaltung der Beschäftigung nicht länger dem Selbstlauf des Wirtschaftsprozesses überlassen bleiben könne, sondern zur vorrangigen Aufgabe der öffentlichen Wirtschaftspolitik geworden sei. So wird das seit der Weltwirtschaftskrise (1929/32) allgemeine Bemühen verständlich, auf dem Wege über Ausdehnung der öffentlichen Aufträge, auch für unproduktive Zwecke, über Vermehrung der Staatsausgaben über die fiskalischen Einnahmen hinaus („Deficit Spending“), über wachsende, u. U. inflationäre Kreditschöpfung den Umfang der Erweiterungsinvestitionen in der Volkswirtschaft mehr, als sonst der Fall wäre, zu vergrößern und hierdurch die Beschäftigung aufrechtzuerhalten. Die in unserer Epoche in der Tat obwaltende Tendenz zur strukturellen Arbeitslosigkeit kann nur noch durch immer größere staatsvermittelte Investitionen gebannt werden, wie die moderne Lehre der „Fiscal Policy“ bezeugt hat.

2. Die Bewegung des Arbeitslohns: Der Überdruck der „industriellen Reservearmee“ preßt nach MARX auch den Arbeitslohn der Beschäftigten zusammen. Die Arbeiter unterbreiten sich gegenseitig im Kampf um den Arbeitsplatz.

„Je mehr sich die Teilung der Arbeit und die Anwendung der Maschinerie ausdehnt, um so mehr dehnt sich die Konkurrenz unter den Arbeitern aus, je mehr zieht sich ihr Lohn zusammen . . . So wird der Wald der in die Höhe gestreckten und

nach Arbeit verlangenden Arme immer dichter und die Arme selbst werden immer magerer.“ (MARX, Lohnarbeit und Kapital, 1849).<sup>1)</sup>

*Bemerkungen:* 1. Die Äußerungen von Marx zur lohnbedingten Verelendung sind widersprüchlich und im jeweiligen Zusammenhang zumeist nicht als Feststellung einer zwingenden Tendenz denn vielmehr als Wiedergabe unmittelbarer Beobachtungstatsachen der zeitgenössischen Welt zu verstehen. Ein „ehernes“ Gesetz der allgemeinen Lohnverelendung gibt es bei MARX nicht. Sonst hätte er auch den Gewerkschaften keine Hoffnung für den Tageskampf machen können. Nur von einigen wenigen, stets im Zusammenhang zu lesenden Äußerungen des jungen MARX konnte später ein „Gesetz“ der „absoluten“ und „relativen“ Lohn-Verelendung des Proletariats abgeleitet werden. Im ökonomischen Hauptwerk dagegen, im „Kapital“, erscheinen andere Merkmale der Verelendung, wobei die Höhe des Arbeitslohns ausdrücklich als gleichgültig bezeichnet wird. Wenn dort von der Verelendung als einem „absoluten Gesetz der kapitalistischen *Akkumulation*“ die Rede ist, so ist damit offenbar kein Gesetz einer absoluten *Verelendung* bezeichnet. Wenn MARX ferner von der „*Akkumulation des Elends*“ spricht, welche die *Akkumulation* des Kapitals begleite, so scheint MARX dabei, wie sich auch in anderem Zusammenhang zeigt, nicht eine gleichmäßige *Steigerung*, sondern vielmehr eine zunehmende *Ausdehnung* des Pauperismus über die Gesellschaft hin im Sinn gehabt zu haben. Die Auffassung von einer lohnbedingten Tendenz zur „absoluten“ und — gemessen an der Entwicklung der Einkommen anderer Gesellschaftsgruppen — „relativen“ Verelendung des Proletariats verfügt nach alledem über keine hinreichende Grundlage im Lehrwerk von MARX.

2. Es versteht sich, daß es keine grenzenlos fortgesetzte Lohn-Verelendung jener Arbeiter geben könnte, deren Arbeitsentgelt schon beim Existenzminimum steht. MARX ist hier wohl

---

<sup>1)</sup> Ähnliche Überlegungen haben in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts den französischen Nationalökonom *Jacques Rueff* veranlaßt, sich gegen die Arbeitslosenversicherung zu wenden: Wäre sie nicht, so würde das Angebot an Arbeitskräften entsprechend dringlicher werden, die Arbeiter würden sich mit niedrigeren Löhnen bescheiden, und hierdurch könnte eine größere Zahl von ihnen beschäftigt werden. Dieser Auffassung zufolge können die Arbeitenden also die Konkurrenz mit lohnsparenden Maschinen nur soweit bestehen, als sie selbst an ihrem Lohn sparen lassen.

so zu verstehen, daß die Bewegung des Arbeitslohnes (des „Preises der Arbeitskraft“) mit der gleichzeitigen Bewegung des „Wertes“ der Arbeitskraft verglichen werden muß. Demnach würde bei einer Lohnsenkung die Lage des Lohnempfängers sich nicht verschlechtern, wenn gleichzeitig der Wert der Arbeitskraft sänke, d. h. die „Reproduktionskosten“ der Arbeitskraft durch Verbilligung der Waren des Arbeiterbedarfs gesenkt würden, der Reallohn also unverändert bliebe. Und umgekehrt würde eine Steigerung des Arbeitslohns dann nicht gegen die Verelendung zeugen, wenn der „Wert“ der Arbeitskraft im selben Maße gestiegen wäre. Was die Erhaltungskosten der Arbeitskraft und was deren unterste Schwelle, das rein physische „Existenzminimum“ sind, unterliegt im übrigen (auch für MARX) den sich ändernden Umständen. Die Arbeitsbedingungen — um von allem anderen abzusehen — sind heute gegenüber früherer Zeit gründlich verändert. Entsprechend hat sich der Kräfteverbrauch, d. h. die Ermüdung, von den motorischen Kräften auf das Zentralnervensystem, also auf ein „höheres“ Organ des arbeitenden Menschen verschoben. Damit aber sind, wie dies der modernen Arbeitsphysiologie wohlvertraut ist, auch die Bedürfnisse der Arbeitenden mittlerweile ungleich vielfältiger und umfassender geworden; der „notwendige“ Bedarf ist selbst gestiegen.

3. Die Beziehung zwischen dem Umfang von Massenarbeitslosigkeit und der Höhe der Durchschnittslöhne ist allerdings heute sehr gelockert. Auch hat man es nicht mehr mit *einem* als Einheit zu betrachtenden Arbeitsmarkt zu tun, sondern mit vielen Arbeitsmärkten; und Massenarbeitslosigkeit, die etwa bei den Ungelernten besteht, muß keinerlei Wirkung auf den Lohn etwa der Facharbeiter haben.

3. Die „Lage“ der Arbeiter: Die streng marxistische Deutung der Verelendungstheorie verzichtet heute darauf, die Wahrheit der „absoluten“ und „relativen“ Verelendung an der Bewegung des Reallohns zu erproben; vielmehr seien *alle* Bedingungen des Arbeitslebens zusammen zu berücksichtigen, wie etwa: Länge der Arbeitszeit, *Art* der Entlohnung (Akkord), Arbeitsintensität, Berufskrankheiten, Unfallhäufigkeit, Umfang der Frühinvalidität, hygienische Verhältnisse in der Arbeit, Ernährungsweise, Wohnverhältnisse, Umfang der Kriminalität,

Süchte, usw. (Vgl. etwa J. KUCZYNSKI, Die Theorie der Lage der Arbeiter, 1952, 2. Aufl., S. 70 ff.) Bei der Fülle auch qualitativer Bedingungen, die damit einbezogen werden, hört freilich die Nachweisbarkeit einer eindeutigen Tendenz auf. Am Postulat als solchen ist allerdings festgehalten worden. Es bestätigt sich also immer noch, was MARX für seine Zeit so ausgedrückt hat:

„Innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehen sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Qual seiner Arbeit ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses . . . ; sie verunstalten die Bedingungen, innerhalb deren er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit, schleudern sein Weib und Kind unter das Juggernautrad des Kapitals . . . Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß . . . Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalität und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“ (I/23/4.)

Hier nähert sich MARX einem *allgemein-kulturellen* Begriff der Verelendung; und dieser weist hinüber zu einem vollends *philosophisch* gefaßten Konzept der Verelendung.

## II. Psychische Verelendung: Entfremdung

Die neuerdings wieder stärker beachtete Theorie der Entfremdung<sup>1)</sup> sollte innerhalb der MARXschen Verelendungslehre ihren Platz finden. Auch im obigen Zitat ist

<sup>1)</sup> Vgl. jüngere Arbeiten von E. Fromm, H. Popitz, M. Friedrich, F. Jonas, H. Marcuse.

der Begriff der Entfremdung schon erschienen. — Die Entfremdungslehre begegnet bei MARX in zwei Versionen: Die erste ist die Lehre vom „verdinglichten“ Bewußtsein. (Zum „Warenfetischismus“ siehe oben, S. 110 f.) Zu der *allgemeinen* Entfremdung aller Beteiligten gegeneinander als *Warenbesitzer* tritt für MARX die *besondere* Entfremdung des *Arbeiters* im kapitalistischen Produktionsprozeß, wodurch sich gewissermaßen der objektive Tatbestand seiner Ausbeutung im subjektiven Arbeitererlebnis wiederholt. Am schärfsten tritt die Lehre von der „entäußerten Arbeit“ in MARX' (erst vor rund fünfunddreißig Jahren aufgefundenen) „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ von 1844 hervor:

Die „Verwirklichung der Arbeit erscheint in dem national-ökonomischen Zustand als Entwirklichung des Arbeiters, die Vergegenständlichung als Verlust und Knechtschaft des Gegenstandes, die Aneignung als Entfremdung, als Entäußerung... Die Entäußerung des Arbeiters in seinem Produkt hat die Bedeutung, nicht nur, daß seine Arbeit zu einem Gegenstand, zu einer äußeren Existenz wird, sondern daß sie außer ihm, unabhängig, fremd von ihm existiert und eine selbständige Macht ihm gegenüber wird, daß das Leben, was er dem Gegenstand verliehen hat, ihm feindlich und fremd gegenübertritt“. Die Entäußerung der Arbeit ist unter anderem darin zu sehen, „daß die Arbeit dem Arbeiter äußerlich ist, d. h. nicht zu seinem Wesen gehört, daß er sich daher in seiner Arbeit nicht bejaht, sondern verneint, nicht wohl, sondern unglücklich fühlt, keine freie physische und geistige Energie entwickelt, sondern seine Physis abkasteit und seinen Geist ruiniert. Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich... Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, daß sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird. Die äußerliche Arbeit, die Arbeit, in welcher der Mensch sich entäußert, ist eine Arbeit der Selbstaufopferung, der Kasteiung.“

Aus solcher Entfremdung des Arbeitenden von seinem Arbeitsprodukt und von dem Inhalt seines Tuns leitet MARX die Entfremdung des Arbeitenden von seinesgleichen, ja von seiner eigenen Natur ab. Das Verhältnis der Entäußerung wird zu einem umfassenden.

*Bemerkungen:* 1. Der Begriff der „Entäußerung“ meint bei HEGEL noch die Objektivation des Bewußtseins an der Welt seiner Gegenstände, wodurch erst das Bewußtsein zu sich selbst finde und sich entfalte. FEUERBACH spricht von der Religion als einer Form der Entfremdung des Menschen, der sein eigenes Wesen in eine höhere Sphäre hinausprojiziere. Bei MARX hingegen erhält der Begriff den Sinn eines radikalen *Verlustes*; er wird nun ins Soziologische gewandt.

2. Was MARX analytisch zu deuten unternahm, kehrt in mannigfachen Umschreibungen in der neueren Soziologie wieder: als „Mächtigkeit der Maschinenwelt“ und „Traurigkeit“ des Arbeitstages (G. FRIEDMAN), als „seelische Verarmung“ des „außengeleiteten“ Menschen (D. RIESMAN), als „Entpersönlichung“, „Entseelung“, „Vereinsamung“, „Vermassung“ usw. Man hat geradezu von Entstellung der Persönlichkeit gesprochen; das Arbeitsverhältnis schaffe eine abnorme Seelenlage („Anomie“ bei E. DURKHEIM), so daß der Mensch unserer Zeit mehr oder minder „neurotisch“ sei (K. HORNEY, E. FROMM). Seit E. MAYO ist es häufig geworden, das industrielle Arbeitsverhältnis als ein „klinisches“ anzusehen. Und die mangelnde „Kohäsion“, die mangelnde Beziehung zwischen dem Willen der Unternehmensleitung und den Beschäftigten zu überwinden wird als das vordringliche Problem des modernen Betriebs empfunden. So „gehört der Gedanke der Entfremdung des Menschen in der industriellen Arbeitssituation auch heute noch zu den zentralen Fragestellungen der Industrie- und Betriebssoziologie“. (R. DAHRENDORF, Industrie- und Betriebssoziologie, 1956, S. 17.)

## F. Der Auftrag ans Proletariat

In der Entfremdungstheorie darf man den philosophischen Kern der MARXschen Gesellschaftskritik sehen. Wie die Entfremdung MARX zufolge die Gesamtgesellschaft beherrscht, so kann auch ihre Auflösung nur als eine all-

gemeine erfolgen; allerdings nur durch jene Klasse, die allein darunter *leidet*, der also, wie MARX sagt, ihr Klassenverhältnis sich als unvereinbar mit ihrem menschlichen Verhältnis aufdrängt. So entspringt die besondere geschichtliche Aufgabe einer

„Klasse mit *radikalen Ketten*, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre univiersellen Leiden besitzt und kein *besonderes* Recht in Anspruch nimmt, weil kein *besonderes Unrecht*, sondern das *Unrecht schlechtthin* an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen *historischen*, sondern nur noch auf den *menschlichen* Titel provozieren kann, welche in keinem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen des . . . Staatswesens steht, einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der *völlige Verlust* des Menschen ist, also nur durch die *völlige Wiedergewinnung des Menschen* sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das *Proletariat*.“ (Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung; Hervorhebung im Text.)

Indem die Arbeitenden sich, wie einst der Dritte Stand, als Gesamtgesellschaft konstituieren, erfolgt der große Umschlag der Geschichte: das Proletariat hebt mit seinen eigenen Daseinsbedingungen jegliche Klassenordnung auf.

Das Proletariat kann sich „nicht selbst befreien, ohne seine eigenen Lebensbedingungen aufzuheben. Es kann seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne *alle* unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft, die sich in seiner Situation zusammenfassen, aufzuheben“. (MARX/ENGELS, Die heilige Familie, 1845, IV. Kap.)

Die verallgemeinerte Arbeit kann nicht länger ausgebeutete Arbeit sein. Damit aber schließt die „Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft“, die in Klassenkämpfen verlaufen ist, ab.

### § 3: Die Zukunftsgesellschaft

#### A. Der Übergang zur klassenlosen Gesellschaft

Die wissenschaftliche Lehre vom Sozialismus hat sich auch darin vom „utopischen“ Vorsozialismus getrennt, daß sie die neue Gesellschaft, welche die kapitalistische ablösen soll, von ihren Bedingungen her zu bestimmen sucht. So wird auch auf die erhoffte Zukunftsordnung der allgemeine Gedanke der dialektischen *Entwicklung* angewandt.

##### I. Die proletarische Revolution

Voraussetzung der klassenlosen Gesellschaft war für MARX und ENGELS, daß die arbeitende Klasse sich in den Besitz der gesamten Staatsgewalt sowie der hauptsächlichen Produktionsmittel setze. Die Erwartung war dabei:

1. Die Erhebung der Arbeitenden wird herbeigeführt durch äußerste Zuspitzung der Klassenlage des Proletariats. Zwar gibt es für die Stifter des wissenschaftlichen Sozialismus keinen ökonomischen „Zusammenbruch“ der bestehenden Produktionsweise, in dem Sinne, daß deren Fortführung objektiv unmöglich werde. Doch wird für die Arbeitenden selbst die „Expropriation der Expropriateurs“ als unumgänglich angesehen. Der Umsturz der bisherigen Produktionsverhältnisse erscheint dabei übrigens als das alleinige Werk des Proletariats.

2. Die Aneignung der Staatsmacht wird gewaltsam geschehen.

3. Sie vollzieht sich in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern, und hierbei

4. in mehreren Ländern zugleich.

Alle vier Punkte sind später vom Bolschewismus und theoretischen Weltkommunismus modifiziert worden: 1. Die eigentliche „Krise des Kapitalismus“ ist im Zeitalter des *Imperialismus* nicht so sehr eine ökonomische als vielmehr eine politische, und sie erfaßt *alle Teile* der Gesellschaft. 2. Daher kann, durch Zusammenfassung auch nicht-proletarischer Gruppierungen („Volksfront“, „nationale Front“; s. unten, 3. Teil) eine revo-

lutionäre Macht unter Umständen auf „friedlichem“, parlamentarischen Wege zustande kommen; die Wahl der Mittel wird dann von den Herrschenden bestimmt, die sich gegen einen solchen legalen Machtwechsel zu wehren suchen. 3. Ist der Kapitalismus als Weltsystem einmal ausgebildet, so ist die Frage der revolutionären „Reife“ nicht mehr für jedes Land getrennt, sondern vielmehr für das System als ganzes zu stellen. Die Kette der kapitalistischen Länder kann dann an ihrem „schwächsten Gliede“ zuerst reißen. (LENIN.) 4. Daher ist auch der Übergang zunächst eines einzelnen Landes zum Sozialismus möglich. (STALIN.)

## II. Die proletarische Diktatur

Das Konzept der Diktatur des Proletariats hat bei MARX und ENGELS nach der Niederlage der europäischen Revolution von 1848 festere Gestalt gewonnen. Zum großen Vorbild wurde später die Pariser Kommune von 1871. Lehrgeschichtlich schließt sich die Idee an den politischen Kommunismus (BABEUF, BLANQUI) an. — Das äußere Merkmal der proletarischen Diktatur, wie jeder Diktatur seit Ausbildung des modernen Verfassungsstaats, darf man in der Aufhebung der Gewaltenteilung sehen. Die Diktatur des Proletariats soll sich aber, den Begründern der Lehre gemäß, von jeder anderen Zwangsherrschaft durch einige Besonderheiten unterscheiden:

1. Sie ist, zum ersten Mal in der Geschichte, Herrschaft der Mehrheit der Gesellschaft über die Minderheit.

2. Sie ist zum ersten Male Herrschaft der arbeitenden Klasse über die bisher aneignende Klasse. Sie dient also, im Unterschied zu aller bisherigen Gewaltherrschaft, nicht mehr einer politischen Sicherung wirtschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse.

3. Die proletarische Diktatur hat eine ganz bestimmte und geschichtlich begrenzte Aufgabe; sie entfällt daher, wenn die Aufgabe gelöst ist.

Die *Funktion* der Diktatur des Proletariats darf man der Lehre zufolge als eine dreifache bezeichnen:

a) Niederhaltung der gestürzten Klasse; Schutz der neuen Ordnung vor jeglicher Restauration des Alten;

- b) Sicherung des neuen Gemeinwesens nach außen;
- c) Selbsterziehung des Proletariats für seine neuen Aufgaben.

MARX und ENGELS haben die beiden ersten Funktionen einer proletarischen Diktatur recht gering veranschlagt: Infolge vorangegangener allgemeiner Proletarisierung der Gesellschaft mußte nach ihrer Vorstellung die Zahl derer, die es von der Rückkehr zur Herrschaft fernzuhalten galt, sehr klein sein. Und da der proletarische Umsturz für mehrere wichtige Länder zugleich erwartet wurde, konnte auch die Schutzfunktion der neuen Staatsgewalt gegenüber der Außenwelt vernachlässigt werden. So lag für die Begründer der Lehre das Hauptgewicht von Anfang an auf der Innenfunktion der neuen Macht: Die proletarische Diktatur werde zugleich Demokratie für das Proletariat selbst sein; und zwar schließlich in so vollständigem Maße, daß mit dem Verschwinden jeglichen Anlasses zur Gewaltanwendung der Staat selbst, der auch in der proletarischen Diktatur zunächst sei, was er immer gewesen, nämlich ein Werkzeug gesellschaftlicher Zwangsausübung, sich gänzlich in die Gesellschaft „frei vereinigter Individuen“ auflösen werde. — Daß in einem ökonomisch zunächst rückständigen und auf eigene Faust zu einer erklärten Diktatur des Proletariats übergehenden Land wie Sowjetrußland, wo der Aufbau der Industrie und die Ausbildung einer Arbeiterschaft im Großen überhaupt erst der neuen Machtordnung zufiel, nicht nur die beiden Außenfunktionen der Diktatur sich sehr viel schärfer stellten, sondern auch im Innenverhältnis die „Erziehungsdiktatur“ lange Zeit mit eisernem Zwange durchgreifen mußte, ist heute einsichtig. Eine ganze Soziologie der „Diktatur des Proletariats“ wäre aus der Erfahrung unserer Epoche zu entwickeln<sup>1)</sup>.

## B. Die Ordnung der klassenlosen Gesellschaft

Der neuen Gesellschaft wird die Aufgabe zugewiesen, die „Produktionsverhältnisse“ mit dem erreichten Stand der „Produktivkräfte“ in Übereinstimmung zu bringen. Allgemein dadurch, daß nicht mehr nur die Produktion

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu *Werner Hofmann*, *Wohin steuert die Sowjetwirtschaft?* 1955; *Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion*, 1956; *Stalinismus und Antikommunismus*, 1967 (2. Aufl. 1968).

gesellschaftlich geschieht, sondern auch die Verfügung über das Produzierte gesellschaftlich, und das heißt: bewußt und planvoll, vorgenommen wird und an die Stelle des privaten Erwerbs der gesellschaftliche Wohlfahrtszweck der Produktion tritt. — Damit hört für MARX die Dialektik der Entwicklung nicht auf; denn auch der „genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft“ steht bevor, mit dem beschleunigten Weiterschreiten der Produktivkräfte von der zunächst noch unvollkommenen „niederen“, sozialistischen Etappe der klassenlosen Gesellschaft zur höheren der vollkommunistischen Ordnung überzugehen.

### *I. „Niedere“ Stufe: Sozialismus*

Da die klassenlose Gesellschaft aus der kapitalistischen hervorgeht, ist sie „in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt“. (MARX, Kritik des Gothaer Programms der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.) Zwar ordnet die Gesellschaft ihre ökonomischen (wie alle übrigen) Beziehungen nun bewußt, aber die Produkte werden noch als Waren in Verkehr gesetzt, Geld und Geldlohn, Leistungsprinzip beim Arbeitsentgelt („Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“) werden noch als unentbehrlich im Dienste der allgemeinen „Selbsterziehung“ der Produzenten zur Arbeitsgesinnung der neuen Gesellschaft angesehen. Indem aber die sozialistische Gesellschaft ihrem eigenen Gesetz des Fortschreitens folgt, arbeitet sie sich zu neuen, freieren Formen des menschlichen Verkehrs hinauf.

### *II. „Höhere“ Stufe: Kommunismus*

1. Marx und Engels über den Kommunismus: Das Bild der vollkommunistischen Ordnung, in die sich die sozialistische Gesellschaft allmählich verwandeln soll, haben MARX und ENGELS nicht ersonnen; sie konnten hier auf jene Zukunftshoffnungen zurückgreifen, die schon der

schwärmerische Vorsozialismus gehegt hatte. Von ihm unterscheidet sich der wissenschaftliche Sozialismus hier nur dadurch, daß er die Möglichkeit der Erfüllung nicht sogleich für gegeben erklärt, sondern sie einer „höheren“ Stufe der klassenlosen Gesellschaft vorbehält. — Es bietet sich damit Gelegenheit, die Verbindung des Sozialismus zur allgemeinen Denkgeschichte der Sozialbewegung wieder aufzunehmen und deren Lehrtradition nach einigen Seiten zu ergänzen.

Die Lehre der marxistischen Klassiker vom Vollkommunismus kann in drei Punkte gefaßt werden:

1. *Selbstordnung der Gesellschaft*: Erst in der kommunistischen Ordnung soll eintreten, was SAINT-SIMON schon für die industrielle Gesellschaft der nächsten Zukunft erwartet hatte: „An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen.“ Diesen Satz — der sich auch bei WEITLING findet — hat ENGELS fast wörtlich von SAINT-SIMON in seinen „Anti-Dühring“ übernommen. In der vollkommunistischen Ordnung wird mit den Aufgaben der Diktatur des Proletariats der Staat in der sich selbst verwaltenden Gesellschaft aufgehen; der Staat „stirbt ab“. Ökonomisch wird sich, so vermutete ENGELS, die Gesellschaft in „Wirtschaftskommunen“ gruppieren, die wiederum zu Föderationen zusammentreten werden. (Man vergleiche FOURIER und die Anarchisten!)

In der kommunistischen Ordnung soll erwartungsgemäß auch das *Recht*, durch welches in der entfremdeten Welt der bürgerlichen Gesellschaft die Interessenpositionen sich gegeneinander abgrenzen, schwinden. Ganz besonders ist es dabei auf das *Strafrecht* abgesehen, das nicht zuletzt als ein Werkzeug der Sanktionsmacht herrschender Klassen aufgefaßt wird. — Auch hier nimmt die marxistische Zukunftsschau eine alte Denktradition der sozialen Bewegung wieder auf. Die Aufklärungsphilosophie, überzeugt von der grenzenlosen Vervollkommnungsfähigkeit des Menschengeschlechts, hatte das Laster als menschliche Verirrung zu betrachten gelehrt, die durch Belehrung zu überwinden sei. In der natürlichen Ordnung, so verhiess schon MORELLY (*Code de la nature*, 1755), wird es keine Verbrechen mehr geben. Von solchem Geist beseelt haben Männer wie MONTESQUIEU, BECCARIA, HOWARD in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Großes im Dienste der Humanisie-

rung des damals noch barbarischen Strafrechts geleistet. Die Auffassung, daß die Umstände es sind, die Verbrecher machen, daß die Armut das Laster gebiert, ist seit der Aufklärung übereinstimmende Auffassung der großen Sozialreformer gewesen, von OWEN über GODWIN, der die Funktion der Strafe durch die moralische Gewalt der öffentlichen Mißbilligung ersetzt sehen wollte, und SAINT-SIMON, der das Strafrecht in einer allgemeinen gesellschaftlichen Schiedsgerichtsbarkeit aufgehen ließ, bis hin zu WEITLING, für den die „Begierdekrankheit“ des Verbrechens durch eine „philosophische Heilkunde“ zu überwinden war; zu L. BLANC, KROPOTKIN und vielen anderen<sup>1)</sup>. So steht auch der Satz aus der „Heiligen Familie“ (MARX/ENGELS, 1845, 8. Kap.) in einer langen Tradition humanitärer Hoffnung: „Unter *menschlichen* Verhältnissen... wird die Strafe wirklich nichts anderes sein als das Urteil des Fehlenden über sich selbst... In den anderen Menschen wird er... die natürlichen Erlöser von der Strafe finden, die er über sich selbst verhängt hat, d. h., das Verhältnis wird sich geradezu umkehren.“

Schließlich soll in der vollendeten klassenlosen Gesellschaft auch das *religiöse Bedürfnis* erlöschen. - Der bekannte Satz des jungen MARX, daß die Religion soziale Trost-Funktion habe, daß sie das „Opium des Volkes“ (nicht: „für“ das Volk) sei, findet sich sinngemäß nicht nur bei BLANQUI und WEITLING, sondern schon bei Denkern der Aufklärung (HOLBACH, CONDORCET). MARX setzt damit jene zunächst philosophische Religionskritik fort, wonach „das Bewußtsein Gottes das Selbstbewußtsein der Menschen“ und „die Grunddogmen des Christentums erfüllte Herzenswünsche“ sind (FEUERBACH); ein Denken, das JOH. JAC. BACHOFEN (Das Mutterrecht, 1861) in die positive Wissenschaft überführte, indem er von den antiken Göttermythen auf reale gesellschaftliche Umstände, nämlich den Kampf zwischen Mutter- und Vaterrecht, schloß, und das heute in der Fachdisziplin der Religionssoziologie unschuldig fortzweigt.

2. *Schwinden gesellschaftlicher Unterschiede*: Wenn die allgemeine Voraussetzung sozialer Klassenscheidung nach der Überzeugung des klassischen Marxismus die Arbeitsteilung gewesen ist, so soll die kommunistische Gesellschaft auch diese allgemeine Bedingung der Klassenordnung tilgen. Es entfallen be-

<sup>1)</sup> Die Kritik an der zeitgenössischen Justiz ist auch außerhalb der Sozialbewegung eine lebhaft gewesene. Man vergleiche *Dickens'* (dessen beide Eltern das Schuldgefängnis erfahren haben) Romane „Klein Dorrit“ und „Die Pickwickier“, sowie *Daumier's* schneidende Gerichtskarikaturen.

stimmte Hauptformen der bisherigen gesellschaftlichen Arbeitsteilung; eine Erwartung, die auch ROBERT OWEN schon ausgesprochen hat.

a) *Wiedervereinigung von geistiger und körperlicher Arbeit*: Der Fortschritt der Produktivkräfte erlaubt, die Arbeitszeit immer mehr zu kürzen (vgl. hierüber auch WILLIAM GODWIN). Eine neue werktätige Intelligenz wird sich ausbilden. In einer alle ihre Beziehungen vernünftig ordnenden Gesellschaft hört die Geisteskultur auf, Privileg zu sein; sie findet damit erst zu ihrem vollen menschlichen Inhalt.

b) *Wiedervereinigung von Stadt und Land*: Sollten schon die Produktionsgemeinschaften OWENS und FOURIERS gewerbliche und agrarische Arbeit zusammenfassen, so wird namentlich bei ENGELS (und dann wieder bei KROPOTKIN, siehe unten, S. 204) die Industrialisierung des flachen Landes im großen Stile, als Voraussetzung der technischen, sozialen und kulturellen Angleichung des Landlebens an die Stadt, Programm. Gleichzeitig soll die von der Baubodenrente befreite Großstadt sich zur Gartenstadt auflockern, wodurch das Siedlungsbild sich vereinheitlichen wird.

c) *Aufhebung des gesellschaftlichen Unterschieds von Mann und Frau*: Die Frauenfrage der neueren Zeit ist stets in enger Beziehung zur sozialen Frage gesehen worden. Konservativen Denkern hat die christlich-patriarchalische Familie mit ihrer (verschiedentlich auch durch die Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts fixierten) Unterordnung der Frau unter den Willen des Mannes als Abbild und Gewähr der Gesellschaft im Großen gegolten. Man vergleiche etwa den deutschen Kulturhistoriker WILH. HEINR. RIEHL (1823—1897; *Die Familie*, 1855): „Wäre der Mensch geschlechtlos, gäbe es nicht Mann und Weib, dann könnte man träumen, daß die Völker der Erde zu Freiheit und Gleichheit berufen seien. Indem aber Gott der Herr Mann und Weib schuf, hat er die Ungleichheit und Abhängigkeit als eine Grundbedingung aller menschlichen Entwicklung gesetzt.“ Daher fallen „mit dem Hause und dem Hausregiment alle natürlichen Gruppierungen der Gesellschaft, und der erste Schöpfungstag, ein Chaos selbstsüchtiger Einzelwesen, wäre — wie RIEHL ironisch meint — als höchster Triumph der Gesittung wiederhergestellt“.

Auf der anderen Seite hat auch die Sozialbewegung schon seit den Tagen eines WILL. GODWIN und seiner Gattin MARY WOLLSTONECRAFT (s. oben, S. 31) die Sache der Frau zu ihrer eigenen gemacht. Ein FOURIER hat in der Erweiterung der Frauenrechte

schlechthin „das allgemeine Prinzip allen sozialen Fortschritts“ erblickt. Selbst Jungeselle, hat FOURIER lebhaften Anteil an der sozialen Stellung der Frau genommen; an ihr enthülle sich die bürgerliche Zivilisation: die Dürftigkeit einer Erziehung, welche die Frau nur für die „Knechtschaft der Ehe“ und die dumpfe Hausarbeit tauglich mache und ihre Fähigkeiten verkümmern lasse, das Verschachern der Tochter an den Meistbietenden, wodurch die Ehe zum legitimierten Konkubinat werde, die Einseitigkeit der Ehemoral; Themen, wie sie auch in der zeitgenössischen schönen Literatur auftreten. (Vgl. H. D. BALZAC, Eugénie Grandet, Der Ehevertrag.) In seinen „Garantien der Harmonie und Freiheit“ (1842) meint WEITLING: „Die Liebe ist ein Nußkern, die Ehe sind die Schalen. Das Geldsystem ist der Wurm, welcher sich in den Kern frisst und ihn verdirbt. Die große Menge nagt an den bitteren und an den harten Schalen. Da habt ihr die ganze Definition unserer heutigen Ehen.“ Und mit Wärme ruft er der Frau zu: „Trockne deine Tränen, armes, unglückliches, verachtetes und mißhandeltes Weib! und denke, es leiden der Schwachen noch viele auf dem Erdenrund. Einst wird auch dir der goldene Frühstrahl des Befreiungsmorgens heranbrechen, um dir die heißen, bitteren Tränen der Sklaverei aus den feuchten Wimpern zu küssen.“ — Daß für die freie Entfaltung der individuellen Liebe in der kommerzialisierten Gesellschaft kein Raum sei, ist für MARX Tatbestand der Entfremdung. F. ENGELS (Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, 1884) hat in der bürgerlichen Ehe wenig mehr gesehen als einen Kaufvertrag. Die Gesellschaft könne sich aber nicht befreien, ohne daß jeder einzelne (also auch die Frau) befreit werde. („Anti-Dühring“) Und der deutsche Arbeiterführer AUG. BEBEL (1840—1913) hat sein einst vielgelesenes Buch „Die Frau und der Sozialismus“ (1. Aufl. 1883) mit den Worten zusammengefaßt: „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt dem Arbeiter und der Frau.“

Die gesellschaftliche Befreiung der Frau ist in verschiedener Richtung gesucht worden: in der Auflösung des Instituts der Ehe überhaupt (GODWIN, der Saint-Simonist ENFANTIN); in der politischen und wirtschaftlichen Gleichstellung der Frau (Wahlrechtsbewegung des frühen zwanzigsten Jahrhunderts, besonders in England, wo der Fabianismus, wie Jahrzehnte zuvor schon J. ST. MILL, für die Sache der politischen Gleichberechtigung gewirkt hat); schließlich in der Heranführung der Frau an den proletarischen Emanzipationskampf (KLARA ZETKIN,

1857—1933; die bolschewistische und kommunistische Bewegung); Die Überzeugung ist hier, daß mit der Arbeiterfrage notwendigerweise auch die Frauenfrage ihre Lösung finden wird.

d) *Tilgung des Unterschieds zwischen den Nationen*: Der alte Traum der Aufklärungsphilosophie von der Weltgesellschaft ist später in das Ideengut der Sozialbewegung hinübergewandert. (Vgl. SAINT-SIMON, WEITLING, die Anarchisten.) So heißt es auch im „Manifest der Kommunistischen Partei“: „In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“ Und ferner: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie . . . Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen.“

3. *Freie Bedürfnisbefriedigung*: In der vollkommunistischen Gesellschaft soll die Warenform der Produkte gänzlich entfallen. Zugleich mit der Entfaltung der Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums wird der Erwartung nach die Erziehung zur neuen Moral der Arbeit und des Genusses so weit fortgeschritten sein, daß schließlich das Geld als Zuteilungsmittel und daher auch der Geldlohn nicht mehr notwendig sind. Sich für die Gesellschaft nützlich zu machen, wird — bei gleichzeitig fortschreitender Verkürzung der Arbeitszeit — zum „ersten Bedürfnis“ der Individuen geworden sein; sie werden ohne Entgelt arbeiten und ohne Entgelt genießen. („Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinem Bedürfnis“; vgl. schon BAZARD.) Ein jeder wird einen vernünftigen Gebrauch von den bereitgestellten und frei zugänglichen Bedarfsgegenständen machen. Denn die Verschwendung ist nur die Kehrseite des Mangels; der Luxus verschwindet, sobald er aufhört, gesellschaftliches Vorrecht zu sein.

2. Die Sowjet-Theoretiker und der „Übergang zum Kommunismus“: Die Begründer der sozialistischen Lehre haben darauf verzichtet, sich die klassenlose Gesellschaft im einzelnen auszumalen. Doch selbst die allgemeinen Züge, die sie der kommunistischen Ordnung verliehen haben, müßten als phantastisch erscheinen, hätten

nicht die Sowjetführer sich mittlerweile auf ihre Verwirklichung festgelegt.

Der Übergang vom Sozialismus zum vollendeten Kommunismus soll sich in drei Stufen vollziehen; die Stufe des Vollkommunismus soll nach dem auf dem XXII. Parteitag der KPdSU am 31. Oktober 1961 angenommenen Programm in knapp zwanzig Jahren erreicht werden.

Der Übergang zur *freien Bedürfnisbefriedigung*, der einen (vorläufig allerdings noch nicht gegebenen) „Produktenüberfluß“ zur objektiven, eine entsprechende Arbeits- und Verbrauchsgesinnung zur subjektiven Voraussetzung hat, soll durch schrittweise Preissenkung, verbunden mit Einebnung der Einkommensunterschiede, sowie durch ständige Erweiterung des Kreises der unentgeltlichen öffentlichen Leistungen geschehen: Zunächst sollen die Benutzung der kommunalen Verkehrsmittel, die Versorgung mit Gas und Wasser, das Mittagessen in den Betrieben frei werden, die Mieten entfallen, usw. (Partei-programm). Große „Wohnkommunen“, die außer den Einzelwohnungen gemeinsame Speiseeinrichtungen, Kindergärten, Krankenstation, Wäscherei, Abteilungen für die Alten, für die Jungesellen, Leseräume, Sporthalle usw. umfassen, sollen die — heute überall in der Welt immer mehr anstaltlich vermittelte — Befriedigung wiederkehrender Bedürfnisse bieten. (Vgl. *Strumilin*, „Novyj Mir“ 1960, Nr. 7.) Freie Bedarfsdeckung soll also, wie es scheint, nicht dadurch herbeigeführt werden, daß jedermann alles, was er wünscht, zu eigen besitzt, sondern daß er zu allem Zugang hat. (Also nicht: jedem sein eigenes Auto, sondern: jedem den Mitgenuß der „Kommune“-Fahrzeuge.) Der Sinn des persönlichen Habens soll schwinden.

Auch in der Produktion werden die Erzeugnisse nicht länger in Geldpreisen veranschlagbar sein. Einziger Richtpunkt ihrer Erzeugung soll unmittelbar der Gebrauchswert sein. Da der Unterschied zwischen individuellem und gesellschaftlichem Arbeitsaufwand, zwischen „konkreter“ und „abstrakter“, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit dahingehe und hierdurch alle Arbeitsstunden gleich-„wertig“ werden, könne im Vollkommunismus die — immer noch notwendige — Entscheidung zwischen mehreren möglichen Produktionsverfahren und Investitionen sich auf Berechnungen stützen, die nun unmittelbar in Arbeitszeit-Einheiten geschehen. (Vgl. F. BEHRENS in „Wirtschaftswissenschaft“ 1961, S. 425 f.)

Während die fortschreitende Verfeinerung der Technik zunehmende Spezialisierung im Arbeitsvollzug erheischt, soll gleichzeitig der *gesellschaftliche* Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit getilgt, die „allseitige Entfaltung der Persönlichkeit“ ermöglicht werden. Als Mittel hierzu werden angesehen: Verkürzung der Arbeitszeit (bis 1970 will man bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden angelangt sein; Parteiprogramm von 1961); die zunehmende Vermittlung der allgemeinen Grundlagen eines Fachberufs (polytechnischer Unterricht); die Ausbildung in einem zweiten Beruf, der mit dem ersten in Beziehung steht (Bauarbeiter sollen etwa Architektur erlernen); die Verlegung technischer Forschungsinstitute unmittelbar in Großbetriebe. Auch die sowjetische Schulreform von 1958, deren Hauptmoment die allgemeine Oberschule unter Fortführung der Berufsarbeit ist, hat eine *arbeitende Intelligenz* zum Leitbild. Es wird geltend gemacht, daß die Entwicklung der Technologie selbst (Automatisierung, Elektronisierung) immer höher qualifiziertes Personal erfordert und hierdurch den Facharbeiter dem Ingenieur annähert.

Der (vorläufig in der Sowjetunion freilich noch große) Niveau-Unterschied zwischen *Stadt und Land* soll abgetragen werden: a) Durch Mechanisierung und Automatisierung der Landwirtschaft, durch Angliederung von industriellen Zuliefer- und Verarbeitungsbetrieben an agrarische Wirtschaftseinheiten sollen die Arbeitsbedingungen sich vereinheitlichen. b) Der bisherige Unterschied zwischen genossenschaftlichem und staatlichem Eigentum an den Wirtschaftsmitteln soll entfallen. Als ein Schritt hierzu wird der Zusammenschluß von Kolchosen zu größeren Kolchosverbänden, welche agrarische Investitionsvorhaben von überbetrieblicher Bedeutung durchführen, angesehen. Bei der Verschmelzung der Eigentumsformen sollen die „genossenschaftlichen“ Kolchosbetriebe allerdings nicht einfach zu staatlichen Landwirtschaftsbetrieben der bisherigen Form (Sowchosen) werden; vielmehr sollen beide sich irgendwo in der Mitte treffen, wobei die Sowchosen die vollgesellschaftliche Form des Eigentums, die Kolchosen das Prinzip der Wahl der Leitungen und der gemeinsamen Beschlußfassung der Betriebsangehörigen einbringen. (Vgl. *Strumilin*, in „Fragen der Wirtschaft“ [russ.], 1960, Nr. 7; ferner Parteiprogramm.) c) Auch die Lebensbedingungen sollen ausgeglichen, der noch vorhandene Kulturgraben zwischen Stadt und Land soll aufgefüllt werden: durch Angleichung des Schulniveaus, durch Urbanisierung des Siedlungsbildes usw.

Die Eingliederung der *Frau* in das öffentliche sowie ins Arbeitsleben, ihre rechtliche Gleichstellung ist (nicht zuletzt infolge des anhaltenden Bedarfs an weiblichen Arbeitskräften) bereits seit längerem so weit gediehen, daß kaum noch etwas zu tun bleiben dürfte und hier eher eine gewisse Rückbesinnung auf die Besonderheit der Frau und auf ihr arbeitsphysiologisches Schutzbedürfnis ansteht. — Gegenüber der recht freizügigen Auffassung mancher frühen Bolschewiki von der Ehe wird die Erhaltung von Ehe und Familie seit langem auch für die vollkommunistische Gesellschaft als wertvoll bejaht.

Der *Staat* soll (zunächst in seiner Innenfunktion) den politischen Charakter abstreifen; immer mehr Aufgaben sollen an Organe der gesellschaftlichen Selbstverwaltung, wie die örtlichen Sowjets, die gesellschaftlichen Massenverbände, (vor allem die Gewerkschaften) Beiräte, Kontrollausschüsse der wiederbelebten „Arbeiter- und Bauern-Inspektionen“ übergehen. „Die gesellschaftliche Selbstverwaltung im Kommunismus ist ein Organisationssystem, das die *gesamte Bevölkerung* umfaßt, welche... die *unmittelbare Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten* verwirklichen wird.“ (Grundlagen des Marxismus Leninismus. Lehrbuch, a. d. Russ. Berlin 1960, S. 819; Hervorhebung im Text.) Der zentralen Verwaltung bleiben hierbei allerdings notwendige Aufgaben der Koordinierung. — In den Betrieben sollen die Mitsprache- und Kontrollbefugnisse der Arbeitenden ständig erweitert werden.

Mit dem Staat, so ist die Meinung, wird auch die Zwangsfunktion des *Rechtes* dahingehen und der einfachen Überzeugungsarbeit sowie dem Geltendmachen von Billigung oder Mißbilligung durch die öffentliche Meinung Platz machen. Der Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit, der kollegialen Disziplinareinrichtungen in den Betrieben sowie in den Wohnbezirken, ferner die Übernahme von Bürgschaft für die Umerziehung von Straffälligen seitens gesellschaftlicher Organisationen werden als Ansatz hierzu betrachtet.

Wird auch die *Staatspartei* „absterben“? Die Parteiführung äußert sich hierüber zurückhaltend. Die Meinung ist allerdings anzutreffen, die Kommunistische Partei werde den Staat zunächst noch überdauern, um sich eines fernen Tages, wenn es einer besonderen erziehenden „Avantgarde“ in der Gesellschaft nicht mehr bedürfe, aufzulösen. (*Schitarew*, in „Pol. Selbstbildung“ [russ.], 1960, Nr. 8.)

Den Übergang zum Vollkommunismus sollen die heute sozialistischen Länder möglichst gleichzeitig mit der Sowjet-

union vollziehen. Jene sollen also die Sowjetgesellschaft, mit deren Hilfe, auch wirtschaftlich „einholen“. (Parteiprogramm.)

Soviel ist deutlich: Die Sowjetführer haben, indem sie ein Stück Ideengeschichte der sozialen Bewegung aus dem „Luftreich des Traums“ auf die Erde heruntergeholt haben, sich unwiderruflich festgelegt. Sie werden das Wort von MARX nun auch gegen sich selbst gelten lassen: „Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“

### 3. TEIL

## Die Ideen der Sozialbewegung in der Epoche des „organisierten Kapitalismus“

Auch das Ideengut der sozialen Bewegung unseres eigenen Jahrhunderts kann nur im Zusammenhang mit den Wandlungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit verstanden werden, an denen die Lehre sich messen muß<sup>1)</sup>.

#### 1. Abschnitt

### Die neuen Verhältnisse

Gewichtige Veränderungen haben sich um die Wende zum 20. Jahrhundert in der Wirtschaftsgesellschaft zugetragen. Doch sollen nur die Momente, welche die Arbeiterbewegung und ihre Ideenwelt in besonderem Maße berühren, hier Erwähnung finden.

#### *1. Wandlungen in der Wirtschaftsgesellschaft*

1. Die Organisierung der Konkurrenz: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der Zug zum Großbetrieb und zum Großunternehmen in der Industrie, in der Bankwelt, in Handel und Verkehr unverkennbar geworden. Die Aktiengesellschaft drang vor gegenüber dem Personalunternehmen; eine Welle von Fusionen trat ein. Und über die Konzentration der Produktions- und Geschäftseinheiten hinaus griffen Marktkoalitionen der Unternehmungen (Kartelle, Syndikate) nach allen Seiten aus: Die Märkte wurden planmäßig geteilt und reguliert. An die Stelle der unbeschränkten ist seither die regulierte Konkur-

<sup>1)</sup> Die Bezeichnung „organisierter Kapitalismus“ stammt von *Rudolf Hilferding*. Sie weist auf die neue *Machtordnung* der Privatwirtschaft hin.

renz getreten. — Das hat auch bei den Denkern der Sozialbewegung die Überlegung aufkommen lassen, ob nicht die herrschenden Wirtschaftsgewalten selbst die ökonomischen Vorgänge mit Bedacht zu steuern vermögen. Zweifel tauchten auf, ob es in der kapitalistischen Marktwelt so anarchisch zugehe, wie MARX gemeint hatte. Gewiß: die private Ordnung der Märkte diene dem alten Ziel der Gewinnsteigerung und Gewinnsicherung. Aber war durch das, was die Interessenten selbst zunächst taten, nicht vielleicht dem bestehenden Staat der Weg eigener, über das bisherige beschränkte Motiv einer Sicherung der privaten Marktordnung hinausgehender Initiative gewiesen? Bereitetete nicht die private Teilplanung die öffentliche Gesamtplanung der Wirtschaft vor? Wie war daher der neue Versuch der Privatwirtschaft, über den von MARX bezeichneten Widerspruch zwischen Produktion und Markt hinwegzukommen, zu werten? Stellte auch er eine „notwendige“ Durchgangsstufe der kapitalistischen Entwicklung dar, hin zum Sozialismus? Sollte man den Übergang der Privatwirtschaft zu Großgebilden und regulierten Märkten demzufolge begrüßen, vielleicht ihn unterstützen?

Hiermit im Zusammenhang stand eine andere Frage: Es war offenkundig, daß es bei der Organisierung der Konkurrenz zugleich Leidtragende der neuen Entwicklung gab: Die vorläufig schwer organisierbaren Wirtschaftsbereiche (viele Konsumgüterindustrien, Landwirtschaft, Einzelhandel usw.) gerieten im Verkehr mit den Machtgruppen auf den Märkten in mannigfachen Nachteil. Sollte man nun Partei für die Bedrängten oder für die Mächtigen (die zugleich in aller Regel die höhere Leistungsfähigkeit auf ihrer Seite hatten) ergreifen? Wie sollte sich etwa in Deutschland die Sozialdemokratie zu der um die Jahrhundertwende lebhaft erörterten Frage von Freihandel und Schutzzoll stellen? Und wenn man den Schutzzoll bejahte: Schutzzoll für wen? Ein Agrarzoll etwa kam ja zugleich den Bauern und den „Junkern“, also ganz verschiedenen Gesellschaftsgruppen, zugute. Aber die Frage nach Freihandel und Schutzzoll war selbst nur ein Teil jener allge-

meinen Frage, ob man die gesellschaftlichen Zwischenschichten ihrem ökonomischen Schicksal überlassen oder ob man ihrem Wunsch nach Bewahrung entgegenkommen sollte. Welches Verhältnis zu den nichtproletarischen Schichten war zu suchen?

2. Der Kampf um den Weltmarkt: Nicht nur die binnenwirtschaftlichen, auch die außenwirtschaftlichen Beziehungen unterlagen in der neuen Epoche einer immer vollständigeren Machtgestaltung. Ein Kennzeichen dieser Epoche war die Handelsrivalität zunächst der privatwirtschaftlichen Gruppen, dann ganzer Wirtschaftsnationen untereinander; sie fand in einem tendenziell steigenden Niveau der nationalen Zölle ihren Niederschlag. Nur *ein* Moment des Verlangens vieler Wirtschaftszweige nach Erweiterung der eigenen Markt- und Investitionsgelegenheiten, wenn auch lange Zeit das auffälligste, war das Trachten der Industriestaaten nach Kolonien. Es brachte die Großmächte auch als politische Körper in wechselseitigen Gegensatz. Die Meinung eines SAINT-SIMON und später noch eines HERBERT SPENCER (1820—1903), daß im Gegensatz zur Feudalität die Industriegesellschaft schlechthin die friedliche sei, hat sich, wie wir alle wissen, nicht bestätigt; die moderne Gesellschaft hat sich von ihrer Ausgangsidee des „ewigen Friedens“ weiter entfernt denn je. Und während der österreichische Nationalökonom und Soziologe FRIEDRICH V. WIESER (1851—1926) ein „Gesetz der abnehmenden Gewalt zwischen den Völkern“ glaubte aufstellen zu dürfen, hob eine neue Periode der Kriege an.

Die neuen Verhältnisse stellten auch die Arbeiterbewegung und ihre Denker vor eine Reihe prinzipieller Entscheidungen, die sich schließlich um die eine große Frage nach dem Verhältnis der Arbeiterbewegung zum Nationalstaat einerseits, zur internationalen proletarischen Bewegung andererseits gruppierten. Hierauf führte immer wieder die Einschätzung des Kolonialismus, des nationalen Marktabchlusses, der Kriegsgefahr sowie der etwa einzusetzenden Mittel ihrer Abwehr zurück. — Der bemerkens-

werteste Versuch, die neuen Verhältnisse mit den Mitteln MARX'scher Analyse zu erklären, waren die sogenannten *Imperialismustheorien*, an denen das erste Viertel dieses Jahrhunderts nicht arm gewesen ist. Gerade an ihnen zeigt sich eine Eigenart der neueren Denkgeschichte der sozialen Bewegung: Die früher vorwiegend ökonomisch-soziale Fragestellung hat sich zur allgemein-politischen ge- weitert. Stellungnahme zu *allen* Fragen, auch den tagespolitischen, war notwendig geworden; zumal die Arbeiterbewegung nun selbst in das Stadium ihrer institutionellen Verfestigung eingetreten war.

## II. Wandlungen in der Arbeiterbewegung

Nicht nur die Privatwirtschaft, auch die Arbeiterbewegung organisierte sich. Dies kam in folgendem zum Ausdruck:

1) In allen wichtigen hochindustrialisierten Ländern entwickelten sich Arbeiterparteien und Gewerkschaften, in der Regel unter Verhältnissen von voller oder Halb-Legalität. Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts begünstigte die Heraufkunft von Massenparteien, ebenso wie das Auf- rücken der Gewerkschaften zu Tarifvertragsparteien die Herausbildung von Massengewerkschaften. Um die Jahr- hundertwende begann der Übergang der Gewerkschaften vom Berufsprinzip zum Industrieprinzip ihrer Organisa- tion; das machte sie aus einer halb-zünftigen Berufsver- tretung der Facharbeiter zur schlagkräftigen Massenarmee. — Das Nebeneinander von politischer und wirtschaftlicher Organisationsform der Arbeiterbewegung (Arbeiterpartei und Gewerkschaften) ließ die Frage nach deren wechselseitigen Verhältnis entstehen. Wer soll führen? Dies wurde von Bedeutung im Zusammenhang etwa mit der anderen, in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts lebhaft um- strittenen Frage nach dem Sinn und nach den Trägern des *politischen Massenstreiks*. Hier haben Revisionisten, Syndi- kalisten und Bolschewiki sehr verschiedene Antworten gefunden.

2) Die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu einer Massenkraft und zugleich ihre Institutionalisierung versetzten ihre Führer vor die Notwendigkeit, auch zu den Tagesfragen Stellung zu beziehen. Damit aber stellte sich für sie ständig zugleich die Frage nach dem Verhältnis von „Endziel“ und Tagespolitik. Soll die Stellungnahme vom letzten Ziel der sozialistischen Verwandlung der Gesellschaft oder von den Tagesrücksichten bestimmt werden? Man wird sehen, wie den Vertretern „Revisionismus“ das Hereintragen von „Endziel“-Vorstellungen in die Tagespolitik immer mehr als störend, als Vermengung der Praxis mit problemfremden Gesichtspunkten erschienen ist.

3) Die Organisation der Arbeiterbewegung hat zur unvermeidlichen Folge gehabt, daß mehr oder minder stehende Leitungstäbe entstanden. Der Dienst an der Organisation mußte sich in gewissem Maße professionalisieren. Auch für die Arbeiterbewegung hat es hinfort das von MAX WEBER in einem Vortrag von 1919 so markant bezeichnete Problem der „Politik als Beruf“ gegeben. Auch da, wo die Männer des Apparates gewählt wurden, war Entfremdung der Leitung von den Massen möglich. Bürokratisierungserscheinungen wurden zum Gegenstand auch der soziologischen Analyse, die sich der Arbeiterbewegung als eines neuen Untersuchungsfeldes bemächtigte. (Siehe unten, S. 188 f.) — Auch die Bestimmung des Verhältnisses von Führern und Massen ist in der Sozialbewegung des zwanzigsten Jahrhunderts in recht unterschiedlicher Weise getroffen worden: Die Revisionisten haben die Autorität einer die Bewegung *mäßigenden*, die Bolschewiki die Autorität einer *revolutionären* Führung gewollt. Beiden traten die Syndikalisten und auch die „linken“ Marxisten der westeuropäischen Arbeiterparteien (z. B. ROSA LUXEMBURG und HENRIETTE ROLAND-HOLST) gegenüber, die an die revolutionäre Entschlossenheit und spontane Kampfbereitschaft der Arbeiter selbst appellierten.

So fand sich die zur konsolidierten Arbeiterbewegung fortentwickelte Sozialbewegung seit der Jahrhundertwende allenthalben vor neuen Bedingungen ihres Wirkens und

vor neuen Fragen, an denen sie ihr überkommenes Gedankengut zu erproben hatte.

## 2. Abschnitt

### Die Ideen der sozialen Bewegung in einzelnen Industrieländern

#### § 1: Der Reformismus

Der Begriff des „Reformismus“ bezeichnet nicht so sehr eine theoretische als vielmehr eine praktische Position; er besagt etwas über den einzuschlagenden Weg, und hierdurch allerdings auch über das Ziel: Indem der Reformismus den Gedanken des Klassenkampfes verwirft, lehnt er auch die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft und die „Diktatur des Proletariats“ ab; er sucht das, was er in der Gesellschaftsordnung angelegt findet, in dieser Ordnung selbst zu verwirklichen. Ist für die revolutionären Marxisten (und zunächst auch noch für die „orthodoxen“ Marxisten um KARL KAUTSKY) der Kampf um Reformen ein Mittel zur Vorbereitung des Kampfes um den Sozialismus, so beschränkt sich der Reformismus auf Verbesserung der bestehenden Gesellschaft.

Innerhalb des Reformismus tritt der „Revisionismus“ auf als eine Richtung, die kritisch zu MARX Stellung bezogen hat, aber zunächst behauptet, auf seinen Grundlagen weiterzudenken. Nicht jeder Reformismus ist gleichzeitig Revisionismus; dieser kann vielmehr nur durch sein Verhältnis zu dem begriffen werden, *was* er revidiert. Der englische Fabianismus etwa gründet, ebenso wie ein Teil des französischen Sozialdenkens nach MARX, von vornherein nicht auf der MARXschen Theorie und ist daher nicht dem Revisionismus zuzurechnen. Nur in Deutschland waren die Lehren von MARX, nach Verdrängung des Lassalleanismus, zu einigermaßen unbestrittener Geltung in der Arbeiterbewegung gelangt. Um so eindeutiger mußte hier jedes Weiterdenken sich ins Verhältnis zum wissenschaftlichen Sozialismus setzen. — „Reformismus“ ist also

der weitere, übergeordnete Begriff gegenüber „Revisionismus“. Zum praktischen Reformismus hat feilich auch der Revisionismus hingeführt: doch mußte die Begründung verschieden ausfallen<sup>1)</sup>. — Da im vorliegenden Zusammenhang nicht die Praxis der von den Arbeitenden unterstützten Gruppen, sondern vielmehr deren gesellschaftstheoretische Vorstellungen im Vordergrund stehen, ist es gerechtfertigt, innerhalb des Reformismus den *Unterschied* im Denkansatz hervorzuheben und dementsprechend zwei Denkrichtungen getrennt zu behandeln: den auf das MARXsche Erbe sich beziehenden Revisionismus und den nicht-marxistischen Reformismus.

### A. Der Revisionismus

Zwei Spielarten des Revisionismus sollen hier vorgführt werden. Wirkungszentrum der einen ist Deutschland, der anderen Österreich gewesen. Aber gewisse Berührungen ergeben sich; auch ist ein gewisses zeitliches Hintereinander festzustellen.

#### I. Der deutsche Revisionismus

Die Hoffnung, die Arbeiterbewegung unter dem Feldzeichen einer einzigen Lehre, des wissenschaftlichen Sozialismus, zu sammeln, ist zu keiner Zeit in Erfüllung ge-

<sup>1)</sup> Ungeeignet für den wissenschaftlichen Gebrauch sind emotional verwaschene Begriffe wie „demokratischer“ oder „freiheitlicher“ Sozialismus. Die „wahre“ Demokratie und die „wahre“ Freiheit zu bringen hat auch der klassische wissenschaftliche Sozialismus und haben dessen Anhänger stets für sich beansprucht. Auch die Gegenüberstellung von „evolutionärem“ und „revolutionärem“ Sozialismus hinkt, da „Revolution“ über Inhalt und Form der Umwälzung nichts besagt. Auch der „revolutionäre“ Sozialismus hat Revolution und Evolution als dialektisch verbunden betrachtet und sich gehütet, wie die Anarchisten (*Bakuninscher* Observanz) aus dem Drauflosschlagen eine Maxime zu machen. Deshalb schließt für *Marx*, *Engels* und die Marxisten die Bereitschaft zur (gewaltsamen) Revolution die Notwendigkeit des Kampfes für Reformen nicht aus, sondern ein. Der Übergang von den bloßen Reformen zur sozialen Revolution wird nach ihrer Meinung durch die Übernahme der politischen Macht im Staat durch die Partei der Arbeiterklasse eingeleitet. Ob die proletarische Machtergreifung die Form der gewaltsamen Revolution annehmen muß oder sich friedlich (z. B. durch parlamentarische Mehrheitsbildung) vollzieht, ist für sie ein Problem der konkreten geschichtlichen Lage im einzelnen Lande und nicht abstrakt-dogmatisch entscheidbar. (Vgl. *Marx*, Amsterdamer Rede, 1872.)

gangen. Selbst in Deutschland, wo die Lehre von MARX sich am vollständigsten durchgesetzt hatte, blieb sie nicht lange unangefochten. Kaum war der Einfluß der Lehren LASSALLES in der deutschen Arbeiterbewegung gebrochen, so begann sich der Revisionismus zu regen. Nach zunächst taktischen Zugeständnissen, namentlich der süddeutschen Sozialdemokratie (GEORG V. VOLLMAR, 1850—1922; IGNAZ AUER, 1846—1907), an die politischen Tagesrück-sichten wurde schrittweise das MARXsche theoretische Konzept als solches der Kritik unterzogen. In der „Neuen Zeit“ von 1896/97 kam KAUTSKY zu der Feststellung, „daß es unter denen, welche die Ergebnisse der MARX-ENGELSchen Arbeit anerkennen, zwei Richtungen gibt, die . . . sich unterscheiden in der Methode der theoretischen Forschung, mitunter aber auch in der praktischen Taktik“ (S. 213). Und 1899 schrieb der damalige Prager Professor THOMAS MASARYK (1850—1937) von der offenbar gewordenen „Krise im Marxismus“<sup>1)</sup>. Im gleichen Jahre veröffentlichte EDUARD BERNSTEIN (1850—1932) sein Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. Die zeitliche Koinzidenz des theoretischen Revisionismus mit dem Hervortreten neuer Erscheinungen in der Wirtschaftsgesellschaft, und auch das zeitliche Zusammentreffen des deutschen Revisionismus mit dem französischen „Millerandismus“ (S. 190), ist unverkennbar.

Von der Jahrhundertwende an vollzieht der Revisionismus eine *alle* Äußerungen der Arbeiterbewegung, sowohl ihre Theorie als auch ihre Praxis erfassende Wendung. Er hat von vornherein ganze Arbeit geleistet. Der theoretische Umbruch selbst ist ein vollständiger; er ergreift sowohl die erkenntnistheoretischen Grundlagen des Marxismus, indem er vom dialektischen Materialismus auf den philosophischen Idealismus, vor allem auf KANT, zurückgeht, als auch die Einzellehren. Dabei entwickelt der Revisionismus nicht eigentlich eine neue Theorie, eine Gegenlehre, vielmehr beruft er sich auf die praktischen Verhältnisse, auf den

<sup>1)</sup> Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus, Wien 1899, S. 586 ff.

Augenschein, den er gegen die Lehren und Erwartungen von MARX ausspielt. — Zwei Schriften umrahmen die Hauptwirkungszeit des deutschen Revisionismus<sup>1)</sup>: BERNSTEINS Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (1899) und CALWERS Veröffentlichung „Das sozialdemokratische Programm“ (1914). An ihnen sollen die Auffassungen des Revisionismus im folgenden demonstriert werden.

1. Die Sicht der Wirtschaftsgesellschaft: Die Ausgangsfrage, die sich der Revisionismus vorlegt, darf so bezeichnet werden: Wie *weit* ist der Weg zur sozialistischen Zukunftsgesellschaft? Auf *welchen Zeitraum* muß sich die Bewegung einstellen? — Vor dieser Frage hatten auch MARX und ENGELS gestanden. In revolutionärer Ungeduld hatten sie schon 1848 die Totenglocke der alten Gesellschaft läuten hören; und besonders in Deutschland konnte nach der Erwartung des Kommunistischen Manifests eine bürgerliche Revolution „nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution“ sein. Erst später kam MARX aufgrund eines umfassenden Studiums der ökonomischen Verhältnisse seiner Zeit zu der Auffassung, die im Vorwort der Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von 1859 in die bekannten Worte gefaßt ist:

„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“

ENGELS, der noch Zeuge der sozialdemokratischen Erfolge bei den Reichstagswahlen gegen Ende des Jahrhunderts war, hielt auch den parlamentarischen Kampf für eine Weise, die arbeitenden Massen auf ihren letzten gesell-

<sup>1)</sup> Der Name taucht um 1901 zur Bezeichnung der „Bernsteinianer“ auf und wird zunächst von deren Gegnern verwandt; er setzt sich jedoch bald allgemein durch. Theoretisches Organ der Revisionisten sind von 1899 ab die „Sozialistischen Monatshefte“.

schaftlichen Befreiungskampf vorzubereiten. (Vgl. die Originalfassung seiner Einleitung von 1895 zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich“.)

Der Revisionismus ist weiter gegangen: Ihm ist die kapitalistische Wirtschaftsgesellschaft seiner Zeit überhaupt noch nicht reif für die sozialistische Zukunftsordnung; und er beruft sich dabei auf die folgenden Umstände:

1. Die kapitalistische Produktion ist noch keineswegs so weit, wie MARX sie haben wollte: ihre eigene Expansionskraft ist noch ungebrochen. Auch ist „für die Sozialisierung von Produktion und Distribution die materielle Vorbedingung, vorgeschrittene Zentralisation der Betriebe, erst zum Teil gegeben“ (BERNSTEIN, Ausgabe 1899, S. 87); woraus die Konsequenz abzuleiten ist, daß Kartelle und Konzerne als Ausdruck größerer Sozialisierungsreife der Wirtschaft zu begrüßen sind.

2. Die Zwischenschichten verschwinden nicht: Der Übergang zur Aktiengesellschaft streut den Kapitalbesitz sogar mehr, als dies beim Personalunternehmen der Fall ist; und es ist daher „falsch, anzunehmen, daß die gegenwärtige Entwicklung eine relative oder gar absolute Verminderung der Zahl der Besitzenden aufweist“ (BERNSTEIN, S. 50). Auch der Kleinbetrieb erhält sich, in Landwirtschaft und Gewerbe, zäher, als gedacht. „Wir haben keinen ausreichenden Grund, dem Kleinbetrieb als solchen die Prognose auf einen baldigen sicheren Untergang stellen zu können.“ (BERNSTEIN, S. 31.) Die Verdrängungstheorie hat also Unrecht, und daher auch die Erwartung allgemeiner Proletarisierung der Zwischenschichten. Der Revisionismus will eine solche auch nicht. In seinen wirtschaftspolitischen Vorschlägen schwenkt er in die Linie konservierender Schutzpolitik ein. Er will die Zwischenschichten zu Verbündeten wenn nicht der Arbeitersache, so jedenfalls der Sozialdemokratie machen, indem er ihrem *nicht*proletarischen Interesse entgegenkommt. Dies wird besonders deutlich im Verhältnis zur *Agrarfrage*. Hier hat in der deutschen Sozialdemokratie vor allem EDUARD DAVID (1863—1930) für Anerkennung der Schutzbedürftigkeit des bäuerlichen Betriebs geworben. (Sozialismus und Landwirtschaft, 1903.) Die Frage, wie die Bauernschaft, die lange Zeit als das Element einer vorindustriellen Gesellschaft innerhalb der kapitalistischen Ordnung angesehen werden konnte, für den Sozialismus zu gewinnen sei, hat in der Tat schon den

Theoretikern des klassischen Sozialismus zu schaffen gemacht<sup>1)</sup>; und von der Agrarfrage ist auch beizeiten in Westeuropa, besonders in Frankreich, eine Tendenz zu Reformlösungen ausgegangen.

3. Was schließlich die Arbeiterschaft angeht, so kann der Revisionismus weder einen objektiven Zwang noch eine verlässliche subjektive Bereitschaft zum großen Schritt in den Sozialismus entdecken: Die Verelendungstheorie trifft nicht zu. Die Krisen können sich mildern, sie haben sich gemildert. Sozialdemokratische Politik kann daher nicht auf die Verelendung setzen: die Umwandlung der Gesellschaft darf nicht Ergebnis eines Verzweiflungsaktes sein. Im subjektiven Sinn ist die Arbeiterklasse den Revisionisten „noch nicht entwickelt genug, die politische Herrschaft zu übernehmen“. (BERNSTEIN, S. 184.) Auch ist die große Schar der Unselbständigen in sich keineswegs homogen und daher nicht unbedingt solidarisch; das Angestelltenproblem taucht auf.

So gehen die Vorstellungen des Revisionismus ab von der Perspektive wachsender Zerrüttung der bestehenden Wirtschaftsgesellschaft, wie sie dem klassischen Marxismus eigen ist. Der Weg zur Zukunftsgesellschaft erscheint den Revisionisten länger, als vermeint. Es gilt daher, sich in den bestehenden Verhältnissen einzurichten; das sozialistische „Endziel“ verwandelt sich kaum merklich in einen Erinnerungsposten programmatischer Erklärungen.

2. Das Verhältnis zur Tagespolitik: Nicht von „endzeitlichen“ Hoffnungen her sind nach Meinung der Revisionisten die praktischen Tagesprobleme zu meistern, sondern nur durch „realistisches“ Eingehen auf diese selbst. So ist für BERNSTEIN „das, was man gemeinhin das Endziel des Sozialismus nennt, ... nichts, die Bewegung alles“ (S. 169). Die Taktik obsiegt über die Strategie.

Der theoretische Abbau des MARXschen Systems hat auch der praktischen Schwenkung wirksam vorgearbeitet; und hier zeigt sich die enge Beziehung zwischen Theorie und Praxis der Sozialbewegung. Einige Revisionisten (BERNSTEIN, C. SCHMIDT)

<sup>1)</sup> Vgl. etwa Engels' Aufsatz „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ in „Neue Zeit“ 1894/95.

haben auch den Pfeiler der MARXschen Ökonomie, die Arbeitswerttheorie, niedergelegt, indem sie diese zu einem unbeweisbaren und letztlich unnützen Gedankenspiel erklärten. Dies entsprach übrigens einem Zug der zeitgenössischen Wirtschaftslehre: Des Streits zwischen objektivistischer und subjektivistischer Wertauffassung, zwischen Arbeitswerttheorie und Grenznutzenlehre überdrüssig suchten um die Jahrhundertwende eine Reihe von Nationalökonomern (HEINRICH DIETZEL, GUSTAV CASSEL, ROBERT LIEFMANN, GOTTL-OTTLIENFELD) auf im einzelnen sehr verschiedenen Wegen zu einer wert-ungebundenen Erklärung des Preisbildungsgeschehens zu gelangen. — Hatte der Revisionismus einmal auf die Arbeitswertlehre verzichtet, so fiel natürlich auch die Mehrwertlehre, die Theorie eines objektiven Ausbeutungsverhältnisses. Hierdurch mußte nun auch der soziale Kampf aus einem Krieg gegen das System zu einem Verteilungsstreit innerhalb des Systems werden. Und in einem solchen Streit fiel den Gewerkschaften als den Verfechtern des „Mehr und Mehr und Mehr“ (GOETZ BRIEFS) naturgemäß die wichtigste Rolle zu.

Auch eine Reihe neuer Fragen der Epoche hat sich für die Revisionisten (denen die praktische Politik der deutschen Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg im allgemeinen gefolgt ist) ganz anders gestellt als für die strengen Marxisten: *Kartelle* sind zu bejahen, soweit sie Mittel gegen die Überproduktion sind. Auch der *Schutzzoll* ist positiv zu werten (CALWER, S. 115.) Die Erwerbung von *Kolonien* „ist für einen Staat mit aufstrebender Wirtschaftsentwicklung, rasch ansteigender Bevölkerungsziffer und einem allmählich eng werdenden Wirtschaftsgebiet eine Notwendigkeit“ (CALWER, S. 119 f.).

„Wir müssen unserem Kapitalismus die nämliche Bewegungsfreiheit zu seiner weiteren Entfaltung zubilligen, wie sie der Kapitalismus des Auslands hat, ja wir müssen wünschen, daß unser nationaler Kapitalismus seine Einflußsphäre womöglich stärker und mächtiger entwickelt als der Kapitalismus des Auslands... Der Sozialist muß daher... dafür eintreten, daß nach dem Zwang der wirtschaftlichen Bedürfnisse der nationale Markt sich immer mehr erweitert, sei es durch Zollunionen, sei es durch Kolonien, sei es durch beides. Gerade diese Erweiterung der nationalen Wirtschaftsgebiete, zu der die internatio-

nale Konkurrenz immer mehr zwingt, steigert die Produktivkräfte und garantiert eine immer höhere Organisation der Gesamtproduktion in einer für den Sozialismus erfreulichen Weise... Der nationale deutsche Kapitalismus muß sich voll ausleben, bevor der Sozialismus wachsen und erstarken kann. Nicht an zweiter und dritter, sondern möglichst an erster Stelle möchte ich als Sozialist Deutschland stehen sehen... Ist denn nicht das möglichst rasche Wachsen des Produktivkapitals die unerläßliche Bedingung auch für eine passable Lage der Arbeiter? Und holen etwa nicht die Kapitalisten gerade aus den Kolonien recht viel Produktivkapital?“ (CALWER, Kolonialpolitik und Sozialdemokratie, Sozialistische Monatshefte, 1907, S. 195 ff.)

Damit wandelt sich auch das Verhältnis zu *Nation* und *Staatsgewalt*. Auch zur *Monarchie* wird ein positives Verhältnis gesucht, und der Gedanke der nationalen *Wehrhaftigkeit* wird bejaht. (Vgl. CALWER, Das sozialdemokratische Programm.) Der Satz, daß der Proletarier kein Vaterland habe, wird seine Wahrheit „immer mehr einbüßen, je mehr durch den Einfluß der Sozialdemokratie der Arbeiter aus einem Proletarier ein — Bürger wird“. (BERNSTEIN, S. 144)

3. Das Bild der Zukunftsordnung: Das gewandelte Verhältnis zur Tagespolitik mußte natürlich auch auf die Vorstellung darüber, wie eine künftige Gesellschaft aussehen solle, zurückwirken.

Als vordringlich erscheint nicht der Kampf um den Sozialismus, sondern die Erweiterung der politischen Volksrechte. Hierzu gehört, namentlich für BERNSTEIN, der eine Reihe von Jahren in England zugebracht hat, vor allem eine Erweiterung der *Selbstverwaltung von Städten und Gemeinden*. Träger gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen sollen, wo immer möglich, die Kommunen sein. („Gas- und Wassersozialismus“.) Im übrigen gilt es, das *Genossenschaftswesen*, auch in der Produktion, zu fördern. Der Staat erscheint dagegen als wenig geeignet zur Leitung öffentlicher Unternehmungen. Vergesellschaftung darf

nicht eine Sache des Prinzips, sondern muß eine Sache der Zweckmäßigkeit sein: „Was die Gesellschaft nicht selbst in die Hand nehmen kann, sei es durch den Staat oder die Gemeinden, das wird sie gerade in bewegten Zeiten sehr gut tun, qua Unternehmung vorerst hübsch sich selbst zu überlassen.“ (BERNSTEIN, S. 102) Auch bedarf es keineswegs einer gänzlichen Beseitigung der Erwerbswirtschaft: „Der Gedanke einer generellen Verstaatlichung der Produktionsmittel als eines Radikalmittels zur Beseitigung der Schäden der heutigen Wirtschaftsordnung muß fallen.“ (CALWER, S. 53)

Der Revisionismus ist nicht ohne Widerspruch in der zeitgenössischen Sozialdemokratie geblieben, wie die lebhaften Debatten der Parteitage, namentlich um die Jahrhundertwende, zeigten. Der Hoffnung BERNSTEINS auf bessere Tage hielt KAUTSKY entgegen: „Krisen, Kriege, Katastrophen aller Art, diese liebliche Alliteration ist es, die uns die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte in Aussicht stellt.“ („Die Neue Zeit“ 1902, 2. Bd. S. 143.) KARL LIEBKNECHT (geb. 1871, ermordet 1919) wandte sich gegen den Wehrgedanken in der Sozialdemokratie. ROSA LUXEMBURG (geb. 1871, ermordet 1919) hat gegen das „Offiziösentum“ in der Partei geeifert: „Die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Führer ist nicht, von den Ereignissen geschleift zu werden, sondern ihnen bewußt vorauszugehen, die Richtlinien der Entwicklung zu überblicken und die Entwicklung durch bewußte Aktion abzukürzen, ihren Gang zu beschleunigen.“ („Die Neue Zeit“ 1912/13, Bd. 2 S. 843.) Doch ist es bis zum ersten Weltkrieg, anders als gleichzeitig in der russischen Sozialdemokratie (s. unten, S. 211 f.), nicht zu organisatorischer Verselbständigung der widerstreitenden Teile gekommen. Die Gegensätze wurden immer wieder überdeckt.

Mit dem denkwürdigen Tag des 4. August 1914, an dem die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion die von der kaiserlichen Regierung geforderten Kriegskredite bewilligte, hat der Revisionismus aufgehört, Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zu sein; er hat sichtbar die Führung übernommen und kann hinfort nicht länger auf sein bloßes Verhältnis des Widerspruchs zum

klassischen Marxismus hin betrachtet werden. Der Revisionismus endet da, wo er nichts mehr zu revidieren vorfindet. — Mit dem Revisionismus schließt zugleich ein Teil der Denkgeschichte der sozialen Bewegung ab. Diese ist stets auf *Emanzipation* des arbeitenden Teils der Gesellschaft gerichtet gewesen. Ihre Denkgeschichte endet da, wo das Ziel nicht mehr Emanzipation ist. Die seit dem ersten Weltkrieg vorgebrachten Gedanken von staatlicher Ordnung der Marktwirtschaft, von „gerechter Einkommensverteilung“, von „Wirtschaftsdemokratie“, von Mitbestimmung und Miteigentum haben zum Leitbild die *Einordnung* („Integration“) der arbeitenden Schichten in die Gesellschaft, so wie sie ist; sie fallen daher außerhalb einer Darstellung der Theorie der sozialen Bewegung.

## II. Der Austromarxismus

Der „Austromarxismus“ (MAX ADLER, 1873—1940; OTTO BAUER, 1882—1938; KARL RENNER, 1870—1950; RUDOLF HILFERDING, 1877—1941) ist etwa seit 1904 zu datieren; in diesem Jahr beginnen die „Blätter zur Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus“ zu erscheinen. Seine Hauptwirkungszeit ist jedoch die Spanne vom Ende des ersten Weltkriegs bis zum Beginn der Verfolgungsära unter DOLLFUSS 1934 gewesen. — Im Unterschied zum deutschen Revisionismus hat der Austromarxismus sich der Vokabeln von MARX weiter bedient. Auch soll das Ziel der Sozialismus im Sinne von „klassenloser Gesellschaft“ sein. Aber diese Gesellschaft wird auch nach Auffassung des Austromarxismus nicht im Klassenkampf verwirklicht; sie kommt, da mit Notwendigkeit, von selbst. Meinten die deutschen Revisionisten, mit dem Sozialismus habe es noch gute Weile, so erklärten die Austromarxisten umgekehrt: der Sozialismus ist schon da!

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs schrieb KARL RENNER: „Der Sozialismus ist in die Periode der Verwirklichung eingetreten, er steht hart vor dem Ziele! Überall

greifen die Arbeiter nach dem Staate, an vielen Stellen haben sie ihn ergriffen, an manchen ihn zu handhaben gelernt... Wenn schon nicht Alleinherrschaft so Teilnahme an der Herrschaft durch den Staat, verwalten, mitverwalten und nie wieder abseits stehen!" Und: „Die ganze Daseinsweise des Arbeiters ist heute... zu drei Vierteln schon sozialisiert...“ (Die neue Welt und der Sozialismus. Einsichten und Ausblicke des lebenden Marxismus, Salzburg 1946, S. 15, 36.)

Das private Unternehmen anonymisiere sich immer mehr und werde zu einer von einer Dienstklasse geleiteten unpersönlichen Anstalt, die immer umfangreicherer öffentlicher Einwirkung unterliegt; damit aber sei das Privatunternehmen schon sozialisiert. Der Einzug der Sozialdemokratie in die Regierung hebe den Herrschaftscharakter des Staates auf. Der Völkerbund (und später: die UNO) bezeichne den Beginn des internationalen Sozialismus.

Die bemerkenswerteste theoretische Leistung des *frühen* Austromarxismus stellt HILFERDINGS „Finanzkapital“ (1910) dar. Hier haben die großen sozialökonomischen Veränderungen der Zeit eine umfassende theoretische Verarbeitung gefunden.

Auf drei Hauptthesen läßt sich der Gedankengang des Werkes zurückbringen:

1. *Die Anonymisierung des Unternehmerkapitals*: An die Stelle des persönlichen Unternehmers tritt die große Kapitalgesellschaft. Hierdurch wird das Kapital mobilisiert: es verdoppelt sich gewissermaßen, indem zu dem angelegten Kapital die frei begebaren Kapitaltitel treten. „Fiktives Kapital“ wird in Umlauf gesetzt. — Das Vordringen der unpersönlichen Kapitalgesellschaft ändert die *Eigentumsverhältnisse*: „Durch die Verwandlung des Eigentums in Aktieneigentum wird der Eigentümer zum Eigentümer minderen Rechts“, während die wahren „Produktionsbeherrscher“ zu einem immer engeren Zirkel zusammenschrumpfen. Die wirkliche Verfügung über das Produktionskapital steht Leuten zu, die nur einen Teil desselben wirklich beigesteuert haben.“ — Der Bedeutungschwund des freien Eigentümers für die Leitung der gewerblichen Großunternehmungen wird für HILFERDING sinnfällig in der ökonomischen Kategorie des „*Gründergewinns*“: Der Inhaber von Obligationen oder Aktien erhält in Form von

Zins bzw. Dividende nicht den gesamten Unternehmensgewinn, sondern nur einen Teil desselben, den Leihzins, der schon nach MARX nicht in den Ausgleich der Profitraten eingeht; ihm nähert sich HILFERDING zufolge auch die Realrendite der Aktien. Der „Gründergewinn“ ist also die Differenz zwischen Gesamtprofit des Unternehmens und Leihzins. Indem der „Gründergewinn“ dem als Kapitalgesellschaft organisierten Unternehmen immer wieder zuwächst, wird dessen Akkumulationskraft gestärkt. Hierdurch, sowie durch ihren weit besseren Zugang zum Bankkredit, ist die Kapitalgesellschaft dem Personalunternehmen überlegen. HILFERDING verarbeitet damit die heute allgemein vertraute Erscheinung des einbehaltenen Gewinns („Selbstfinanzierung“); ein Moment, das übrigens schon MARX als einen den tendenziellen Fall der Profitrate retardierenden Umstand gewürdigt hat.

2. Hiermit im Zusammenhang steht die Verbindung des industriellen mit dem Bankkapital zum „*Finanzkapital*“. Finanzkapital ist, ökonomisch betrachtet, „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen“. „Herrschaft“ des Finanzkapitals bezeichnet die Konsolidierung der vereinigten (und auch oft personell verketteten) Interessen von Industrie- und Bankwelt. Auch das Zusammenwirken von industriellem und Leihkapital stärkt die Expansionskraft der Großunternehmungen. Da die Banken im wohlverstandenen eigenen Interesse auf miteinander rivalisierende Großkunden der Bank einwirken, kräftigen sie ihrerseits die Querverbindungen innerhalb der gewerblichen Wirtschaft.

3. *Die Organisation der Märkte*: Über die Bildung von Großunternehmungen in der Form der Kapitalgesellschaft hinaus wirken Marktzusammenschlüsse aller Art (am häufigsten in Form von Kartellen) dahin, die freie Konkurrenz schrittweise zu beseitigen. Zweck der Kartellierung ist, den Beteiligten Monopolpreise, und hierdurch Monopolgewinne, zu sichern. Solche kollektiven Monopolgewinne kartellierter Produktionszweige müssen aber nach HILFERDING zu Lasten anderer, nämlich der nichtkartellierten Bereiche gehen. Monopolpreisbildung bewirkt, im Verein mit Sperrung des monopolisierten Sektors für die freie Kapitalanlage, eine gewisse *Spaltung der Profitraten*. „Die Profitrate steigt in den kartellierten Industrien und sinkt in den nicht-kartellierten.“ Dadurch wird die Lage der Nicht-Kartellierten immer kritischer. Das

einziges Mittel hiergegen, das den Nicht-Kartellierten bleibt, ist der eigene Zusammenschluß. So „ist eine Tendenz zu stetiger Ausbreitung der Kartellierung vorhanden... Als Resultat des Prozesses ergäbe sich dann ein *Generalkartell*. Die ganze Produktion wird bewußt geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt“.

Durch ein „Generalkartell“ aber müßte sich die ganze Produktionsweise unversehens ändern: Innerhalb eines Kartells, das *alle* umschließt, wird das Streben nach Gewinnmaximierung offenbar sinnlos, und ebenso eine hierauf gerichtete Preisbildung. Kriterium des Erfolgs wird nun der Güterausstoß allein. Dies aber ist das Prinzip *sozialistischer* Wirtschaftsführung. So schlägt die kapitalistische Wirtschaft in ihrem eigenen Fortgang um in eine nach dem Gedanken der *öffentlichen Wohlfahrt* geordnete. Während nach HILFERDING vorläufig das Finanzkapital noch aggressiv auf die Weltmärkte ausgreift und im übrigen seine Marktmacht in die Sphäre des Staates hinein zu verlängern trachtet, arbeitet es selbst schon an seiner Überwindung. Es ist dann nur noch nötig, daß eine Partei, die diese geheime Gesetzlichkeit erkannt hat, an die Regierung gelangt, um den Sozialismus perfekt zu machen.

Das hat HILFERDING in seinem Referat auf dem Kieler Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (1927) näher ausgeführt: Wir befinden uns „augenblicklich in der Periode des Kapitalismus, in der im wesentlichen die Ära der freien Konkurrenz, in der der Kapitalismus rein durch das Walten der blinden Marktgesetze beherrscht war, überwunden ist, und wir zu einer kapitalistischen Organisation der Wirtschaft kommen, also von der Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft... Organisierter Kapitalismus bedeutet... in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. Diese planmäßige, mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwirkung der Gesellschaft, das heißt nichts anderes, als der Einwirkung durch die einzige bewußte und mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation der Gesellschaft, der

Einwirkung durch den Staat... Das heißt nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“ (Aus dem Protokoll.)

Der Gedanke, daß der vollendete Kapitalismus der organisierten Konkurrenz umschlage in eine neue Wirtschaftsordnung des Gemeinwohls, findet sich bei einer Reihe von Zeitgenossen HILFERDINGS. Als einer der ersten hat WALTER RATHENAU (geb. 1867, ermordet 1922), der Organisator der deutschen Kriegswirtschaft, ein Hinüberwachsen der Privatwirtschaft in den öffentlichen Raum als allgemeine Tendenz angenommen. (Die neue Wirtschaft, 1918); ein Gedanke, der bei JOHN M. KEYNES (1883—1946) wiederkehrt (The End of Laissez-Faire, 1926). Und der deutsche Nationalökonom HEINRICH v. STACKELBERG (1905—1946) hat in seiner Schrift „Marktform und Gleichgewicht“ (1934) ausgeführt: Die Entwicklung drängt zum „bilateral monopolisierten korporativen Markt“, der durch den Staat abgesichert wird. Ein solches Marktverhältnis sah STACKELBERG, mit AMOROSO, vorbildlich verwirklicht im Wirtschaftsstaat des italienischen Faschismus.

Durch diese überraschende Beziehung sind HILFERDINGS Gedanken in ihrem Eigenwert nicht herabgesetzt. Etwas viel Allgemeineres tut sich vielmehr kund: Im zwanzigsten Jahrhundert hören innerhalb der bürgerlichen Welt die Denkrichtungen auf, sich scharf voneinander zu scheiden. Die verschiedensten Denkkreise begegnen einander; Gegensätze von einst verschwimmen, die „Weltanschauungen“ vermischen und durchdringen sich; Abweichendes wird integriert oder ausgemerzt. Ein ungeheurer Angleichungsprozeß der Meinungen hat sich bis auf den heutigen Tag vollzogen, der für mehrere einander ernstlich widersprechende Weltauffassungen in der Gesellschaft keinen Raum mehr lassen will.

### III. Zur geistesgeschichtlichen Stellung des Revisionismus

1) Mit dem Revisionismus hat das Denken eines Teils der Sozialbewegung, besonders in Deutschland, wieder Anschluß an das nicht-sozialistische Denken gefunden. Zu einer Reihe sozialökonomischer Lehrmeinungen der Zeit ergeben sich Beziehungen: Das Pochen auf eine letztlich ethisch begründete Sozialreform teilt der Revisionismus mit den konservativen „Kathedersozialisten“ der damaligen Zeit (GUSTAV SCHMOLLER, 1838—1917; ALBERT SCHÄFFLE, 1831—1903; HEINRICH HERKNER, 1863—1932), den Appell an die bestehende öffentliche Gewalt mit den „Staatssozialisten“ (CARL ROBERTUS, 1805—1875; AD. WAGNER, 1835—1917), das institutionelle Denken mit der „Sozialrechtlichen Schule“ (RUD. STAMMLER, 1856—1938; KARL DIEHL, 1864—1943). Auch zu LUJO BRENTANOS (1844—1931) Sozialliberalismus und FRIEDRICH NAUMANN (1860—1919) nationalem Sozialismus ergeben sich Verbindungen.

2) Mit dieser Rückkehr zum nicht-sozialistischen Lehrgut hängt es zusammen, daß nun auch die nach der Jahrhundertwende zur selbständigen akademischen Disziplin sich ausbildende Soziologie ihrerseits in die Lage kommt, die moderne Sozialbewegung nicht so sehr auf ihre Besonderheit als vielmehr auf eine allgemeine gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit hin, die sich an ihr selbst vollziehe, zu untersuchen. Zwei soziologische Lehren sind hier von besonderem Interesse:

a) VILFREDO PARETO (1848—1923) Theorie von der Zirkulation, oder richtiger: von der *Assimilation der Eliten*<sup>1)</sup>:

PARETO geht aus von einem in der Geschichte immer wieder anzutreffenden Zwei-Klassen-Schema, mit Oberklasse A und Unterklasse B. Beide Gruppen bleiben allerdings nicht auf lange eine Einheit: So differenziert sich die Oberklasse A in einen zuverlässigen Kern Aa und in eine Teilgruppe Ab, deren

<sup>1)</sup> Über die „circolazione delle aristocrazie“ vgl. Trattato di sociologia generale, Firenze 1916, vor allem § 2179; die folgende Darstellung schließt an den Manuale di economia politica, Milano 1906, Kap. II § 103 sqq., an.

Mitglieder mit der Unterklasse sympathisieren, zu dieser übergehen, ihr die Ideen und die Führer liefern. So ist es in der Aufklärungszeit gewesen, als viele Adlige die Partei des dritten Standes ergriffen; und so ist es wieder in der Gegenwart, da die Führer der Arbeiterbewegung sich aus dem Bürgertum rekrutieren. Aber auch die Unterklasse beginnt regelmäßig nach einiger Zeit sich zu scheiden in ein Element Bb, das Unterklasse bleibt, und in eine Gruppe Ba, die zur Oberklasse will und ihren eigenen Aufstieg schließlich über den der ganzen Klasse setzt. Für die Oberklasse ist es nun ein Gesetz ihrer Lebenserhaltung, einerseits den Verlust von Menschen des Typs Ab möglichst gering zu halten und andererseits sich selbst aus der Gruppe Ba zu regenerieren, die Elite der Unterklasse an sich zu ziehen, sie mit ihrem Geist zu durchdringen. — Man hat hier die eigentliche Lehre von der Kunst der gesellschaftlichen „Integration“; und es ist ersichtlich, daß sich diese auf den Revisionismus vortrefflich beziehen läßt.

Hat PARETO zunächst an die Assimilation der Führer der Unterklasse gedacht, so hat GAETANO MOSCA (1858—1941) die Notwendigkeit und Möglichkeit betont, die *Zwischenschichten* an die Ideen der Oberklasse heranzuführen. (*Elementi di scienza politica*, 1. Aufl. 1922; der erste Teil erschien bereits 1895.) Und gewissermaßen die dritte, vollendete Stufe der gesellschaftlichen Integration wird heute erstrebt: Auch das Bewußtsein der großen Masse Bb soll dem des Typus A angeglichen werden, womit in der Tat die gesamte Unterklasse einer bewußtseinsmäßigen Überfremdung durch den herrschenden Teil der Gesellschaft unterliegen würde.

b) ROBERT MICHELS' (1876—1936) „*ehernes Gesetz der Oligarchie*“.

MICHELS hat sich vom sozialistischen Parteigänger zum Befürworter eines autoritären Volksführertums fortentwickelt; von der deutschen zur italienischen Staatszugehörigkeit übergewechselt, ist er in den letzten Jahren seines Lebens einer der außenpolitischen Berater *Mussolinis* gewesen. In seinem bedeutendsten Werk „*Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*“ (1911) hat er seiner Resignation darin Ausdruck verliehen, daß das demokratische Ideal ROUSSEAUS nicht einmal innerhalb der die staatliche Willensbildung präformierenden Körperschaften, der Parteien, zu verwirklichen sei, und dies an der inneren Entwicklung gerade der sozialistischen Parteien seiner Zeit demonstriert. — In die gleiche Kerbe hat

OSWALD SPENGLER (1880—1936) geschlagen (Der Untergang des Abendlandes, 1918): Das Parteiwesen sei eine Weise, politischen Willen organisiert zur Geltung zu bringen, die charakteristisch für die bürgerliche Epoche sei. Indem die Arbeiterbewegung diese Form übernehme, falle sie derselben Dekadenz des Parteibetriebs anheim, die erst im Führertum — ausgeübt zunächst innerhalb der Parteien, dann im Staatswesen („Cäsarismus“) — geheilt werden könne.

Nach dem ersten Weltkrieg schließlich hat der belgische Sozialistenführer HENDRIK DE MAN (geb. 1885, gest. 1953 im Exil, wohin er wegen seiner Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht gehen mußte), im Anschluß besonders an den amerikanischen Sozialpsychologen McDUGALL die herrschende Auffassung von der unbewußten Natur der menschlichen Willensanstöße auch auf die Arbeiterbewegung angewandt und diese damit der allgemeinen Lehre vom irrationalen Verhalten unterworfen. Am Revisionismus hat DE MAN kritisiert, daß er das theoretische Element der Arbeiterbewegung immer noch zu ernst genommen habe:

„Statt die Theorie, der sich die Arbeiterbewegung anzupassen habe, zu revidieren, hätte er [der Revisionismus] aussprechen müssen, daß die Praxis der Arbeiterbewegung selber die einzige Quelle tauglicher theoretischer Einsicht ist. Er hätte die Erkenntnis aus der Bewegung, statt umgekehrt die Bewegung aus der Erkenntnis ableiten müssen.“ (Zur Psychologie des Sozialismus, Jena 1926, S. 22.)

So ist zugleich von „innen“ und „außen“ her die Denkrichtung, die im Revisionismus auslief, Schritt für Schritt jener Welt wieder zugeführt worden, wider die zu streiten sie einst ausgezogen war.

## B. Der nicht-marxistische Reformismus

### *I. Frankreich: Jean Jaurès*

Nach der Niederlage der Pariser Kommune (1871) fand sich die französische Arbeiterbewegung zunächst schroffer Unterdrückung ausgesetzt. Erst gegen Ende der siebziger

Jahre war wieder an festeren Zusammenschluß zu denken; auf JULES GUESDE (1845—1922) geht die Gründung des „Parti Ouvrier“ (1881) zurück. Schon in den nächsten Jahren aber begann innerhalb der anfangs auf den Marxismus eingeschworenen Partei der Richtungskampf zwischen den aufs Ganze gehenden „Guesdisten“ und den am sofort „Möglichen“ orientierten „Possibilisten“. Der Kampf verschärfte sich nach einer öffentlichen Rede MILLERANDS (1859—1943) im Jahre 1896, die als „Charta“ des Revisionismus angesehen wurde; und besonders, nachdem MILLERAND, seiner Entscheidung für den ausschließlich parlamentarischen Weg zum Sozialismus entsprechend, 1899 in ein bürgerliches Kabinett eingetreten war.

Zwischen revolutionärer (und das heißt nach der Jahrhundertwende vor allem: syndikalistischer) und revisionistischer Richtung hat JEAN JAURÈS (1859—1914) als Reformist zu vermitteln gesucht.

JAURÈS bemüht sich um eine Verbindung von philosophischem Idealismus und Materialismus. Die Gemeinwirtschaft ist ihm die Vollendung der Demokratie, die „Expropriation“ daher notwendig. Aber mit der bloßen Nationalisierung der Produktionsmittel ist es nicht getan. Vielmehr soll die Verwaltung der nationalisierten Unternehmungen auf Berufsverbände übertragen werden. Der Staat selbst muß schrittweise und mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts zu einem Organ des proletarischen Mehrheitswillens gemacht werden. Der (zu Beginn des Jahrhunderts auch in Frankreich viel erörterte) politische Massenstreik ist für JAURÈS ein zu ernstes Mittel, als daß man zu seiner Anwendung leichtfertig schreiten sollte. Im Notfall aber darf nach seiner Auffassung das arbeitende Volk auch zu äußersten Mitteln greifen. Massenstreik und Aufstand scheinen JAURÈS legitim als Waffe gegen den Krieg. Überzeugter Internationalist (bei gleichzeitiger Verfechtung der nationalen Integrität eines jeden Volkes) hat JAURÈS nur den echten Verteidigungskrieg als gerechtfertigt angesehen. — Als lebhafter Agitator gegen die Kriegsvorbereitungen der europäischen Mächte wurde JAURÈS am 31. Juli 1914, unmittelbar vor Ausbruch des ersten Weltkriegs, ermordet.

*II. England: Der Fabianismus*

Im Jahre 1884 ging aus der 1883 gebildeten Fellowship of the New Life die Fabian Society hervor. Sie hat nie mehr sein wollen als ein Intellektuellenzirkel; doch hat die Mitwirkung bedeutender Personen (SIDNEY und BEATRICE WEBB, 1859—1947 bzw. 1858—1943; HERBERT GEORGE WELLS, 1866—1946; GEORGE BERNARD SHAW, 1856 bis 1950) der Gesellschaft beträchtlichen Einfluß auf das Sozialdenken des zeitgenössischen England verschafft. — Der Name ist schon ein Programm: Wie der römische Diktator Fabius mit dem Beinamen Cunctator durch hinhaltende Taktik das sieggewohnte Heer Hannibals zermürbte, so haben auch die frühen Fabier durch fortgesetzte Aufklärungsarbeit, die sich vor allem an die leitenden Personen des Staatswesens wandte, die Selbstgewißheit der herrschenden Kreise erschüttern und sie sacht auf den Pfad der sozialen Vernunft führen wollen; sie haben den „Benthamischen Weg zum Sozialismus“ (R. H. S. CROSSMANN) gesucht.

In ihren sozialökonomischen Vorstellungen verrät die Fabian Society den Einfluß der damals lebhaften Agitation der Landreformbewegung. (WALLACE, GEORGE; vgl. oben, S. 28 ff.) — Hat MARX den *Mehrwert* zum Angelpunkt seiner Gesellschaftskritik gemacht und der Kategorie des Mehrwerts auch die Grundrente eingeordnet, so greifen die Fabier auf die *Rententheorie*, in der Fassung, die ihr RICARDO gegeben hat, zurück; und einer verallgemeinerten Kategorie der Rente ordnen sie auch den Unternehmungsgewinn ein. Dies steht übrigens in Übereinstimmung mit der Neigung einer Reihe zeitgenössischer Nationalökonomien, nicht nur die Gewinneinkommen, sondern *alle* Einkommen mit den Mitteln der Rententheorie zu erklären. (Im angelsächsischen Sprachbereich sind hier besonders von Bedeutung geworden ALFRED MARSHALL, 1842—1924, und JOHN BATES CLARK, 1847—1938.) Während allerdings der Versuch, die klassische Verteilungslehre in eine allgemeine Rententheorie zu verwandeln, vom Begriff der *Differentialrente* ausgeht, halten sich die Fabier, im Sinne RICARDOS, an die *Monopolrente*; sie erweitern so das Verdikt der Landreformer gegen

die bestehende Wirtschaftsordnung: Nicht nur die absolute Grundrente — jegliche Form von Monopolrente, also auch der Unternehmungsgewinn, sollte hinweggenommen werden. Die entweder durch Überführung des zugrundeliegenden Eigentums in öffentliche Hand oder durch Hinwegsteuern des Ertrags. Diese Auffassung hat einen gewissen Einfluß auf die seit 1894 immer mehr ausgebaute britische Nachlaßbesteuerung gehabt.

Das öffentliche Eigentum muß nach Ansicht der frühen Fabier nicht staatlich verwaltet werden; Formen von „Munizipal sozialismus“, neben der Entwicklung von Produktionsgenossenschaften, wird der Vorzug gegeben.

Die Klassenidee, daher auch der Gedanke des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats, ist den Fabiern durchaus fremd geblieben. Auch haben sie es nie darauf abgesehen, Massenanhänger zu gewinnen. An der Konstituierung der Independent Labour Party (1893) sowie des Labour Representation Committee (1900), aus welchem die Labour Party (1906) hervorging, hatten sie tätigen Anteil, ohne sich mit beiden zu identifizieren. Ihre Gedanken allerdings sind in den geistigen Bestand der Labour Party eingegangen. — Über das neuere Denken der Gruppe unterrichten die 1951 herausgegebenen „New Fabian Essays“<sup>1)</sup>.

## § 2: Spontane Gegenbewegungen

Während die Führer der zeitgenössischen Sozialbewegung vielfach in der Gesellschaftsreform die Hoffnung der Arbeiterbewegung erblickten, hat ein Teil der Arbeiterschaft selbst, in erklärtem Widerspruch hiergegen und vielfach in betontem Anti-Intellektualismus, sein Heil in der eigenen Kraft gesucht.

### A. Der revolutionäre Syndikalismus

Der Syndikalismus ist eine weniger theoretische als vielmehr praktische, von den Arbeitern selbst ausgehende Gegenbewegung gegen den Reformismus gewesen. Schon

<sup>1)</sup> Deutsch unter dem Titel: „Neue Beiträge sozialistischer Autoren“, 1953.

seit Anfang der neunziger Jahre war er in Frankreich, propagiert besonders von F. L. E. PELLOUTIER (1867 bis 1901) lebendig; hier richtete er sich später besonders gegen den „Millerandismus“. Seine Hauptwirkungszeit aber war überall die Spanne von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg. Der revolutionäre Syndikalismus ist vor allem in den romanischen Ländern aufgetreten; bis heute hat er sich, auch unter Verfolgungen, in Spanien sowie in Südamerika erhalten. In Deutschland hat ihm GUSTAV LANDAUER (geb. 1870, ermordet 1919) nahegestanden.

Wie der Name sagt, hat die Bewegung in den Gewerkschaften ihren Ort. Diese stehen der Erlebniswelt des Arbeiters zunächst näher als eine politische Partei. Als eine gewerkschaftliche will die Bewegung die bürgerliche Welt vor allem auf dem ökonomischen Sektor bekämpfen und besiegen, durch Organisierung der Massenkraft der Arbeitenden. Die Syndikalisten mißtrauen dem parlamentarischen Umweg, den die sozialistischen politischen Parteien eingeschlagen haben. Sie wollen die „action directe“: Streik, Boykott, Sabotage, Fabrikbesetzung. Soweit theoretische Vorstellungen im Spiel sind, gehen sie vor allem auf den Anarchismus (in Frankreich: auf J. E. RECLUS, 1830—1905) zurück. Mit dem Anarchismus teilt der Syndikalismus auch die Idee einer zukünftigen Organisation der proletarischen Wirtschaft durch die Syndikate: Die Betriebe sollen in die Arbeiterselbstverwaltung übergehen und untereinander durch lose Produktionsverbände föderiert werden. Diesem Konzept eines Gruppensozialismus kommt die heutige jugoslawische Wirtschaftsverfassung nahe.

Mit dem Syndikalismus haben eine Reihe von nicht-sozialistischen Intellektuellen zeitweilig sympathisiert: In Frankreich waren dies namentlich GEORGES SOREL (1847—1922), EDUARD BERTH, LAGARDELLE. Die beiden ersten näherten sich alsbald rechts-nationalistischen Kreisen; später begeisterten sie sich für LENINS bolschewistische Revolution. Nimmt man hinzu, daß *Mussolini* SOREL als seinen geistigen Lehrmeister betrachtet hat, so wird nicht nur ein Bild von der Ambivalenz eines Teils der

Intelligenz jener Zeit entrollt, sondern deutet sich auch an, daß vom Syndikalismus selbst offenbar Wege in sehr verschiedene Richtungen ausgehen konnten.

Die Bedeutung, die vor allem der westeuropäische Syndikalismus des frühen 20. Jahrhunderts, allerdings mehr für die Praxis als für die Theorie der Arbeiterbewegung, gehabt hat, darf in folgendem gesehen werden:

a) Die Syndikalisten haben dem *Industrieprinzip der Gewerkschaftsorganisation*, gegenüber dem Berufsprinzip, das zu außerordentlicher Zersplitterung der Fachverbände geführt hatte, zum Durchbruch verholfen. Hierdurch wurden die Gewerkschaften in die Lage versetzt, der wachsenden Koalition in der Industrie selbst entsprechende Gegenorganisationen zur Seite zu stellen. Industriegewerkschaft gegenüber Fachverband — das hieß zugleich: Massengewerkschaft gegenüber Facharbeitergewerkschaft. Insofern verfocht der Syndikalismus mit dem Industrieprinzip zugleich die Sache der Ungelernten gegenüber den häufig widerstrebenden Gewerkschaftsleitungen, welche die Arbeiterkoalition auf die höher Qualifizierten zu beschränken neigten. — Im selben Sinn, als Gegengewicht gegen eine Gewerkschaftsführung, die den Syndikalisten der Kollaboration verdächtig war, betrieben diese auch die Aufstellung besonderer Betriebsvertretungen der Belegschaften (shop stewards) — eine Einrichtung, die sich überall durchgesetzt hat.

Im Zusammenhang hiermit steht etwas zweites:

b) Der Gedanke der *Arbeitermitverwaltung*, der „industrial democracy“ (WEBB) wurde von den Syndikalisten verbreitet. Diese verstanden die Arbeitermitverwaltung als eine Durchgangsstufe zur schließlichen Alleinbestimmung der Arbeitenden. Sie unterschieden sich hierdurch gründlich von jenen Sozialreformern, welche auf dem Wege über „Wirtschaftsdemokratie“ (F. TARNOW) und wirtschaftsfriedliche „Mitbestimmung“ zur industriellen „Partnerschaft“ haben gelangen wollen.

c) Das Hegkind der Syndikalisten aber war der Gedanke des *Massenstreiks*. In den ersten Jahren des Jahrhun-

derts viel erörtert, erhielt die Frage namentlich unter dem Eindruck der gewaltigen Streiks von 1905 in Rußland auch in der westeuropäischen Arbeiterbewegung Bedeutung, ob der politische Massenstreik ein wirksames und zu bejahendes Mittel darstelle, sei es zur Erreichung bestimmter politischer Teilziele (wie etwa des allgemeinen und gleichen Stimmrechts in Preußen), sei es, um mit der bestehenden Gesellschaftsordnung überhaupt reinen Tisch zu machen. Für den revolutionären Syndikalismus gewann hierbei der Massenstreik, als Inbegriff des direkten Massenhandelns, eine geradezu programmatische Bedeutung.

Nach dem ersten Weltkrieg haben sich, unter dem Einfluß der bolschewistischen Revolution in Rußland sowie der Gründung kommunistischer Parteien überall in der Welt (III. Internationale 1919), auch innerhalb des revolutionären Syndikalismus die Geister in gewissem Maße geschieden: Ein Teil der Anhänger ist zum streitbaren Sozialismus gestoßen, ein anderer Teil zu jenen, die ihren Frieden mit der bestehenden Ordnung gemacht haben.

## B. Der Gildensozialismus

Die Gildenbewegung stellt die englische Spielart jenes Gruppensozialismus dar, den wir bei den Syndikalisten kennengelernt haben. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts entstanden, war die Bewegung zunächst geschichtlich rückwärts gewandt: Man träumte von den alten Zünften und dem redlichen Handwerk. (Gewisse Beziehungen zu der frühzeitigen Rückwendung der englischen Kunst zu Kunstgewerbe und Handerzeugung [W. MORRIS, J. RUSKIN, der englische Jugendstil] sind unverkennbar.) Später scharten sich um die Gildenbewegung diejenigen, die sich durch den Reformgeist der Labour-Führung und durch das Verhalten der Arbeiterführer bei den großen Streiks der Transportarbeiter (1911) und der Bergleute (1913) enttäuscht fühlten. Nach dem ersten Weltkrieg fand der Ruf des Gildensozialismus nach Übereignung der Fabriken an die organisierten Arbeiter vorüber-

gehend größeren Widerhall in der Öffentlichkeit, die durch das Bekanntwerden der großen Kriegsgewinne der Privatwirtschaft in erhebliche Erregung versetzt war. 1915 hatte die Gildenbewegung durch Gründung der „National Guilds League“ festere organisatorische Gestalt erhalten. Das Gründungstatut enthielt die Forderung:

„Abschaffung der Lohnarbeit, Aufrichtung der Selbstverwaltung (self-government) der Arbeiter in der Industrie mit Hilfe eines demokratischen Systems von nationalen Gilden, in Verbindung mit einem demokratischen Staat.“

Obwohl die Liga nur wenige hundert Mitglieder zählte, verschafften ihr doch klingende Namen (B. RUSSELL, R. H. TAWNEY, G. LANSBURY) zeitweilig größere Ausstrahlung. 1922 wurde, unter Mithilfe vieler Gewerkschaften, ein „National Guild Council“ ins Leben gerufen. Doch schon Mitte der zwanziger Jahre kam die Bewegung zum Erliegen. Der Gedanke der Arbeiterkontrolle und der Selbstverwaltung nationalisierter Unternehmungen hat indessen in England weitergewirkt, bis in die Organisation der nach 1946 verstaatlichten Industrien hinein.

### § 3: Organisierte Gegenbewegung, unter Fortbildung des klassischen Sozialismus

So sehr es in allen Ländern, in deren Sozialbewegung der Reformismus überwog, marxistische Gegenströmungen gegeben hat, so ist doch der konsequente Bruch mit dem, was zum vorherrschenden Gedankengut der II. Internationale geworden war, und eine theoretische Bewältigung der neuen Verhältnisse mit den Mitteln des überkommenen wissenschaftlichen Sozialismus in dem Lande unternommen worden, das bis zur Jahrhundertwende an der Peripherie der internationalen Arbeiterbewegung gestanden hat: in Rußland. Die Lehren des Bolschewismus („Leninismus“) sind zur Grundlage auch des theoretischen Weltkommunismus geworden. — Nur die theoretische Seite von Bolsche-

wismus und Weltkommunismus wird im folgenden darzustellen sein; und auch hier vorwiegend die ökonomisch-soziale Auffassung.

## A. Der Bolschewismus (bis 1917)

Auch hier bedarf es zunächst einer Vorstellung von der Anschauungswelt, die sich dem Sozialdenken darbot, das heißt: von Rußlands gesellschaftlichen Zuständen.

### I. Das zaristische Rußland

Die *Sozialgeschichte Rußlands* weist gewichtige Besonderheiten auf; gewisse Seiten der westeuropäischen Entwicklung hat sie nicht geteilt. Die Missionierung durch Byzanz und die Aufnahme des Ostchristentums hat Rußland nicht die ungeheuren Kämpfe zwischen den Königen und dem Papst, zwischen weltlicher und geistlicher Macht erleben lassen, durch welche schon im Mittelalter beide Gewalten, indem sie sich voneinander abgrenzten, letztlich relativiert und sowohl die geistliche als auch die weltliche Gewalt rationaler Staatstheorie unterworfen worden sind<sup>1)</sup>. In Rußland war seit der Verselbständigung der Moskauer Kirche gegenüber Byzanz in der Mitte des 15. Jahrhunderts der Großfürst von Moskau und später der Zar unangefochtener Oberherr der Kirche. — Es fehlt ferner in Rußland die Individualisierung des Glaubens durch die Reformation und die Relativierung der Glaubenslehren durch das Nebeneinander mehrerer christlicher Religionsgemeinschaften. Es fehlt der Durchbruch des Individualismus auch in der Ordnung des weltlichen Lebens, wie er sich in Renaissance und Humanismus dargestellt hat. Es fehlt, als Grundlage hiervon, die Emanzipationsbewegung der Städte und eines städtischen Bürgertums, durch welche die Sonderung von Gesellschaft und Staat vorbereitet wurde, so daß schließlich in Westeuropa die Gesellschaft des Dritten Standes den Staat selbst nach ihren Zwecken zu formen unternehmen konnte. Auch von der ungeheuren Bewe-

<sup>1)</sup> Man denke an den kühnen Gedanken eines *Marsilius von Padua* (etwa 1275 bis 1343), den Papst durch ein allgemeines Konzil wählen sowie absetzen zu lassen. Die anhebende rationale Staatstheorie wurde hierdurch auch auf die nach dem Prinzip der Hierarchie und der Weihen aufgebaute Kirche übertragen.

gung der Aufklärung und des Rationalismus ist nur ein matter Abglanz auf Rußland gefallen. So erklärt es sich, daß noch im hohen 19. Jahrhundert ein Großteil auch der gegen die herrschenden Verhältnisse opponierenden russischen Intelligenz gleichzeitig der Entwicklung Westeuropas fremd und kritisch gegenüberstand. Es waren dies die Slavianofily (Slavophilen), die sich hierdurch von den Zapadniki (Westlern) unterschieden. Es wird aber auch deutlich, daß der Bolschewismus, mit seinem Rückgriff auf den in Westeuropa entwickelten wissenschaftlichen Sozialismus, mit seiner rationalen Erklärung der Gesellschaft, mit seiner Lehre von einer planvollen Strategie des sozialen Kampfes und seinem Konzept einer „wissenschaftlich“ zu ordnenden Gesellschaft, für Rußland überhaupt erst eine Epoche des vollen Durchbruchs der Aufklärung gebracht hat; durch ihn ist der Anschluß des russischen Denkens an den westlichen Rationalismus hergestellt worden.

Das *Rußland des 19. Jahrhunderts* bot noch immer das Bild einer traditionellen vorindustriellen Gesellschaft: Als Basis eine gewaltige Masse bis 1861 in Leibeigenschaft lebender Bauern, die in einem geschichtslosen Zustand und ökonomisch auf der Stufe des Holzpfluges dahinvegetierten; so daß ein A. HERZEN von ihnen sagen konnte, sie seien eine „Zwitterexistenz zwischen Geologie und Geschichte“ und repräsentierten eine Art des Seins, die eine „Physiologie, aber keine Biographie“ hat. (Rußlands soziale Zustände.) Über den Bauern eine schmale Oberschicht adliger Gutsbesitzer, die zugleich Herren der Dörfer waren, welche ihnen die leibeigenen Arbeitskräfte für die herrschaftliche Wirtschaft stellten. In den Städten eine schmale Schicht von Kaufleuten und Kleingewerbetreibenden; dazu gegen Ende des Jahrhunderts ein schütteres Unternehmertum: das war die Physiognomie der russischen Gesellschaft. Das eigentlich unruhige Element in dieser durch und durch stationären Ordnung war die Intelligenz (s. unten, S. 200 f.).

Das politische Regime war ein autokratisches. Im Außenverhältnis die zuverlässigste Stütze der europäischen „Heiligen Allianz“ gegen alle Anwendungen von Liberalismus und Demokratie in Europa, wußte es im Inneren mit Hilfe der geheimen Staatspolizei (Ochra) liberale, nationale oder soziale Gelüste mit Sibirien oder Schlüsselburg zu ahnden. Was in Rußland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts an bedeutenderen Reformen unternommen wurde, ist durch äußere Niederlagen und militärischen Zusammenbruch herbeigeführt worden. So war es, als der Krimkrieg (1854—56) die Schwäche von Armeen

zeigte, deren Soldatenmasse zu Hause in Leibeigenschaft gehalten wurde, und die Überfälligkeit einer Bauernemanzipation sich erwies, die schließlich 1861 gesetzlich eingeleitet wurde. So war es, als auf die Niederlage im russisch-japanischen Krieg 1904 die Massenerhebungen von 1905 folgten und Rußlands Übergang zum „Scheinkonstitutionalismus“ (MAX WEBER) erzwangen. So war es, als die Niederlage im ersten Weltkrieg und die Aufstände vom März 1917 zum Thronverzicht des Zaren führten. Die Veränderungen hatten stets den Charakter von Zugeständnissen, und sie überschritten das Maß des Unvermeidlichen nicht.

Die *Arbeits- und Lebensbedingungen*, welche die erst gegen Ende des Jahrhunderts sich entwickelnde russische Industrie ihren Arbeitern bot, hielten selbst den Vergleich zum zeitgenössischen Westeuropa nicht aus. Das Bild von der Länge des Arbeitstags, von der Niedrigkeit der Löhne, von dem Ausmaß der Frauen- und Kinderarbeit, dem Wohnungselend, dem Truicksystem, Arbeitsstrafrecht — ein Bild, wie es uns, im Anschluß an die Berichte der russischen Fabrikinspektoren, etwa von TUGAN-BARANOWSKIY (Geschichte der russischen Fabrik, russisch 1898, deutsch 1900) und SCHULZE-GÄVERNITZ (Volkswirtschaftliche Studien in Rußland, 1899) entrollt worden ist, findet seinesgleichen schwerlich. Eine Besonderheit der russischen Betriebsverfassung war der Patriarchalismus: Die Wahrung der Arbeitsdisziplin wurde als Staatsangelegenheit betrachtet. 1845 wurde ins Strafgesetzbuch die Bestimmung aufgenommen (Art. 1791), daß Ungehorsam gegen den Fabrikherrn dieselbe Strafe nach sich ziehe wie Ungehorsam gegen die Staatsgewalt. Auch Anstiftung zum Streik sowie Beteiligung an einem solchen waren unter Strafe gestellt; und diese konnte bis zur Zwangsverschickung gehen. Die Auffassung, daß ein Streik zugleich ein Akt politischer Auflehnung sei, hat sich bis in die Arbeitsverfassung der Sowjetunion erhalten. Das russische Wort „*Stäčka*“ bedeutet nicht nur Streik, sondern auch geheimes Einverständnis, Konspiration. Niemals hat es in Rußland ein freies Streikrecht gegeben. Ja selbst der Gedanke des freien Arbeitsvertrags war kaum entwickelt; bis 1861 bestand nicht nur bäuerliche Leibeigenschaft, sondern auch eine weit verbreitete Fabrikleibeigenschaft: der Unternehmer kaufte häufig mit dem Fabrikgrund ein ganzes Dorf, mitsamt seinen Seelen, wodurch ihm ortsgebundene Arbeitskräfte gesichert waren. Auch nach Wegfall der Leibeigenschaft ist es nicht zur Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartei gekommen.

Die Gewerkschaften teilten mit den politischen Gruppierungen der Arbeiterschaft das Schicksal der Unterdrückung.

Das hat das bolschewistische Denken zutiefst geprägt. Nirgends sind alle Fragen der Arbeiterbewegung so radikal aufgeworfen worden wie in Rußland. Das Ferment der Entwicklung, auch der Arbeiterbewegung, aber war die russische *Intelligenz*.

## *II. Das revolutionäre Denken vor Lenin*

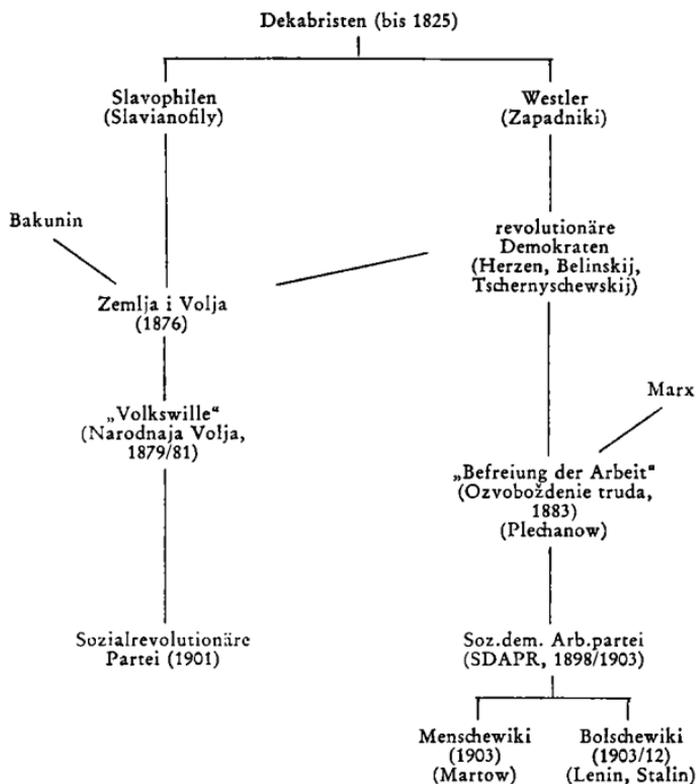
Der Bolschewismus ist einer gesellschaftlichen Verbindung von radikaler Intelligenz und Arbeiterschaft entsprungen, wie sie in Westeuropa nicht bestanden hat. Der gleichmäßige Druck des Zarismus auf beide, auf Arbeiterschaft und Intelligenz, hat sie zusammengeführt.

Die radikale Intelligenz rekrutierte sich vielfach aus dem Adel. Wenn irgendwo, dann ist auf die russischen Intellektuellen des 19. Jahrhunderts der (von ALFRED WEBER geprägte und von KARL MANNHEIM übernommene) Begriff der „sozial freischwebenden Intelligenz“ anwendbar. In der bestehenden Ordnung fanden die russischen Intellektuellen keinen Platz, während gleichzeitig das Volk durch den Zustand der rohesten Unbildung und des Analphabetismus von ihnen getrennt war. Nur in den unerschlossenen Tiefen einer wahren Volkskultur konnte die russische Intelligenz ihre eigene Hoffnung finden. Doch dazu bedurfte es offenbar einer Erneuerung, welche die gesamte bestehende Ordnung in Mitleidenschaft ziehen mußte. Als der Hort alles Bestehenden aber erschien die zaristische Autokratie. Gegen sie richtete sich, angefangen vom Dekabristenaufstand von 1825, alle Bewegung, die somit von vornherein politischen Charakter trug. Und an der Härte der zaristischen Repression radikalisierte sich die Bewegung selbst. Die Leidensgeschichte der russischen Intelligenz ist außerordentlich: kaum ein bedeutender Denker, der nicht Kerker, Verbannung, Emigration durchkostet hätte. So konnte der Dichter KOROLENKO (1851—1921) schreiben: „Wenn ein russischer Schriftsteller stirbt, so werden vermutlich in jener Welt folgende Fragen an ihn gerichtet: Warst du zu Zwangsarbeit verurteilt? Oder zur Ansiedlung in Sibirien? Saßest du im Kerker? Standest du wenigstens unter Polizeiaufsicht? . . . So verbrecherisch ist nun einmal unser Beruf.“

Der bolschewistische Kampfgeist gründet in der langen Vorgeschichte des streitbaren russischen Denkens: Vom Anarchismus ging der Weg über die Einzelaufklärer (Volkstümpler), die Anhänger des politischen „individuellen Terrors“ (Narodnaja Volja), die illegalen Zirkel und Emigrations-Gruppierungen (PLECHANOWS Gruppe „Befreiung der Arbeit“) zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR), innerhalb deren wiederum die Bolschewiki sich nach dem LENINSCHEN Konzept des „Kampfbundes“ organisierten. (Vgl. Übersicht)

1. Der Anarchismus. Der Anarchismus, mit seinen Kampfmitteln: Terrorismus, Attentat, Sabotage, bezeichnet immer wieder eine erst rohe Form sozialer Auflehnung. (Vgl. S. 17 ff.) In Rußland entzündete sich der Anarchismus an der Gewalt des Zarismus; gerade hier mußte die Verneinung des Staates am entschiedensten werden. — Zugleich ist eine gewisse Beziehung zwischen Anarchismus und Bauerntum zu beobachten. Rußland ist ein Land der Bauernrevolten gewesen. Das Aufbegehren der Bauern aber hat, in Rußland wie anderwärts, jene wiederkehrenden Formen angenommen, welche das Ziel weist: In aller Regel ist Hauptwunsch der Beteiligten die Aneignung des Bodens; diese aber stellt einen individuellen Akt dar, und der Zusammenhalt der Bewegung reicht nur bis zu ihrem Vollzug. Bauernerhebungen pflegen elementar und ungeleitet wie Naturgewalten loszubrechen, um sich alsbald auf zahllose Einzelschauplätze zu zerteilen; und das ist regelmäßig ihr Ende. Der bäuerlichen Bewegung ist der im Grunde untheoretische Anarchismus mit seinem Rückgriff auf bestimmte sich von selbst verstehende Begriffe des gesellschaftlich Rechten und seinem Appell an die Kraft der spontanen Selbsthilfe (man vergleiche BAKUNINS Aufforderung an die Bauern: „Nehmt euch den Boden!“) angemessen. So ist die geistige Verbindung zum Slawophilentum verständlich, die der russische Anarchismus mit dem Narodničestvo teilt. Eine dem Anarchismus nahestehende Organisation war von Anfang an die von

## Zur geistigen Genealogie des Bolschewismus



Anhängern der Volkstümlerbewegung 1879 gebildete „Narodnaja Volja“.

Einige russische Anarchisten haben auch in Westeuropa zeitweilig Widerhall gefunden; sie konnten hier an eine gewisse Lehrtradition (vor allem an PROUDHON) anschließen, mit der beide Hauptvertreter des russischen Anarchismus im Exil in Berührung gekommen sind.

MICHAEL BAKUNIN (1814—1876), Sohn eines russischen Aristokraten, studierte in Moskau und Berlin, so er Linkshegelianer wurde; dazu kam der Einfluß FEUERBACHS. Am Dresdener Aufstand von 1849 beteiligt, wurde BAKUNIN von der sächsischen Regierung zum Tode verurteilt, jedoch der österreichischen, von dieser der russischen Regierung überliefert. Es schlossen sich Jahre des Kerkers und der Verbannung an, wovon letzterer BAKUNIN 1864 entrannte. Er floh nach Italien, wo er für den Anarchismus Anhänger warb. 1868 stieß er zur I. Internationale, die 1872 am Konflikt zwischen Sozialisten und Anarchisten auseinanderbrach. — Die folgenden Äußerungen kennzeichnen BAKUNINS Idee der Revolution sowie seinen Gegensatz zum Marxismus: „Der Revolutionär betrachtet alles als moralisch, was zum Triumph der Revolution verhilft; weiche und entnervende Gefühle der Verwandtschaft, Freundschaft, Liebe, Dankbarkeit, ja selbst der Ehre müssen in ihm erstickt werden von einer kalten Leidenschaft für die revolutionäre Sache. Tag und Nacht muß er einen Gedanken, ein Ziel haben — erbarmungslose Zerstörung.“ (Revolutionärer Katechismus, 1869.) „Die Kommunisten glauben, die Arbeiterkräfte organisieren zu müssen, damit sie sich der politischen Macht der Staaten bemächtigen. Die revolutionären Sozialisten organisieren sich im Hinblick auf die Zerstörung oder, wenn man ein höflicheres Wort wünscht, die Liquidation der Staaten. Die Kommunisten sind Anhänger des Prinzips und der Praxis der Autorität, die revolutionären Sozialisten haben nur in die Freiheit Vertrauen. Beide sind in gleicher Weise Anhänger der Wissenschaft, welche den Aberglauben töten und den Glauben ersetzen soll; die ersteren wollen sie aufzwingen, die letzteren werden sich bemühen, sie zu propagieren, damit die Gruppen überzeugter Menschen sich spontan und frei organisieren und fördern, von unten nach oben, durch ihre Eigenbewegung und ihren wirklichen Interessen entsprechend, nie aber nach einem vorher entworfenen Plan, der den unwissenden Massen durch einige höhere Intelligenzen aufgezwungen wird. Die revolutionären Sozialisten denken, daß viel mehr praktische Vernunft und Geist in den instinktiven Aspirationen und den wirklichen Bedürfnissen der Volksmassen liegen, als in der tiefen Intelligenz all dieser Ärzte und Vormunde der Menschheit, die die Prävention erheben, den vielen verfehlten Versuchen, die Menschheit zu beglücken, noch ihre Bemühungen hinzuzufügen. Die revolutionären Sozialisten denken im Gegenteil, daß die Menschheit sich lange genug, zu lange, hat

regieren lassen, und daß die Quelle ihres Unglücks nicht in dieser oder jener Regierungsform, sondern im Prinzip und in der Tatsache einer jeden Regierung selbst, welche es immer sei, liegt.“ (Die Kommune von Paris und der Staatsbegriff, 1871)

Auch für den Fürsten PETR KROPOTKIN (1842—1921), der 1872 zur I. Internationale stieß, von der er sich zusammen mit BAKUNIN trennte, ist der Staat ein verwerfliches Institut menschlicher Unterdrückung; an seine Stelle soll die „gegenseitige Hilfe“ treten: „Durch die gesamte Geschichte unserer Kultur ziehen sich zwei Traditionen, zwei entgegengesetzte Strömungen: die römische Tradition und die volkstümliche, die kaiserliche Tradition und die eidgenössische, die autoritäre Tradition und die freiheitliche... Die Zertrümmerung der Staaten, und das Aufkeimen neuen Lebens in tausend und abertausend Zentren, gegründet auf die lebendige Initiative des einzelnen und der Gruppen und auf die freie Vereinbarung; oder aber immer wieder der Staat, der das individuelle und örtliche Leben zermalmt, alle Gebiete menschlicher Tätigkeit mit Beschlag belegt; mit ihm die Kriege und die inneren Kämpfe um die Macht, dazu jene Oberflächenrevolutionen, die nur einen Wechsel in der Person der Tyrannen bedeuten, und am Ende dieser Entwicklung, unentrinnbar — der Tod!“ (Die historische Rolle des Staates; a. d. Frz. 1920)

Mit der Neigung zum Anarchismus, und zwar außerhalb und auch innerhalb der eigenen Reihen, hat sich noch im 20. Jahrhundert der Bolschewismus auseinanderzusetzen gehabt. (Man vgl. STALIN, Anarchismus oder Sozialismus? 1906/7; LENIN, Der Linksradikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus, 1919, sowie auch die Kämpfe um die Betriebs- und Industrieverfassung in den ersten Jahren der Sowjetmacht<sup>1</sup>.)

2. Die Volkstümpler (Narodniki): Die Volkstümpler waren eine Gruppe junger sozialrevolutionär gesinnter Intellektueller, die seit den sechziger Jahren „ins Volk gingen“, um dieses durch mühevollen Einzelaufklärung zum Bewußtsein seines Elends und zur politischen Tat zu bringen. Als sich dies, auch angesichts der polizeilichen Verfolgung, als zu langwierig erwies, griff ein Teil der Volks-

<sup>1</sup>) Werner Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956, S. 292 f.

tümer zum Mittel des Attentats auf hochstehende Persönlichkeiten, um hierdurch die Volksmassen aufzurühren. (Narodnaja Volja)<sup>1)</sup>. So kam es zur Ermordung Alexanders II. (1881). Die Volkstümer wollten sich auf die Bauernschaft stützen. Aus ihrer Bewegung ging die 1901 gegründete „Sozialrevolutionäre Partei“ hervor, die noch zur Zeit der Oktoberrevolution mit den Bolschewiki auf dem flachen Land ernsthaft rivalisierte.

Die Narodniki huldigten jenem Mir-Sozialismus, der in der Bodengemeinschaft des russischen Dorfes die Grundlage der gesellschaftlichen Zukunftsordnung, so wie sie Rußland angemessen sei, erblickte. In den fünfziger Jahren hatte der deutsche Freiherr von HAXTHAUSEN die russische Bodengemeinschaft, den Mir oder die sel'skaja obščina, untersucht und in der wissenschaftlichen Welt bekannt gemacht. Er hielt sie irrtümlich für ein urwüchsiges Relikt des einstigen allgemeinen Bodenkommunismus. Diese Einschätzung übernahm ENGELS. Ein HERZEN und ein TSCHERNYSCHESKIJ begeisterten sich damals für den Mir als Vorform eines bodenständigen russischen Sozialismus. An diesen Ideen haben die Narodniki festgehalten.

Was ihnen Nahrung gab, war die anerkanntermaßen höchst unbefriedigende Lage der Bauern, auch nach der Befreiung von 1861, die den Bauern zwar persönliche, nicht aber wirtschaftliche Unabhängigkeit gebracht hatte. „Die Erwartung der Bauern war durch die Art der Landzuteilung schwer enttäuscht worden. So eindeutig positiv das Ergebnis in bezug auf die Rechtslage der Bauern war, so bedenklich war es in wirtschaftlicher Hinsicht. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Bauern vom Herrn hatte sich dadurch eher vergrößert als verringert. Die Kapitalisierung der Urproduktion wirkte sich eindeutig zugunsten des wirtschaftlich Starken aus. Um den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, mußten die Bauern für Entgelt das Land der Gutsherren bearbeiten, was sie als Fortsetzung des Frondienstes (barschtschina) empfanden, und die Loskaufzahlungen waren für sie nichts anderes als der frühere

<sup>1)</sup> Über die Tätigkeit der Terroristen berichtet autobiographisch Vera Figner, „Nacht über Rußland“. Albert Camus hat ihnen ein literarisches Denkmal gesetzt mit seinem Drama „Die Besessenen“.

Obrok und wurden von ihnen auch so bezeichnet. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, schien alles beim alten geblieben zu sein . . . Der wirtschaftlichen Not der Bauern war nicht gesteuert; ihr Lebensstandard, auch in bezug auf den Lebensmittelverbrauch (zumal an Fleisch), blieb im Vergleich mit den Bauern der anderen europäischen Länder sehr niedrig“ (HANS V. RIMSCHA, Geschichte Rußlands, Wiesbaden, o. J., S. 452). Und ARTHUR ROSENBERG (Geschichte des Bolschewismus, Berlin 1932, S. 29) hat die russische Bauernemanzipation rundweg als „Befreiungskomödie“ bezeichnet.

Die letztlich auf die Slawophilen zurückgehende Idee, daß Rußland gegenüber dem durch und durch verdorbenen Westen einen eigenen Weg zu gehen habe, den des Bauernsozialismus, gestützt auf die unverbrauchten und noch schlummernden Kräfte des Landvolks, berief sich auch auf die folgende ökonomische Überlegung: Infolge der allgemeinen Armut der Massen kann sich in Rußland ein breiter innerer Markt nicht entwickeln. Daher fehlt die Voraussetzung für die Entfaltung des Kapitalismus in Rußland. Es bliebe einem solchen nur der Ausweg auf äußere Märkte. Nun hat aber Rußland als Spätkömmling auf der Bühne der Weltpolitik den Anschluß schon versäumt; die Welt ist weggegeben. So muß der Kapitalismus schon in seinen Anfängen verkümmern, noch ehe er eine größere Arbeiterschaft hervorgebracht hat. Da der Kapitalismus in Rußland also keine progressive Kraft darstellt, muß man, statt auf das Proletariat, auf die Bauernschaft setzen; diese ist die eigentlich revolutionäre Klasse in Rußland.

Durch zwei Umstände wurde diese Auffassung gegen Ende des Jahrhunderts erschüttert: erstens durch die Erfahrung mit der besonders schweren Hungersnot von 1891/92, die zeigte, daß der Mužik stirbt, ohne zu revoltieren. Zweitens aber durch die Tatsache, daß von den neunziger Jahren an die Industrie sich in Rußland rasch zu entwickeln begann. Zwar blieb der Anteil an der Gesamtwirtschaft bis zur Oktoberrevolution verhältnismäßig gering, aber punktuell kam es zu erheblicher Ballung der Industrie. Und dies brachte auch eine entsprechende Agglo-

meration von Arbeitermassen mit sich, was deren Schlagkraft, selbst bei verhältnismäßig geringer Gesamtzahl, sehr erhöhen mußte. Schon in den neunziger Jahren kam es zu Massenstreiks. — So war durch die tatsächliche Entfaltung einer privaten Industrie, mit all ihren Konsequenzen, der Boden bereitet für jene Bewegung, die unter Rückgriff auf den klassischen Marxismus auch für Rußland den allgemeinen Entwicklungsweg des proletarischen Sozialismus weisen wollte.

3. Wegbereiter des Marxismus in Rußland: Plechanow: Nicht mit LENIN faßte der Marxismus in Rußland Fuß; PECHANOW hatte schon Vorarbeit geleistet mit der von ihm (mit VERA SASSULITSCH, AXELROD) gegründeten Gruppe „Befreiung der Arbeit“ (1883).

GEORGIJ PLECHANOW (1857—1918) kam von den Narodniki her, deren Gegner er wurde. PLECHANOW und LENIN waren zunächst einig in der Verurteilung des Narodničestvo und gaben gemeinsam von 1900 ab die Zeitung „Iskra“ (Der Funke) heraus. Nach dem Londoner Parteitag der SDAPR von 1903 gingen ihre Wege auseinander; PLECHANOW näherte sich dem rechten, menschwistischen Flügel, was ihn allerdings nicht hinderte, den deutschen Revisionismus sowie den russischen Reformismus (STRUVE, TUGAN-BARANOWSKIJ) zu befehden. Im ersten Weltkrieg machte sich PLECHANOW zum Fürsprecher patriotischer Pflichterfüllung der Arbeiter. 1918 ist er gestorben. Seine theoretischen Leistungen liegen vor allem auf dem Gebiet der Philosophie, der Geschichte des materialistischen Denkens, der marxistischen Kunsttheorie.

PLECHANOW hat den Marxismus in die russische Arbeiterbewegung eingebracht. Erst durch LENIN aber ist dessen Adaptierung auf die russischen Verhältnisse, und zugleich auf die neuen Weltverhältnisse des 20. Jahrhunderts, geschehen. So ist LENIN von gleicher Bedeutung für die russische Arbeiterbewegung wie für den späteren theoretischen Weltkommunismus geworden.

### III. Lenins ökonomisch-soziale Lehren

VLADIMIR ILJIČ ULJANOW (dies ist LENINS wirklicher Name; 1870—1924) war der Sohn eines in den Adelsstand erhobenen Beamten. Ein älterer Bruder wurde wegen Verschwörung gegen den Zaren hingerichtet. Schon der Student LENIN beteiligte sich an Unruhen. Nach seiner Rückkehr aus der ersten Verbannung arbeitete er, durch PLECHANOW frühzeitig an den Marxismus herangeführt, in jenen illegalen Arbeiterbildungszirkeln, aus denen 1895 der Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ und 1898 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands hervorging, zu deren führenden Köpfen LENIN von Anfang an gehörte. Wiederholt verhaftet, verbannt, aus der Verbannung geflüchtet, später zur Emigration gezwungen, war er nach der bolschewistischen Revolution bis zu seinem Tode Vorsitzender des Rats der Volkskommissare. — LENIN verkörperte in seiner Person den Typus des Volkstribunen, wie er selbst ihn für den sozialistischen „Berufsrevolutionär“ gefordert hat: Ein zugleich theoretischer und praktischer Kopf, in allem das Nächstliegende mit dem Prinzipiellen verbindend, voll revolutionärer Leidenschaft, die zugleich intellektuell beherrscht war, ein Mann von außerordentlicher Ausstrahlungskraft — so wird er geschildert, und so begegnet er uns in seinen Schriften.

LENIN hat sein Konzept ständig unter dem Anstoß praktischer Fragen entwickelt. Den Ausbau dieses Konzepts verfolgen heißt daher ein Stück Geschichte der russischen Sozialbewegung begleiten. — In einem industriell zurückgebliebenen Land formuliert, stellt LENINS Lehre in allen ihrem Teilen eine einzige große Antwort auf die Frage dar, wie eine revolutionäre Bewegung, deren Klassen-Unterbau vorläufig nur ein sehr schmaler war, dennoch erfolgreich wirken könne. Eben hierdurch sollte LENINS Auffassung nicht zuletzt für das Wirken des Weltkommunismus in den ökonomisch unterentwickelten Räumen der Welt von heute bedeutungsvoll werden.

1. Der Nachweis der kapitalistischen Entwicklung Rußlands: Die Voraussetzung für alle weiteren theoretischen und praktischen Überlegungen

LENINS ist der in seinem frühen Buch „Über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ (1899) unternommene Nachweis: Rußland geht den westeuropäischen Weg; in Stadt und Land ist die kapitalistische Umwandlung schon Tatsache geworden. Und daher gibt es auch keinen „besonderen“ Weg des russischen Sozialismus. Dies ist gegen die Volkstümler gerichtet. Zugleich aber grenzt Lenin sich scharf von den westeuropäischen Revisionisten ab, indem er ausführt: Die russischen Revolutionäre haben nicht zu warten, bis das russische Proletariat einen dem westeuropäischen vergleichbaren Stand erreicht hat; denn unterdessen wirken die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Weltordnung, die nicht nur ökonomischer Natur sind, auch nach Rußland hinein. Ferner: auch die anstehende bürgerlich-demokratische Revolution ist eine Revolution, die man im Hinblick auf den beschleunigten Fortgang nicht zuletzt der ökonomischen Entwicklung und im Hinblick auf eine künftige Machtergreifung des Proletariats unterstützen muß.

2. Die Lehre von den Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung: a. *Arbeiterpartei und Gewerkschaften*: Eine der Maximen des „Leninismus“, die sich später der Weltkommunismus zu eigen gemacht hat, ist die vom Primat der Arbeiterpartei über die Arbeitergewerkschaften. Sie wird begründet durch LENINS bekannte These, daß die Arbeiter, bei aller Kampfbereitschaft, es in ihren Anschauungen aus eigenem Vermögen, ohne den Anstoß durch eine systematisch an sie herangetragene Theorie, nur bis zum „Trade-Unionismus“ bringen.

„Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse aus eigenen Kräften nur ein trade-unionistisches Bewußtsein auszubilden vermag, das heißt die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien her-

vorgewachsen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden... Das politische Klassenbewußtsein kann in den Arbeiter *nur von außen* hineingetragen werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, ist das Gebiet der Beziehungen *aller* Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, das Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen.“ (Was tun? 1902)

Das Postulat, die Arbeiterpartei solle führen, richtete sich gegen die „Ökonomen“ innerhalb der SDAPR. Allerdings soll die sozialistische Partei sich nach LENIN gleichzeitig auf die Gewerkschaften „stützen“; sie soll „Vortrupp“ einer breiten Massenbewegung sein, die sich auch um die Gewerkschaften gruppiert.

Die Auffassung LENINS vom Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften hat nach der bolschewistischen Revolution in STALINS Lehre von den Gewerkschaften als „Transmissionsriemen“ des Willens der regierenden Staatspartei eine, wie die Praxis zeigte, recht einseitige Interpretation gefunden.

In LENINS These von der revolutionären Partei als einer Elite-Organisation der Arbeiterklasse ist ein zweites schon enthalten: der Gedanke eines stehenden Generalstabs der Revolution.

b. *Führung und Masse; die Lehre vom Berufsrevolutionär*: Für LENIN ist die Führung des proletarischen Kampfes eine Wissenschaft. Sie muß wie eine Wissenschaft betrieben werden, das heißt von Fachleuten der Revolution, welche ihr zugleich theoretisches und praktisches Metier verstehen. Die Lehre vom Berufsrevolutionär ergibt sich für LENIN aus der Auffassung, daß die Arbeiter, sich selbst überlassen, über den beschränkten Gesichtskreis des ökonomischen Kampfes, und zwar ihres eigenen, nicht hinausgelangen. Die Aufgabe ist aber nicht nur von ökonomischer, sondern sogar vor allem von politischer Natur. Obenan steht in Rußland der Sturz des Zarismus. Diese Aufgabe

ist nicht nur Sache der Arbeiterschaft, sondern auch ihrer „Verbündeten“. Daher bedarf es, soll die Führung des Kampfes nicht bloße „Handwerkelei“ sein, eines leitenden Stabes von revolutionären Führern mit politischem Weitblick und theoretischer Einsicht, die fähig sind, *alle* verfügbaren gesellschaftlichen Kräfte zusammenzufassen und auf ein Hauptziel zu lenken. So ist die Leitung des Arbeiterkampfes eine Sache politischer Kader, in deren Reihen Arbeiter und Intellektuelle zur Einheit verwachsen. Diese Berufsrevolutionäre sollen zugleich eng mit den Massen zusammenarbeiten, sie sollen der gemeinsamen Sache völlig ergeben sein. Das Ideal des revolutionären Führers erblickt Lenin im Bilde des „Volkstribun“:

„Man kann nicht genug betonen, daß... das Ideal eines Sozialdemokraten nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der *Volkstribun* sein muß, der es versteht, auf alle Äußerungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch anzutreffen sind, welche Schicht sie auch betreffen mögen, der es versteht, alle diese Äußerungen zu einem Gesamtbild der Polizeiwilkkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu vereinen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor *aller* Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“ (Was tun?)

Das LENINSche Konzept vom Berufsrevolutionär konnte sich auf die lange streitbare Tradition der russischen Intelligenz und ihr besonderes Verhältnis zur Arbeiterbewegung stützen. — Der Gedanke des Zentralismus ist beizzeiten auf den Widerspruch ROSA LUXEMBURGS gestoßen, die hier eine Gefahr künftiger Entfremdung der Parteispitze von den Massen und innerparteilicher Tyrannis angelegt sah.

Die Frage, ob die russische Sozialdemokratie als lose Massenpartei, und das hieß auch: auf eine Beschränkung der Betätigungsformen hin, die ihre Legalisierung ermöglichen würde, oder als konspirative Kaderpartei zu organisieren sei, entzweite die kaum geeinigte SDAPR auf dem

Londoner Parteitag von 1903; sie zerfiel in die beiden Flügel der „Mehrheitler“ (Bolschewiki) und „Minderheitler“ (Menschewiki). 1906 kam es, unter dem Eindruck der vorangegangenen Arbeitererhebungen, zur Wiedervereinigung der beiden Gruppen; aber in der folgenden Ära STOLYPIN trat der Riß wieder hervor. Nach Überwindung der durch den Sieg der Reaktion erzeugten Resignationsperiode der russischen Arbeiterbewegung und dem Wiederbeginn größerer Streiks im Bereich des zaristischen Staates schuf sich 1912 die bolschewistische Gruppe eine eigene Organisationsspitze, sie wurde damit zur selbständigen Partei. In der Tat stand hinter der Frage der Organisationsform schon 1903 die weitere Frage nach den Zielen, auf deren Erreichung das Organisationskonzept angelegt war. Das gab der Organisationsfrage einen prinzipiellen Charakter. Indem solche Fragen bis zur Konsequenz durchgekämpft wurden, traten, anders als in Deutschland, die Richtungen beizeiten auseinander. Künftige, entscheidende Kämpfe bereiteten sich vor.

c. *Bündnistheorie; die Bauernfrage*: Die sog. Bündnistheorie LENINS enthält zwei Hauptgedanken: 1. Kern der sozialistischen Bewegung kann überall, auch in industriell zunächst schwach entwickelten Ländern, nur das Proletariat — unter Einschluß der *ländlichen* Lohnarbeiterschaft — und seine politische „Vorhut“ sein. Ihrer besonderen Klassennatur nach muß nach LENIN die Arbeiterschaft ihre eigene Organisation haben, und vor allem ihre eigene politische Partei. Diese darf nicht zur Jedermanns-Partei werden. 2. Andererseits: Entsprechend der marxistischen Geschichtsauffassung, wonach *alle* bisherige Geschichte eine solche von Klassenkämpfen gewesen ist, gibt es, namentlich in halb vorindustriellen Gesellschaften, nicht nur *eine* soziale Frage, die Arbeiterfrage, sondern weitere soziale Klassengegensätze, vor allem die Bauernfrage, und das heißt: die Bodenfrage. Der Marxismus will, indem er die klassenlose Gesellschaft anstrebt, die soziale Frage in jeglicher Gestalt lösen. Alles, was an vorindustriellen Aufgaben erledigt wird, führt dem eigentlichen Endziel näher.

Das gilt auch im politischen Raum: Alles, was die Kampfmöglichkeiten der Arbeiter erweitert, etwa die parlamentarische Republik gegenüber der Autokratie, muß nach dieser Auffassung eine Arbeiterpartei sich als ein Etappenziel zu eigen machen. Daß solche Zwischenziele auch Ziele für andere Gesellschaftsgruppen sind, schafft eine gewisse Interessenübereinstimmung, läßt ein zeitweiliges Zusammengehen als möglich erscheinen. Der Sozialist soll dabei nicht sein eigenes Ziel preisgeben, sondern vielmehr das der anderen Gesellschaftsgruppen mit dem seinen verbinden, dem eigenen weiterreichenden Konzept einordnen:

„Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis vergißt, daß die Kommunisten überall jede revolutionäre Bewegung unterstützen, daß wir daher verpflichtet sind, vor dem ganzen Volke die allgemein demokratischen Aufgaben darzulegen und hervorzuheben, ohne auch nur einen Augenblick lang unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen. Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis seine Pflicht vergißt, in der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein demokratischen Frage *allen voranzugehen*.“ (Was tun?)

Allerdings: was für eine auf den Sozialismus gerichtete Bewegung nur Zwischenziel sein kann, etwa die parlamentarische Republik, oder die Übereignung des Bodens an seine Bebauer, ist nach LENIN für die „verbündeten“ Sozialgruppen schon Endziel. Mit fortschreitender Entwicklung finden sich daher die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten an ganz verschiedenen Punkten saturiert: Das liberale Bürgertum will nicht über die parlamentarische Republik, die Bauernschaft, sich selbst überlassen, nicht über das Individualeigentum hinaus. Daher muß die Arbeiterpartei nach LENIN auch den Bundesgenossen gegenüber sich als selbständige Potenz erhalten, da ihr gesellschaftliches Ziel erst in der klassenlosen Ordnung erreicht ist.

LENINS Konzept von Grad und der Dauer der Bündnisfähigkeit der sozialen Gruppen ist ein Stück angewandter marxistischer Soziologie. Diese Lehre hat sich später der

theoretische Weltkommunismus zu eigen gemacht. Ihre Bedeutung darf in folgendem gesehen werden:

1. Auch in einem Land von agrarischem Typus mit schwach entwickelter Arbeiterschaft, aber einer offenen und drängenden Bauernfrage kann der streitbare Sozialismus die Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnen. Die Bedeutung, die das für die Arbeit der kommunistischen Weltbewegung im Entwicklungsraum von heute hat, liegt auf der Hand.

2. Allerdings wird ein solcher Erfolg nur dadurch möglich, daß nicht sofort und willkürlich der Sozialismus selbst auf die Tagesordnung gesetzt wird, sondern vorläufig nur ein „Minimalprogramm“: Beseitigung des Herrneigentums am Boden, Herstellung demokratischer Freiheiten, nicht zuletzt für die Arbeiterbewegung, u. U.: Volksbewaffnung, ferner Trennung von Staat und Kirche, allgemeine Volkserziehung, usw.<sup>1)</sup> Der Gedanke ist dabei: Die konsequente Verwirklichung all solcher nicht spezifisch auf Probleme des industriellen Proletariats bezogener, also klassenorientierter Reformen überschreitet doch bereits das, was auch eine bürgerliche Regierung zu leisten bereit ist, und gibt der Demokratie selbst mehr und mehr gesellschaftlichen Kampfcharakter. So kann — wie es vollends heutigentags eine Reihe von kommunistischen Parteien der westlichen Welt zum Ausdruck gebracht haben — der Übergang zu einer qualitativ neuen gesellschaftlichen Ordnung in einer Reihe von Einzelschritten geschehen. Dabei ist es wichtig, in Ländern mit starker Agrarbevölkerung vor allem die Bauernschaft über ihre eigene begrenzte Zielsetzung hinauszuführen und sie dahin zu bringen, ihr eigenes ökonomisches Geschick mit dem der Arbeiterschaft dauernd zu verbinden.

Daß dieser vielgliedrige Sozialkalkül in der Wirklichkeit nicht so glatt aufgeht, wie es im Planspiel der gesell-

---

<sup>1)</sup> Das Muster eines solchen sozialistischen Minimalprogramms darf man schon in den von *Marx* und *Engels* mitunterzeichneten „Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland“ aus dem Sturmjahre 1848 sehen.

schaftlichen Strategie den Anschein haben mag, ist heute schwerlich zu verkennen.

Diese Lehre von den Kampfbedingungen des Proletariats ist zunächst für Rußland entworfen worden. Daß sie später zur Lehre des theoretischen Weltkommunismus werden konnte, rührt daher, daß die „Wissenschaft“ vom Klassenkampf schon durch LENIN verbunden worden ist mit der Lehre von den neuen ökonomisch-politischen Verhältnissen der Weltgesellschaft, und das heißt: mit der Lehre vom *Imperialismus*.

3. Die Imperialismustheorie: a. *Zeitgenössische Imperialismus-Theorien*: An (marxistischen und nicht-marxistischen) Imperialismus-Lehren gebricht es im ersten Viertel dieses Jahrhunderts nicht. Nur zwei bedeutendere Auffassungen sollen hier kurz gekennzeichnet werden, unter Vernachlässigung dessen, was von Denkern wie JOHN HOBSON (1858—1940), KARL KAUTSKY (1854—1938), NIKOLAI BUCCHARIN (geb. 1888, erschossen 1938) und anderen zu dem Gegenstand beigetragen worden ist.

1) *Die Imperialismustheorie* ROSA LUXEMBURG (Die Akkumulation des Kapitals, 1913). LUXEMBURG setzt ein mit einer Kritik an den MARXschen Schemata der erweiterten Reproduktion des Kapitals (s. oben, S. 135 ff.): Könnte der Austausch zwischen den Abteilungen Pm und Km prinzipiell aufgehen, wie MARX angenommen hat, so wäre ein Ende der kapitalistischen Produktionsweise nicht abzusehen. Tatsächlich bedeutet aber das Gesetz der „höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals“, daß der in Löhnen verausgabte Kapitalteil  $v$  nicht rasch genug mitwächst: Mangels ausreichender Lohnkaufkraft der heimischen Arbeiter kommt es zu einem unabsetzbaren Warenrest; und dieser muß im außerkapitalistischen Raum realisiert werden. „Der Kapitalismus bedarf zu seiner Existenz und Fortentwicklung nicht-kapitalistischer Produktionsformen als seiner Umgebung... Er braucht nicht-kapitalistische Sozialschichten als Absatzmarkt für seinen Mehrwert, als Bezugsquellen seiner Produktionsmittel und als Reservoirs der Arbeitskräfte für sein Lohnsystem.“ (Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1923, S. 289). Daher ist nach LUXEMBURG auch der *Kolonialismus* der kapitalistischen

Produktionsweise wesensgemäß; und indem man den Kolonialismus bekämpft, arbeitet man zugleich auf den Zusammenbruch des Kapitalismus hin.

Die an die alte Unterkonsumtionstheorie wieder anschließende Grundthese ROSA LUXEMBURGS hat viel Kritik aus sehr verschiedener Richtung gefunden (LENIN, BUCHARIN, OTTO BAUER, NEISSER, BRAUNTHAL, SWEETZ): ROSA LUXEMBURG weise im Grund nicht, wie dies ihre Absicht sei, einen kommenden Zusammenbruch, sondern vielmehr die Unmöglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise nach. Das kapitalistische System sei nicht erst gefährdet, wenn die ganze Welt durchkapitalisiert sei. Der Kolonialismus löse das Problem, so wie es für ROSA LUXEMBURG steht, nicht: denn wer sollte im Ausgangsland die Waren kaufen, die der Kolonialraum im Austausch gegen den „unabsetzbaren Rest“ dem kapitalistischen Land zu liefern hätte? Schließlich ist zutreffend festgestellt worden: ROSA LUXEMBURG hat die Reproduktionsschemata von MARX mißverstanden, sie übersah, daß bei Wiederanlage des Mehrwerts auch neue Lohnarbeiter eingestellt werden,  $v$  also durch Hinzutreten von  $m_{ov}$  weiter wächst, wodurch die Ausgangstheorie selbst haltlos wird. Hinzuzufügen ist, daß LUXEMBURG die Eignung des „dritten Raums“ sowohl als Absatzmarkt wie auch als Feld der Kapitalanlage überschätzt hat.

2) *Die Imperialismus-Theorie* FRITZ STERNBERGS (Der Imperialismus, Berlin 1926): Geht ROSA LUXEMBURG von einem unabsetzbaren Konsumgüterrest aus, so STERNBERG, der für sich in Anspruch nahm, die Thesen ROSA LUXEMBURGS weiterzuentwickeln, von einer „industriellen Reservearmee“, die, wiederum infolge ungenügenden Wachstums des variablen, d. h. in Löhnen verausgabten Kapitalteils, übergroß zu werden drohe. Zwar sei die „industrielle Reservearmee“ dem Kapital erwünscht als ein Mittel, die Löhne niedrig zu halten; aber die „Surplusbevölkerung“ dürfe andererseits nicht so groß werden, daß sie dem Wirtschaftssystem gefährlich werde. Der Export von Kapital in nicht-kapitalistische Räume der Weltwirtschaft ist nach STERNBERG im „Früh-Imperialismus“ ein Mittel, die Tendenz zur „höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals“, und das heißt auch zur Verdrängung von menschlicher Arbeit durch Maschinenarbeit, herabzusetzen. Dabei geschieht der Kapitalexport zunächst in Form der Ausfuhr von Konsumgütern. Infolge der Erschließung neuer Märkte ist es möglich, daß gleichzeitig die Unternehmer höhere Gewinne *und* die Arbeiter höhere Löhne erlangen. Der Revisionismus mit seiner Lehre vom

Klassenfrieden ist für STERNBERG die Theorie dieser „Schonzeit“. (S. 69) — In einer höheren Phase des Imperialismus allerdings werden nicht mehr Konsumgüter, sondern Produktionsgüter ausgeführt. Diese dienen dem Aufbau neuer Industrien in bisher nicht-kapitalistischen Ländern. So erwächst den alten Industrieländern vermehrte Konkurrenz; bisher „passiv-imperialistische“ Länder können zu „aktiv-imperialistischen“ aufsteigen. Die immer verzweifeltere Suche nach neuem nicht-kapitalistischen Ausbruchsraum bringt nach STERNBERG die „aktiv-imperialistischen“ Mächte in wachsende Verwicklungen miteinander, sie hat die „Unabwendbarkeit des Krieges zwischen aktiv-imperialistischen Staaten“ zur Folge. (S. 299) Das Ergebnis solcher Kriege kann sein, daß hochkapitalistische Länder als „aktiv-imperialistische“ ausgeschaltet werden — wie STERNBERG mit Blick auf das Deutschland des Versailler Vertrags meint —, womit die Krise über sie hereinbrechen muß. Dieses späte Heranreifen einer revolutionären Situation (denn der Sozialismus kommt, wie STERNBERG damals noch gemeint hat, nur auf den Schwingen der Revolution) kann aber nach dem, was ihm vorausging, die Arbeiterbewegung unvorbereitet treffen. Die vorangegangene „Schonzeit“ hat nämlich auch das Klassenbewußtsein der Arbeiter „getrübt“, ihre Kampfkraft geschwächt. Schließlich droht der Rückfall hochkapitalistischer Staaten in einen Zustand der „Geschichtslosigkeit“, wenn nicht zur rechten Zeit einer objektiv „reifen“ Situation ein adäquater subjektiver Wille der geschichtsmächtigen Klasse zur Seite getreten ist. Dieses Auseinanderklaffen von objektiven und subjektiven Bedingungen der sozialistischen Wende zu verhüten, ließ der damalige Marxist STERNBERG sich angelegen sein.

Bei STERNBERGS Theorie gemahnt manches an Gedanken von TROTSKIJ, dessen Theorie der „permanenten Revolution“ allerdings nicht im strengen Sinne ökonomisch, sondern soziologisch begründet wurde. In anderer Hinsicht bezieht er selbst sich auf ROSA LUXEMBURG, und manche Bedenken gegenüber ihrer Lehre sind auch auf ihn beziehbar. Im ganzen wirkt die Konstruktion mechanistisch, und die Vorstellung von einem Umschlag der modernen Wirtschaftsgesellschaft in die „Geschichtslosigkeit“ geht an der Natur einer durchaus expansiven Wirtschaftsweise vorbei.

b. *Lenins Auffassung vom Imperialismus*: Wie vor ihm LUXEMBURG und nach ihm STERNBERG, und im Unterschied zu anderen, hier nicht behandelten zeitgenössischen Den-

kern, hat LENIN den Imperialismus nicht als eine nur politische Erscheinung, als Annexionismus, sondern als wesentlich ökonomische Erscheinung, also aus den Grundtatsachen des Kapitalverhältnisses zu erklären unternommen. Hierbei soll MARX nicht berichtigt, sondern vielmehr fortgeführt werden. Ausgangspunkt ist für LENIN, der im Grunde immer auf die politische Konsequenz hinzielt, nicht die Lehre von den Proportionen der erweiterten Reproduktion des Kapitals, sondern die Lehre von der dem kapitalistischen System eigenen Tendenz zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals. So wächst für LENIN der Imperialismus „organisch“ aus dem Konkurrenzkapitalismus heraus, er ist „seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus“.

1) Das *Erscheinungsbild* des Imperialismus erblickt LENIN in folgendem:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Truste gegonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“ (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, veröffentlicht 1917)

2) Als *wesentlich* erscheint LENIN am Imperialismus:  
a) Der Kapitalismus erhält „parasitären“ Charakter. Der Monopolgewinn, im Verein mit Kolonialprofitem, ermög-

licht das Entstehen zahlreicher neuer „unproduktiver“ Tätigkeiten sowie die Bildung einer breiten Schicht von „Kouponschneidern“. So ist es auch möglich, vielen Arbeiterführern, aber auch privilegierten Schichten innerhalb der Arbeiterklasse selbst, eine gesicherte Existenz innerhalb der bestehenden Gesellschaft zu bieten und sie hierdurch zu korrumpieren.

Mit der „Bestechungs“-These haben sich hinfort die Anhänger des „Leninismus“ das Abschwanken so mancher Arbeiterführer vom streitbaren Sozialismus erklärt. — Das Entstehen einer breiten Kapitalrentnerschicht im Zusammenhang mit dem Ausgreifen der Aktiengesellschaften und der durch sie bewirkten Streuung von Publikumskapital haben seinerzeit auch die Revisionisten, allerdings mit ganz anderen Schlußfolgerungen, konstatiert. (Vgl. oben, S. 177.) Mittlerweile hat freilich die Wendung zur „säkularen Inflation“ einen unverkennbaren Wandel geschaffen: sie hat weithin zu der von KEYNES prognostizierten „Euthanasie des Rentners“ geführt und das Eigentum, auch am Aktienkapital, in einer heute die Gesellschaftspolitik beunruhigenden Weise neu konzentriert. — Obwohl LENIN den Kapitalismus des 20. Jahrhunderts als „faulend“ und „sterbend“ inkriminiert hat, ist er nicht so weit gegangen, der erwerbswirtschaftlichen Ordnung die Möglichkeit zu beschleunigter Kapitalakkumulation überhaupt abzusprechen. In dieser Hinsicht bleibt die Wirtschaftsordnung, gegen die er sich wendet, für ihn von ernst zu nehmender Dynamik.

b) Wichtig ist das später vom theoretischen Weltkommunismus übernommene „Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung“, dem die einzelnen Teile der kapitalistischen National- und Weltwirtschaft in ihrem wechselseitigen Verhältnis unterliegen. „Die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder ist im Kapitalismus unvermeidlich.“ (Der Imperialismus.) Die ökonomische Begründung hierfür (die LENIN, seinem mehr beschreibenden als analytischen Vorgehen entsprechend, nicht gibt) darf man in der schon von HILFERDING bezeichneten Spaltung der Profitraten zwischen Mo-

nopolisten und Nichtmonopolisten sowie zwischen Ländern von unterschiedlicher Rolle im kapitalistischen System suchen. — Aus der Annahme, daß ein Teil der Monopolvorteile zu Lasten schwächerer Wirtschaftszweige geht, hat der neuere theoretische Kommunismus die Erwartung abgeleitet, daß einem allgemeinen Kampf gegen das Großkapital auch die benachteiligten Gruppen der Unternehmerschaft ihr Ohr nicht verschließen werden. Das führt weiter zum Konzept der „Volksfront“ gegenüber faschistischer Bedrohung, und nach 1945 zum Gedanken der „nationalen Front“. (Siehe unten, S. 249 ff.)

c) In erklärtem Gegensatz zu den Revisionisten meint LENIN, die dem kapitalistischen System innewohnenden *Widersprüche* werden in dessen „höchstem Stadium“ nicht bewältigt, sondern vielmehr nach Form und Inhalt verschoben und dabei tendenziell *verschärft*. Zu den ökonomischen Widersprüchen, die sich aus der Ungleichmäßigkeit der Kapitalakkumulation ergeben, sind die sich zuspitzenden politischen getreten: „Reaktion auf der ganzen Linie“, nationale Unterdrückung, Gegensätze zwischen den rivalisierenden ökonomischen und politischen Machtgruppen im nationalen und schließlich im Weltmaßstab. — Mit alledem ist für LENIN der Imperialismus nicht ein Umweg, sondern vielmehr der „Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats“.

3) Will man LENINS Imperialismuslehre *würdigen*, so ist zunächst zum Symptombild festzustellen: Die Tendenz zur „Konzentration der Produktion und des Kapitals“ ist zweifelsfrei. Allerdings wird hierdurch die Konkurrenz nicht aufgehoben, sondern verwandelt: an die Stelle des Preiskampfs tritt in gewissem Maß die Konkurrenz um die Kosten, um die Qualität, die Konkurrenz der Werbeapparate um die „Meinung“ der Käufer, usw. — Auch mit der Verbindung von Industrie- und Bankkapital ist eine heute sattsam bekannte Erscheinung bezeichnet. — Zum Verhältnis von Waren- und Kapitalexport ist zu sagen: Der Kapitalexport kleidet sich in aller Regel selbst in die Form des Warenexports. (Allerdings wächst dabei die Bedeutung des Exports von Investitionsgütern.) Sodann aber: Der Kapitalexport — der jedoch vorwiegend in ökonomisch

vergleichbare Länder geht — hat gewiß zur Zeit der Imperialismustheoretiker eine gewisse Bedeutung gehabt, auch als ein Mittel, heimischem Kapitalüberfluß bei allgemeiner Marktenge zu entgehen. Und dementsprechend konnte auch ein Kampf um die Anlagfelder entbrennen. Hier haben aber Weltwirtschaftskrise und Keynesianismus mittlerweile eine gewisse Wende gebracht. Die Weltwirtschaftskrise hat die unabweisbare Notwendigkeit gezeigt, die *heimischen* Märkte selbst aufzureißen; und der Keynesianismus hat die Mittel hierzu gewiesen: Auf Grundlage ständiger Erweiterung der Geldeinkommen und damit der Nachfrage, und sei es mit Hilfe des KEYNESschen „Pyramidenbauens“, d. h. mit Hilfe *unproduktiver* Investitionen, ist es möglich geworden, dem heimischen Markt etwa die Größe zu geben, bei der ein gegebenes monopolistisch bestimmtes Preisniveau durchhaltbar ist. Im Zusammenhang damit ist die — von den Theoretikern des *Kolonialimperialismus* immer überschätzte — Bedeutung des „dritten“ Raumes der Weltwirtschaft als Feld rentabler Kapitalanlage weiter zurückgegangen, wie das weltweite Problem der ökonomischen Unterentwicklung heute zeigt. Andererseits ist zwischen den Industrienationen selbst, die mit Hilfe ständiger staatsvermittelter Erweiterung der Nachfrage sich auch wechselseitig vergrößerte Märkte zu bieten vermögen, ein neues ökonomisches Zusammenrücken offenbar möglich geworden<sup>1)</sup>. Diese neueren Tendenzen hat die marxistische Wirtschaftslehre theoretisch bislang noch kaum ausreichend verarbeitet.

4) *Die Konsequenz*: Aus dem von LENIN postulierten „Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung“ und aus der Lehre von der „Verschärfung der Widersprüche“ innerhalb der kapitalistischen Welt entspringt die (erst später, nämlich nach der Isolierung der russischen Revolution seit der Niederlage der deutschen Revolution, von LENIN gezogene) Folgerung: Eine sozialistische Umwälzung kann zunächst in *einem* Land, und zwar in einem ökonomisch zurückgebliebenen, gelingen und sich dauerhaft stabilisieren. Die Kette der kapitalistischen Nationen reißt an ihrem „schwächsten Gliede“ ab. Allerdings erhoffte in den Jahren 1917/18 LENIN, daß die russische Revolution der Arbeiterschaft in einigen europäischen Industrieländern

<sup>1)</sup> Vgl. Werner Hofmann, *Europamarkt und Wettbewerb*, Berlin 1959.

das Signal zum eigenen Aufbruch geben werde, so daß die russische Revolution durch eine unmittelbar folgende Umwälzung in anderen Ländern abgesichert sein würde. An dieser Erwartung der „*permanenten Revolution*“ hat später TROTZKI (1879—1940) festgehalten, während STALIN (1879—1953) einen Schritt über LENIN hinausgegangen ist: Nicht nur die proletarische *Revolution* in einem Lande, auch der „*Aufbau des Sozialismus*“ in einem Lande ist möglich und notwendig.

Im Gegensatz zu STALIN forderte TROTZKI die Aufnahme der Parole von den „Vereinigten Sowjetstaaten Europas“ und von der „Diktatur des *europäischen* Proletariats“ ins Programm der 1919 gegründeten Kommunistischen (III.) Internationale. Denn ohne die baldige „Weltrevolution“ könne auch die Sowjetordnung nicht fortbestehen, oder sie werde gezwungen sein, sich mit den Mächten ihrer Umwelt zu arrangieren, was einem Verrat an der Sache der Weltarbeiterschaft gleichkomme. — Zu einer solchen Auffassung, deren Konsequenz ein Zuwarten im Inneren, ein Zuschlagen in der Außenwelt hätte sein müssen, konnten sich die Sowjetführer schwerlich verstehen. Seit der streitbare Sozialismus im nationalen Maßstab sich konsolidiert hat, führt er seine Sache nicht nur auf der sozialen, sondern auch auf der nationalen Ebene. Und auch die sowjetische Außenpolitik hat zwischen der Rücksicht auf die kommunistische Weltbewegung und den Belangen der eigenen Nation, auch bei letztllicher Einheit der Ziels, wohl zu scheiden gewußt.

## B. Der theoretische Weltkommunismus<sup>1)</sup>

Einheit und Gegensätzlichkeit, geistige Leistungen wie Dogmatisierungstendenzen des Weltkommunismus beruhen auf diesem der Situation der Sowjetunion schon im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz immanenten Widerspruch. Die Formen, in denen er sich äußert, haben sich je nach der historischen Situation ständig verändert und jene für eine lange Periode dem Scheine nach unveränderliche monolithisch-„totalitäre“ Phase erzeugt, die bei den Versuchen

<sup>1)</sup> Die folgende Partie bis S. 273 ist von *Wolfgang Abendroth* vollständig neu gefaßt worden; W. H.

seiner Analyse und sachlichen wissenschaftlichen Beurteilung in den westlichen Ländern häufig zu im Grunde unhistorischer, nur äußere Phänomene registrierender Betrachtung und zu lediglich polemischer Wertung verführt hat. Aber weder Inhalt noch Form seiner Ideologie, noch die Art und Weise, in der er die älteren Schichten marxistischen Denkens erheblich verändert und teilweise beiseitegeschoben hat, erst recht nicht die gegenwärtige polyzentrische Auflösung seines nur vorübergehend monolithischen Charakters lassen sich soziologisch analysieren und verstehen, wenn nicht die sozialhistorische Situation, die jeweils sein Wesen bestimmt, in die Untersuchung einbezogen wird.

*I. Kriegskommunismus  
und „Neue ökonomische Politik“ (NEP)  
in Sowjetrußland*

Der Sieg der russischen Oktober-Revolution (1917) wurde dadurch möglich, daß es der bolschewistischen Partei gelungen war, die Mehrheit in den Sowjets zu erobern, weil sie die Forderung der Massen nach der Beendigung des Krieges, der Liquidierung des Großgrundbesitzes und der Zerschlagung des früheren politischen Systems, das diese Forderungen offensichtlich nicht zu erfüllen bereit war, am klarsten artikulierte. Die Sowjets waren zunächst plebiszitäre Revolutionsorgane agierender Massen gewesen und in dieser Form bereits in der Revolution von 1905 (vgl. LEO TROTZKI [1879—1940], „Die russische Revolution von 1905“, 1910) in Erscheinung getreten. Parallele organisatorische Formen spontaner Massenbewegungen waren die Revolutionären Obleute während der deutschen Massenstreiks im ersten Weltkrieg, die Räte im deutschen Revolutionsprozeß 1918/19, die shop stewards in den englischen Streikbewegungen der gleichen Periode, ähnliche Gruppierungen in der italienischen Arbeiterbewegung bis zum Sieg des Faschismus. Sie wurden nun durch den Sieg der Oktoberrevolution zu Staatsorganen. LENIN hatte in

Weiterbildung der Analyse der Pariser Kommune durch KARL MARX die politische Theorie eines nur auf unmittelbare demokratische Selbstverwaltung gegründeten proletarischen Staates, der Diktatur des Proletariats, entwickelt, die insofern Diktatur sein sollte, als sie an die Rechtsnormen des früheren bürgerlichen Staates nicht gebunden war, aber insofern Demokratie sein wollte, als die an der Revolution beteiligten Massen ihre Räte nicht nur kontrollieren, sondern auch jederzeit umbesetzen konnten. („Staat und Revolution“, 1917, deutsch 1919.) Die Partei spielt in dieser Phase der Theorieentwicklung nur eine intellektuell leitende, nicht eine institutionell privilegierte Rolle.

Die Niederlage der revolutionären Bewegung in den mittel- und westeuropäischen Ländern ließ die Autorität der siegreichen russischen Revolution und ihrer bolschewistischen Führungspartei auch unter den Arbeitern und den Theoretikern der marxistischen Linken in diesem Teil Europas rasch stark anwachsen. In den mitteleuropäischen Ländern und in Italien hatte zwar die Revolutionsperiode am Ausgang des ersten Weltkriegs die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts zum Siege geführt; aber der soziale Inhalt der bisherigen kapitalistischen Gesellschaftsstruktur war infolge des Bündnisses zwischen der den Krieg unterstützenden Organisationswelt des reformistischen (und meist auch des vorher „zentristischen“) Flügels der Arbeiterbewegung, dem überkommenen Staatsapparat und den bürgerlichen Klassen nach Auseinandersetzungen mit den meist nur unorganisiert handelnden Arbeitermassen erhalten geblieben. Deshalb erschien diesen sich nach links orientierenden Kräften nun der Erfolg der Oktober-Revolution als Vorbild. So wurde die Theorie der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik als ihrer politischen Form, die vor 1917 noch nicht bestanden hatte, von den westeuropäischen linken Marxisten übernommen, auch soweit sie sie vor den ersten Rückschlägen vor allem der deutschen Revolution noch nicht akzeptiert hatten. ROSA LUXEMBURG (1870—1919) hatte in ihrem Manuskript „Die russische Revolution“

(März 1918, posthum publiziert 1922) noch die Ausschaltung des Parlamentarismus in Rußland bedauert, aber dann im Spartakus-Programm (Dezember 1918) die Alleinherrschaft der Räte gefordert. Ähnlich hatten sich die Niederländer ANTON PANNEKOEK, (1873—1965, „Bolschewismus und Demokratie“, 1919) HERMANN GORTER, (1864 bis 1927, „Der historische Materialismus“, 2. Aufl. 1921), HENRIETTE ROLAND-HOLST (1869—1952) und die Italiener AMADEO BORDIGA (geb. 1889) und ANTONIO GRAMSCI (1891—1937) entschieden.

Allerdings vollzog sich diese Rezeption zunächst in der ursprünglichen Fassung der Lehre, die nicht auf eine Parteidiktatur, sondern auf plebiszitäre Demokratie bei lediglich mehr oder minder beratender Funktion der revolutionären Partei gerichtet war. Dieser Stimmung entsprach die Dogmatisierung der These von der Diktatur des Proletariats dahin, daß ein legaler Weg der Transformierung der bürgerlichen in eine sozialistische Demokratie nicht möglich sei, sondern daß der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft stets (auch in den bürgerlichen Demokratien) des Mittels des gewaltsamen Umsturzes bedürfe. Dadurch wurde die Auffassung von MARX und ENGELS modifiziert, die der Ansicht gewesen waren, diese Frage sei nur auf Grund der konkreten politischen Situation in den einzelnen Staaten entscheidbar. Der Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale im März 1919 formulierte dieses Dogma. Er drückte damit eine Auffassung aus, die damals weit über den zunächst noch recht kleinen Bereich der durch ihn organisierten Teile der europäischen Arbeiterbewegung hinausging, und ermöglichte dadurch das sehr rasche Wachstum der kommunistischen Parteien, die im Spaltungsprozeß der Arbeiterorganisationen in den westeuropäischen Ländern rasch an Einfluß gewannen.

In Rußland selbst verhinderte zunächst die Notwendigkeit einer Abwehr der militärischen Intervention der kapitalistischen Großmächte gegen die Revolution und der Bürgerkrieg, daß ein umfassendes und durchdachtes Konzept der Wirtschaftspolitik des jungen Sowjetstaates entstand.

Über die von den Bolschewiki vor dem Aufstand und in den ersten Wochen der Sowjetherrschaft geplante Verteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern und Vergesellschaftung der Banken und der Großindustrie hinaus wurde jedoch faktisch durch das spontane Handeln der Massen die Sozialisierung der industriellen Erzeugung vollendet. Die Beseitigung des Analphabetismus wurde bei Erweckung eines außerordentlich starken Bildungsenthusiasmus der Massen mittels umfangreicher staatlicher Unterstützung und Organisierung von Volksbildung und Wissenschaftsbetrieb sofort in Angriff genommen und damit eine Tendenz eingeleitet, die für alle sozialistischen Staaten charakteristisch geblieben ist. Aber durch den Bürgerkrieg war die Mehrzahl der industriellen Arbeiter (ohnedies nur eine kleine Minderheit in der erwerbstätigen Bevölkerung des damals im wesentlichen agrarisch bestimmten Landes) und auch ein großer Teil der revolutionären Intelligenz in die Armee eingegliedert worden. Ein großer Teil des industriellen Produktionsapparates und der Verkehrswege war zerstört worden. So war der junge sowjetische Staat dazu gezwungen, das extrem-demokratische und föderalistische politische Herrschaftssystem wieder zu zentralisieren, wenn er überleben und sein ökonomisches System ordnen wollte. War seit der Februar-Revolution 1917 die bolschewistische Partei eine breite Massenpartei mit größter Diskussionsfreiheit geworden, so mußte jetzt die Parteidisziplin wieder gestrafft werden. Übrigens war die Umformung der Bolschewiki aus einer zentral geführten Kaderpartei der Berufsrevolutionäre in eine demokratisch organisierte Massenpartei, wie sie sich seit Beginn der Februar-Revolution durchgesetzt hatte, durchaus in Übereinstimmung mit der ursprünglichen Parteitheorie Lenins („Was tun?“, 1902; „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, 1904) erfolgt, nach der seine Lehre von der streng disziplinierten Partei der Berufsrevolutionäre nur für die Lage der extremen Illegalität im zaristischen Reich Geltung hatte. Aber nach dem Ende der Bürgerkriegsperiode war es

objektiv erforderlich, die Sowjets der wieder disziplinierten Partei unterzuordnen.

Wie weit die Demokratisierung und Liberalisierung der Partei in der Zwischenperiode gegangen war, wird dadurch verdeutlicht, daß im Oktober 1917 die Gruppierung um G. J. SINOWJEW (1883—1936) und L. B. KAMENJEW (1883 bis 1936) sich erlauben konnte, nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch öffentlich gegen den Plan einer Eroberung der politischen Macht aufzutreten, ohne deshalb aus der Partei ausscheiden zu müssen. Auch in der Auseinandersetzung um den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit dem Deutschen Reich hatte in den ersten Monaten des Jahres 1918 jede Richtung innerhalb der Partei ihre Auffassungen ohne alle Rücksicht auf den Gesichtspunkt der „Körperschaftsdisziplin“ unverhüllt öffentlich geäußert: N. J. BUCCHARIN (1888—1938) hatte als damaliger Führer der „linken Kommunisten“ jede Form auch nur vorübergehender Koexistenz mit den imperialistischen Staaten für unzulässig erklärt und den „revolutionären Krieg“ gefordert; TROTZKI hatte mit der Parole „weder Krieg noch Frieden“ eine Mittelposition bezogen. Der Sieg der realistischen Position Lenins, der zwecks Stabilisierung der Revolution zuletzt die Unterzeichnung durchsetzen konnte, hatte aber die damalige Lage dadurch grundsätzlich verändert, daß die Koalition der Bolschewiki mit den „linken Sozialrevolutionären“, die (wenn auch anders motiviert) die gleiche Ansicht wie BUCCHARIN vertraten, gesprengt wurde, so daß seitdem die Sowjetregierung zur Einparteiregierung geworden ist. Das Ende des Bürgerkrieges, in dem bereits die militärischen Notwendigkeiten die Straffung der Macht in der Armee erforderlich gemacht hatten, die einerseits durch die Heranziehung von früher zaristischen Offizieren, andererseits durch das Gegengewicht der von der Partei gestellten politischen Kommissare unter der Führung TROTZKIS erreicht wurde, hinterließ nun aber Sowjets, die zum großen Teil von politisch unerfahrenen Arbeitern, die in äußerster Not lebten, besetzt waren. Sie vertraten deshalb häufig utopische Wünsche und erwarteten

ten von der Sowjet-Regierung Leistungen, wie sie in der damaligen ökonomisch verworrenen Situation nicht erbracht werden konnten. So gerieten die Tagesinteressen der Wähler und Mitglieder der Sowjets mit den Aufgaben der Stabilisierung der sozialistischen Revolution in einer Periode immer wieder in Konflikt, in der einerseits die bolschewistische Partei zur einzigen politisch wirksamen Partei des Landes geworden war, und in der sie andererseits nur noch durch ihre Disziplin und durch ihre rigorose Kontrolle über die Sowjets das Land vor chaotischer Auflösung bewahren konnte. Denn die Opfer, die den Arbeitern für den Wiederaufbau auferlegt werden mußten, wogen um so schwerer, als diese das Lebenshaltungsniveau der Vorkriegszeit (wenn man von ihren unendlich erweiterten Bildungsmöglichkeiten und kulturellen Chancen absieht) noch lange nicht wieder erreichen konnten. So war die Parteiführung schon vor der Wendung zur „Neuen ökonomischen Politik“ gezwungen gewesen, zur Diktatur der Partei über die Sowjets hinzudrängen. Dadurch entstanden die Konflikte, die zu Beginn des Jahres 1921 im Kronstädter Aufstand ihren dramatischen Ausdruck gefunden haben und das Ende der früheren Form der Sowjetdemokratie brachten.

Diese Veränderung der Stellung der bolschewistischen Partei zu den Sowjets und innerhalb der Sowjets hatte unvermeidlich erhebliche Folgen für die Struktur der Partei selbst. Die Gruppierung innerhalb der Partei, die am „Kriegskommunismus“ festhielt, den sofortigen, unvermittelten Sprung zu ersten Formen der kommunistischen Gesellschaft und damit die utopischen Hoffnungen der Massen weiter vertrat, hatte sich als „Arbeiteropposition“ unter der Führung von A. G. SCHLJAPNIKOW (1885 bis 1937, „Die russischen Gewerkschaften“, 1920) und ALEXANDRA KOLLONTAI (1872—1952, „The Workers Opposition in Russia“, 1923) als Fraktion organisiert<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> *Alexandra Kollontai* war übrigens gleichzeitig die Theoretikerin der Auflösung der bürgerlichen Familienstruktur sowie der freien Liebe („Die Familie und der kommunistische Staat“, 1922; „Wege der Liebe“, 1925), während *Lenin* und die Parteiführung eine restriktivere sexuelle Moral auch künftig für erforderlich hielten.

Wollte die Partei die volle Kontrolle über die Sowjets erlangen, so konnte sie eine bis in ihre unteren Einheiten hinein organisierte Fraktionsbildung nicht mehr dulden. Die Beschlüsse des 10. Parteitages (1921), der derartige Fraktionen verbot, machten deutlich, daß die Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Gesellschaft auch empfindliche Beschränkungen der Meinungsfreiheit innerhalb der Partei und Modifikationen der Parteitheorie zur Folge haben mußte.

Die ältere Schicht der LENINSchen Konzeption der illegalen Kaderpartei mit Körperschaftsdisziplin gewann dadurch neues Leben. Mit der Begründung, daß nur eine auf strikte Disziplin achtende Herrschaftspartei die Ergebnisse der Revolution sichern und den industriellen Aufbau vorantreiben könne, wurde die LENINSche Parteitheorie umfunktioniert und die parteiinterne Diskussionsmöglichkeit auf alte Führungskader beschränkt. Das Buch von G. SINOWJEW (1883—1936) „Vorlesungen zur Geschichte der Kommunistischen Partei (Bolschewiki)“ (1923) läßt diese Entwicklung deutlich erkennen. Dadurch mußte die Rezeption neuerer sozialwissenschaftlicher Ergebnisse des Auslandes und das Niveau künftiger Diskussionen unvermeidlich Schaden leiden. Da aber der größte Teil der älteren Führer der KPdSU (und auch ein großer Teil der ausländischen kommunistischen Führer dieser Zeit) Intellektuelle waren, die ihre geistige Ausbildung dem westeuropäischen Marxismus der früheren Perioden und ständiger Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen westeuropäischen Sozialwissenschaften, der Ökonomie und der Philosophie in den Jahren verdankten, in denen sie vor der siegreichen Revolution in der Emigration gelebt hatten, blieb gleichwohl noch für einige Jahre diese langsam beginnende geistige Verengung des „Marxismus-Leninismus“ des Weltkommunismus relativ gering.

## *II. Die Kommunistische Internationale bis 1924.*

Während dieser Prozesse in der Sowjetunion formierten sich in Westeuropa die kommunistischen Massenparteien.

Sie wurden bereit, die Internationalisierung der sich transformierenden Parteitheorie Lenins zur Gedankenwelt einer auch in ihrem strategischen Vorgehen einheitlichen Weltpartei und die dadurch begründeten organisatorischen Anforderungen der Kommunistischen Internationale zu akzeptieren. Durch die Rückschläge der deutschen und der ungarischen Revolution, durch die Niederlage der italienischen Betriebsbesetzung und des schweizerischen Generalstreiks, durch die nur begrenzten Erfolge des englischen Transportarbeiterstreiks und der Rebellion der französischen Flotte im Schwarzen Meer wurden sie überzeugt, daß ohne Übernahme des Prinzips der Organisierung (und nicht nur der ideellen Führung) der Massenaktionen durch die revolutionären Parteien keine dauerhaften Erfolge zu erzielen seien und die politische Macht als die Voraussetzung der sozialistischen Umformung der Gesellschaft nicht erobert werden könne. Deshalb nahmen sie die Verwandlung der Sowjet-Demokratie in das System der Parteidiktatur in der UdSSR hin und übernahmen sie als Vorbild, ohne im einzelnen die sozialgeschichtlichen Voraussetzungen der Entwicklungsformen des sowjetischen Staates und seiner Monopolpartei ernstlich als Problem zu empfinden. Denn die anhaltende Feindschaft der bürgerlichen Staaten gegenüber der UdSSR, die noch immer für längere Jahre deren gleichberechtigte Eingliederung in die Völkerrechtsgemeinschaft verweigerte und die mit dem innenpolitischen Kampf der bürgerlichen Klassen gegen die Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Staaten parallel lief, trug nun dazu bei, die geistige Identifizierung des wachsenden linken Flügels der internationalen Arbeiterbewegung mit der Sowjet-Macht weiter zu verstärken. Da deren Existenz nach dem Abklingen der unmittelbar revolutionären Situation, die dem Ende des ersten Weltkrieges gefolgt war, eine der wichtigsten Bedingungen des Aufstiegs dieser kommunistischen Parteien war, stand für sie die Unterstützung der Sowjetunion auch nach dem Ende des Bürgerkrieges und der Interventionskriege im Mittelpunkt ihres praktischen Verhaltens (internationale Demon-

strationswelle beim russisch-polnischen Krieg, Solidaritätsaktion bei der russischen Hungersnot 1921/22 und Gründung der Internationalen Arbeiter-Hilfe, Kampf für die diplomatische Anerkennung der UdSSR). Sie mußten bald zusätzlich nach neuen Wegen ihrer Tages-Politik suchen, die die mehr oder minder spontanen, unmittelbar revolutionären Verhaltensformen der kurzen ersten Periode nach der Oktoberrevolution modifizierten, also das Konzept des bloßen Rätekommunismus abstreiften und die Voraussetzungen ihrer Legalität (als der Bedingung der Existenz von Massenparteien in einer Konsolidierungsperiode politischer Systeme) bei Beibehaltung des dogmatischen Ziels, der Diktatur des Proletariats, garantierten. Das Konzept zu einer derartigen Politik lieferte LENIN in „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ (1922). Sie war polemisch gegen den „linken Kommunismus“ der damaligen Periode, wie er in Deutschland durch den auch als Pädagogen bedeutenden OTTO RÜHLE (1874 bis 1943; „Das proletarische Kind“, 2. Aufl., 1922), in den anderen europäischen Ländern durch PANNEKOEK, GORTER, HENRIETTE ROLAND-HOLST, BORDIGA und zunächst auch noch durch GEORG LUKÁCS verteidigt wurde, gerichtet. Der Linksradikalismus wurde nun aus dem Weltkommunismus verdrängt. Damit hatten die Führer der KPdSU und die zunächst von SINOWJEW präsidierte Leitung der Kommunistischen Internationale ihre Autorität abermals erhöht, weil sie den europäischen kommunistischen Parteien eine realistische Strategie anbieten konnten. Die Tendenz zu kritischem Verhalten gegenüber der russischen Revolution und ihrer aktuellen Entwicklung mußte dadurch noch weiter zurückgedrängt werden. Allerdings wäre es falsch, zu unterstellen, daß in dieser Entwicklungsphase des Weltkommunismus die KPdSU im Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale bereits eine in vollem Maße manipulative Diktaturgewalt in Anspruch genommen hätte; denn noch bildeten darin die nicht-russischen Parteien die Mehrheit und war auch in der Führung der

KPdSU keine „monolithische“, Diskussion in der Führung ausschließende Struktur vorhanden.

Der Aufschwung der revolutionären antiimperialistischen Bewegung in den kolonialen Gebieten, der als Folge des ersten Weltkrieges und des erfolgreichen Vorbildes der Oktoberrevolution erst nach der Beendigung der revolutionären Situation in den alten kapitalistischen Ländern größeren Umfang annahm und von LENIN vorausgesehen worden und in die Konzeption der Kommunistischen Internationale einbezogen worden war, führte gleichzeitig zum Ausbau der Theorie des Bündnisses mit nichtproletarischen Klassen in der kolonialen Revolution zugunsten ihrer nationalen Revolution, die in der Gründung der „Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung“ (*Brüsseler Kongreß 1926*) kulminierte. Dadurch wurden die Führer der Parteien der kolonialen Befreiungsbewegung mit denjenigen des Weltkommunismus, aber auch mit linkssozialistischen Gruppierungen, zu gemeinsamer Diskussion zusammengebracht und wurde nicht nur die Entwicklung der Theorie und Strategie der „Einheitsfront“ des Weltkommunismus mit der reformistischen Arbeiterbewegung, sondern auch die Konzeption der „nationalen Front“ bzw. der „Volksfront“ mit anderen Klassen (über die Arbeiterklasse hinaus) vorbereitet.

Die Sowjetunion konnte sich im Zeichen der NEP rasch stabilisieren; der formelle staatsrechtliche Zusammenschluß der verschiedenen Sowjetrepubliken zur UdSSR erfolgte erst jetzt (1922). Ihr Ziel, Investitionshilfen aus den industriell entwickelten Staaten zu erlangen, ließ für die Sowjetunion das Bestreben nach völkerrechtlicher Anerkennung in den Vordergrund rücken. Schon deshalb mußte die Ablehnung der These des „jakobinischen“ Krieges gegen kapitalistische Staaten, also des Einsatzes der proletarischen Staatsmacht und ihrer Armee zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern (wie sie einst von den „Linken Kommunisten“ vertreten worden war) jetzt noch größere Bedeutung gewinnen. Selbstverständlich hielt die bolschewistische Partei als führende Kraft der Kommu-

nistischen Internationale an der Hoffnung auf die Weltrevolution, auf den Sieg der kommunistischen Parteien in den industriell entwickelten kapitalistischen Staaten und auf die koloniale Revolution fest. Aber zwischen den Aufgaben des sowjetischen Staates und denjenigen der Kommunistischen Internationale mußte jetzt in der Theorie des Weltkommunismus klar differenziert werden. Auch in der UdSSR selbst war gleichzeitig das Gewicht juristischer Probleme nicht nur aus Gründen der Stabilisierung der Staatsmacht, sondern ebenso deshalb erheblich gewachsen, weil infolge der NEP marktwirtschaftliche Formen wieder große Bedeutung erlangt hatten.

Der Marxismus hatte sich bis dahin — wenn man von der Erörterung der politischen Justiz und der Problematik der Klassengrundlagen der Rechtsordnung absieht (z. B. ERNST FRAENKEL, geb. 1898, „Soziologie der Klassenjustiz“, 1929) — nur in geringem Maße mit Fragen der Rechtswissenschaft beschäftigt. Der Austromarxist KARL RENNER (1870—1950) war mit seiner Untersuchung „Die Institutionen des Privatrechts und ihre soziale Funktion“ (1. Aufl. 1904, 2. Aufl. 1929) fast allein geblieben. Nun wurde durch eine breite und kontroverse Diskussion über die Funktion und Methodik der Rechtswissenschaft ein neuer Bereich für die Anwendung marxistischer Theoreme erschlossen. KOROWIN untersuchte in „Das Völkerrecht der Übergangszeit“ (1924, deutsch 1929) das Problem der juristischen Konsequenzen der Koexistenz kapitalistischer und sozialistischer Staaten in der Völkerrechtsordnung und kam zu dem Ergebnis, daß zwischen sozialistischen und kapitalistischen Völkerrechtssubjekten bindende vertragliche Beziehungen, aber auch die gemeinsame Anerkennung eines Minimums allgemeiner Rechtssätze möglich und erforderlich seien, wenn auch zwischen den sozialistischen Völkerrechtssubjekten eine besondere engere Völkerrechtsgemeinschaft bestehen werde. Den stärker am juristischen Positivismus orientierten Autoren M. A. REISSNER (Der Staat, 1918) und P. J. STUTSCHKA (Einführung in die Theorie des „Zivilrechts“, 1927; „Die revolutionäre Rolle des Rechts und des

Staates“, 1924) trat E. PASCHUKANIS („Allgemeine Rechtslehre und Marxismus“, 1925, deutsch 1929) mit der These gegenüber, die kapitalistische Produktionsweise habe neben dem Warenfetischismus und seinen Gesetzen einen Rechtsfetischismus mit einem eigenen (aber ebenso objektiven) System juristischer Gesetzmäßigkeiten erzeugt, der sich in der Übergangsgesellschaft zum Sozialismus parallel mit den objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion aufheben werde. Trotz seiner Kritik an KOROWINS Schule hielt er aber auch an der Auffassung fest, daß für eine längere Periode sozialistische und kapitalistische Staaten in einer ökonomisch interdependenten Welt, wenn auch in einer antagonistischen Weise, koexistieren. So kam also die sozialistische Rechtstheorie in allen ihren Varianten zu dem gleichen Ergebnis wie die praktische Außenpolitik der UdSSR, daß nämlich die sozialistischen Staaten (bzw. nach der Vereinigung der bis dahin voll souveränen einzelnen Sowjet-Republiken zur UdSSR diese als der damals einzig existente sozialistische Staat) an der Vermeidung gewaltsamer Zusammenstöße mit ihrer Außenwelt und also an der strikten Verteidigung des Prinzips des Verbots der gewaltsamen Intervention in die inneren Auseinandersetzungen anderer Staaten interessiert seien, solange und so weit sie nicht durch fremden Angriff in einen Krieg verwickelt seien. Allerdings wurde von PASCHUKANIS die Existenz gemeinsamer Rechtsbegriffe zwischen den koexistierenden sozialen Systemen weitgehend bezweifelt. Die eindeutige Unterscheidung zwischen der auf friedliche Koexistenz mit den bürgerlichen Staaten gerichteten Realpolitik des Sowjetstaates auf der einen Seite und der die Förderung und Organisierung der Weltrevolution (als der Kombination sozialistischer Revolutionen in den industrie-kapitalistisch organisierten Staaten und nationaler Revolutionen in Kolonialgebieten und halbkolonialen Ländern) intendierenden Politik der kommunistischen Parteien einschließlich der KPdSU auf der anderen Seite wurde damit zum festen Dogma des Weltkommunismus; es schloß die Pflicht zur Unterstützung der

UdSSR für die kommunistischen Parteien in den bürgerlichen Staaten ein.

Im übrigen blieb jedoch der Rahmen der theoretischen Diskussion und also auch der wissenschaftlicher Kontroversen und damit der potentielle theoretische Ertrag von Debatten innerhalb des sowjetischen und des Weltkommunismus noch relativ breit. BUCHARIN und E. A. PREOBRA-SHENSKI (1886—1937) hatten gemeinsam im „ABC des Kommunismus“ (1919) das einführende Lehrbuch in seine Doktrinen geschrieben. Sowohl die sowjetischen führenden Theoretiker des Marxismus als auch diejenigen der anderen großen kommunistischen Parteien systematisierten und differenzierten im übrigen die Denkansätze, die im Marxismus der II. Internationale vor dem ersten Weltkrieg entwickelt worden waren, ohne dessen tendenziell deterministisch-mechanistische Deutung der Lehre von MARX und ENGELS voll zu überwinden, wie sie sowohl für KAUTSKY als auch in geringerem Maße für PLECHANOW charakteristisch gewesen war. Das wird sowohl durch BUCHARINS „Theorie des historischen Materialismus“ (1922) als auch durch AUGUST THALHEIMERS „Einführung in den dialektischen Materialismus“ (1928) belegt. Die philosophischen Arbeiten A. M. DEBORINS (z. B. — gemeinsam mit THALHEIMER — „Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus“, 1928) und W. M. ADO-RATSKIS („Vom Staat“, 1923) zeigen trotz ihres erheblichen wissenschaftlichen Wertes ähnliche Schranken. Die Rezeption der Hegelschen Dialektik in der Diskussion über die Methodologie des Marxismus führte nur bei Außenseitern außerhalb der Sowjetunion zu neuen Denkansätzen, die auf die Dogmatik des Weltkommunismus im ganzen keinen erheblichen Einfluß ausgeübt haben, gleichgültig, ob sie wie A. GRAMSCI und G. LUKÁCS auch in der folgenden Periode Mitglieder der Kommunistischen Internationale blieben, oder ob sie wie KARL KORSCH aus dem organisierten Weltkommunismus verdrängt wurden.

N. KRUPSKAJA (1869—1939), die Lebensgefährtin LE-NINS (Gesammelte Schriften zur sozialistischen Pädagogik,

deutsch 1967), und A. S. MAKARENKO (1888—1939, *Der Weg ins Leben*, russ. 1940, deutsch 1949) versuchten gleichzeitig auf der Grundlage des Marxismus eine Erziehungslehre zu entwickeln, zumal für den sozialistischen Staat Bildungs- und Erziehungsprobleme auch in der Praxis als gewichtiger erscheinen mußten, als für diejenigen Staaten, die ihre Industrialisierung auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse bewirkt haben oder in der Gegenwart bewirken.

Die Beiträge des Weltkommunismus zur Erörterung ökonomischer Probleme behielten ebenfalls immer noch erhebliches Niveau. EUGEN VARGA („Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur“, 1921; „Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft“, 1922; „Grundfragen der Ökonomik und Politik des Imperialismus“, 1955) prognostizierte z. B. durchaus zutreffend die Weltwirtschaftskrise von 1929. BUCCHARIN („Die politische Ökonomie des Rentners“, 1926) analysierte mit den Mitteln marxistischer Ideologiekritik und Soziologie die Grenznutzen-Lehre, deren Anhänger damals die nationalökonomischen Lehrstühle Mitteleuropas zu erobern im Begriff waren. So wurde also auch die wirtschaftswissenschaftliche Auseinandersetzung des Weltkommunismus mit den theoretischen Arbeiten der bürgerlichen Wissenschaft noch immer sachlich und differenziert geführt.

Trotz der politischen Verhärtung der Auseinandersetzung zwischen Weltkommunismus und Sozialistischer Internationale sollten in dieser Periode die kommunistischen Sozialwissenschaftler den Kontakt mit marxistischen Theoretikern, die nicht Kommunisten waren, auch nach dem Willen der Partei- und Staatsführung der UdSSR nicht verlieren. Der Leiter des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institutes, RJASANOW, hatte die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) zunächst in enger Zusammenarbeit mit dem austromarxistischen Historiker der Arbeiterbewegung, CARL GRÜNBERG, der seit 1924 Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung war, vorbereitet. Durch die Textermittlung und Publikation der Frühschrif-

ten von KARL MARX haben sie der sozialwissenschaftlichen Forschung und dem Marxismus neue Impulse geben können.

### *III. Sowjet-Union und Kommunistische Internationale 1924—1928*

Inzwischen hatten jedoch die Krankheit und der Tod Lenins (21. Januar 1924), dessen Autorität als Volkstribun, als allgemein anerkannter strategischer und taktischer Führer und als theoretischer Denker in der gesamten kommunistischen Bewegung unbestritten gewesen war, so daß bis dahin die Leitung des Weltkommunismus nicht oder doch nur begrenzt auf institutionelle Manipulation angewiesen war, ein Vakuum hinterlassen, das durch Konkurrenzkämpfe um die Führung der Sowjetunion und der Internationale ausgefüllt wurde. In der gleichen Zeit war die Hoffnung verschwunden, daß in den nächsten Jahren durch den Sieg der sozialistischen Revolution in einem industriell entwickelten Lande die Sowjetunion aus ihrer Isolierung befreit würde. In der UdSSR hatte die NEP zwar ermöglicht, den durch den Bürgerkrieg zerstörten industriellen Produktionsapparat der Vorkriegsperiode und das Verkehrswesen wieder aufzubauen, aber nur wenige Ansätze zu seinem Ausbau und nur Anfänge einer gezielten Planung dieser Erweiterung erlaubt. Die Notwendigkeit rascher Industrialisierung aus eigener Kraft blieb also für eine ganze Epoche bestehen. Die „ursprüngliche Akkumulation“ mußte für diese Zeit die zentrale Aufgabe der UdSSR bleiben, ihre Bevölkerung noch lange auf erhebliche Steigerung ihres Konsums verzichten. Denn die Niederlage der deutschen Arbeiter im Oktober 1923 und die — relative — Stabilisierung des Weltkapitalismus nach dem Dawes-Plan 1924 hatten die revolutionäre Situation in Europa deutlich für einen langen Zeitabschnitt beendet, so daß mit größeren Investitionshilfen aus industrialisierten Ländern nicht zu rechnen war. Die Politik der NEP in der UdSSR, die auf der Hoffnung beruht

hatte, diese Lage werde nur vorübergehend bestehen, war daher an ihre Schranken gelangt. Einerseits war das industrielle Produktionsniveau Rußlands, wie es in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bestanden hatte, zwar fast wieder erreicht, andererseits hatte jedoch der Aufstieg der „Kulaken“, der reichen Bauern, und die beginnende wirtschaftliche Unterwerfung der armen Bauern unter diese Klasse die in dieser Situation unvermeidlichen Widersprüche der Agrarwirtschaft entfaltet, in der immer noch die große Majorität der sowjetischen Bevölkerung beschäftigt war. Da gleichzeitig die Gegensätze zwischen den großen industriellen kapitalistischen Nationen — auch während der Hochkonjunktur von 1926/27 — wieder wuchsen, und die chinesische Revolution, in der die Führung der Kuomintang anfangs mit der UdSSR und der jungen kommunistischen Partei Chinas verbündet war, zunächst Erfolge hatte, wurde jedoch trotz mancher Rückschläge die internationale Stellung der UdSSR gefestigt, so daß die Sicherung ihrer inneren Struktur durch neue Formen der Wirtschaftspolitik und der Planung möglich, aber gleichzeitig auch notwendig wurde. Einige außenpolitische Rückschläge — der Bruch mit England auf Grund der Verwendung eines gefälschten SINOWJEW-Briefes durch die Konservativen, die Rechtswendung der Kuomintang unter CHIANG-KAI-SHEK und die Niederwerfung der chinesischen Kommunisten in Shanghai und Kanton — wurden zur Rechtfertigung der Wendung von der Blockpolitik STALINS mit SINOWJEW zum Bündnis mit BUCHARIN und zur Verschärfung der Polemik gegen TROTZKIS Thesen von der Permanenz der Revolution benutzt, um dadurch friedliche Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten sicherzustellen und den internen Aufbau reibungsloser zu gestalten.

Die legale Tätigkeit der kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Staaten schien während dieser Jahre für einige Zeit gesichert, solange keine neue ökonomische Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft dahin trieb, die Staatsform der parlamentarischen Demokratie nach italienischem Vorbild zu sprengen.

Wann würden sich jedoch unter dem Druck einer neuen ökonomischen Krise abermals die Gegensätze zur Kriegsfahrt steigern? Würde sich nicht in einer neuen ökonomischen Krise den bürgerlichen Staaten der Ausweg des kollektiven Krieges gegen den Staat des Sozialismus als die leichteste Lösung anbieten? Würde nicht das Beispiel des italienischen Faschismus — der 1922 gesiegt hatte, um seit 1926 zum System des faschistischen Einparteien-Staates überzuleiten — in einer neuen Wirtschaftskrise auch andere kapitalistische Staaten dazu treiben, durch faschistische (anstelle der früheren parlamentarisch-rechtsstaatlichen) Organisation der Staatsgewalt das einzige verlässliche Gegengewicht zur Gefahr neuer Interventionskriege gegen die UdSSR, die legalen kommunistischen Massenparteien, auszuschalten?

Ein Vorspiel hatte bereits der Gang der chinesischen Revolution geliefert: Das Bündnis mit der Bourgeoisie und der Kuomintang, dessen Theorie der indische Kommunist M. N. ROY („Die chinesische Revolution“, 1927) dargestellt hat und dessen Praxis BORODIN gesteuert hatte, zerbrach 1927 an den Klassegegensätzen dieses Landes. Die dortigen Kommunisten begannen ihren eigenen Weg. Sowjetunion und Kommunistische Internationale versuchten in widerspruchsvollem Hin und Her an einer außenpolitischen Gefährdung der UdSSR durch diesen Konflikt vorbeizusteuern.

An die in der kapitalistischen Welt verbreitete Illusion der Ewigkeit der Konjunktur konnten die Kommunisten nicht glauben; noch war die Ökonomie der kapitalistischen Welt wegen der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit der UdSSR allein durch die immanenten Entwicklungstendenzen des monopolistischen (bzw. oligopolistischen) Spätkapitalismus, noch nicht durch dessen ökonomisch-soziale Konkurrenz mit einem wirtschaftlich fortgeschrittenen und politisch zur Weltmacht aufgestiegenen sozialistischen Staat um die Gunst der eigenen Arbeiterbevölkerung und der „Entwicklungsländer“ bestimmt, die den Übergang der führenden kapitalistischen Industrie-

staaten zu einer systematischen Wirtschaftspolitik zwecks Krisenverhütung und Sicherung des Wirtschaftswachstums ermöglicht hat.

Die soziologische Analyse des Faschismus war seit 1923 durch einige Aufsätze AUGUST THALHEIMERS (in der „Internationale“, der theoretischen Zeitschrift der KPD, dann in „Gegen den Strom“, der Zeitschrift der deutschen „rechten“ Kommunisten) in Analogie zu den Untersuchungen von KARL MARX über den Aufstieg des dritten Bonaparte in Frankreich eingeleitet worden und wurde von ihm in gleicher Weise durch Untersuchungen über den Aufstieg und die Chancen der NSDAP in Deutschland fortgesetzt. LEO TROTZKI, der vorher aus der UdSSR ausgewiesen wurde, weil er im Zeichen der Lehre von der „permanenten Revolution“ die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in nur einem Lande für unmöglich hielt, hatte in seinen Arbeiten zur spanischen (1931) und zur deutschen Frage (1932) dies Problem des Faschismus mit ähnlichen differenzierten Methoden behandelt. Die Furcht vor dieser Entwicklung, die sich in der 1928/29 tatsächlich beginnenden Weltwirtschaftskrise in Mitteleuropa durchgesetzt hat, hat dann aber die offiziellen Theoretiker des Weltkommunismus (im Gegensatz zu diesen „Häretikern“, die bald aus der Kommunistischen Internationale verdrängt wurden) zur undifferenzierten Identifikation aller reaktionären, auf Zurückdrängung der Demokratie und Preisgabe friedlicher außenpolitischer Verhaltensformen der kapitalistischen Staaten gerichteten Bestrebungen unter dem Etikett des Faschismus im Zeichen der These geführt, daß Faschismus die „unmittelbare politische Herrschaft des reaktionärsten und gewalttätigsten Flügels des Monopolkapitals“ sei. Dadurch wurde zunächst (seit dem wirklichen Beginn der Weltwirtschaftskrise) die vereinfachende Übertragung des Terminus Faschismus auf alle autoritären oder außenpolitisch aggressiven Herrschaftssysteme, dann auf alle sich ihnen anpassenden oder sie nur objektiv durch Passivität unterstützenden politischen Gruppierungen, auch im reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung, möglich,

selbst wenn sie subjektiv ganz andere Ziele hatten. So erschien den offiziellen Theoretikern des Weltkommunismus die Sozialdemokratie von 1929 bis etwa 1934/35 als „sozialfaschistisch“. In der Praxis wurde damit das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war, erreicht: Jede Bündnispolitik des Weltkommunismus mit anderen Parteien, die den Faschismus bekämpfen wollten, wurde unmöglich, der Sieg der NSDAP in Deutschland unvermeidlich.

In der Sowjetunion selbst konnte in dieser Lage, in der baldige militärische Konflikte mit kapitalistischen Großmächten befürchtet werden mußten, größere Industrialisierungshilfe aus dem Ausland nicht mehr erwartet werden. Die Klassendifferenzierung in der Agrarwirtschaft (als zunächst unvermeidbare Konsequenz der individuellen Aneignung des Großgrundbesitzes durch die Bauern in der Oktober-Revolution) wurde zum bedrohlichen Problem. Die Wendung zu einer langfristig geplanten Industrialisierungspolitik auf der Basis sozialistischer Eigentumsverhältnisse war damit zur entscheidenden Frage geworden. Die Auseinandersetzung um die Fünf-Jahres-Pläne und die Umgestaltung der Agrarwirtschaft kombinierte sich nun mit den Fraktionskämpfen um Führung und Struktur der Partei, die die Diktatur ausübte. Das Buch BUCHARINS „Ökonomik der Transformationsperiode“ (1922) hatte das Konzept derjenigen nun „rechten“ Kommunisten theoretisch bestimmt, die in unmittelbarer Anknüpfung an die in der NEP zutage getretenen wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten ohne Einsatz unmittelbarer politischer Gewalt die Probleme lösen wollten. Für die „Linke“ innerhalb der KPdSU, die diese Gesetzmäßigkeiten bei sorgfältig abgestimmter Betonung der Erweiterung der Produktivgüter- und Konsumgüter-Produktion und der Belieferung nur der Teile der Agrarwirtschaft, die bereit waren, zur Kollektivierung überzugehen, überwinden wollte, und die vor allem (wegen des Festhaltens an der These TROTZKIS, daß der endgültige Sieg des Sozialismus in nur einem, zudem noch industriell zurückgebliebenen Lande nicht denkbar sei, die internationale Revolution also „permanent“ blei-

ben müsse) die Lebenshaltung der Industriearbeiter auch um der politischen Wirkung auf die Arbeiter der kapitalistischen Länder während der bevorstehenden bzw. beginnenden Weltwirtschaftskrise willen rasch heben wollte, wurden die wirtschaftspolitischen Vorstellungen am deutlichsten von PREOBRASHENSKI („The new Economics“, 1927, englisch 1965) entwickelt. Das Zentrum des Partei-Apparates begann sich dagegen immer eindeutiger um JOSEPH STALIN zu sammeln, der in den „Problemen der Leninismus“ (1. Aufl., 1924, noch ohne die These vom „Sozialismus in einem Lande“, 2. Aufl. 1925, die diese These schon enthält) den „Marxismus“ zum „Marxismus-Leninismus“ mit dem Anspruch dogmatischer Unfehlbarkeit seines Systems stilisierte. Dies Zentrum verwandelte in zunehmendem Maße seine Theorie in eine Lehre von der Manipulation der Gesellschaft durch eine Folge von taktischen und pragmatischen Dezisionen, denen sich die Theorie jeweils anzupassen hatte.

#### *IV. Der Stalinismus*

Das anfängliche Bündnis Stalins mit der nicht-trotzkischen „Linken“ um SINOWJEW und KAMENIEW war bald durch eine Allianz Stalins und der bürokratischen Mittelgruppe mit der „Rechten“ um BUCCHARIN und den Gewerkschaftsführer TOMSKIJ ersetzt worden; zur Durchführung der zweiten Agrarrevolution, der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und des forcierten industriellen Aufbaus mußte auch diese Partnerschaft dann zugunsten der Alleinherrschaft STALINS abgestreift werden. Damit war das Ende der Periode gekommen, in der im Weltkommunismus politische und theoretische Debatten noch öffentlich ausgetragen und geführt werden konnten. Die Herrschaft STALINS wurde möglich, weil der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und der Aufstieg und Sieg des Faschismus in Mitteleuropa mit der Wendung zu geplanter rascher Industrialisierung unter einseitiger Betonung der Schwerindustrie und der Erzeugung von Produktionsgü-

tern bei extremer Vernachlässigung der Konsumgüter und Zwangskollektivierung der Agrarwirtschaft in der UdSSR zeitlich zusammenfielen. Diese Wendung mußte großen Teilen des Parteiapparates der KPdSU deshalb als notwendig erscheinen, weil der drohende (und dann tatsächlich erfolgte) Sieg der NSDAP in Deutschland und gleichzeitig der Erfolg zunächst des klerikalen Austrofaschismus in Österreich, der die Grundlagen des Austromarxismus liquidierte, die Gefahr eines baldigen (von HITLER stets unverhüllt angekündigten) Angriffskrieges gegen Rußland extrem steigerte, so daß der rasche Aufbau der Grundlagen einer eigenen Rüstungsindustrie zur dringlichsten Tagesaufgabe wurde, aber gleichzeitig die Vernichtung der ökonomischen Basis einer sozialen Klasse, die um ihrer wirtschaftlichen Interessen willen der potentielle Bündnispartner einer antikommunistischen ausländischen Intervention war, nämlich der Kulaken (und teilweise auch der Mittelbauern, die hoffen konnten, zu Kulaken aufzusteigen), zur Bedingung der Verteidigungsfähigkeit zu werden schien. Das Buch des führenden Austromarxisten OTTO BAUER (1882—1938), „Zwischen zwei Weltkriegen“ (1936), die letzte große theoretische Leistung dieser Schule marxistischen Denkens, hat diese Situation und ihren Problemzusammenhang analysiert.

Diese Veränderung in der UdSSR konnte nur durch extreme Verwendung politischer Gewalt erzwungen werden, weil sie den unmittelbaren Tagesinteressen aller sozialen Gruppen des sowjetischen Gebiets zunächst widersprach, so sehr auch manche sozialen Leistungen des Systems, vor allem die Demokratisierung und Verbreiterung des Volkswesens und des Wissenschaftsbetriebes, gleichzeitig aufrechterhalten und weitergetrieben wurden. Die Lebenshaltung der Industriearbeiter wurde nicht erweitert (vorübergehend sogar gemindert), weil die Konsumgüterindustrien anfänglich nur sehr unzulänglich entfaltet wurden und weil infolge der zweiten Agrarrevolution, der Zwangskollektivierung in äußerst gewaltsamer Form, die in der ersten Entwicklungsphase den Güterausstoß der Landwirt-

schaft erheblich mindern mußte, die Lebensmittelversorgung gefährdet wurde. Zudem strömten in die gewerbliche Erzeugung große Bevölkerungsteile ein, die durch die Zwangskollektivierung ihre frühere Lebensgrundlage verloren hatten, während andere Gruppen durch Zwangsarbeitslager aufgefangen wurden. Die zweite Agrarrevolution brachte aber nicht nur die Kulaken, sondern unvermeidlich die selbständigen Mittelbauern und sogar die Majorität der unteren bäuerlichen Schichten in Opposition. So war der Parteiapparat (und der durch ihn manipulierte Staatsapparat) für seine Maßnahmen nur auf sich selbst angewiesen. Er hatte manipulatorische Technik schon vorher in den innerparteilichen Auseinandersetzungen gelernt und sie in der Kontrolle der Partei über die noch immer auf das Rätssystem formell gestützten Staatsorgane ständig betätigt. Aber er potenzierte nun seine Manipulation, um der Gesellschaft Herr zu bleiben (bzw. zu werden), und steigerte sie zum Terror nicht mehr allein gegen die Minorität der in der Revolution geschlagenen Klassen, sondern vorübergehend gegen die Majorität der Bevölkerung. Deshalb konnte er innerparteiliche Diskussionen nicht mehr dulden und unter keinen Umständen der Öffentlichkeit zugängliche Auseinandersetzungen zulassen, in der theoretische Probleme umstritten waren. Denn die innergesellschaftlichen Gegensätze hätten nach Meinung der Parteiführung in jeder Auseinandersetzung innerhalb der Partei Ausdruck finden können. Der innere Widerspruch der Situation, in der ein auf eine sozialistische Gesellschaft tendierender Staat, der also seinem Anspruch nach soziale Demokratie bezwecken muß, die Majorität des Volkes, nicht nur die gestürzten Oberklassen, terrorisiert und ihre Willensbildung völlig ausschaltet, wäre bei jeder öffentlichen Diskussion in der KPdSU unvermeidlich offenbar geworden. So ist in der kurzen Periode von 1926/27, als in der KPdSU noch politische Widersprüche in ihrer Führung trotz des seit dem 10. Parteitag bestehenden Verbots der (organisatorischen) Fraktionsbildung in publizierter Diskussion mit größter Offenheit ausgetragen

werden konnten, bis 1933/34 die innerparteiliche Demokratie in der KPdSU völlig vernichtet worden. Alle Gruppen, die theoretisch selbständig denken wollten, mußten als Häretiker gegenüber dem allein „richtigen“, durch STALIN verkündeten Dogma aus dem Parteileben verschwinden und wurden aus der Partei ausgeschlossen. Befanden sie sich in der UdSSR, so wurden ihre Vertreter entweder in den Jahren zwischen 1936 und 1938 ihrer Freiheit beraubt oder physisch vernichtet. Die LENINSche Doktrin des „demokratischen Zentralismus“ verwandelte sich in die STALINSche Lehre vom „monolithischen Charakter der Partei“. Um die Autorität der Führung zu erhalten, die in dieser Zeit der extrem gewaltsamen Manipulierung der Gesellschaft durch die Partei zur *conditio sine qua non* der Existenz des Parteiapparates und aller seiner Teile geworden war, wurde aber die Identität beider Thesen behauptet. Der manipulatorisch-pragmatische Charakter aller Ansätze theoretischen Denkens in dieser Phase der Geschichte der KPdSU trat infolgedessen immer deutlicher zutage.

Die Lehre vom angeblich „monolithischen“ Charakter des Kommunismus wurde gleichzeitig zur dogmatischen Doktrin der gesamten Kommunistischen Internationale. Deren große westeuropäische Parteien waren für ihr Bewußtsein während der Weltwirtschaftskrise und der Periode des Aufstiegs des Faschismus auf das Gegenbild des Aufstiegs der Sowjetunion wegen der offensichtlich die Lebenshaltung der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern bedrohenden Lage des Kapitalismus angewiesen, um dem faschistischen Glauben an irrationalen Dezisionismus, der die Mittelschichten in ihrem Bereich zu erobern und die Arbeitslosen zu beeinflussen begann, einen Damm entgegenstellen zu können. So erlagen sie der Versuchung, die alte Lehre von der UdSSR als dem Land der siegreichen Revolution und der Möglichkeiten einer sozialistischen Zukunft, das verteidigt und gegen Gegenrevolution und Intervention geschützt werden müsse, zu einem irrationalen Mythos zu überhöhen, der die (schlechte) Gegenwart der

Sowjetunion mit diesen Chancen ihrer Zukunft gleichsetzte. Deshalb leugneten sie — in Übereinstimmung mit der Führung der KPdSU — die Widersprüche der sowjetischen Gegenwart und die Leiden ihrer Bevölkerung. Je wirkungsloser (trotz seit Beginn der Krise wachsender Wählerzahl) ihre politische Praxis im eigenen Lande war, desto stärker institutionalisierte sich dieser Glaube. Deshalb erschien es den westeuropäischen Parteien der Internationale geboten, auch jede Verketzerung von „Abweichlern“ und Häretikern in der KPdSU auf ihre eigene innerparteiliche Situation zu übertragen, nachdem sie einmal begonnen hatten, die unkritische Glorifizierung jeder Situation in der UdSSR zu ihrer Sache zu machen. Damit mußte sich eine weitere Veränderung des Denkstils zunächst in der UdSSR, dann auch im gesamten Weltkommunismus, der sich bald als bloße Verlängerung der (jeweiligen) Thesen der KPdSU in ein anderes Land empfand, verbinden. KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS hatten einst in ihren ideologiekritischen Arbeiten die Auffassung vertreten, daß in einer klassengespaltenen Gesellschaft auch alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen (einschließlich der sogenannten Geisteswissenschaften, der Jurisprudenz und der Ökonomie) durch die Vorstellungsweisen der jeweils miteinander kämpfenden Klassen mitbestimmt sind und in deren Auseinandersetzungen, auch wenn ihre Vertreter das weder wissen noch wollen, Partei ergreifen. Die maximale Annäherung an die objektive Wahrheit war der Wissenschaft nach ihrer Meinung im Zeitalter des industriellen Kapitalismus nur dann möglich, wenn sie bewußt die Sache der Arbeiterklasse (als der zukunftssträchtigen unterdrückten Klasse) zu der ihren machte. LENIN hatte diese These als Lehre von der „Parteilichkeit der Wissenschaft“ formuliert, die bald in die Dogmatik des Weltkommunismus einbezogen wurde. GEORG LUKÁCS (geb. 1885) hatte von dieser Überlegung aus die Auffassung entwickelt, daß die Partei (allerdings keineswegs im organisatorischen Sinne verstanden, sondern als geistige Repräsentanz dieser kämpfenden Arbeiterklasse insgesamt) nie-

mals irren könne, weil ihre Wissenschaft der Objektivität am nächsten komme („Geschichte und Klassenbewußtsein“, 1923). Aber diese Lehre wurde im damaligen Weltkommunismus heftig bestritten. Nun — in dieser extrem manipulatorischen Phase der KPdSU — wurde diese These dahin dogmatisiert, daß die konkrete Organisation der „marxistisch-leninistischen Partei des Stalinschen Zentralkomitees“ immer Recht habe, und daß also die Wissenschaft im Sinne der jeweiligen Entscheidungen dieses Stalinschen Zentralkomitees parteilich zu sein habe. Damit wurden Wissenschaft und marxistisches Denken den wunderlichsten zufälligen Entscheidungen unterworfen und solche Grotesken wie das Monopol der Auffassungen LYSENKOS in der sowjetischen Biologie möglich. Andererseits wurden nach den Vorstellungen dieser Dogmatiker des Weltkommunismus alle kommunistischen Wissenschaftler und alle Theoretiker, die jeweils andere Auffassungen vertraten als die Partei, nicht mehr nur des Irrtums, sondern der bewußten Parteilichkeit gegen die Partei der Wahrheit, die des Weltkommunismus, geziehen, zumal, wenn sie — als (angeblich nur „frühere“) Kommunisten — aus der Geschichte ihrer eigenen Denkprozesse um diese Form der Lehre von der Parteilichkeit der Wissenschaft wissen mußten. So entstand zunächst die Notwendigkeit der „Selbstkritiken“, durch die immer wieder die Anpassung an die jeweils erforderliche, rasch wechselnde taktisch-manipulatorische „Parteilinie“ erzwungen wurde. Mit der Steigerung des Manipulationsgrades durch die Spitzen der KPdSU aber mußte für deren Denken jeder politische oder wissenschaftliche „Abweichler“ als „bewußter Agent“, zunächst allgemein des Klassegegners, dann — nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland, der die akute Gefahr des Krieges (und damit der unmittelbaren Bedrohung des industriellen Aufbaus in der UdSSR) immer näher rückte — des Faschismus erscheinen. Dies um so mehr, als die manipulierende Parteiführung verständlicherweise dazu neigte, bei ihren jeweiligen Gegnern ähnlichen manipulierenden Umgang mit Politik, Wissenschaft und Wahrheit zu ver-

muten, wie sie ihn selbst täglich übte. Es ist ebenso schwierig wie müßig zu überprüfen, und es ist soziologisch und historisch unwichtig zu wissen, ob STALIN und seine damaligen Gehilfen die unsinnigen Beschuldigungen, mit denen sie in den „Säuberungsprozessen“ zwischen 1936 und 1938 die physische Vernichtung fast aller Führer und Theoretiker des Weltkommunismus, die dessen frühere Entwicklungsphasen bestimmt haben, begründeten, selbst geglaubt haben oder nicht. Aber die Vergiftung des intellektuellen Klimas innerhalb der Organisationswelt der KPdSU und des Weltkommunismus, die dadurch entstanden war, schloß unvermeidlich für lange Jahre aus, daß größere theoretische Leistungen entstehen konnten. Auch die Darstellung der Geschichte der eigenen Partei mußte dieser Wandlung angepaßt werden, wie sich in den verschiedenen Auflagen der unter STALINS Redaktion entstandenen „Geschichte der KPdSU“ (seit 1938), des während fast zwanzig Jahren für alle Parteien der Internationale verbindlichen Lehrbuchs der Geschichte, der Strategie und Taktik des Weltkommunismus, am eindeutigsten zeigt. Es gehörte nun zum „theoretischen“ Konzept, historische Tatsachen den jeweiligen taktischen Bedürfnissen entsprechend beliebig zu manipulieren und zu verfälschen, eine Gruppe früherer kommunistischer Führer nach der andern, eine frühere Theorie nach der andern durch Verschweigen aus dem Gedächtnis auszulöschen oder durch bloße Erfindung neuer angeblicher Traditionen zu ersetzen. Der stalinistische „Marxismus-Leninismus“ mußte sich in dieser Lage darauf besinnen, die Anknüpfung an das Denken von MARX, ENGELS und LENIN des methodischen Gehalts fast völlig zu berauben und in eklektisch-zufällige Verwendung von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten umzuwandeln, die an bestimmte Perioden der Scholastik und talmudischer Exegesen erinnert. In der Sowjetunion wurde gleichwohl (dank der Straffheit der Machtausübung, trotz der Negativität der Methoden) der „Sprung nach vorn“ vollzogen, die Umwandlung in ein hochindustrialisiertes Land und nach dem Rückgang in der

ersten Periode der Kollektivierung auch eine erhebliche Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft erreicht.

Zur Herstellung der vollen wehrwirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung des weiteren Aufschwungs der industriellen Produktion bedurfte in dieser Lage die UdSSR einer Außenpolitik, die die Gegensätze zwischen den faschistisch und den parlamentarisch organisierten kapitalistischen Staaten systematisch ausnützte. Sie mußte, besonders als auch in westeuropäischen Ländern faschistische Bewegungen aufstiegen, die nach den deutschen Erfahrungen nur in dieser Weise abgewehrt werden konnten, deshalb nunmehr die Parteien der Kommunistischen Internationale dahin drängen, die Theorie des „Sozialfaschismus“ wieder preiszugeben, die jede Differenzierung zwischen den aller Wahrscheinlichkeit nach auf den baldigen Krieg gegen den UdSSR drängenden faschistischen Regimen und den anderen Herrschaftsformen des bürgerlichen Staates ebenso unmöglich gemacht hatte wie gemeinsame Aktionen der Parteien der Kommunistischen und der Sozialistischen Internationale. So wurde die einst von LENIN in seiner Radikalismus-Broschüre entwickelte und dann von allen Theoretikern der zweiten Entwicklungsstufe des Weltkommunismus übernommene Theorie der Einheitsfront-Strategie mit der reformistischen Arbeiterbewegung wieder aufgegriffen, mit der älteren LENINSCHEN Theorie des Bündnisses mit anderen progressiven Klassen verschmolzen und zur „Volksfront“-Theorie verbunden, die im auch sozialtheoretisch interessanten Referat des Bulgaren G. DIMITROW (1882—1949) auf dem VII. Weltkongreß der Kommintern (1935) für alle kommunistischen Parteien verbindlich gemacht wurde. Sie schloß die faktische (noch nicht die theoretische) Preisgabe der Form der Theorie der Diktatur des Proletariats ein, die am Anfang der theoretischen Entwicklung des Weltkommunismus gestanden hatte; sie wollte im Ergebnis die kommunistischen Parteien der bürgerlichen Staaten nicht nur zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus, sondern vorläufig auch zum Verzicht auf jeden radikalen Versuch

einer Nutzung der parlamentarischen Demokratie zur sofortigen Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft verpflichtet. Das erschien in dieser Periode des Hochstalinismus, der gleichzeitig in Rußland selbst den Terror und die fast vollständige Unterdrückung der Denkfreiheit innerhalb der Reihen der KPdSU zum Inhalt hatte, deshalb als notwendig, weil die UdSSR eine Periode des Bündnisses mit den kapitalistischen Staaten Westeuropas als Voraussetzung dafür ansah, daß sie während einer längeren Zeit die friedliche, nicht durch einen Angriffskrieg des Dritten Reiches gestörte Entwicklung der eigenen Industrialisierung fortsetzen könne. Deshalb schien ihr die Stärkung, nicht aber die Schwächung der westlichen demokratisch organisierten kapitalistischen Staaten durch innere soziale Kämpfe, so lange nur der Faschismus abgewendet werden könne, als dringlichste nächste Aufgabe, bis sie ihren „Sprung nach vorn“ vollzogen und konsolidiert haben würde. Der innere Widerspruch der Situation spiegelte sich auch in der sogenannten Stalinschen Verfassung der UdSSR (1936): einerseits formale Umwandlung der Sowjets in parlamentarische Organe und in großem Umfang Gewährung rechtsstaatlicher Verfassungsgarantien, andererseits Institutionalisierung des Parteimonopols der KPdSU. Übrigens hatten an der Vorbereitung dieser Verfassung noch eine Anzahl der Theoretiker derjenigen Gruppierungen in der KPdSU teilgenommen, die Gegner der Politik Stalins waren und die Normen der durch sie formulierten Verfassung nicht nur als bloßen Schein zur Verhüllung manipulierten Terrors ansehen wollten, sondern durchaus ernst nahmen. In der Realität mußte aber nunmehr der Gegensatz zwischen der sozialen Wirklichkeit und der Verfassung, die in großen Teilen die Sprache demokratischen Verfassungsdenkens verwendete, die fast dezisionistische Funktionalisierung eines Denkens, das sich ständig im offenbaren Widerspruch zwischen Wortgebrauch und Inhalt vollzog, noch erheblich steigern. Für den juristischen Ausdruck dieser Situation

sind die Schriften von A. WYSCHINSKIJ (1883—1954) (z. B. „Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie“, 1953) charakteristisch. Da aber die anderen Parteien der Kommunistischen Internationale in diesen Jahren der extremen Steigerung der außenpolitischen Gegensätze, der noch nicht überwundenen ökonomischen Krise des Weltkapitalismus und der Bedrohung durch den Faschismus nicht nur auf die reale Macht der UdSSR, sondern auch auf ihre Idealisierung sich weiter angewiesen glaubten, wurden diese Denkformen auch auf sie übertragen. So mußte auch deren theoretische Leistungsfähigkeit fast völlig erlahmen. Diese Grundsituation wurde durch die (wahrscheinlich z. T. unvermeidlichen, und, wäre ihre offene kritische Erörterung im Lager des Weltkommunismus möglich gewesen, auch theoretisch zu rechtfertigenden) abrupten außenpolitischen Wendungen der UdSSR nach dem Münchener Abkommen, das die vorher dogmatisierte Bündnispolitik als illusionär enthüllt hatte, noch verschärft. Denn die KPdSU ideologisierte — ihrer früheren Gewohnheit gemäß — jeden taktischen Schritt, anstatt ihn als das, was er war, als pragmatische Antwort auf Widersprüche zu charakterisieren, deren Existenz man sich nicht eingestehen wollte. Der ökonomische Aufschwung der UdSSR vor ihrer Einbeziehung in den Zweiten Weltkrieg durch den im Grunde voraussehbaren und trotz des Paktes mit dem Dritten Reich (wenn auch zu einem viel späteren Zeitpunkt) erwarteten Angriff des Dritten Reiches hätte an sich die Lockerung dieses Systems des Weltkommunismus ermöglicht, weil sich inzwischen infolge der allmählichen Steigerung des Lebensstandards der Massen und der raschen und erheblichen Verbreiterung der Intelligenzschicht der Bevölkerung zeigen ließ, daß die großen Opfer des Beginns der Planperiode sinnvoll gewesen waren. Aber die dogmatische Gleichsetzung taktischer Maßnahmen mit „Theorie“, die in der früheren Periode erfolgt war und deren Selbstwiderlegung verhüllt werden mußte, wenn die Autorität der Führung bewahrt bleiben sollte, schloß die

Möglichkeit der Wiederbelebung kritischen theoretischen Denkens zunächst noch aus. Die Rückwendung zur früheren außenpolitischen Koalitionspolitik mit den demokratisch organisierten kapitalistischen Großmächten infolge des Krieges mit dem Deutschen Reich ließ einerseits die Volksfrontpolitik und deren Theorie in modifizierter Form wieder aufleben. Aber sie übersteigerte andererseits noch einmal durch das (zur Verteidigung der UdSSR erforderliche) innenpolitische Bündnis mit der orthodoxen Kirche, die Ideologie des „großen vaterländischen Krieges“ und die als Konzession an die kapitalistischen Großmächte, mit denen die Sowjet-Union nun gemeinsam gegen Hitler und seine Partner kämpfte, gedachte Auflösung der Kommunistischen Internationale (1943) die Tendenz zur Unterordnung jeder grundsätzlichen (und also theoretischen) Fragestellung unter taktische Erfordernisse des jeweiligen Tages. Die Entfremdung des Marxismus zu einem auf pragmatischen Zweckrationalismus ohne historische und dialektische Perspektive beengten Denksystems wurde verstärkt. Die Eroberung des europäischen Kontinents durch das Dritte Reich bewirkte gleichzeitig, daß die (nun ausnahmslos illegalen) Parteien der (aufgelösten) Internationale in West- und Südeuropa zu Führern des „résistance“ wurden und mit den lebendigeren Gruppen des (zunächst kleinen, aber rasch wachsenden) Teils der bürgerlichen Intelligenz zusammenwirkten, der sich nicht (wie zunächst in fast allen Ländern die kapitalistischen Klassen) mehr oder minder mit den Regimen der Kollaboration gleichgeschaltet hatte. Sie formten also auch ihrerseits die Theorie der Volksfront zur Theorie der „nationalen Front“ gegen die „Neuordnung Europas“ durch das Dritte Reich um. Diese Situation des selbständigen und selbstbewußten antifaschistischen Kampfes und seiner Theorie der „nationalen Front“ ergab nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zunächst — bis zum Beginn der von den USA begonnenen Gegenoffensive gegen alle sozialistischen Bestrebungen auf dem europäischen Kontinent und in den Entwicklun-

ländern und bis zur Auslösung des kalten Krieges — vielfache Ansätze zur Auflösung des monolithischen Systems der stalinistischen Ideologie des Weltkommunismus. So konnten auf seinem Boden erneut — wie vor der Herrschaft des Stalinismus — erste Ansätze selbständigen theoretischen Denkens und theoretischer Diskussion entstehen. Das zeigte sich in Frankreich an den damaligen Arbeiten LEFÈBVRES, GARAUDYS und BETTELHEIMS, in Jugoslawien an den Publikationen MOSHE PIJADES und auch in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in der politischen Theorie des besonderen „deutschen Weges zum Sozialismus“ bei ACKERMANN und z. T. auch an der Berufung von LEO KOFLER, HANS MAYER und ERNST BLOCH an Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone wie in der Publikation der Arbeiten des deutsch schreibenden Ungarn GEORG LUKÁCS. Allerdings blieb dieser Entwicklungsphase des theoretischen Weltkommunismus unvermeidlich ein Widerspruch immanent: Die UdSSR war in der Endphase des Krieges und der ersten Nachkriegszeit durch die Folgen des bewußt als Mord- und Raubzug geplanten Feldzuges des Dritten Reiches ökonomisch erheblich stärker zurückgeworfen worden als irgendein anderes industrialisiertes Land, weil die deutsche Armee und Waffen-SS einen großen Teil der wirtschaftlich am stärksten entwickelten Teile ihres Staatsgebietes besetzt, ausgeraubt und vor dem Rückzug seiner Armeen völlig zerstört und einen erheblichen Prozentsatz der arbeitsfähigen Bürger des Sowjet-Landes getötet hatte. So war es zunächst das zentrale Ziel der UdSSR, wie einst in der NEP-Periode Investitionshilfen von den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern zu erhalten, die vor allem die Vereinigten Staaten hätten gewähren können; denn die USA hatten dank des Krieges die Wirtschaftskrise endgültig überwunden. Ihr Produktionsapparat war durch den Krieg nicht nur nicht geschädigt, sondern entwickelt worden. Die UdSSR hoffte verständlicherweise in dieser Lage ihrer Bevölkerung die Leiden einer zweiten

Periode der Frühakkumulation durch eine Politik der Zurückhaltung, die derartige Investitionshilfen der USA denkbar erscheinen lassen würde, zu ersparen. Deshalb war sie wie in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg zunächst darauf bedacht, außerhalb des Bereiches ihrer unmittelbaren westlichen Nachbarn (also des Okkupationsraums ihrer Armee), den sie ihrem Großmachtseinfluß- und militärischen Sicherheitskreis zurechnen zu können glaubte, revolutionär-sozialistische Entwicklungen zu vermeiden, um die kapitalistischen Mächte, die seit 1941 ihre Bündnispartner waren, nicht unnötig zu provozieren. Angesichts ihrer extrem hohen Schäden und Bevölkerungsverluste hoffte sie selbstverständlich vor allem von Deutschland maximale Reparationen zu erhalten. Sie machte ihren Einfluß auf die westeuropäischen kommunistischen Parteien deshalb erneut erfolgreich in dieser Richtung geltend. In Frankreich, Italien und Deutschland entstand infolge dieser Situation vorübergehend die merkwürdige Lage, daß die Forderungen der wiedererstandenen reformistischen Arbeiterparteien erheblich radikaler waren als die der Kommunisten. Die Entwicklung der chinesischen kommunistischen Revolution unter dem auch als selbständiger philosophischer Repräsentant des Weltkommunismus bedeutsamen MAO TSE TUNG war der UdSSR zunächst aus diesen Gründen so unbequem, daß sie erst 1949 bereit war, ihre Regierung anzuerkennen. Diese Widersprüchlichkeit der Lage verhinderte, daß sich diese erneute Belebung kommunistischen theoretischen Denkens nach 1941 vor dem Beginn des kalten Krieges wirklich stabilisieren konnte. Immerhin zeigte sich die Lockerung des starren Dogmatismus vorübergehend sogar in der UdSSR; STALIN selbst betonte deren Notwendigkeit in seiner polemischen Schrift gegen den sowjetischen Sprachphilosophen M. J. MARR und seine Schule („Der Marxismus und die Frage der Sprachwissenschaft“, 1950.).

Der Beginn des kalten Krieges widerlegte die damaligen außenpolitischen Hoffnungen der UdSSR in ähnlicher Weise, wie die Politik der bürgerlich-demokratisch organi-

sierten großen Industriestaaten während des spanischen Bürgerkrieges (1936—1939) und das Münchener Abkommen 1938 ihre Illusionen über die Möglichkeit langfristiger Vertagung der Klassengegensätze und des Grundwiderspruches zwischen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystemen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zerstört hatten. Die Sowjetunion, nun zu ihrer ökonomischen Rekonstruktion allein auf ihre eigene Kraft, auf die Hilfsleistungen der im Machtbereich der sowjetischen Armee entstandenen osteuropäischen sozialistischen Staaten und auf die Reparationslieferungen der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland angewiesen, zog daher auch innenpolitisch die Zügel wieder straff und kehrte zum monolithischen Prinzip in vollem Maße zurück. Im Machtbereich ihrer Armee wurden die kommunistischen (bzw. Vereinigten Arbeiter-)Parteien erneut voll diesem Prinzip angepaßt, teilweise mit Mitteln, die dem Terrorismus der Periode der großen Prozesse gegen die Opposition in der UdSSR entsprachen. Die großen Kommunistischen Parteien des Westens wurden auf Druck der USA, weil sie gegen den kalten Krieg und die restaurative Politik der Vereinigten Staaten Stellung nahmen, aus der Kommunikation mit anderen politischen Gruppen ihrer Länder ausgeschlossen. Sie kehrten in gleicher Weise zur stalinistischen Position der Zeit vor 1941 zurück und duldeten deshalb nicht mehr irgendwelche Ansätze zu selbständiger geistiger Entwicklung in den eigenen Reihen. Die Theorie der „nationalen Front“ wurde in den politisch wegen der Anwesenheit sowjetischer Truppen oder doch wegen ihrer Befreiung durch die Rote Armee von der UdSSR abhängigen Ländern Osteuropas abermals in ein bloßes Mittel der Manipulation verwandelt. Zwar scherte nun das einzige europäische Land, in dem vor Ende des Krieges eine Résistance-Bewegung unter kommunistischer Führung ohne wesentliche Hilfe der Roten Armee gesiegt hatte, Jugoslawien, aus dem sowjetischen Machtbereich aus. Es begann, seine weitere Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Entfaltung eines eigenen Weges zum Sozialismus durch

Betonung der Arbeiterselbstverwaltung zu vollziehen. Den griechischen Kommunisten, für die eine parallele Entwicklung denkbar gewesen wäre, wurde dieser Weg dadurch gesperrt, daß die britische Armee sie nach der Befreiung des Landes durch EAM und ELAS gewaltsam niedergeworfen hatte, um die Monarchie und die Machtstellung privilegierter Kasten wiederherzustellen. Aber seit Bildung (des allerdings nach einigen Jahren wieder aufgelösten) kommunistischen Informationsbüros (Kominform) hatte sich das System des „monolithischen“ (und daher der Sache nach dezisionistisch-manipulativen) Weltkommunismus zunächst in der KPdSU, dann in den infolge des Krieges sozialistisch gewordenen Ländern und in den westeuropäischen kommunistischen Parteien wiederhergestellt. Damit war die Möglichkeit selbständiger geistiger Arbeit an der Weiterentwicklung der Theorie wieder entfallen. Ein großer Teil derjenigen Autoren, die sich darum bemüht hatten, wurde aus den kommunistischen Parteien verdrängt.

Dies System mußte jedoch erneut fragwürdig werden, nachdem die industriellen Verluste der Sowjetmacht durch den Krieg und dessen Folgen wieder ausgeglichen waren, die produktionsfördernden Konsequenzen der während des Krieges in großem Umfang vorgenommenen Produktionsverlagerungen in den asiatischen Teil der UdSSR sich entfalten konnten und die Wachstumsgeschwindigkeit des Sozialproduktes in der nun zur hochindustriellen Weltmacht aufgestiegenen UdSSR diejenige der USA, nun der einzigen Weltmacht des Lagers der kapitalistisch organisierten Staaten, deutlich überholte. Nach Meinung der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft hatte sich dabei gezeigt, daß trotz großer Planungsfehler das sozialistische System mit geringeren Reibungsverlusten arbeite als die monopolkapitalistische „planification“, die immer noch durch das Motiv der Profitmaximierung gesteuert und gehemmt werde. Die Steigerung des Anteils der Bildungsschichten an der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion und des Bildungsniveaus sowohl der industriell wie der agrar-

risch tätigen Bevölkerungsgruppen mußte mit dem Prinzip allseitiger Manipulation durch die Führung der „monolithischen Partei“, der diskussionslosen Hinnahme ihres pragmatischen Dezisionismus ohne Erörterung seiner strategischen Grundlagen, der Theorie ihrer gesellschaftlichen Entscheidungen, in wachsendem Maße unvereinbar werden, zumal sich gleichzeitig die Divergenz der konkreten Aufgabenstellungen der verschiedenen Teile des Weltkommunismus außerhalb der Sowjetunion geltend zu machen begann.

*V. Der Polyzentrismus und die Rückkehr  
zu öffentlich diskutiertem theoretischem Denken  
im Weltkommunismus*

Die Entwicklung des heute noch nicht abgeschlossenen Prozesses der Auflösung und Korrektur des Stalinismus ist bald nach dem Tode STALINS (1953), des Repräsentanten der monolithischen Entwicklungsstufe, offenkundig geworden. Sie wurde seit den Referaten der Historikerin PANKRATOWA und CHRUSTSCHOWS auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) und dem durch Massenaktionen des Volkes in Polen und Ungarn in Gang gebrachten Regimewechsel in einem Teil der europäischen sozialistischen Länder auch denjenigen wissenschaftlichen Beobachtern in den westlichen Staaten erkennbar, die bis dahin geglaubt hatten, den „monolithischen“ Weltkommunismus unter dem Vorzeichen der Theorie des „Totalitarismus“ mit den offenkundig den kapitalistischen Gesellschaftssystemen immanenten Tendenzen zum Faschismus identifizieren zu können (wie z. B. HANNA AHRENDT, C. J. FRIEDRICH und S. M. LIPSET).

Seit die Divergenz zwischen zwei sozialistischen Großmächten, der UdSSR und China, immer stärker hervortritt, und das (vorübergehende) gemeinsame Monopol der oligopolkapitalistischen USA und der Sowjetunion auf die Weltmachtrolle durch die trotz gelegentlicher Rückschläge überraschend rasche Industrialisierung Chinas

erschüttert zu werden beginnt, haben sich diese Probleme noch weiter kompliziert. Im zur Zeit der Eroberung der politischen Macht durch die Kommunisten industriell fast unentwickelten und in der agrarischen Produktion vorkapitalistischen China hat sich die sozialistische „ursprüngliche Akkumulation“ und die Kollektivierung der agrarischen Produktion insofern unter anderen (und objektiv günstigeren) Bedingungen als in der UdSSR zu vollziehen begonnen, als die Majorität seiner Bauernbevölkerung vor dem Sieg der Kommunisten unter noch wesentlich primitiveren Lebensbedingungen als die Bauern des zaristischen Rußlands existierte und das industrielle Proletariat noch relativ schwach und schlecht bezahlt war. Das Lebenshaltungsniveau der unterprivilegierten Klassen wurde deshalb durch die revolutionäre Veränderung auch nicht vorübergehend reduziert. Die kommunistische Revolution stellte die administrative Einheit Chinas, die vor der Revolution von 1911 schon lange erschüttert und durch die Revolution endgültig zerbrochen war, zum erstenmal wieder her. Der Sieg der Kommunistischen Partei Chinas beendete die Periode seiner Unterwerfung unter die imperialistischen Großmächte und zuletzt unter die japanische Okkupation. Anstelle der Widersprüche, die den Stalinismus in der UdSSR entstehen ließen, traten deshalb andere (aber ohne starken Rückfall des Lebenshaltungsniveaus der Massen lösbare) Probleme, die sich in der politischen Philosophie MAO TSE TUNGS (geb. 1893; „Über den Widerspruch“, 1937; „Dialektischer Materialismus“, 1940; „Zur Frage der richtigen Lösung von Widersprüchen im Volk“, 1957) ausdrücken. Mao war in den langwierigen Kämpfen der Roten Armee gegen das Regime TSCHIANG KAI SHEKS und der Kuomintang seit 1927 zum Führer der chinesischen Kommunisten aufgestiegen.

Die Manipulation der Darstellung der Geschichte der eigenen Bewegung nach taktischen Tagesbedürfnissen tritt seitdem in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern langsam zurück. In der ostdeutschen kommunistischen Literatur läßt z. B. ein Vergleich zwischen

WALTER ULBRICHTS „Kurzem Lehrgang der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1958) mit der achtbändigen, von einem Autorenkollektiv des Berliner Marx-Engels-Lenin-Instituts beim ZK der SED verfaßten „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1965 ff.) diese Wendung zur objektiven geschichtlichen Darstellung und Analyse (wenn auch nur der Tendenz nach, noch nicht konsequent) erkennen. „Parteilichkeit“ der Wissenschaft und Streben nach möglicher objektiver Ermittlung der Wahrheit gelten also nicht mehr als Gegensatz.

Auch in den Wirtschaftswissenschaften der Sowjetunion, in der vor allem J. LIBERMAN und TRAPEZNIKOW der Diskussion ökonomischer Probleme gegenüber den früheren Auffassungen z. B. von L. A. LEONTJEW („Lehrbuch der politischen Ökonomie“, 1954) neue Antriebe gegeben haben, sowie der Tschechoslowakei, Ungarns und der DDR, in der die Diskussion zwischen FRITZ BEHRENS (geb. 1909, „Zur Theorie der Messung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit“, 1963) und einer Gruppe jüngerer Ökonomen um OTTO REINHOLD und HORST HEMBERGER (Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus, 1965) nach dem Übergang zum Neuen Ökonomischen System weitergeht, wird der taktische Funktionalismus der vorherigen Periode durch mehr oder minder offen ausgetragene wissenschaftliche Auseinandersetzungen ersetzt. Hinsichtlich der sozialistischen Länder geht es dabei um die Abstimmung zwischen Produktionsgüter- und Konsumgütererzeugung bei möglichst kostensparender Erweiterung der Konsumgüterproduktion zwecks Anpassung an die Notwendigkeiten einer entwickelten Industriegesellschaft, die die Zwänge der ursprünglichen Akkumulation nicht mehr kennt und um die Verbesserung der Distributionsmethoden. Weil aber weder der Grad der Produktivität noch die Umformung des Menschen bisher erreicht ist, die für den Übergang zum Kommunismus erforderlich wären, ist das Zentralproblem die rationale Verwertung der Motivationen der individuellen Leistungsanreize. Die Verwendung der Form nach marktwirtschaft-

licher Mittel innerhalb der sozialistischen Planung bei Dezentralisierung der Plan-Durchführung zu den Einzelunternehmen hin verbindet sich dabei notwendig mit der Frage nach der Demokratisierung der Gesellschaft. Die frühere Fiktion, der Sozialismus habe bereits die Produktivität der industriekapitalistischen Länder überholt, so daß man unmittelbar vor dem Übergang in eine kommunistische Gesellschaft stehe, die eine allseitige Bedürfnisbefriedigung ohne Anknüpfung an das Leistungsprinzip gestatte, ist in allen sozialistischen Ländern entfallen. Dadurch ist das neue Problem entstanden, wieweit ein in sich geschlossenes System der sozialen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Industriegesellschaft als der Vorstufe der kommunistischen Gesellschaft entwickelt werden könne. Von hier aus wird die Rezeption kybernetischer Vorstellungen verständlich, die diese Gesellschaft als ein Regelungssystem begreifen und die sowohl in der sowjetischen Wissenschaft, z. B. bei J. A. POLETAJEW („Kybernetik“, 1960) als auch von Theoretikern der DDR wie G. KLAUS („Kybernetik und Gesellschaft“, 1964) vertreten werden. Daß dabei die Gefahr einer neuen mechanistischen Auflösung der dialektischen Methode entsteht, liegt auf der Hand. Die Erfahrungen der Wirtschaftsreform Jugoslawiens, dessen dezentralisiertes Planungssystem seit der Wiederherstellung freundschaftlicher politischer Beziehungen zwischen diesem Lande und der UdSSR, zwischen der KPdSU und dem „Bund der Kommunisten“ Tiros auch in den anderen kommunistisch geführten Staaten (mit Ausnahme Chinas und Albanien) nicht mehr als Rückkehr zum Kapitalismus gilt, werden nunmehr auch in den kommunistischen Parteien Westeuropas und in den dem sowjetischen System angegliederten sozialistischen Staaten zwar kritisiert, aber wieder ernstlich erörtert.

Die Veränderung in der politisch-sozialen Struktur der Sowjetgesellschaft, die sich in dieser Erweiterung der theoretischen Diskussion spiegelt, hatte unvermeidlich auch die Wiederbelebung rechtswissenschaftlicher Fragestellungen zur Folge, wie sie in der Entwicklung einer Theorie der

sozialistischen Gesetzlichkeit in der UdSSR und auch in der DDR zum Ausdruck kommt, deren kontroverser Charakter z. B. durch den Bericht über eine Konferenz der Staatsrechtslehrer der DDR über „Demokratie und Grundrechte“ (1967) eindrucksvoll belegt wird. Die soziologische und geisteswissenschaftliche Diskussion gerät ebenso wieder in Fluß: Der französische kommunistische Philosoph ROGER GARAUDY hat die Hegel-Rezeption wieder aufgenommen („Dieu est mort“, 1962). Er führt seine Auseinandersetzung mit der katholischen Soziallehre im Rahmen der Tagungen der Paulus-Gesellschaft erstaunlich versöhnlich („Christentum und Marxismus heute“, 1967). Der polnische Philosoph ADAM SCHAFF hat die undifferenzierten früheren Formen der Polemik gegen den Existentialismus verlassen und in seinem Buch „Marxismus und das menschliche Individuum“ (1965) begonnen, die Thesen des nichtkommunistischen, in Mexico lebenden Marxisten ERICH FROMM zu übernehmen.

Auch die sowjetische Philosophie beginnt ihre frühere dogmatische Starre wieder zu lockern (G. J. OISERMAN, „Die Entstehung der marxistischen Philosophie“, 1964; N. J. LAPIN, „Der junge Marx“, 1965). Zum Problembereich der politischen Theorie hat unter führender Beteiligung der KPdSU eine Erklärung von 12 kommunistischen Parteien (1957) und von 81 kommunistischen Parteien (1960) das Ende der Vorstellung gebracht, daß der Übergang zur Herrschaft des Proletariats und damit der Weg zur sozialistischen Gesellschaft sich in allen Ländern in prinzipiell gleicher Weise gestalten müsse wie einst in Rußland, also stets die Form des gewaltsamen Umsturzes annehmen müsse. Diese Thesen gehen davon aus, daß der Aufstieg eines Systems sozialistischer Staaten unter Führung der UdSSR als einer Weltmacht die Bedingungen dafür geschaffen habe, daß, wenn nur die friedliche Koexistenz des sozialistischen und kapitalistischen Lagers erhalten bleibe, im Schutze ihrer sozialökonomisch ausgetragenen Leistungskonkurrenz der Übergang zum Sozialismus in den parlamentarisch organisierten kapitalistischen Staaten sich

legal auf dem Wege von Strukturreformen vollziehen könne, die auf Grund demokratischer Mehrheitsbildung durchgesetzt werden. Die Vorbedingung dazu sei allerdings, daß diese kapitalistischen Staaten durch die reale Macht der Parteien und Verbände der Arbeiterklasse daran gehindert werden können, sich in autoritäre oder faschistische Diktaturen umzuwandeln. Das sogenannte „Politische Testament“ (1964) des in der Sowjetunion gestorbenen Führers der Kommunistischen Partei Italiens, PALMIRO TOLLIATTI (1893—1964) hat diese ideologische Wendung dahin formuliert, daß der Weltkommunismus polyzentrisch werden und also den Führungsanspruch der UdSSR (und der KPdSU) zwar nicht beseitigen, aber begrenzen müsse. Diese Auflösung der Ideologie des „monolithischen“ Weltkommunismus und die Rückkehr zur Wiederaufnahme öffentlicher theoretischer Diskussion verläuft selbstverständlich — wie jede geschichtliche Entwicklung — weder gradlinig noch ohne Rückschläge und Widersprüche. Sie war zunächst nicht Ursache, sondern Folge einer politisch-sozialen Veränderung einerseits in den Beziehungen der großen Wirtschaftssysteme und der Staaten zueinander, andererseits in der ökonomisch-sozialen Entwicklung derjenigen Staaten, die das kapitalistische Wirtschaftssystem abgestreift haben. Als eine die Realität erfassende kritische Theorie der Entwicklung von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft könnte eine in dieser Weise erneuerte Doktrin allerdings die Hilfe dazu bieten, diese Realität selbst zu verändern, den Ausbau von Produktivität, Rechtssicherheit und kulturellem Fortschritt in den sozialistischen Staaten mit dem Aufbau des Selbstbewußtseins und der Macht der unterdrückten Klassen in den anderen Staaten zu koordinieren. Der ideologische Prozeß bleibt stets vom realen gesellschaftlichen Prozeß abhängig, wie er andererseits auf ihn zurückwirkt. Er ist unvermeidlich immer wieder erheblichen Rückschlägen ausgesetzt, in starkem Maße vor allem dann, wenn Verschärfungen der außenpolitischen Situation das Bewußtsein der Bedrohung durch äußere Feinde in einem der sozialistischen

Länder erhöhen und dessen politischen Führern und Ideologen den Rückgriff auf die frühere militante Selbstisolierung im Zeichen der alten ideologischen Verhärtungen nahelegen. Das erklärt, weshalb in einem Zeitpunkt, zu dem z. B. der Diskussionsrahmen in Polen bereits recht breit war, in der DDR, die sich wegen der Nicht-Anerkennung durch die Bundesrepublik und den Westblock besonders unsicher fühlen muß, noch marxistische Gelehrte vom Range ERNST BLOCHS oder HANS MAYERS genötigt schießen, das Land zu verlassen, weil dort diese Umformung des stalinistischen Dogmatismus zu frei diskutierbarer kommunistischer Theorie am langsamsten verlaufen und längere Zeit noch recht beschränkt geblieben ist. Aber auch in anderen sozialistischen Ländern, auch in der UdSSR als der Hegemonialmacht des Systems, haben sich immer wieder Rückfälle ergeben. Vorläufig ist in vielen Fragen die Revision des Stalinismus noch immer in großem Maße qualitativ auf dem Boden stalinistischer Denkformen und innerhalb ihrer Schranken verblieben, wie GEORG LUKÁCS (vgl. „Gespräche mit Lukács“, 1967) mit Recht festgestellt hat.

Der Eintritt des von FIDEL CASTRO geleiteten revolutionären Cuba, dessen politische Theorie von CHE GUEVARA entwickelt wurde, und das nur durch das Eingreifen der UdSSR vor der gewaltsamen Intervention der USA geschützt werden konnte, in das sozialistische Lager und vor allem die Sonderentwicklung des chinesischen Kommunismus unter MAO TSE TUNG und des von HO TSCHI MIN geleiteten vietnamesischen Kommunismus haben den Dezentralisierungsprozeß im Weltkommunismus jedoch weiter beschleunigt. Diese Veränderungen machen neue theoretische Auseinandersetzungen unvermeidlich und bieten dem Polyzentrismus auch machtsociologisch gesehen eine Basis. So wird zur entscheidenden Frage, ob und wieweit es dem Weltkommunismus gelingt, nach der Auflösung des für seine theoretische Fortentwicklung unergiebigsten monolithischen Systems STALINS mit dessen eklektisch wendbarem Dogmatismus zu einer neuen Form kritisch-theoretischer

Diskussion — bei Wahrung der Einheit der Methode — zu gelangen, deren Ausgangslage sich außenpolitisch aus dem neuen Gleichgewicht zwischen dem Weltkapitalismus und der Weltwirtschaft der sozialistischen Staaten und dem Kampf der sogenannten Entwicklungsländer um ihre sozial-ökonomische Emanzipation, innenpolitisch aus der Veränderung der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft auf der einen Seite, der werdenden sozialistischen Gesellschaft auf der anderen Seite ergibt. Das würde voraussetzen, daß der Weltkommunismus wieder lernt, auch die selbständigen wissenschaftlichen Leistungen in sein Denken einzubeziehen, die nach dem Siege des Stalinismus auf der Grundlage marxistischer Methoden außerhalb seiner Organisationssysteme erarbeitet worden sind.

#### **§ 4: Theoretische Einzelarbeit auf der Grundlage des Marxismus**

Seit der Stalinisierung des Weltkommunismus hatte sich die theoretische Arbeit auf der Grundlage des Marxismus weitgehend von den Kommunistischen Parteien und ihrer Entwicklung getrennt. Die meisten kommunistischen Gelehrten, die durch kritische geistige Arbeit zu neuen Ergebnissen kamen, wurden früher oder später aus den Parteien des Weltkommunismus ausgeschlossen oder hatten doch jeden Einfluß auf diese Parteien eingebüßt. Andererseits erlosch auch im Rahmen der reformistischen Arbeiterbewegung die Anwendung der marxistischen Theorien und die Diskussion über sie fast völlig, seit der Austromarxismus nach der Eroberung Österreichs durch den Faschismus seine Bedeutung verlor. Die wissenschaftliche Weiterarbeit auf der Basis des Marxismus hat dadurch weitgehend den Kontakt mit den großen Organisationen der Arbeiterbewegung verloren, der bis zum Ende der ersten Entwicklungsphase des Weltkommunismus ihre Lebensgrundlage war.

Sie hat gleichwohl auch nach dieser Isolierung eine umfangreiche Reihe von Ergebnissen und Anregungen hervorgebracht. Andererseits hat das Denken von MARX und ENGELS, allerdings ohne Übertragung seiner Theorie und Praxis vermittelnden methodischen Konzepts, vielfache Einflüsse auf die Entwicklung der „bürgerlichen“ Wissenschaft unseres Jahrhunderts (vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften) ausgeübt. Der Beginn der revolutionären Periode am Ende des ersten Weltkrieges bewirkte bei einer Reihe von Marxisten der damals jüngeren Generation eine Rückwendung von der mehr oder minder deterministischen und mechanistischen Interpretation des Marxismus der zweiten Internationale, wie sie auch für die Kantianer-Marxisten MAX ADLER (1873—1937) („Marx als Denker“, 1908; „Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung“, 1930) und KARL VORLÄNDER (1860 bis 1928) („Kant und Marx“, 1911) charakteristisch blieb und in EDUARD BERNSTEINS Trennung zwischen sozialtheoretischem Evolutionismus und Ethik grundsätzlich nicht in Frage gestellt wurde, zur dialektischen Methode, wie sie von HEGEL entwickelt und von KARL MARX nach dessen Anspruch materialistisch „auf die Füße gestellt“ worden war. Sie wurde in Italien in einer Reihe von Aufsätzen und in den Heften und den Briefen aus dem Gefängnis von ANTONIO GRAMSCI (1889—1937) vertreten, der dabei zunächst vom liberalen Hegelianismus seines Lehrers BENEDETTO CROCE (1866—1952) beeinflusst war, aber an die Vorarbeiten ANTONIO LABRIOLAS (1843 bis 1904) („Il materialismo storico“, 1896; „Discorrendo di socialismo e di filosofia“, 1898) anknüpfen konnte. In Deutschland hat der Jurist KARL KORSCH (1886—1961) zunächst in Zeitschriftenaufsätzen die Theorie der Räte entwickelt (1919), um dann nach vorübergehender Identifikation mit den Thesen der russischen Arbeiter-Opposition die Vernachlässigung dialektischen Denkens im Kautskyanismus und in der offiziellen Philosophie des sowjetischen Kommunismus zum Gegenstand seiner Untersuchungen zu machen und eine dialektische Neuinterpretation des

Marxismus einzuleiten („Marxismus und Philosophie“, 1. Aufl. 1923, 2. Aufl. 1930, „Karl Marx“, 1938). Ursprünglich von der neukantianischen und von der phänomenologischen Richtung der zeitgenössischen deutschen Philosophie und von der Soziologie MAX WEBERS beeinflusst, hat ERNST BLOCH (geb. 1885) seit dem „Geist der Utopie“ (1918) und seiner „Thomas Münzer“-Biographie (1922) die Theorie der „realen Utopie“ im Anschluß an den Marxismus entwickelt, historisch begründet und systematisiert („Naturrecht und menschliche Würde“, 1960, „Das Prinzip Hoffnung“, 1959 ff). Der Ungar GEORG LUKÁCS (geb. 1885), von gleichen Ausgangspunkten bestimmt, hat zunächst der marxistischen Geschichtsphilosophie und politischen Theorie mit stärkerer Betonung der Methode der Dialektik neue Antriebe gegeben („Geschichte und Klassenbewußtsein“, 1923), um dann in zahlreichen literaturgeschichtlichen und literarsoziologischen Einzelarbeiten vor allem zur deutschen und französischen Literaturgeschichte („Goethe und seine Zeit“, 1947; „Essays über den Realismus“, 1948; „Thomas Mann“, 1949; „Balzac“, 1952) und einer umfassenden Analyse der neueren deutschen Geistesgeschichte („Der junge Hegel“, 1954, „Die Zerstörung der Vernunft“, 1954) die Grundlagen für seine literaturwissenschaftlichen und philosophischen Altersarbeiten („Ästhetik“, 1963) zu legen. Er arbeitet zur Zeit an einer marxistischen „Ontologie“, deren Grundzüge er in Diskussionen mit anderen marxistischen Theoretikern bereits der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. („Gespräche mit Lukács“, 1967). Sein Ruf als bedeutendster marxistischer Philosoph der Gegenwart, der fast alle Aspekte marxistischen Denkens, abgesehen von der Ökonomie im engeren Sinne, wieder in einer Person vereint, ist außerhalb der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien fast unbestritten. Die Franzosen HENRI LEFÈBVRE (geb. 1901; „Logique dialectique“, 1947; „Karl Marx“, 1948; „Probleme des Marxismus heute“, 1958; „La proclamation de la Commune“, 1965) und LOUIS ALTHUSSER („La tâche historique de la philosophie marxiste“, 1967) beziehen

ebenso wie der in den USA lehrende HERBERT MARCUSE („Soviet Marxism“, 1957; „The One-dimensional man“, 1964), der zunächst durch die Publikation der Pariser philosophisch-ökonomischen Manuskripte von KARL MARX in der MEGA zur Annäherung an den Marxismus angeregt wurde (Aufsätze in „Die Gesellschaft“, 1932), bei aller Polemik gegen den Existentialismus dessen Fragestellungen in die marxistische Sozialsphilosophie ein, wobei MARCUSE sich stärker als LEFÈBVRE und ALTHUSSER von MARX und ENGELS nicht nur inhaltlich, sondern auch methodologisch entfernt. Der französische Schriftsteller und Philosoph JEAN-PAUL SARTRE (geb. 1905) wurde durch seine Aktivität in der Résistance zur Einbeziehung marxistischen Denkens in seinen ursprünglich nur existentialistischen Ansatz geführt („Existentialismus und Marxismus“, deutsch 1964; „Kritik der dialektischen Vernunft“, deutsch 1967). Der frühere Austromarxist LEO KOFLER (geb. 1907) hat in „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“ (unter dem Pseudonym Stanislaw Warynski, 1944) die marxistisch-dialektische Soziologie neu formuliert, für sie in „Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus“ (1960) neue Aspekte gewonnen und sie in „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ (1. Aufl. 1948, 3. Aufl. 1966) historisch begründet. Der in Paris lehrende Rumäne LUCIEN GOLDMANN (geb. 1913) („Racine“, 1956; „Dialektische Untersuchungen“, 1966), der Österreicher ERNST FISCHER (geb. 1899) („Zeitgeist und Literatur“, 1964) und der Deutsche HANS MAYER (geb. 1907) („Georg Büchner“, 1948; „Zur deutschen Literatur der Zeit“, 1967) haben die Fruchtbarkeit marxistischer Denkansätze für literatursoziologische und literaturgeschichtliche Analysen erwiesen. In Mexiko führt ERICH FROMM (geb. 1902) („Socialist Humanism“, 1965) seine Arbeiten fort, die sich bemühen, tiefenpsychologische Forschung und Marxismus zusammenzuführen. Die marxistische Rechtsphilosophie hat durch W. A. BEYER (geb. 1902) („Rechtsphilosophische Besinnung, eine Warnung vor der ewigen Wiederkehr des Naturrechts“, 1947; „Staatsphilosophie“, 1959) eine neue Wendung erhalten.

Die Anwendung marxistischer Methoden auf die Darstellung der Geschichte hat seit den zahlreichen Arbeiten FRANZ MEHRINGS (1846—1919) vor dem Ende des ersten Weltkrieges („Lessing-Legende“, 1898; „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 4. Aufl. 1913; „Karl Marx“, 1918) eine große Anzahl von Einzelarbeiten erbracht, von denen nur wenige als Beispiel genannt werden können. LEO TROTZKI (1879—1940) analysierte die beiden russischen Revolutionen (1905 [1911], 1917, „Februar“ und „Oktober“, [1930]). Der deutsche frühere „ultralinke“ Kommunist ARTHUR ROSENBERG (1889—1943) („Entstehung der Weimarer Republik“, 1928; „Geschichte des Bolschewismus“, 2. Aufl. 1966; „Geschichte der Weimarer Republik“, 1934; „Der Faschismus als Massenbewegung“, 1935; „Demokratie und Sozialismus“, 1938) hat die Probleme der Weimarer Republik nach dem ersten Weltkrieg und der Trennung zwischen bürgerlichem Liberalismus, kleinbürgerlicher und proletarischer Demokratie untersucht, der Amerikaner G. W. F. HALLGARTEN (geb. 1902) die Entstehung der imperialistischen Politik des Deutschen Reiches in „Imperialismus vor 1914“ (1950) dargestellt und begonnen, die „Geschichte des Wettrüstens“ (1967) zu erforschen. Zur Analyse der Geschichte der Sowjetunion bot ISAAC DEUTSCHER (1907—1967) mit seinen großen Biographien „Stalin“ (1949), „Trotzki“ (3 Bände, 1954—1961) und mit seiner Vorlesungsreihe „Die unvollendete Revolution“ (1967) wesentliche Grundlagen. Die Vorarbeiten zu einer umfangreichen LENIN-Biographie sind fast abgeschlossen; ihre posthume Publikation ist zu erhoffen. Der Franzose AUGUSTE CORNU (geb. 1888) hat begonnen, in „Karl Marx und Friedrich Engels, Leben und Werk“ (bisher 2 Bände, 1954 und 1962) deren geistige Entwicklung in ihrem sozialgeschichtlichen Zusammenhang darzustellen. Der englische Sozialhistoriker ERIC H. HOBSBAWM (geb. 1917) analysierte in „Primitive Rebels“ (1959) und „The Age of Revolution“ (1962) die Klassenkämpfe der Periode der Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft, in „Labour's Turning Point“ (1959) und „Labouring Man“ (1964) die Sozialgeschichte

der englischen Arbeiterbewegung. Er hat in „Industrie und Empire, Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750“ (2 Bde. 1969) Aufstieg und Niedergang des Empire überprüft.

Auch in der ökonomischen Theorie hat der westeuropäische und amerikanische Marxismus nach dem Verlust seines unmittelbaren Kontaktes mit der organisierten Arbeiterbewegung, die einst seiner Arbeit die institutionelle Grundlage bot, in der Periode der pragmatischen Abwendung der reformistischen Arbeiterparteien von jeder Theorie und des stalinistischen monolithischen Erstarrens der Kommunistischen Internationale (und später der am Kominform beteiligten Parteien) eine große Reihe selbständiger Arbeiten geliefert, die bei aller Divergenz der Problemstellungen und auch der Methoden eine Wiederanknüpfung an die Tradition des Marxismus und die Verwertung theoretischer Erkenntnis in der Praxis der sozialen Transformation möglich erscheinen läßt.

Der Tradition HENRYK GROSSMANN'S (1881—1950, „Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems“, 1929) ist trotz ihrer partiellen Annäherung an die früher von FRITZ STERNBERG vertretene Form der Unterkonsumtionstheorie NATALIE MOSZKOWSKA (geb. 1906) verpflichtet („Das Marx'sche System“, 1929; „Zur Kritik moderner Krisentheorien“, 1935; „Zur Dynamik des Spätkapitalismus“, 1943). Nach ihrer Meinung bewirkt der Widerspruch zwischen beschränkter Kaufkraft der Massen und Steigerung der Produktionskapazitäten im Spätkapitalismus, in dem die Mechanismen des liberalen Konkurrenzkapitalismus versagen, nicht mehr nur dessen Krisen, sondern auch eine permanente Stagnationstendenz, die nur durch „Rüstungskapitalismus“ (als von der Massenkaukraft unabhängige Produktion) überwunden werden kann. Der polnische Nationalökonom OSCAR LANGE (geb. 1904), dessen wichtigste Schriften während seiner Emigrationsperiode in den Vereinigten Staaten entstanden oder konzipiert sind, („On the Economic Theory of Socialism“, 1938; „The Creative Developments of Marxist Theory“, 1951; „Problems of Political Economy“, 1953), hat durch seine

Arbeiten über die Verbindung sozialistischer Planwirtschaft mit Elementen der Marktpreisbildung erhebliche Vorarbeit für die neueren Wendungen der ökonomischen Politik der sozialistischen Länder geleistet; der (in Amerika verbliebene) polnische Marxist ROMAN ROSDOLSKI (1898—1967) („Friedrich Engels und das Problem der geschichtslosen Völker“, 1964; „Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen ‚Kapital‘“, 2 Bde. 1968) wirft allerdings OSCAR LANGE vor, die Arbeitswertlehre von MARX auf Kategorien der neoklassischen Nationalökonomie zu reduzieren. In den Vereinigten Staaten haben PAUL A. BARAN (1910 bis 1964 („The Political Economy of Growth“, 1957, deutsch 1965) und PAUL M. SWEEZY (geb. 1915, „The Theory of Capitalist Development“, 1942, deutsch 1959) in einer Reihe von Arbeiten, die zuletzt in dem von ihnen gemeinsam publizierten Buch „Monopoly Capital“ (1966, deutsch 1967) kulminieren, die spätkapitalistische Wirtschaftsentwicklung im höchstentwickelten Monopolkapitalismus zum Gegenstand ihrer Forschungen gemacht. Ihr wichtigstes Problem ist dabei die Theorie des Wachstums unter den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus, insbesondere die Differenzen zwischen dem jeweils effektiven und dem potentiellen volkswirtschaftlichen Überschuß der Gesamtproduktion einer nationalen kapitalistischen Gesellschaft. Dieser „Surplus“ wird dabei (allerdings inexakt) definiert als die Differenz zwischen dem, was eine Gesellschaft produziert, und den für diese Produktion notwendigen Kosten. BARAN und SWEEZY gelangen (bei anderem methodischen Ansatz) zu dem gleichen Ergebnis wie N. MOSZKOWSKA, daß nämlich die Vermittlung sowohl des Krisenausgleichs als auch des technischen Fortschritts in den Investitionswellen während der gegenwärtigen Phase kapitalistischer Entwicklung weitgehend, und zwar aus ökonomisch wie soziologisch systemimmanenten Gründen, mittels des Wachstums der Staatsausgaben und zwar insbesondere infolge der Wendung zum Rüstungskapitalismus erfolge. Die notwendige Folge seien ständig wachsende Interventionen der (politisch durch die Oligopole kontrollierten) Staats-

macht in den ökonomischen Prozeß und ebenso die inflationären Tendenzen, die — wie auch DOBB in seiner Kritik an diesen amerikanischen Marxisten feststellt — sich während des ganzen Zeitraums des Imperialismus und der Rüstungspolitik der Großmächte immer wieder gezeigt haben. Nach Meinung von BARAN und SWEEZY wird durch diese Vermittlung die Stagnationstendenz in Schranken gehalten, die sich im monopol- bzw. oligopolkapitalistischen System daraus ergibt, daß die Wiederanlage von Vorzugsgewinnen in ihm nur insofern sinnvoll ist, als sie nicht durch vermehrte Angebotskonkurrenz zur Selbstaufhebung von Monopolstellungen führt. Der in Cambridge lehrende Engländer MAURICE H. DOBB (geb. 1900) („Political Economy and Capitalism“, 1937; „Studies in the Development of Capitalism“, 1946; „On Economic Theory and Socialism“, 1955; „Essay on Economic Growth and Planning“, 1960) hat einerseits die Kritik der modernen Richtungen der bürgerlichen Nationalökonomie, insbesondere des Keynesianismus, und die Überprüfung ihrer gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen und Funktionen, andererseits die Analyse der Entwicklung des Kapitalismus zwischen den Weltkriegen in den Mittelpunkt seiner Arbeiten gestellt. Der Pariser Professor CHARLES BETTELHEIM (geb. 1913) überprüfte in „L'Economie allemande sous le nazisme“ (1946) die Verschränkungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Dritten Reich und versuchte in „Les problèmes théoriques et pratiques de la planification“ (1946) Inhalt und Grenzen der Planungstendenzen einerseits im Spätkapitalismus, andererseits im möglichen Übergang zum Sozialismus darzustellen. In „L'Inde“ (1959) will er die Gründe dafür theoretisch prüfen und empirisch belegen, daß in der von der Kolonialherrschaft politisch emanzipierten Wirtschaft eines großen Entwicklungslandes, das keine soziale Revolution durchgeführt hat und dessen Planungsmethoden deshalb durch überkommene feudale Eigentumsverhältnisse und kapitalistische Oligopole gehemmt bleiben, die ökonomische und kulturelle Fortentwicklung trotz erheblicher Unterstützung durch die

industriekapitalistischen Länder völlig stagniert und teilweise sogar zurückfällt. In den Büchern „Nouveaux aspects de la théorie d'emploi“ (1952) und „Problèmes du développement économique“ (1953) setzt er sich mit der Beschäftigungs- und Wachstumstheorie in der spätkapitalistischen Gesellschaft auseinander. Von der Tradition des Austromarxismus sind die Veröffentlichungen THEODOR PRAGERS (geb. 1917) (vor allem: „Wirtschaftswunder oder keines“, 1963) beeinflusst, der die Gründe des ökonomischen Aufschwungs und der relativ langen Stabilität in den west- und mitteleuropäischen Volkswirtschaften untersucht. EDUARD MÄRZ (geb. 1908) bot in „Die Marxsche Wirtschaftslehre im Widerstreit der Meinungen“ (1959) eine Einführung in marxistisches ökonomisches Denken unter Einbeziehung der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg bei Berücksichtigung der Arbeiten der oben genannten angelsächsischen Autoren. Der Belgier ERNEST MANDEL hat in dem umfangreichen „Traité d'Économie Marxiste“ (2 Bände, 1962; deutsch 1968) eine umfassende systematische Gesamtdarstellung der politischen Ökonomie von MARX und ENGELS verfaßt, die mit einer historisch-empirisch verfahrenen Analyse der Entwicklung des Kapitalismus vom Beginn der monopolkapitalistischen Periode bis zur Gegenwart und einer kritischen Überprüfung der Entwicklungsstufen in Richtung auf eine sozialistische Volkswirtschaft in der UdSSR verbunden ist. Er hat die gegenwärtigen Tendenzen der Auseinandersetzung zwischen amerikanischem und westeuropäischem Spätkapitalismus einer Sonderanalyse unterzogen. („Die EWG und die Konkurrenz Europa—Amerika“, 1968.) Unter stärkerer Berücksichtigung internationaler Aspekte versucht KURT STEINHAUS (geb. 1938; „Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes“, 1967) die Frage der Bedeutung der sogenannten Entwicklungsländer für die Ökonomie und Politik der spätkapitalistischen Staaten zu klären. Sie beruht nach seiner Meinung immer weniger in den für die kapitalistischen Länder zwar nach wie vor Vorteile bietenden ökonomischen Beziehungen, sondern vielmehr in dem

Anwachsen der kolonialrevolutionären Bewegungen. Durch die damit drohende globale politische Machtverschiebung zugunsten der sozialistischen Staaten und die zu ihrer Verhinderung geführten Kriege könnten politische und ökonomische Rückwirkungen auf die kapitalistischen Staaten systemgefährdende Tendenzen aktualisieren helfen.

#### Ausblick: Die Ideen der Sozialbewegung und die Industrialisierungsländer von heute

Das 20. Jahrhundert zeigt eine gewisse Verlegung der Aktivitätszentren der Sozialbewegung aus dem Ursprungsraum hinaus, zunächst an die europäische Peripherie (Rußland), und schließlich aus dem europäischen Raum überhaupt in jenen Teil der Welt, der bisher an der industriekapitalistischen Weltwirtschaft nur leidend teilgenommen hat. — Die Theorien der Sozialbewegung im Entwicklungsraum sind heute noch nicht zu überblicken; steht doch die Sozialbewegung selbst vielfach noch in ihrem Beginn. Wohl aber lassen sich die *Bedingungen* übersehen, unter denen das soziale Denken in diesem Raum sich vorerst entwickeln dürfte. Folgendes kann mit einiger Sicherheit für mehr oder minder alle Länder gesagt werden, die heute die Industrie noch vor sich haben:

1) Das Denken der Sozialbewegung im Entwicklungsraum wird nicht die Ideengeschichte des industriellen Westeuropas, und sei es in verkürzter Folge, einfach rekapitulieren.

a) Die Grundfragen, vor denen die Entwicklungsländer stehen, sind nicht ideeller, sondern praktischer Art. Auch fehlt hier eine vorausgegangene Epoche bürgerlicher „Aufklärungs“-Philosophie, aus der sich das Gedankengut der Bewegung eines „vierten Standes“ erst langsam herausspinnen würde. Eine Sozialbewegung von potentiell proletarischem Charakter ist vielmehr von allem Anfang da, und sie selbst tritt als Vorkämpferin der Industrialisierung auf. Denn anders als in der Geschichte Westeuropas wird jenen gesellschaftlichen Schichten, auf welche die Last der

Erstaufbringung von Sachmitteln für den Aufbau der Industrie heute fällt, den Arbeitenden des flachen Landes und des Gewerbes, die nachholende beschleunigte Industrialisierung in zunehmendem Maße zur eigenen Sache, zu einem gesellschaftlichen Kampfprogramm, das es durchzusetzen gilt gegenüber den Kräften der Feudalität und gegenüber Widerständen einer „neokolonialistischen“ Umwelt. Und eine Sozialbewegung von solchem Typus (die weder angemessen als eine fertig „proletarische“ noch gar als die eines „dritten Standes“ bezeichnet werden kann) ist zugleich Träger eines Rationalismus, der von dem Industrialisierungsproblem und -programm bestimmt ist. Denn alle Fragen, vor denen die Theorie einer autochthonen, bodenständigen Sozialbewegung im Entwicklungsraum steht, gruppieren sich um die große Sachfrage: wie kommen wir auf schnellstem Weg zur Industrie? Von dieser Überlegung her, oder zumindest nicht gegen sie, sind auch die großen Fragen der Gesellschaftsordnung zu entscheiden.

b) Bestimmte Durchgangsstufen des Denkens scheint die Ideengeschichte der europäischen Sozialbewegung, gewissermaßen stellvertretend für die Späterkommenden, hinter sich gebracht zu haben: Utopischer Kommunismus, religiöser Sozialismus, Syndikalismus, Anarchismus werden kaum noch einmal große geistesgeschichtliche Bedeutung haben — so sehr der letztere die *Praxis* einer anhebenden Sozialbewegung, etwa in Südamerika, für eine Weile noch beeinflussen mag. Auch auf die Industrialisierungsländer wirken die großen Streitfragen unserer Zeit in der Gestalt ein, die sie mittlerweile in der umgebenden Welt erhalten haben; zumal ein großer Teil der Führer der Sozialbewegungen der Entwicklungsländer entweder in Westeuropa oder in den sozialistischen Staaten ausgebildet worden ist. Die eigenständige Entwicklung des chinesischen Marxismus (und z. T. auch des Marxismus in Cuba) mag auch anderen Bewegungen vielfältige Anregungen vermitteln.

2) Das Industrialisierungskonzept der Sozialbewegung des Entwicklungsraumes dürfte sich an die bisher in der

Weltwirtschaft gesammelten *gemeinwirtschaftlichen* Erfahrungen anschließen. Denn darauf, daß die Lösung der großen Fragen des Entwicklungsraums von heute in *gemeinwirtschaftlicher* Richtung gesucht werden wird, weist vieles an der Natur des Vorgangs einer nachholenden beschleunigten Industrialisierung hin. Freilich dürfte die Übernahme *gemeinwirtschaftlicher* Gedanken kaum geschehen ohne Anpassung der allgemeinen Ordnungsvorstellungen an die besonderen Verhältnisse der jeweiligen Länder. Neue *Typen* von *Gemeinwirtschaft* (oder auch: neue *Mischtypen*) mögen dabei entstehen, und neue Begriffe von möglicher *Industriegesellschaft* und sozialer *Gesittung*. Dies ist zugleich zu *hoffen*. Denn den werdenden Räumen der Welt bleibt mehr zu tun als den nur materiellen Grund der Volkswohlfahrt zu legen; es harret eine Aufgabe, an der die *industriekapitalistische* Welt gescheitert ist: die *Wahrung* und *Entfaltung* der ruhenden *Schöpferkräfte* des Volkes inmitten und vermöge der *Industrie*, die *Vollendung* der industriellen *Zivilisation* zu einer industriellen *Kultur*.

An den großen und drängenden Fragen aber, auf die sie Antwort geben, bewähren sich jene Ideen, welche die Weltgeschichte voranbringen, erweist sich, was jeweils *Fortschritts-* oder *Beharrungsmacht* ist, scheidet sich *Idee* von *Ideologie*. Und ohne die großen Ideen gibt es kein wirkliches Fortschreiten auch in der praktischen Welt.

## LITERATURHINWEISE

*Bemerkung:* Es wird in der Regel darauf verzichtet, die Werke der im Text besprochenen Autoren hier aufzuführen. Nur sekundäre Literatur, in Buchform, wird in Auswahl genannt. Verwiesen sei auf die weiteren Literaturangaben bei den einschlägigen Artikeln im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (1956 ff.) sowie im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. 1923 ff.

### A. ALLGEMEINES

#### I. Bibliographien:

- Stammhammer, Josef: Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus, 3 Bde., Jena 1893—1909.
- Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der SED: Internationale Bibliographie der marxistischen Zeitschriftenliteratur. Berlin 1951 ff.
- Brauer, Walter: Handbuch zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Frankfurt (M.) 1952 (C, V: Die Sozialisten).
- Hofmann, Werner: Sozialökonomische Studentexte, Bd. I: Wert- und Preislehre, Berlin 1964; Bd. II: Einkommenstheorie, Berlin 1965; Theorie der Wirtschaftsentwicklung, Berlin 1966 (jeweils: die Sozialisten).

#### II. Ältere Zeitschriften:

- Die Neue Zeit. Hrsg. Karl Kautsky. Jg. 1—41. Stuttgart 1882 bis 1922.
- Sozialistische Monatshefte. Jg. 1—37. Berlin 1897—1933.
- Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Hrsg. Carl Grünberg. 15 Bde. Leipzig 1911—1930.
- Die Gesellschaft. Hrsg. v. R. Hilferding. Berlin 1924—1933.
- Der Kampf. Wien 1925 ff.
- Unter dem Banner des Marxismus. Wien und Berlin 1925 bis 1933.

#### III. Buchveröffentlichungen:

- Lange, Friedrich Albert: Geschichte des Materialismus. Leipzig 1866.
- Adler, Georg: Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf die

- einwirkenden Theorien. Breslau 1885, Neudruck Frankfurt 1966.
- Herkner, Heinrich: Die Arbeiterfrage. 2 Bde. Berlin (1894). 8. Aufl. 1922.
- Sombart, Werner: Sozialismus und soziale Bewegung. Jena (1896). 10. Aufl. unter dem Titel: Der proletarische Sozialismus („Marxismus“). Jena 1924.
- Mehring, Franz: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart (1898). 12. Aufl. 1922.
- Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik. Hrsg. Georg Adler. Leipzig 1904 ff. N F. Hrsg. C. Grünberg Leipzig 1911 ff.
- Diehl, Karl: Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. Jena (1905). 6. Aufl. 1923.
- Muckle, Friedrich: Die Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert. 2 Bde. Leipzig (1909) 2. Aufl. 1917. 3. Aufl. unter dem Titel: Die großen Sozialisten. Leipzig 1920.
- Liebknecht, Karl: Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. München 1922 (posthum).
- Földes, Bela: Die Hauptströmungen der sozialistischen Gedankenwelt. Berlin 1923.
- Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus. Ausgewählte Lese-  
stücke zum Studium der politischen Ökonomie. Bd. 11 und  
12. 1920.
- Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter  
dem Industriekapitalismus. Berlin 1946 ff. (mehrere Bände  
und Aufl.).
- Cole, G. D. H. und Filson, A. W.: British Working Class Move-  
ments: Selected Documents (1789—1876). London 1951.
- Cole, G. D. H.: History of Socialist Thought, Vols. 1—5, 1953  
bis 1960.
- Ramm, Thilo: Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozial-  
philosophen. Bd. 1., Stuttgart 1954.
- Landauer, Carl: European Socialism. A History of Ideas and  
Movements from the Industrial Revolution to Hitler's  
Seizure. 2 Bde., Berkeley 1959.
- Hobsbawm, E. J.: Sozial-Rebellen. Primitive Sozialbewegungen  
im 19. und 20. Jahrhundert. A. d. Engl. Neuwied 1962.
- Fried, A. and R. A. Sanders, Documentary History of Socialist  
Thought. 1964.
- Schilling, K.: Geschichte der sozialen Ideen. Stuttgart 1966<sup>2</sup>.  
Der Frühsozialismus. Ausgewählte Quellentexte. Hrsg. u. eingel.  
von Th. Ramm, Neuauflage Stuttgart 1968.

## B. VORSOZIALISMUS

*I. Frankreich*

- v Stein, Lorenz: Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich. Leipzig (1842). 2. Aufl. 1848. 3. Aufl. unter dem Titel: Die Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich. 3 Bde. Leipzig 1850. Neuauflage Hrsg. Salomon, München 1921.
- Grün, Karl: Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien, Darmstadt 1845.
- Montreuil, Jean: Histoire du mouvement ouvrier en France des origines à nos jours. Paris 1946.
- Leroy, Maxime: Les précurseurs français du socialisme de Condorcet à Proudhon. Paris 1948 (Quellentexte).
- Dolléans, E. u. Dehove, G.: Histoire du travail en France. Des origines à 1919. Paris I. 1923, II. 1955.
- Garaudy, Roger: Die französischen Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin 1954 (Paris 1948).
- Heintz, Peter: Die Autoritätsproblematik bei Proudhon, Köln 1956.
- Salomon-Delatour, G. (Hrsg.): Die Lehre Saint-Simons. Neuwied 1962.
- Proudhon, P.-J., Ausgewählte Texte. Hrsg. und eingel. von Th. Ramm. 1963.
- Molnár, Erik: Les antécédents idéologiques du matérialisme historique. Budapest 1965.
- Bergmann, K. H.: Babeuf — Gleich und Ungleich. Köln und Opladen 1965.
- Gurvitch, Georges: Proudhon — Sa vie, son oeuvre, avec un exposé de sa philosophie. Paris 1965.
- Saint-Simon, C. H. de: Oeuvres choisies. 3 Bde., Nachdruck d. Augs. v. 1861, 1966.
- Fourier, Ch.: Theorie der vier Bewegungen. Hrsg. von Th. W. Adorno u. eingel. von E. Lenk. Frankfurt 1966.
- Saint-Simon et Enfantin: Oeuvres complètes, 6 Bde. Paris 1967 ff.
- Diehl, K.: Pierre Joseph Proudhon — seine Lehre und sein Leben. Neudruck 1967.
- Fourier, Ch.: Oeuvres complètes, 12 Bde. Paris 1967 ff.
- Blanqui, A.: Instruktionen für den Aufstand und andere Schriften, hrsg. u. eingel. v. F. Deppe, Frankfurt 1968.

*II. England*

- Macdonald, Ramsay: *The Socialist Movement*. New York 1911.
- Beer, Max: *Geschichte des Sozialismus in England*. Stuttgart 1913 (umgearbeitet und erweitert: *A History of British Socialism*. 2 Bde. London (1919/20) 4. Aufl. 1940 Neudruck 1948.
- Cole, Georg Douglas Howard: *A Short History of the British Working-Class Movement*. 3 Bde. London (1925—1927). Neue, bis 1947 fortgeführte Aufl. 1948.
- Postgate, R.: *The Common People 1746—1938*. London 1938. 2. Aufl. 1945.
- Morton, A. L.: *The Life and Ideas of Robert Owen*. London 1962.

## C. KLASSISCHER MARXISMUS

*I. Werkausgaben*

- Marx, K.: *Die Frühschriften*. Hrsg. von S. Landshut, Stuttgart 1953.
- Marx, K. und Engels, F.: *Werke*. Hrsg. v. Institut f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957 ff.
- Karl-Marx-Studienausgabe in 7 Bänden. Hrsg. von H.-J. Lieber u. a., Stuttgart 1960 ff.
- Fetscher, I.: *Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten*, 3 Bde., München 1964/65.
- Marx, K.: *Texte zu Methode und Praxis*, 3 Bde., Frankfurt 1966.
- Marx, K. und Engels, F.: *Studienausgabe in 4 Bdn.* Hrsg. von I. Fetscher. Frankfurt 1966.

*II. Sekundärliteratur*

- Kautsky, Karl: *Karl Marx' ökonomische Lehren*. Stuttgart (1887). 25. Aufl. Berlin 1930.
- Mehring, Franz: *Karl Marx. Geschichte seines Lebens*. Berlin 1918.
- Masaryk, Thomas: *Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus*. Wien 1899.
- Kautsky, Karl: *Materialistische Geschichtsauffassung*. 2 Bde., Berlin 1927.
- v. Tugan-Baranowskij, Michael: *Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung*. Dresden 1908.
- Plechanow, Georgy: *Die Grundprobleme des Marxismus*. Stuttgart (1920). 3. Aufl. 1929.
- Bucharin, Nik.: *Theorie des historischen Materialismus*. Hamburg 1922.

- Michels, Robert: Die Verelendungstheorie. Leipzig 1928. (Nachdruck 1966).
- Großmann, Henryk: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Leipzig 1929. Neudruck 1968.
- Moszkowska, Natalie: Das Marxsche System. Ein Beitrag zu dessen Ausbau. Berlin 1929.
- Oelßner, Fred: Der Marxismus der Gegenwart und seine Kritiker. Berlin (1948) 2. Aufl. 1949.
- Laski, Harold: Einführung in das Kommunistische Manifest. Hamburg 1949.
- Schlesinger, Rudolf: Marx. His Time and Ours. New York 1950.
- Bartoli, Henri: La doctrine économique et sociale de Karl Marx. Paris 1950.
- Cornu, Auguste: Karl Marx und die Entwicklung des modernen Denkens. Berlin 1950.
- Morf, Otto: Das Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx. Bern 1951.
- Popitz, Heinrich: Der entfremdete Mensch. Zeitkritik und Geschichtsphilosophie des jungen Marx. Basel 1953.
- Rosental, M. M.: Die marxistische dialektische Methode. A. d. Russischen. Berlin 1953.
- Die Dialektik in Marx' „Kapital“. A. d. Russ. Berlin 1957.
- Meek, Ronald L.: Studies in the Labour Theory of Value. London 1958.
- Rosenberg, D. J.: Die Entwicklung der ökonomischen Lehre von Marx und Engels in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Berlin 1958.
- Friedrich, Manfred: Philosophie und Ökonomie beim jungen Marx. Berlin 1960.
- Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien. Hrsg. v. I. Fetscher. Tübingen, I. 1954, II. 1957, III. 1960, IV. 1962, V. 1965, VI. 1969.
- Cornu, Auguste: Karl Marx und Friedrich Engels. 1. Bd. 1818 bis 1844, 2. Bd. 1844—1845. Berlin 1954—62.
- Fromm, Erich: Das Menschenbild bei Marx. A. d. Amerikanischen, Frankfurt 1963.
- Korsch, K.: Karl Marx. London 1938. New York 1963 (Reprint). Neuauf. Frankfurt 1967.
- Calvez, J.-Y.: K. Marx-Darstellung und Kritik seines Denkens. A. d. Franz. Freiburg/Br. 1964.

- Adler, M.: Soziologie des Marxismus, 3 Bde., Wien 1964.
- Lapin, J. N.: Der junge Marx im Spiegel der Literatur, Berlin 1965.
- Ullrich, H.: Der junge Engels. Eine historisch-biographische Studie seiner weltanschaulichen Entwicklung in den Jahren 1834—1845. 2 Bde., 1965/66.
- Lefèbvre, Henri: Sociologie de Marx. Paris 1966.
- Sebag, Lucien: Marxismus und Strukturalismus. Frankfurt 1967.
- Fetscher, I.: Karl Marx und der Marxismus. München 1967. Folgen einer Theorie. Essays über ‚Das Kapital‘ von Karl Marx. Frankfurt 1967.
- Bottigelli, E.: Genèse du socialisme scientifique, Paris 1967.
- Hillmann, Günther: Marx und Hegel. Von der Spekulation zur Dialektik. Frankfurt 1967.
- Schmidt, Alfred: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, 2. Aufl. Frankfurt 1967.
- Mandel, Ernest: Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx (1843—1863), a. d. Franz., Frankfurt 1968.
- Rosdolsky, Roman: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapital, Frankfurt 1968.
- Fay, Victor (Hrsg.): En partant du „capital“. Marxisme d'hier et d'aujourd'hui, Paris 1968.
- Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre „Kapital“. Frankfurt 1968.
- Garaudy, Roger: Die Aktualität des Marxschen Denkens, a. d. Franz., Frankfurt 1969.
- Moore, Stanley: Zur Theorie politischer Taktik des Marxismus, a. d. Engl., Frankfurt 1969.

### *III. Kritische Weiterentwicklung des Marxismus*

- Kautsky, Karl: Die Agrarfrage (1899). Neudruck Frankfurt 1966.
- Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals mit Anti-kritik. Nachdruck der Erstausgaben von 1913 und 1921. Frankfurt 1966.
- Lukács, Georg: Geschichte und Klassenbewußtsein. Berlin 1923.
- Bucharin, N.: Politische Ökonomie des Rentners. Nachdruck der Ausgabe von 1926. Frankfurt 1966.
- Korsch, Karl: Marxismus und Philosophie. Hrsg. u. eingel. v. E. Gerlach, Frankfurt/M. 1966.

- Trotsky, Leo: Die permanente Revolution. Nachdruck der deutschen Erstausgabe von 1930. Frankfurt 1965.
- Mehring, F.: Gesammelte Schriften in 16 Bdn., Hrsg. v. Th. Höhle, H. Koch, J. Schleifstein. Berlin 1960 ff.
- Lafargue, P.: Das Recht auf Faulheit — und persönliche Erinnerungen an Karl Marx. Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher. Frankfurt 1966.
- Luxemburg, R.: Politische Schriften. Hrsg. u. eingel. v. O. K. Flechtheim, 3 Bde., Frankfurt 1966—69.
- Lukács, Georg: Gesammelte Werke, Neuwied 1966 ff.
- Enderle, A., Schreiner, H., u. a.: Das rote Gewerkschaftsbuch. Eingel. v. J. Moneta, Frankfurt 1967 (zuerst: 1932).
- Bieligk, F., Eckstein, F., u. a.: Die Organisation im Klassenkampf, Frankfurt 1967 (zuerst: 1931).
- Jakubowski, F.: Der ideologische Überbau in der materialistischen Geschichtsauffassung. Eingel. v. A. Neusüss. Frankfurt 1968.
- Korsch, Karl: Schriften zur Sozialisierung. Hrsg. u. eingel. v. E. Gerlach, Frankfurt 1969.
- Pannekoek, A., Gorter, H.: Organisation und Taktik der proletarischen Revolution. Hrsg. v. M. Bock, Frankfurt 1969.
- Trotsky, Leo: Gesammelte Werke, Frankfurt 1969 ff.

#### D. DIE ENTWICKLUNG IM ZWANZIGSTEN JAHRHUNDERT

##### *I. Revisionismus und Austromarxismus*

- Kautsky, Karl: Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Antikritik. Stuttgart 1899.
- Bernstein, Eduard: Zur Geschichte und Theorie des Marxismus. Berlin 1904.
- Bauer, Otto: Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie. Marxstudien. 2. Bd. Wien (1907). 2. Aufl. 1924.
- Renner, Karl: Krieg, Marxismus und Internationale. Stuttgart 1917.
- Adler, Max: Die Staatsauffassung des Marxismus. Wien 1922.
- Renner, Karl: Staatswirtschaft, Weltwirtschaft und Sozialismus. Berlin 1929.
- Bauer, Otto: Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Wien 1931.
- Rikli, Erika: Der Revisionismus. Zürich 1936.

- Renner, Karl: Wandlungen der modernen Gesellschaft. Bd. III der nachgelassenen Werke. Wien 1953.
- Gay, Peter: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Ed. Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx. A. d. Am. Nürnberg 1954.
- Schorske, Carl E.: German Social Democracy 1905—1917. The Development of the Great Schism. Cambridge/Mass. 1955.
- Deutsches Handbuch der Politik. Bd. I. W. Mommsen: Deutsche Parteiprogramme (ab Vormärz). Bd. II. L. Bergsträsser: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. München 1960.
- Labeledz, L. (Hrsg.): Revisionism. Essays on the History of Marxist Ideas. 1963.
- Leser, Norbert: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. Wien-Frankfurt-Zürich 1968.

## *II. Frankreich und England*

- Shaw, George B.: What Socialism is. The Fabian Society. London 1901.
- Millerand, Alexandre: Le socialisme réformiste français. Paris 1903.
- Macdonald, James R.: Sozialismus und Regierung. A. d. Engl., Jena 1912.
- Webb, Sidney u. Beatrice: A Constitution for a socialist Commonwealth of Great Britain. London 1921.
- Taylor, G. R. S.: Der Gildenstaat. Seine Leitgedanken und Möglichkeiten. A. d. Engl., Tübingen 1921.
- Pirou, Gaëtan: Les doctrines économiques en France depuis 1870. Paris 1946.
- Cole, Marg. J. u. Crossman, Rich. H. S. (Hrsg.): Neue Beiträge sozialistischer Autoren. A. d. Engl. Frankfurt 1953.
- McBriar, A. M.: Fabian Socialism and English Politics 1884 bis 1918. London 1962.
- Cole, M.: Fabian Socialism. 1963.

## *III. Anarchismus*

- Zenker, E. V.: Der Anarchismus. Kritische Geschichte der anarchistischen Theorie. Jena 1895.
- Nettlau, M.: Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin. Berlin 1927.

- Sergent, A. und Harmel, C.: Histoire de l'anarchie. Paris 1949.  
 Arvon, H.: L'anarchisme. Paris 1951.  
 Joll, J.: Die Anarchisten. A. d. Englischen. Berlin o. J. (1966).  
 Guérin, D.: Anarchismus. A. d. Franz. Frankfurt 1967.  
 Landauer, G.: Aufruf zum Sozialismus. Hrsg. u. eingel. v. H. J. Heydorn, Frankfurt 1967.  
 Bakunin, Michael: Philosophie der Tat. Auswahl aus seinem Werk. Köln 1968.  
 Anarchismus. Grundtexte zur Theorie und Praxis der Gewalt. Köln-Opladen 1969.

#### IV. Bolschewismus

- (Siehe auch Artikel „Russische Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsauffassungen“, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. IX, S. 66 ff., mit Literaturangaben.)  
 Masaryk, Thomas: Rußland und Europa. Studien über die geistigen Strömungen in Rußland. Jena 1913.  
 Rosenberg, Artur: Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart. Berlin 1932 (Neuaufll. Frankfurt 1966).  
 Hofmann, W.: Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Zur Deutung der Sowjetgesellschaft von heute. Berlin 1955.  
 — Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion. Berlin 1956.  
 Scheibert, Peter: Von Bakunin bis Lenin. Geschichte der russischen revolutionären Ideologien 1840—1895. I. Band: Die Formung des radikalen Denkens in der Auseinandersetzung mit deutschem Idealismus und französischem Bürgertum. Leiden 1956.  
 Geyer, Dietrich: Lenin in der russischen Sozialdemokratie. Die Arbeiterbewegung im Zarenreich als Organisationsproblem der revolutionären Intelligenz. 1890—1903. Köln/Graz 1961.  
 Wetter, Gustav: Der dialektische Materialismus, seine Geschichte und sein System in der Sowjetunion. 5. Aufl., Freiburg/Br. 1960.  
 Lieber, H.-J.: Die Philosophie des Bolschewismus in den Grundzügen ihrer Entwicklung. Frankfurt-Berlin-Bonn, 2. Aufl., 1958.  
 Marcuse, Herbert: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus. A. d. Am., Neuwied 1964.  
 Politische Ökonomie. Lehrbuch. A. d. Russ., Berlin 1959 (1. A.); nach der 3. russ. A. Berlin 1961.)  
 Grundlagen der marxistischen Philosophie. A. d. Russ., Berlin 1959 (1. A.).

- Kategorien der materialistischen Dialektik. Berlin 1960.  
 Grundlagen des Marxismus-Leninismus. A. d. Russ., Berlin 1960.  
 Kusminow, I. I.: Einige Fragen der ökonomischen Theorie beim Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion. A. d. Russ., Berlin 1961.  
 Behrens, F.: Ware, Wert und Wertgesetz, Berlin 1961.  
 Studies in Soviet Thought (Dordrecht/Holl.; Hrsg. v. I. M. Bochënski, Fribourg; ab 1962 als Ztschr.).  
 Kindesley, R.: The First Russian Revisionists — A Study of „Legal Marxism“ in Russia. 1962.  
 Der Mensch im kommunistischen System. Hrsg. v. W. Markert. 1962.  
 Belz, H. G.: Marxismus — Leninismus. 1962.  
 Baron, S. H.: Plekhanow — The Father of Russian Marxism. Stanford 1963.  
 Fetscher, I.: Von Marx zur Sowjetideologie. Frankfurt 1965<sup>41</sup>.  
 Franzew, J. P.: Kommunismus heute und morgen. A. d. Russ., Wien-Frankfurt-Zürich 1965.  
 Utechin, S. V.: Geschichte der politischen Ideen in Rußland. A. d. Am. (1963). Stuttgart etc. 1966.  
 Hillmann, G. (Hrsg.): Selbstkritik des Kommunismus. Hamburg 1967.  
 Hofmann, W.: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts. Frankfurt 1967, 3. Aufl. 1969.

#### V. Marxistische Analysen der Gegenwart

- Moszkowska, N.: Zur Kritik moderner Krisentheorien. Prag 1935.  
 — Zur Dynamik des Spätkapitalismus. Zürich 1943.  
 Dobb, M.: On Marxism To-day. London 1932.  
 — Political Economy and Capitalism. 1937.  
 Bettelheim, Ch.: Les problèmes théoriques et pratiques de la planification. Paris 1946.  
 Varga, E.: Grundfragen der Ökonomik und Politik des Imperialismus. A. d. Russ., Berlin 1955.  
 Sweezy, P. M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie. A. d. Amerikanischen. Köln 1959.  
 Dobb, M.: An Essay on Economic Growth and Planning. London 1960.  
 — Capitalism Yesterday and Today. London 1961.

- Organisierte Kapitalismus. A. d. Engl. Frankfurt 1966.
- Papers on Capitalism, Development and Planning. London 1967.
- März, E.: Die Marxsche Wirtschaftslehre im Widerstreit der Meinungen. Wien 1959.
- Varga, E.: Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts, Berlin 1962.
- Lange, O.: Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Wien 1964.
- Lefèbvre, H.: Probleme des Marxismus, heute. A. d. Frz., Frankfurt 1965.
- Schaff, A.: Marxismus und das menschliche Individuum. A. d. Polnischen. Wien 1965.
- Neokapitalismus, Rüstungswirtschaft und Westeuropäische Arbeiterbewegung. Frankfurt 1966.
- Baran, P. A.: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. A. d. Amerikanischen. Neuwied 1966.
- Baran, P. A. und Sweezy, P. M.: Monopolkapital. A. d. Am., Frankfurt 1967.
- Marek, F.: Philosophie der Weltrevolution. Wien-Frankfurt-Zürich 1966.
- Gorz, A.: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus. A. d. Franz. Frankfurt 1967.
- Steinhaus, K.: Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes. Frankfurt 1967.
- Gorz, A.: Der schwierige Sozialismus, a. d. Franz., Frankfurt 1968.
- Mandel, E.: Marxistische Wirtschaftstheorie, a. d. Franz., Frankfurt 1968.
- Gillmann, J. M.: Der Wohlstand in der Krise, a. d. Amerikanischen, Frankfurt 1968.
- Varga, Eugen: Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt 1969.

#### *VI. Neuere sozialistische Zeitschriften*

- Marxistische Blätter, Frankfurt.
- Sozialistische Politik, Berlin.
- Neue Kritik, Frankfurt.
- Weg und Ziel, Wien.
- International Socialist Journal (erscheint in Frankreich unter dem Titel *Revue internationale du Socialisme*, in Italien unter dem Titel *Problemi del Socialismo*).

- Cahiers du Communisme, Paris.  
 New Left Review, London.  
 Praxis. A Philosophical Journal (erscheint in serbo-kroatischer und internationaler Ausgabe) Zagreb.  
 Socialist Thought and Practice. A Yugoslav Quarterly, Belgrad.  
 Science and Society. An Independent Journal of Marxism. New York.  
 Monthly Review. An Independent Socialist Magazine. New York.

### Wichtigere Schriften in chronologischer Reihenfolge

- 1755 *Morelly*, Code de la nature.  
 1782 *Will. Ogilvie*, An Essay on the Right of Property in Land with Respect to its Foundation in the Law of Nature.  
 1793 *Will. Godwin*, Enquiry Concerning Political Justice and its Influence on General Virtue and Happiness.  
 1796 *Th. Spence*, The Meridian Sun of Liberty.  
 1797 *Th. Paine*, Agrarian Justice.  
 1812/14 *Rob. Owen*, A New View of Society.  
 1814 *Saint-Simon*, De la réorganisation de la société européenne.  
 1822 *Ch. Fourier*, Traité de l'association domestique et agricole.  
 1825 *Saint-Simon*, Le Nouveau Christianisme.  
 1829 *Ch. Fourier*, Le nouveau monde industriel.  
 1829/30 Exposition de la doctrine de Saint-Simon.  
 1838 *Wilh. Weitling*, Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte.  
 1839 *E. Cabet*, Le voyage en Incarie.  
 1839 *L. Blanc*, Organisation du travail.  
 1840 *P.-J. Proudhon*, Qu'est-ce que la propriété?  
 1842 *W. Weitling*, Garantien der Harmonie und der Freiheit.  
 1845 *F. Engels*, Die Lage der arbeitenden Klassen in England.  
 1846 *P.-J. Proudhon*, Système des contradictions économiques, ou philosophie de la misère.  
 1848 *Marx, Engels*: Manifest der Kommunistischen Partei.

- 1859 *K. Marx*, Zur Kritik der politischen Ökonomie.
- 1861 *F. Lassalle*, Das System der erworbenen Rechte. Eine Versöhnung des positiven Rechts und der Rechtsphilosophie.
- 1863 *F. Lassalle*, Offenes Antwort-Schreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allg. Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig.
- 1867 *K. Marx*, Das Kapital, I. Bd.
- 1869 *J. Dietzgen*, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit, dargestellt von einem Handarbeiter.
- 1874 *M. Bakunin*, L'étatisme et l'anarchie (russ. 1873).
- 1878 *F. Engels*, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“).
- 1881 *H. George*, Progress and Poverty.
- 1885 *K. Marx*, Das Kapital, Bd. II (posthum, Hsg. F. Engels).
- 1889 *Fabian Essays* (B. Shaw, S. Webb u. a.).
- 1894 *K. Marx*, Das Kapital, Bd. III (posthum, Hsg. F. Engels).
- 1899 *K. Kautsky*, Die Agrarfrage.
- 1899 *E. Bernstein*, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie.
- 1899 *R. Luxemburg*, Sozialreform oder Revolution?
- 1899 *V. I. Lenin*, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland.
- 1902 *K. Kautsky*, Die soziale Revolution.
- 1903 *E. David*, Sozialismus und Landwirtschaft.
- 1905/10 *K. Marx*, Theorien über den Mehrwert (posthum, Hsg. K. Kautsky).
- 1909 *V. I. Lenin*, Materialismus und Empiriokritizismus.
- 1910 *R. Hilferding*, Das Finanzkapital.
- 1913 *O. Bauer*, Der Weg zum Sozialismus.
- 1913 *R. Luxemburg*, Die Akkumulation des Kapitals.
- 1916 *V. I. Lenin*, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.
- 1916 *R. Luxemburg*, Die Krise der Sozialdemokratie („Junius-Broschüre“).
- 1917 *V. I. Lenin*, Staat und Revolution.
- 1918 *N. I. Bucharin*, Weltwirtschaft und Imperialismus (russ., deutsch: Imp. u. Weltwsh., 1929).
- 1923 *G. Lukács*, Geschichte und Klassenbewußtsein.
- 1923 *K. Korsch*, Marxismus und Philosophie.

- 1924 *K. Renner*, Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung.
- 1926 *F. Sternberg*, Der Imperialismus.
- 1926 *I. V. Stalin*, Fragen des Leninismus.
- 1929 *H. Grossmann*, Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems.
- 1930 *L. Trotzki*, Die permanente Revolution.
- 1935 *N. Moszkowska*, Zur Kritik moderner Krisentheorien.
- 1937 *M. Dobb*, Political Economy and Capitalism.
- 1942 *P. M. Sweezy*, The Theory of Capitalist Development (dt.: 1959).
- 1943 *N. Moszkowska*, Zur Dynamik des Spätkapitalismus.
- 1957 *P. A. Baran*, The Political Economy of Growth (dt.: 1966).
- 1957 Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder. (Zweite Erklärung: 1960).
- 1961 Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (beschlossen auf dem XXII. Parteitag).
- 1962 *E. Mandel*, Traité d'économie marxiste (dt.: 1968).
- 1965 *A. Schaff*, Marxismus und das menschliche Individuum.
- 1966 *P. M. Sweezy* und *P. A. Baran*, Monopoly Capital. An Essay on the American Economic and Social Order (dt.: 1967).

## Personenregister

- Ackermann 253  
 Adler, G. 276  
 Adler, M. 182, 265, 281 f.  
 Adoratski, W. M. 235  
 Adorno, Th. W. 278  
 Ahrendt, H. 257  
 Alexander, H. 205  
 Althusser, L. 266 f.  
 Arvon, H. 284  
 Amoroso 186  
 Auer, I. 175  
 Axelrod 207  
  
 Babeuf, G. 19, 21, 22,  
   41 ff., 54, 57, 71, 76,  
   156, 278  
 Bachofen, J. J. 160  
 Bakunin, M. A. 21, 174,  
   201 ff., 284, 286  
 Balzac, H. de 162  
 Baran, P. A. 270 f.,  
   286 f., 289  
 Baron, S. H. 285  
 Bartoli, H. 280  
 Bauer, B. 93  
 Bauer, O. 182, 216, 243,  
   281 f., 288  
 Baumgarten, A.  
 Bazard, S. A. 52, 163  
 Beccaria 159  
 Bebel, A. 81, 162  
 Beer, M. 279  
 Behrens, F. 164, 259, 285  
 Belinskij 202  
 Belz, H. G. 285  
 Bentham, J. 8, 31, 35  
 Bergmann, K. H. 278  
 Bergsträsser, L. 283  
 Bernstein, E. 143, 175 ff.,  
   265, 281, 288  
 Berth, E. 193  
 Bettelheim, Ch. 253, 271,  
   285  
 Beyer, W. A. 267  
 Bieligk, F. 282  
  
 Bismarck, O. von 84  
 Blanc, L. 21, 59, 65 ff.,  
   71 ff., 82 f., 160, 287  
 Blanqui, A. 22 f., 44,  
   71 ff., 77, 156, 160, 278  
 Bloch, E. 253, 263, 266  
 Bocheński, I. M. 285  
 Bordiga, A. 225, 231  
 Borodin 239  
 Bottigelli, E. 281  
   v. Böhm-Bawerk 116  
 Braeuer, W. 276  
 Braunthal 216  
 Bray 122  
 Brentano, L. 187  
 Briefs, G. 179  
 Brisson 60  
 Bucharin, N. 215 f., 227,  
   235, 236, 241 f., 279,  
   281, 288  
 Buchez, P. J. B. 52, 59  
 Büchner, L. 92  
 Buonarrotti, Ph. 44, 72  
  
 Cabet, E. 21, 44 f., 73,  
   287  
 Calwer 176, 179 ff.  
 Calvez, J.-Y. 280  
 Campanella 19, 45  
 Camus, A. 205  
 Carell, E. 114  
 Cassel, G. 179  
 Castro, F. 263  
 Chiang-Kai Shek 238,  
   258  
 Chrustschow 257  
 Clark, J. B. 114, 191  
 Colbert 40  
 Cole, G. D. H. 277, 279  
 Cole, M. J. 283  
 Comte, A. 50  
 Condorcet 47, 160  
 Considérant 55  
 Cornu, A. 268, 280  
 Croce, B. 265  
  
 Crossman, R. H. S. 283,  
   191  
 Cunow 143  
  
 Dahrendorf, R. 153  
 Daumier 160  
 David, E. 177, 288  
 Deborin, A. M. 235  
 Dehove, G. 278  
 Deppe, F. 278  
 Deutscher, I. 268  
 Dickens, Ch. 160  
 Diehl, K. 26, 65, 187,  
   277 f.  
 Dietzgen, J. 76, 85 f., 89,  
   287  
 Dietzel, H. 179  
 Dimitrow, G. 249  
 Dobb, M. 271, 285 f., 289  
 Dolléans, E. 278  
 Dollfuß 182  
 Dühring, E. 95, 162  
 Durkheim, E. 153  
  
 Eckstein, F. 282  
 Enderle, A. 282  
 Enfantin, B. P. 52 ff., 162  
 Engels, F. 22, 78, 88, 92,  
   93 ff., 154, 156 ff.,  
   161 f., 174 f., 176, 178,  
   205, 214, 225, 235, 246,  
   248, 265, 272, 287 f.  
  
 Fabius 191  
 Fay, V. 281  
 Feder, G. 65  
 Fetscher, I. 279 f., 281,  
   285  
 Feuerbach, L. 76 f., 85,  
   92, 94, 153, 160, 203  
 Fichte 84  
 Figner, V. 205  
 Filson, A. W. 277  
 Fischer, E. 267  
 Fisher, I. 114

- Fledtheim, O. K. 281  
 Földes, B. 277  
 Fourier, Ch. 21, 34,  
 53 ff., 73, 157, 161, 278,  
 287  
 Fraenkel, E. 233  
 Franzew, J. P. 285  
 Fried, A. 277  
 Friedman, G. 153  
 Friedrich, C. J. 257  
 Friedrich, M. 151, 280  
 Fromm, E. 151, 153, 261,  
 267, 280
- Garaudy, R. 253, 261,  
 278, 285  
 Gay, P. 283  
 George, H. 21, 29, 191,  
 288  
 Gerlach, E. 281  
 Gesell, S. 65  
 Geyer, D. 284  
 Gillman, J. M. 286  
 Godwin, W. 21, 30 ff.,  
 160, 161 f., 287  
 Goldmann, L. 267  
 Gorter, H. 225, 231, 282  
 Gorz, A. 286  
 Gossen, H. H. 26  
 v. Gottl-Öttililienfeld, F.  
 179  
 Gramsci, A. 225, 235, 265  
 Grossmann, H. 269, 280,  
 289  
 Grotius, H. 15  
 Grün, K. 76, 93, 278  
 Grünberg, C. 236, 276 f.  
 Guérin, D. 284  
 Guesde, J. 48, 190  
 Guevara, Che 263  
 Gurvitch, G. 278
- Hall, Ch. 28  
 Hallgarten, G. W. F.  
 268  
 Hansen, A.  
 Harmel, C. 284  
 Hawtrey 114  
 Hegel, G. W. F. 62, 76,  
 84, 90, 91, 92, 95, 98 f.,  
 112, 153 f., 265  
 Heine, H. 75, 77  
 Heintz, P. 278  
 Hemberger, H. 259  
 Herder 98  
 Herkner, H. 187, 277
- Herzen, A. 198, 202, 205  
 Hess, M. 76, 93  
 Hilferding, R. 116, 168,  
 182 ff., 219, 276, 288  
 Hillmann, G. 281, 285  
 Hitler, A. 243  
 Hobbes, Th. 15  
 Hobsbawm, E. 268, 277  
 Hobson, J. 215  
 Hodgskin, T. 31  
 Hofmann, W. 157, 204,  
 221, 284  
 Holbach 160  
 Horney, K. 153  
 Ho Tschü Min 263  
 Howard 159
- Jaurès, J. 189 f.  
 Joll, J. 284  
 Jonas, F. 151  
 Jakubowski, F. 282
- Kamenjew, L. B. 227,  
 242  
 Kant, I. 85, 175  
 Kautsky, K. 173, 175,  
 181, 215, 235, 276, 279,  
 281, 288  
 Keynes, J. M. 114, 139,  
 186, 219, 221  
 Kindesley, R. 285  
 Klaus, G. 260  
 Kofler, L. (Warynski, S.)  
 253, 267  
 Kollontai, A. 228  
 Korolenko 200  
 Korowin 233 f.  
 Korsch, K. 235, 265,  
 280 ff., 288  
 Kropotkin, P. A. 21, 34,  
 160 f., 204  
 Krupskaja, N. 235  
 Kuczynski, J. 151, 277  
 Kusminow, J. J. 285
- Labedz, L. 283  
 Labriola, A. 265  
 Lagardelle 193  
 Lafargue, P. 281  
 Landauer, C. 277  
 Landauer, G. 193, 284,  
 293  
 Landshut, S. 279  
 Lange, F. A. 276  
 Lange, O. 269 f., 286  
 Lapin, J. 261, 281  
 Lansbury, G. 196
- Lassalle, F. 21, 59, 70,  
 76, 80 ff., 106, 175,  
 287 f.  
 Laski, H. 280  
 Lefébvre, H. 253, 266 f.,  
 281, 286  
 Lenin, V. I. 19, 124, 156,  
 193, 201 f., 204 ff.,  
 207 ff., 216, 217 ff.,  
 223, 226, 228 f., 231 f.,  
 237, 245 f., 248 f., 288  
 Lenk, E. 278  
 Leontjew, L. A. 259  
 Leroux, P. 52  
 Leroy, M. 278  
 Leser, N. 283  
 Lieber, H.-J. 279, 284  
 Liebermann, J. 259  
 Liebknecht, K. 181, 277  
 Liebknecht, W. 81  
 Liefmann, R. 179  
 Lipset, S. M. 257  
 List, F. 75  
 Locke, J. 15, 74  
 Lukács, G. 231, 235, 246,  
 253, 263, 266, 281 f.,  
 288  
 Luxemburg, R. 172, 181,  
 211, 215 ff., 224, 281,  
 288  
 Lysenko 247
- Mably 43 ff.  
 Malthus, R. 11, 146  
 Makarenko, A. S. 236  
 de Man, H. 189  
 Mandel, E. 272, 281, 286,  
 289  
 Mannheim, K. 92, 200  
 Mao Tse Tung 254, 258,  
 263  
 Marat 43 f.  
 Marcuse, H. 151, 267,  
 284  
 Marek, F. 286  
 Marlo, K. 76  
 Markert, W. 285  
 Marshall, A. 191  
 Marsilius von Padua 197  
 Martow 202  
 Marx, K. 13, 22, 37, 42,  
 52 f., 54, 58, 60 f.,  
 63 f., 65, 75, 77, 78,  
 81 f., 84 f., 86 ff., 162,  
 167, 169, 171, 173 ff.,  
 176, 182 f., 191, 214,  
 216, 218, 224 f., 235,

- 237, 240, 246, 248, 265, 267, 270, 272, 279, 287 f.  
 Masaryk, Th. 175, 279, 284  
 Mayer, H. 253, 263, 267  
 Mayo, E. 153  
 März, E. 272, 286  
 McBriar, A. M. 283  
 McDonald, J. R. 279, 283  
 McDougall 189  
 Meek, R. L. 280  
 Mehring, F. 268, 277, 282  
 Menger, A. 36  
 Metternich 75  
 Michels, R. 188 f., 280  
 Mill, J. Sr. 21, 29, 59, 112, 114, 130, 162  
 Millerand 190, 283  
 Moleschott, K. 92  
 Molnar, E. 278  
 Mommsen, W. 283  
 Montesquieu 16, 159  
 Montreuil, J. 278  
 Moore, St. 281  
 Morelly 43 f., 159, 287  
 Morf, O. 280  
 Morris, W. 195  
 Morton, A. L. 279  
 Morus, Th. 19, 45  
 Mosca, G. 188  
 Moszkowska, N. 140, 269 f., 280, 285, 289  
 Muckle, F. 277  
 Mussolini, B. 188, 193  
 Naumann, F. 187  
 Neisser 216  
 Nettlau, M. 283  
 O'Brien, J. 21, 27, 39  
 Oelßner, F. 280  
 Ogilvie, W. 21, 28, 287  
 Oiserman, G. J. 261  
 Oppenheimer, F. 27, 30  
 Owen, R. 21, 34 ff., 44, 57, 59, 64, 122, 160 f., 287  
 Paine, Th. 33, 287  
 Pankratowa 257  
 Pannekoek, A. 225, 231, 282  
 Pareto, V. 187 f.  
 Paschukanis, E. 234  
 Pecqueur, C. 47, 73  
 Pelloutier, F. L. E. 193  
 Pijades, M. 253  
 Pirou, G. 283  
 Plechanow, G. 201 f., 207 f., 235, 279  
 Poletajew, J. A. 260  
 Popitz, H. 151, 280  
 Postgate, R. 279  
 Prager, Th. 272  
 Preobraschenski, E. A. 235, 242  
 Price, R. 30, 33  
 Priestley, J. 30, 33  
 Proudhon, P. J. 21, 59 ff., 73 f., 93, 202, 278, 287  
 Ramm, Th. 53, 67, 277 f.  
 Rathenau 186  
 Reclus, J. E. 193  
 Reinhold, O. 259  
 Reissner, M. A. 233  
 Renner, K. 182, 183 ff., 233, 282 f., 288  
 Ricardo, D. 11, 26, 37, 109, 112, 114, 130, 191  
 Riehl, W. H. 161  
 Riesman, D. 153  
 Rikli, E. 282  
 v. Rimscha, H. 205  
 Rjasanow 236  
 Robespierre 40, 43  
 Robinson, J. 130  
 Rodbertus, C. 84, 122, 187  
 Roland-Holst, H. 172, 225, 231  
 Rosdolski, R. 270  
 Rosenberg, A. 205, 268, 284  
 Rosenberg, D. J. 280  
 Rosental, M. M. 280  
 Rousseau, J. J. 16, 33, 43, 188  
 Roy, M. N. 239  
 Rueff, J. 149  
 Rühle, O. 231  
 Ruge, A. 93  
 Ruskin, J. 195  
 Russel, B. 196  
 Saint-Simon, C. H. de 21 f., 45 ff., 55 f., 98, 159 f., 163, 170, 278, 287  
 Salomon, G. 65, 278  
 Sanders, R. A. 277  
 Sartre, J. P. 267  
 Sassulitsch, V. 207  
 Say, J. B. 49, 57  
 Schaff, A. 261, 286, 289  
 Schäffle, A. 187  
 Scheibert, P. 284  
 Schelting, A. von  
 Schlesinger, R. 280  
 Schljapnikow, A. G. 228  
 Schilling, K. 277  
 Schitarew 166  
 Schmidt, A. 281  
 Schmidt, C. 143, 178  
 Schmidt, J. K. (Stirner, M.) 18, 21  
 Schmoller, G. 84, 187  
 Schorske, C. E. 283  
 Schreiner, A. 282  
 Schulze-Delitzsch 82  
 Schulze-Gävernitz 199  
 Sebag, L. 281  
 Sergeant, A. 284  
 Shaw, G. B. 191, 283, 288  
 Sinowjew, G. J. 227, 229, 231, 238, 242  
 Sismondi, S. de 36, 56 f.  
 Smith, A. 28, 115, 130  
 Sombart, W. 118, 277  
 Sorel, G. 193  
 Spence, Th. 21, 27, 287  
 Spencer, H. 170  
 Spengler, O. 189  
 v. Stackelberg, H. 130, 186  
 Stalin, J. V. 156, 202, 204, 222, 238, 242 ff., 263, 288  
 Stammhammer, J. 276  
 Stammmler, R. 187  
 v. Stein, L. 62, 65, 68, 70, 75, 90, 278  
 Steinhaus, K. 272, 286  
 Sternberg, F. 216 f., 269, 288  
 Stirner, M. 18, 21  
 Stolypin 212  
 Strumilin 164 f.  
 Struve 207  
 Stutschka, P. J. 233  
 Sweezy, P. M. 140, 216, 270 f., 285 f., 289 f.  
 Tarnow, F. 194  
 Tawney, R. H. 196  
 Taylor, G. R. S. 283  
 Thalheimer, A. 235, 240  
 Thompson, W. 36, 59, 122  
 v. Thünen, J. H. 75

- Tito 260  
 Toennies 111  
 Togliatti, P. 262  
 Tomskij 242  
 Trapeznikow, J. A. 260  
 Trotzki, L. D. 217,  
 222 f., 227, 238, 240 f.,  
 268, 281 f., 289  
 Tschernyschewskij 59,  
 202, 205  
 v. Tugan-Baranowskij, M.  
 143, 199, 207, 279  
 Ulbricht, W. 259  
 Ullrich, H. 281  
 Utechin, S. V. 285  
 Varga, E. 236, 285 f.  
 Vogt, C. 92  
 v. Vollmar, G. 175  
 Wagner, A. 84, 187  
 Wallace, A. R. 21, 28,  
 191  
 Warynski, S. (L. Kofler)  
 267  
 Webb, B. 191, 194, 283  
 Webb, S. 191, 194, 283,  
 288  
 Weber, A. 200  
 Weber, M. 102, 124, 172,  
 199, 266  
 Weitling, W. 21, 76 ff.,  
 159 f., 162 f., 287  
 Wells, H. G. 191  
 Wetter, G. 284  
 v. Wieser, F. 170  
 Wollstonecraft, M. 31,  
 161  
 Wyschinskij, A. 251  
 Zenker, E. V. 283  
 Zetkin, C. 162

## Sachregister

- Agrarbewegung 20, 25 ff.  
 Agrarfrage 24 f., 87, 127, 177 f.  
 Agrarreform 20, 42  
 Agrarsozialismus 20, 27 ff.  
 Agrostädte 165  
 Akkumulation des Kapitals 130, 134 ff.  
 Akzelerator 146  
 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein 81  
 Anarchismus 17 ff., 30 ff., 60, 62, 99, 193, 201 ff.  
   — bei Proudhon 60, 62  
   — revolutionärer 18 ff.  
 Arbeiterbewegung 84, 87 f.  
 Arbeitermitverwaltung 193 f.  
 Arbeiterparteien 81 ff., 171 ff.  
   — Primat der 209 f.  
 Arbeiterpresse 54  
 Arbeitersiedlung 27, 38  
 Arbeitsertrag, Recht auf den vollen 15, 36 ff., 80 ff., 106, 122  
 Arbeitsverhältnisse 9 ff.  
 Arbeitswerttheorie 14, 36, 81 f., 104 ff., 128, 179  
 Assimilation der Eliten 187 f.  
 Ateliers nationaux in Frankreich 70 f.  
 Ateliers sociaux bei Blanc 67  
 Aufklärung 8 ff., 17 f., 31, 33, 41, 45, 98  
 Ausbeutungslehre 52, 101, 119  
 Ausgleich der Grenzerträge 130  
 Ausgleich der Profitraten 117, 127 ff.  
 Austromarxismus 182 ff.  
 Automatisierung 146  
 Babouvismus 44, 54, 72  
 Bedarfsprinzip der Entlohnung 44 f., 70  
 Bedürfnisbefriedigung in d. komm. Gesell. 163  
 „Befreiung der Arbeit“ 201 ff.  
 Bewußtsein 95, 99 ff., 110 ff.  
   — verdinglichtes 110 ff.  
 Blanquismus 73  
 Boden  
   — Privateigentum am 28  
   — -sperre 30  
 Bodeneigentum  
   — Beseitigung 26 f.  
 Bodenreformbewegung 27 ff.  
 Bodenrente  
   — Beseitigung 28  
   — städtische 29  
 Bodenwertzuwachssteuer 29  
 Bolschewiki 202, 210  
 Bolschewismus 73, 155, 197 ff.  
 Bund  
   — der Gerechten 54, 77, 93 f.  
   — der Geächteten 77  
   — der Kommunisten 54, 93  
 Bündnistheorie (marxistische) 212 ff., 239, 249 ff.  
 Carbonari 21, 44, 71  
 Chartismus 21, 24, 77, 87, 94  
 Dekabristen 202  
 Demokratischer Zentralismus 211, 245  
 Dialektik 92  
   — bei Dietzgen 85  
   — bei Hegel 62, 76, 92  
   — bei Marx 92  
   — materialistische 95 ff.  
 Dialektischer Materialismus 85 f., 92, 95 ff.  
 Diktatur  
   — revolutionäre 43 f.  
   — des Proletariats 44, 71 f., 156 ff., 173, 192, 224 f.  
 Dissenters 30  
 Eigentum 15 ff., 32 f., 42 f., 51, 53  
   — bei Fourier 58  
   — bei Proudhon 60  
   — Okkupationstheorie des 15 f.  
 Ehe 32  
 ehernes Lohngesetz 80 ff.  
 Einhegungen (enclosures) 24  
 Einkommensverteilung, gerechte 182  
 Eliten, Assimilation der 187 f.  
 England  
   — Agrarbewegung 25 ff.  
   — Kornzölle 27  
   — soziale Frage 30

- Entfremdung 92, 110 ff., 151 ff.
- Entlohnung  
— Bedarfsprinzip 47, 70  
— Leistungsprinzip 50 f., 58
- Erbrecht 53
- Erbschaftssteuergesetz 53
- Erweiterungsinvestitionen 147 f.
- Erziehung 35, 39
- Existenzminimum beim Lohn 80, 125 f.
- Fabianismus 24, 191 f.
- Familie 32
- Feudalismus 102 f.
- Finanzkapital 183 ff.
- Fiscal Policy 148, 221
- Fortschrittsidee 46, 78
- Frankreich 39 ff.  
— soziale Bewegung 73 ff.  
— soziale Frage 39 ff.
- Frauenemanzipation 31, 53
- Frauenfrage 56, 161 ff.
- Freigeldlehre 64
- Freihandel 168
- Front, nationale 220, 252, 255
- Gebrauchswert 104 ff., 118, 121, 138
- Geld  
— Abschaffung des 78  
— Arbeits- 37  
— — Kritik des 78  
— bei Marx 108 f.
- Gemeineigentum 19
- Generalkartell 184
- Generalstreik 73, 171, 193 ff.
- Genossenschaftswesen 180
- Gentry 24
- Gesellschaft  
— der Jahreszeiten 54, 72, 77  
— der Menschenrechte 54  
— der Volksfreunde 54, 71  
— klassenlose 155 ff.
- — Ordnung der 157 ff.
- — Übergang zur 155 ff.
- Gesetz der Absatzwege bei Say 57
- Gewerbeschulen 51
- Gewerkschaftsbewegung 39  
— bei Marx 126
- Gewerkschaften 171, 179  
— in Rußland 199 f.
- Gewinnmaximierung, Prinzip der 138, 142, 169
- Gildensozialismus 195 f.
- Gironde 16, 40
- Grenzerträge, Ausgleich der 130
- Grenznutzentheorie 31, 114, 179, 236
- Gründergewinn 184
- Grundrente 25 ff.  
— Beseitigung 26  
— bei Marx 126 ff.
- Guesdisten 190
- Gütergemeinschaft 45, 77
- Handelskapital, Überwindung des 55
- Heimstättenbewegung 27
- Idealismus 175
- Imperialismustheorie 171, 215 ff.
- Impôt unique 29
- Individualismus, radikaler 18, 20, 30 ff.
- Industrial democracy 194
- Industriels bei Saint-Simon 48 f.
- Industrieprinzip der Gewerkschaften 194
- Inflation, säkulare 117, 219
- Internationale  
— anarchistische 19  
— „erste“ sozialistische 88, 94, 203  
— „zweite“ sozialistische 196  
— „dritte“ sozialistische (kommunistische) 195, 222, 229 ff., 237 ff., 252
- Jakobiner 16, 42
- Justemilieu 62
- Kapitalismus  
— entfalteter 91 ff.  
— industrieller 103  
— organisierter 168 ff.
- Kapitalprofit bei Marx 126 ff.
- Karlsbader Beschlüsse 75
- Kartelle 168, 179, 184 f.
- Kathedersozialisten 187
- Klassenkampf 22, 47, 72 f., 89, 97, 100, 102, 154, 173, 192, 210, 212
- Kolchosen 165
- Kolonialismus 170, 180, 215
- Kommune, Pariser 42, 72, 189, 224
- Kommunismus  
— bei Marx 102, 157 ff.  
— politischer 20, 22 ff., 44, 71 ff., 76  
— in der sowjetischen Geschichtsschreibung 102  
— utopischer 19 f., 41 ff., 76
- Kommunistisches Manifest 47, 89, 93, 176
- Konkurrenzsyst., Kritik des 66
- Konsumgenossenschaften 39
- Konzentration des Kapitals 143 ff., 168 ff.
- Kornzölle in England 27
- Kreditsystem 20
- Krimkrieg 198
- Krisenerklärung  
— bei Marx 122, 141 ff.  
— aus Unterkonsumtion 36, 215 f.
- Labour Party 25, 192
- Land Nationalization Society 28

- Land Restoration  
 League 29
- Land Tenure Reform  
 Association 29
- Leihkapital  
 — seine Überwindung 59 ff.  
 — — zins 127
- Leistungsprinzip 50 f.  
 — der Entlohnung 58
- Leninismus 100, 197 ff.
- Liberalismus 40  
 — politischer 33  
 — Verhältnis von ökonomischem und politischem 16
- Linkshegelianismus  
 76, 93 f., 203
- Lohn  
 — bei Marx 122 ff.  
 — — Bedarfsprinzip 44 f., 70  
 — Leistungsprinzip 50, 58
- Ludditenaufstände 34
- Manifest, kommunistisches 47, 89, 93, 176
- Markt  
 — bei Marx 109 ff.  
 — — produktionspreis 131 ff.  
 — — produktionswert 132 f.
- Massenstreik 19, 190, 194
- Materialismus 92  
 — dialektischer 85, 92, 95, 174  
 — bei Dietzgen 85 ff.  
 — bei Feuerbach 76  
 — historischer 92, 134  
 — bei Marx 92, 112
- Mehrprodukt 101 f., 119 ff.
- Mehrwert 103 f., 112 ff., 179, 191  
 — rate 128, 139 ff.
- Menschewiki 202, 212
- Millerandismus 175, 190
- Mir-Sozialismus 205 f.
- Mitbestimmung 182, 194
- Miteigentum 182
- Mittelschichten in der  
 Gesellschaft 55, 144 f.
- Monarchie  
 — bei Saint-Simon 52  
 — bei den Revisonisten 180
- Montagne 16, 40
- Munizipalsozialismus  
 192
- Mutualismus 63 f.
- Nationale Front 220, 252, 255
- National Guild League  
 196
- Nationalisierung des Bodens 27 ff., 42
- Nationalwerkstätten in Frankreich 1948 70
- Nationen, Verhältnis zwischen den 79
- Nihilismus 18, 62
- Nonkonformismus 30
- Normalgewinn 130
- Okkupationstheorie des Eigentums 15 f.
- Oligarchie, ehernes Gesetz der 188
- Ordnung der Gesellschaft, natürliche 18
- Organisation der Arbeit bei Blanc 67
- Parabel Saint-Simons 48
- Pariser Kommune 42, 72, 189, 224
- Parteilichkeit 246 f., 259
- Patriarchalismus 199
- Pauperismus 146 ff.
- Phalange 34, 57 f.
- Phalansterium 58
- Physiokraten 29, 40, 130
- Pioneers of Rochdale 39
- Politischer Kommunismus 19, 44, 71 ff., 76 f.
- Polytechnischer Unter-richt 165
- Positivismus 45
- Possibilisten 190
- Preistheorie bei Marx 109 f.
- Produktionsgemeinschaften 38, 43, 159
- Produktivgenossenschaft 17, 56 ff., 67 ff., 73, 82 ff., 192
- Profit  
 — industrieller 127  
 — Handels- 127  
 — bei Marx 128
- Profutraten  
 — Ausgleich der 117, 127 ff.  
 — tendenzieller Fall der 138 f.
- Polyzentrismus 257 ff.
- Radikaler Individualismus 18, 20, 30 ff.
- Rationalisierungs-investition 147
- Recht 18
- Recht auf den vollen Arbeitsertrag 15, 36 ff., 80 ff.
- Reformismus 22, 173 ff.  
 — in Frankreich 189 ff.  
 — in England 191 ff.
- Rententheorie 191
- Reproduktion, erweiterte des Kapitals 135 ff., 215 ff.
- Republikanische Bewegung 20, 54
- Reservearmee, industrielle 125, 145, 147 f., 216
- Restauration  
 — in Frankreich 41, 45  
 — in Deutschland 75 f.
- Revolution  
 — französische 1789/94: 16, 40  
 — 1830: 53, 71  
 — 1848: 63, 68, 72  
 — bei Marx 99, 155  
 — proletarische 155  
 — bei Weitling 79
- Revolutionärer Anarchismus 18 f.
- Romantik 12, 47
- Rußland 18 f., 197 ff.
- Säkulare Stagnation 140
- Saint-Simonisten 52 f., 73
- Sansculottes 16, 40, 42
- Schutzzoll 169 f., 179

- Sensualismus 58  
 Single Tax 29  
 Sklaverei 102 f.  
 Sozialdemokratie 169, 179  
 Sozialdemokratische Arbeiterpartei 81  
 Sozialistische Arbeiterpartei-Deutschlands 81, 144  
 Sozialismus  
   — als Gesellschaftsform 157 ff.  
   — Vor- 22, 86 ff.  
   — „wahrer“ 76, 93  
 Sozialismus  
   — wissenschaftlicher 17, 19, 76, 91 ff., 124, 155, 174, 196  
 Sowchosen 165  
 Sowjets 42, 223 ff.  
 Sozialreform 17  
   — bei Lassalle 81 ff.  
   — radikale 22, 54 ff.  
 Staat 18  
   — bei Blanc 68  
   — bei Godwin 33  
   — bei Proudhon 62  
   — und Gesellschaft 47  
   — Rückführung in die Gesellschaft 47, 79, 157, 166  
 Staatssozialisten 187  
 Stagnation, säkulare 140  
 Stalinismus 242 ff.  
 Strafe 159 f.
- Steuerstreik 19  
 Syndikalismus 17, 19, 63, 73, 171, 192 ff., 274  
 Syndikate 168  
 Tauschbank 22, 38, 63, 73  
 Tauschwert 110 ff., 118  
 Tauschwirtschaft, einfache 103 ff.  
 Trade-Unionismus 209  
 Truck 10, 199  
 Überbau 92, 98 ff.  
 Unterbau 92, 98 ff.  
 UNO 183  
 Unterbeschäftigung 145 ff.  
 Unterkonsumtionstheorie 36, 122, 137 f., 215 f., 269  
 Urkommunismus  
   — bei Marx 119  
   — bei Weitling 78  
   — in der sowjetischen Geschichtsschreibung 102  
 Utopie 100, 266  
 Utopischer Kommunismus 17, 19 f., 41 ff., 76  
 Verdrängungstheorie 144 f., 177  
 Verelendung 11  
   — theorie 145 ff., 178  
 Vergesellschaftung 180 f.
- Völkerbund 183  
 Volksaktien 144  
 Volksfront 155, 220, 249, 252  
 Volkstümpler 201 f., 204 ff.  
 Vorsozialismus 20 f., 86 ff., 155  
 Wahlrechtsbewegung 20, 66 ff.  
   — in Deutschland 83 (s. a. Chartismus!)  
 Ware  
   — bei Marx 104 ff.  
 Warenfetischismus 110 f., 123, 157  
 Welfare Economics 31, 114  
 Weltkommunismus 222 ff.  
 Weltsprache 79  
 Wertprodukt 128  
 Werttheorie  
   — bei Marx 104 ff.  
 Westler 198, 202  
 „Wirtschaftsdemokratie“ 182, 194  
 Wirtschaftskrisen 34, 57, 141 ff.  
 Wissenschaftlicher Sozialismus 17, 19, 76, 91 ff., 124, 155, 174, 196  
 Zapadniki 198, 202  
 Zensuswahlrecht 45  
 Zentralismus, demokratischer 211, 245

H. J. LIEBER

## Philosophie – Soziologie – Gesellschaft

Gesammelte Studien zum Ideologieproblem

Oktav. VIII, 247 Seiten. 1965. DM 19,80

### Inhalt:

Philosophie, Soziologie und Gesellschaft

Soziologie zwischen Fortschritt und Tradition

Ideologienbildung und Ideologienkritik

Wissenssoziologie

Kritik und Konformismus — Das soziologische Selbstverständnis der Intelligenz

Der Erfahrungsbegriff in der empirischen Sozialforschung

Der Leninismus — Ideologie als philosophisches System

Utopie und Selbstaufklärung der Gesellschaft — Reflexionen zu Ernst Blochs „Das Prinzip der Hoffnung“

Ideologie und Gesellschaft in der Sowjetunion nach Stalins Tod

Totalitarismus — Aspekte eines Begriffs

Nachweise und Anmerkungen

---

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

ALFRED HEUSS

## Zur Theorie der Weltgeschichte

Oktav. VIII, 83 Seiten. 1968. Englische Broschur DM 6,80

Der erste Teil der vorliegenden Schrift verdankt seine Entstehung einem vom Verfasser 1967 auf dem Deutschen Historikertag in Freiburg i. B. gehaltenen, stark beachteten Vortrag über die Frage, ob und unter welchen logischen Voraussetzungen eine Weltgeschichtsschreibung heute möglich sei. Alfred Heuß stößt dabei zu einer neuen Definition von „Weltgeschichte“ vor, die er in der anschließenden Betrachtung über „Weltgeschichte als Methode“ weiter verdeutlicht. Ein dritter Abschnitt ist der Bedeutung Max Webers für eine erst noch zu erprobende Weltgeschichtsforschung und Weltgeschichtsschreibung gewidmet.

Aus dem Inhalt:

Möglichkeiten einer Weltgeschichte heute — „Weltgeschichte“ als Methode — Max Weber und das Problem der Universalgeschichte: Soziologie und Geschichte — Die beiden Grundformen des historischen Wissens — Max Weber und der Historismus — Der Idealtypus und die Weltgeschichte — Max Weber als Historiker.

---

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

# Berliner Großkaufleute und Kapitalisten

3 Bände · Groß-Oktav · Ganzleinen

Neu herausgegeben, ergänzt und bibliographisch erweitert  
von JOHANNES SCHULTZE, HENRY C. WALLICH,  
GERD HEINRICH

(Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark  
Brandenburg, gegründet 1837, Band 32—34, Neudrucke  
Band 1—3)

## I. Bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges

von HUGO RACHEL, JOHANNES PAPRITZ, PAUL  
WALLICH

1934. XLII, 415 Seiten. Mit 6 Stammtafeln. 1 Frontispiz.  
1967. DM 58,—

## II. Die Zeit des Merkantilismus 1648—1806

von HUGO RACHEL und PAUL WALLICH

1938. VIII, 579 Seiten. Mit 8 Stammtafeln. 1967. DM 64,—

## III. Übergangszeit zum Hochkapitalismus 1807—1856

von HUGO RACHEL und PAUL WALLICH

1939. 336 Seiten. Mit 1 Stammtafel. 1967. DM 48,—

---

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

URSULA RATZ

## Georg Ledebour 1850–1947

Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers

Mit einer Einführung von PAUL KLUKE.

Groß-Oktav. XVI, 281 Seiten. 1969. Ganzleinen DM 58,—

*(Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 31; Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 2)*

HANS-HERMANN HARTWICH

## Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918–1933

Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik.

Mit einem Vorwort von GEORG KOTOWSKI.

Groß-Oktav. XVI, 488 Seiten. 1967. Ganzleinen DM 78,—

*(Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 23)*

HANS ROSENBERG

## Große Depression und Bismarckzeit

Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa.

Groß-Oktav. XII, 301 Seiten. 1967. Ganzleinen DM 28,—

*(Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 24, Publikationen zur Geschichte der Industrialisierung, Band 2)*

---

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

KURT HINZE

Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen  
Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685—1806

Bibliographisch vermehrte und verbesserte, mit einem Registeranhang versehene zweite Auflage. Mit einer Einführung von OTTO BÜSCH.

Groß-Oktav. XX, 296 Seiten. 1963. Ganzleinen DM 36,—  
(*Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 9, Neudruck 1*)

HANS-JOACHIM WINKLER

Preußen als Unternehmer 1923—1932

Staatliche Erwerbsunternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba. Mit einem Vorwort von GERT VON EYNERN und einem Geleitwort von GEORG KOTOWSKI.

Groß-Oktav. XVI, 224 Seiten. 1965. Ganzleinen DM 28,—  
(*Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 17*)

OTTO BÜSCH

Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft  
in der Weimarer Epoche

Mit einem Vorwort von HANS HERZFELD. Geleitwort zur Publikationsreihe von WILLY BRANDT.

Groß-Oktav. XII, 230 Seiten. 1960. Ganzleinen DM 24,—  
(*Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 1*)

---

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

## Zwischen Wirtschaft und Staat

Aus den Lebenserinnerungen von KURT WIEDENFELD.  
(Aus dem nachgelassenen Manuskript herausgegeben von  
FRIEDRICH BÜLOW.)

Oktav. Mit 1 Bildnis. IV, 238 Seiten. 1960.

Ganzleinen DM 19,80

IVAR SUNDBOM

## Das Gleichheitsprinzip als politisches und ökonomisches Problem

Oktav. 103 Seiten. 1962. Ganzleinen DM 14,—

KURT JUNCKERSTORFF

## Internationaler Grundriß der wissenschaftlichen Unternehmensführung

Groß-Oktav. 283 Seiten. 1964. Ganzleinen DM 34,—

GÜNTER MERLE

## Der freiwillige soziale Aufwand in der Industrie und seine betriebswirtschaftliche Behandlung

Groß-Oktav. Mit 26 Tabellen. 162 Seiten. 1963.

Ganzleinen DM 28,—

*Weitere Literatur zur Soziologie:*

Soziologie. Geschichte und Hauptprobleme. Von LEOPOLD VON WIESE. 8. Aufl. 183 S. 1967. DM 5,80 (*Sammlung Göschen Band 101/101 a*)

Methoden der empirischen Sozialforschung. Von PETER ATTESLANDER. unt. Mitarb. von Klaus Baumgartner, Franz Haag, Jörg Otterli, Rudolf Steiner. 313 S. 1969. DM 5,80 (*Sammlung Göschen Band 1229/1229 a*)

Einführung in die Sozialethik. Von HEINZ-DIETRICH WENDLAND. 144 S. 1963. DM 3,60 (*Sammlung Göschen Band 1203*)

Wirtschaftssoziologie. Von FRIEDRICH FÜRSTENBERG. 122 S. 1961. DM 3,60 (*Sammlung Göschen Band 1193*)

Industrie- und Betriebssoziologie. Von WOLFRAM BURISCH. 5., neubearbeitete und erweiterte Auflage der bisherigen Darstellung von RALF DAHRENDORF. 215 S. 1969. DM 5,80 (*Sammlung Göschen Band 103/103 a*)

Psychologie des Berufs- u. Wirtschaftslebens. Von W. MOEDE †. 190 S. 48 Abb. 1958. DM 5,80 (*Sammlung Göschen Band 851/851 a*)

Religionssoziologie. Von GÜNTER KEHRER. 158 S. 1968. DM 3,60 (*Sammlung Göschen Band 1228*)

Gesellschaftslehre — Geschichtslehre. Von KURT BREYSING. Gr.-Okt. XXIX, 229 S. 1958. Lw. DM 30,—

Sartres Sozialphilosophie. Eine Untersuchung zur »Critique de la raison dialectique I«. Von KLAUS HARTMANN. Gr.-Okt. VIII, 210 S. 1966. Lw. DM 42,—

---

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30